37. Jahrgang 1989 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

CONSTANTIN GOSCHLER, CHRISTOPH BUCHHEIM, WERNER BÜHRER
Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik

URSULA BÜTTNER
Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs

JOHN E. FARQUHARSON
Hilfe für den Feind
Die britische Debatte um Nahrungsmittellieferungen an Deutschland 1944/45

BEATRICE HEUSER
Subversive Operationen im Dienste der „Roll-back"-Politik 1948–1953

HANSJAKOB STEHLE
Bischof Hudal und SS-Führer Meyer
Ein kirchenpolitischer Friedensversuch 1942/43

DOKUMENTATION
Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland
Eine amerikanische Bilanz 1954
(Hans-Jürgen Schröder)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 18 00 26, FAX 123 17 27

37. Jahrgang | Heft 2 | April 1989

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Constantin Goschler, Christoph Buchheim, Werner Bührer — Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls 171

Ursula Büttner — Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über „ökonomische Zwangslagen" in der Endphase von Weimar 209

John E. Farquharson — Hilfe für den Feind. Die britische Debatte um Nahrungsmittellieferungen an Deutschland 1944/45 . . 253

Beatrice Heuser — Subversive Operationen im Dienste der „Rollback"-Politik 1948–1953 279

MISZELLE

Hansjakob Stehle — Bischof Hudal und SS-Führer Meyer. Ein kirchenpolitischer Friedensversuch 1942/43 299

DOKUMENTATION

Hans-Jürgen Schröder — Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Eine amerikanische Bilanz 1954 323

NOTIZEN 353

ABSTRACTS 363

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CONSTANTIN GOSCHLER, CHRISTOPH BUCHHEIM,
WERNER BÜHRER*

DER SCHUMANPLAN ALS INSTRUMENT FRANZÖSISCHER STAHLPOLITIK

Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, wie das Konkurrenzverhältnis zwischen französischer und deutscher Stahlindustrie in Frankreich wahrgenommen wurde und wie diese Perzeption die französische Ruhrpolitik nach 1945, den Schumanplan, und die anschließenden Verhandlungen über die Montanunion beeinflußte. Wenn ein so komplexes Problem wie der Schumanplan ausschließlich unter dieser bestimmten Fragestellung behandelt werden soll, bedarf das wohl einer kurzen Begründung. Denn die Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Motive und Absichten, die zur Initiative vom 9. Mai 1950 führten und später den Gang der Verhandlungen beeinflußten, ist nicht zu übersehen. Dennoch waren zeitgenössische Kommentare und wissenschaftliche Forschung stets darum bemüht, Gewichtungen der Motive, Ziele und Mittel vorzunehmen und Prioritäten herauszuarbeiten.

Die Schwierigkeiten, die dieses Unterfangen bereitete, haben nicht zuletzt die „Gründerväter" selbst verursacht. Auch wenn man sich nur auf die Person Robert Schumans beschränkt, kommt man zu keinem einheitlichen Befund, da er im Verlauf der Zeit von einer zunächst gleichgewichtigen Bewertung der wirtschaftlichen und politischen Beweggründe zu einer vorrangig politischen Rechtfertigung des Unternehmens überging. Zweieinhalb Wochen nach der öffentlichen Ankündigung des Schumanplans erläuterte der französische Außenminister den nach Hintergrundinformationen verlangenden Abgeordneten im außenpolitischen Ausschuß der französischen Nationalversammlung, daß die wirtschaftlichen und politischen Aspekte seines Vorschlags gleich wichtig seien. Als wirtschaftliche Ziele nannte er erstens die Überwindung des nationalen Protektionismus, zweitens die Gewährleistung eines „gesunden Wettstreits", drittens die Rationalisierung und Vergrößerung der Produktion, viertens das Verbot der Doppelpreise und fünftens die Harmonisierung der Lasten. Vom politischen Standpunkt aus sei die Initiative ein konkreter

* Die Reihenfolge der Namensnennung weist auf die jeweilige Autorschaft der drei Hauptteile dieser Studie hin.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schritt zur Einigung Europas und zur Lösung des Deutschlandproblems[1]. Am 29. November 1951, als der mittlerweile ausgehandelte Vertrag über die Montanunion vor der Ratifizierung stand, erklärte Schuman vor demselben Gremium, daß der Ausgangspunkt der Initiative politischer Natur gewesen sei[2]. Für Jean Monnet, den Chef des Planungskommissariats und eigentlichen „Erfinder" des Schumanplans, blieben die wirtschaftlichen Motive hingegen bis zum Schluß von erheblicher Bedeutung. Er spannte in einer Stellungnahme vom 26. 11. 1951, ebenfalls vor dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, den Bogen bis zum Beginn des ersten „Monnet-Plans" und leitete daraus sein zentrales Motiv für den Schumanplan ab. Es gehe darum, die Unsicherheit der Versorgung der französischen Stahlindustrie mit Koks zu beseitigen, die bis dato Frankreich daran gehindert habe, den natürlichen Vorteil auszunutzen, den für die lothringische Stahlindustrie ihre Plazierung auf dem wichtigsten Erzvorkommen Westeuropas bedeute[3].

Konrad Adenauer, der Hauptadressat der französischen Initiative, erkannte durchaus deren wirtschaftliche Bedeutung, doch war für ihn der politische Aspekt der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und der gleichberechtigten deutschen Mitwirkung am europäischen Integrationsprozeß entscheidend[4]. Er wurde nicht müde, seine Mitstreiter und die Öffentlichkeit auf die „eminent politische Natur" des Schumanplans hinzuweisen, und mußte sich am Ende sogar den Vorwurf gefallen lassen, ohne Not wirtschaftliche Interessen vermeintlichen politischen Erfordernissen geopfert zu haben[5].

Angesichts dieser unterschiedlichen, zum Teil wechselnden Deutungsangebote der damaligen Protagonisten kann es kaum verwundern, daß die zeitgenössischen Kommentatoren ebenfalls zu keinem einheitlichen Urteil gelangten. In einem Gutachten für den Hamburger Senat vom Juni 1951 hob Hans Ritschl eine „dauernde, gleichmäßige Zufuhr von Ruhrkohle" als grundlegendes wirtschaftliches Motiv hervor, während für den „Volkswirt" das „Primäre des Schuman-Gedankens ... auf politischer Ebene (lag), aber das Ziel soll(te) mit ökonomischen Mitteln erreicht werden"[6]. Zu letzterem Ergebnis kamen auch die beiden ersten umfangreicheren

---

[1] Schuman in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 23. 5. 1950, Archives de l'Assemblée Nationale (künftig: AAN), B 80.

[2] Schuman in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 29. 11. 1951, AAN, B 83.

[3] Monnet in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 26. 11. 1951, ebenda.

[4] Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 327–331; vgl. auch die Dokumentation von E. Wandel, Adenauer und der Schuman-Plan. Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950, in: VfZ 20 (1972), S. 192–203.

[5] Vgl. z. B. H. C. Hahn, Der Schumanplan. Eine Untersuchung im besonderen Hinblick auf die deutsch-französische Stahlindustrie, München 1953, bes. S. 114–120.

[6] Vgl. Hamburger Denkschriften zum Schuman-Plan, Hamburg 1951, S. 5; E. Schröder, Für und Wider den Schuman-Plan, in: Der Volkswirt Nr. 15/1951, S. 11–12, hier S. 11.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Studien mit wissenschaftlichem Anspruch[7]. William Diebold markierte dann Ende der fünfziger Jahre mit einer umfangreichen und differenzierten Studie den eigentlichen Auftakt der kritischen Forschung zum Schumanplan[8]. Auch bei ihm galt, daß bei den Zielen die politischen dominierten, Praxis und Instrumente der Montanunion aber eindeutig wirtschaftlicher Natur waren. Erstmals ausführlicher ging er auf den „alten Traum" von der „natürlichen Einheit" der Region Ruhr-Lothringen und dessen Geschichtsmächtigkeit ein[9]. Eine stärker „politische" Interpretation präsentierte ein Jahrzehnt später F. Roy Willis, indem er sich der rückblickenden Bewertung Schumans anschloß, das „primäre Motiv" sei nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Art gewesen, nämlich „die französisch-deutsche Gegnerschaft für alle Zeiten zu beenden"[10].

Mit den früheren Erklärungsangeboten konnte und brauchte sich die aktengestützte historische Forschung, die Mitte der achtziger Jahre einsetzte, nicht mehr zufrieden zu geben. Um so bemerkenswerter erscheint es deshalb, daß selbst ein Wirtschaftshistoriker wie Alan S. Milward daran festhält, daß die „politische Motivation" für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) während der gesamten Verhandlungsdauer „überragend" blieb[11]. Raymond Poidevin greift in seiner 1986 erschienenen Schuman-Biographie das Wort des Außenministers von der „eminent politischen" Initiative auf, vergißt freilich nicht, auch die wirtschaftlichen Implikationen zu erwähnen[12]. Einen „politischen" Zugang wählt schließlich auch John Gillingham, wenn er die Kontinuität zwischen Ruhrpolitik und Schumanplan hervorhebt und auf das gleich gebliebene Ziel der Kontrolle des Ruhrgebietes verweist[13].

Die These von der Dominanz politischer Motive und Absichten, dies dürfte diese knappe Übersicht verdeutlicht haben, findet in der historisch-politischen Forschung breite Zustimmung, und es ist auch gar nicht beabsichtigt, diese Interpretation anzuzweifeln. Ziel ist es vielmehr, zur Beantwortung der bislang vernachlässigten Frage beizutragen, welche Faktoren die *inhaltliche* Ausgestaltung des Schumanplanes bzw. des EGKS-Vertrages beeinflußten. Im Gegensatz zu manchen Kritikern der Montanunion nimmt die folgende Untersuchung die marktwirtschaftlichen Intentionen Schumans und Monnets nämlich durchaus ernst. Beide waren vom Wettbewerbsvorteil der lothringischen Stahlindustrie überzeugt, wenn es nur gelang, den „natürli-

---

7 Vgl. F. Haussmann, Der Schuman-Plan im europäischen Zwielicht, München u. a. 1952; Hahn, Schuman-Plan.

8 W. Diebold, jr., The Schuman-Plan. A Study in Economic Cooperation 1950–1959, New York 1959.

9 Vgl. ebenda, bes. S. 21–46.

10 F. R. Willis, France, Germany, and the New Europe 1945–1967, Stanford/Cal. u. a. 1968, bes. S. 80–129; das Zitat auf S. 80 (Übersetzung d. Verf.).

11 A. S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–1951, London 1984, bes. S. 362–420; das Zitat S. 407.

12 R. Poidevin, Robert Schuman – homme d'Etat 1886–1963, Paris 1986, bes. S. 244–296, hier S. 245.

13 Vgl. J. Gillingham, Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schumanplans. Eine Neubewertung, in: VfZ 35 (1987), S. 1–24, hier S. 2.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen" Bedingungen im Wirtschaftsraum Ruhr-Lothringen zum Durchbruch zu verhelfen und ein Regime der „concurrence loyale" zu etablieren. Die Perzeption der jeweiligen Wettbewerbsposition der heimischen und der konkurrierenden westdeutschen Stahlindustrie, dies die zentrale These dieses Beitrags, bestimmte maßgeblich den Inhalt des französischen Vorschlags und die materiellen Vertragsbestimmungen. Da diese Perzeption, wie zu zeigen sein wird, auf teilweise falschen Voraussetzungen beruhte, konnten wesentliche mit Hilfe des Schumanplans anvisierte wirtschaftliche Ziele auch nicht erreicht werden. Der folgende Aufsatz will und kann also keine neue Gesamtinterpretation des Schumanplanes liefern, er kann aber entscheidend zur Erklärung seiner wirtschaftspolitischen Philosophie und Ausstattung beitragen.

Das französische Konzept vom Verbund Ruhr-Lothringen

Aus der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs heraus wurde in Frankreich versucht, diesmal mit größerem Erfolg als nach dem Ersten Weltkrieg, eine erneute deutsche Überlegenheit zu verhindern. Als der Schlüssel zu diesem Problem erschien immer wieder das wirtschaftliche Potential beider Seiten. Dabei ging die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs eine unlösbare Verbindung mit den französischen Sicherheitsinteressen ein. Deshalb bestand am Ende des Krieges ein umfassender Konsens, daß die bisherige schwerindustrielle Vorherrschaft Deutschlands, die sich für die meisten Franzosen in der Ruhr verkörperte, nunmehr zugunsten einer französischen Priorität beseitigt werden sollte. Die Ruhr war dabei über die reale Bedeutung der dort ansässigen Industrie hinaus zum Mythos der deutschen wirtschaftlichen Übermacht verklärt.

Schon in den Nachkriegsplanungen der Exilregierung des Freien Frankreich in Algier nahm die Schwerindustrie der Ruhr eine Sonderrolle ein. General Charles de Gaulle, Chef des Comité Français de Libération Nationale (CFLN), hatte in Algier einen Kreis von Politikern, Diplomaten und Fachleuten versammelt, unter ihnen Jean Monnet und René Mayer, beide spätere Präsidenten der Montanunion, sowie René Massigli, Hervé Alphand und Robert Marjolin. Mit ihnen diskutierte er Möglichkeiten einer europäischen Nachkriegsordnung. Die dabei entworfenen Pläne sahen zumeist ein größeres Maß an europäischer wirtschaftlicher Gemeinsamkeit vor, als vor dem Krieg bestanden hatte. Dazu sollten auf politischer Seite europäische, föderalistische Akzente gesetzt werden. Vor allem aber stimmten die verschiedenen diskutierten Ansätze darin überein, daß sie die Ruhr als ein gemeinsames europäisches Potential betrachteten[14]. So entwickelte Jean Monnet 1944 in einem

[14] Siehe dazu H. Alphand, L'étonnement d'être. Journal (1939–1973), Paris 1977, S. 131 ff.; Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre, Bd. II: l'unité. 1942–1944, Paris 1956, S. 618 ff.; R. Massigli, Une comédie des erreurs, 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Plon 1978, S. 32 ff.; J. Monnet, Erinnerungen eines Europäers, München u.a. 1978, S. 268 ff.; P. Gerbet, La construction de l'Europe, Paris 1983, S. 50 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Fortune" den Gedanken der Leitung der Kohle- und Stahlindustrie der Ruhr durch eine europäische Behörde[15], was sowohl europäischen Zusammenschluß als auch einseitige Kontrolle der Ruhrunternehmen implizierte. Und René Mayer erörterte seit 1943 die Möglichkeiten einer das Ruhrgebiet einbeziehenden „Lotharingie industrielle", die zugleich den französischen Sicherheitsinteressen und den wirtschaftlichen Realitäten der historischen Interdependenz Lothringens und der Ruhr, die vor 1914 entstanden sei, entgegenkäme[16].

Damit sind wir bei einer der wesentlichen Voraussetzungen der vielfach verbreiteten Pläne zur Verwirklichung einer künftigen schwerindustriellen Dominanz Frankreichs[17]. Zum französischen wirtschaftspolitischen Konsens gehörte nämlich die Ansicht, daß bis 1914, solange Lothringen unter deutscher Herrschaft gestanden hatte, der wichtigste Teil der europäischen Eisen- und Stahlindustrie seinen Sitz in Lothringen gehabt habe. Unter den Bedingungen der durch die deutsche Annexion Lothringens hergestellten Vereinigung der lothringischen Minette und der Ruhrkohle sei Lothringen der rentabelste Standort gewesen. Erst durch die territorialen Folgen des Ersten Weltkrieges sei dieses ideale Verhältnis zerstört worden[18]. Nunmehr, nach dem Zweiten Weltkrieg, ging es also auch darum, diese „natürliche" Verbindung wieder zu ihrem Recht kommen zu lassen. Die Ruhr wurde dementsprechend primär als künftiger Kohle- und Kokslieferant betrachtet. René Mayer bezeichnete das als die Anerkennung eines „natürlichen Sachverhalts, einer unabweislichen geographischen und wirtschaftlichen Realität"[19].

Auch in den „Plan de Modernisation et d'Équipement", nach seinem Hauptinitiator Jean Monnet häufig Monnet-Plan genannt, flossen derartige Überlegungen ein. Dementsprechend wurde in einem Memorandum vom 7. Februar 1947, das eine im Planungskommissariat gebildete Kommission zum Studium des europäischen Stahlproblems verfaßt hatte[20], die bestehende Beschränkung der deutschen Stahlproduktion unter Berufung auf Sicherheitserfordernisse wie auch auf die technischen und natürlichen Bedingungen der Stahlproduktion begrüßt. In der damit ver-

---

15 Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 284 f.; siehe auch Massigli, Comédie, S. 32 ff.; Alphand, L'étonnement, S. 162; Gerbet, Construction, S. 50 ff.

16 Vgl. Alphand, L'étonnement, S. 168 ff.; Monnet, Erinnerungen, S. 283; Massigli, Comédie, S. 37 ff.; siehe dazu auch R. Poidevin, René Mayer et la politique de la France 1943–1953, in: Revue de la histoire de la deuxième guerre mondiale 34 (1984), S. 73–97.

17 Vgl. dazu C. de Cuttoli-Uhel, La politique allemande de la France (1945–1948). Symbol de son impuissance?, Referat auf dem Internationalen Kolloquium in Augsburg, 3.–7. April 1984, Westeuropäische Nationalstaaten und Europa im internationalen Staatensystem – Die Sicht der Mächtekonstellation in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien 1945–1949.

18 Vgl. dazu neben den im folgenden angeführten Beispielen auch R. Aron, Remarques sur la politique étrangère de la France (Juni 1945), in: L'age des empires et l'avenir de la France, Paris 1945, S. 351; J. Maroger, Le charbon et le destin de l'Europe, in: Le Monde, 14. 8. 1945.

19 R. Mayer, Journal Officiel de la République Française, Débats parlémentaires. Assemblée Nationale (künftig abgekürzt: JOAN), 28. 2. 1947, S. 527 (Übersetzung d. Verf).

20 Vgl. Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig abgekürzt: AE), Y 1944/1949, Bd. 371.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bundenen Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes insbesondere nach Lothringen sahen die Autoren ebenfalls die Rückkehr zu der von den Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg selbst begründeten Konstellation, die den günstigsten geographischen Bedingungen und der weltweit verbreiteten Tendenz, die Verarbeitung an das Erz heranzuführen, entspräche. Die verringerte deutsche Stahlproduktion sollte, was zugleich politisch erwünscht sei, durch die Produktion der Nachbarländer, bei der die französische einen vorteilhaften Platz einnehmen könne, substituiert werden[21]. Ein wesentliches Element dieser Pläne mußte natürlich die Sicherung deutscher Kohle- und Kokslieferungen sein.

Im französischen Außenministerium war Hervé Alphand, mittlerweile Leiter der Abteilung Wirtschaft, ein Hauptmotor für derartige Bestrebungen. In einer Pressekonferenz am Quai d'Orsay, die der Erläuterung des neuen französischen Ruhrmemorandums vom 1. Februar 1947 diente, stellte er seine Ansichten der Öffentlichkeit vor[22]. Zwei Hauptforderungen des Dokuments, das auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 als französischer Verhandlungsvorschlag dienen sollte, betrafen die gewünschte Struktur der Ruhrproduktion[23]. Einerseits sollte die Kohle- und Koksproduktion der Ruhr maximiert und deren Verteilung entsprechend den europäischen Grundbedürfnissen vorgenommen werden. Andererseits sollte dort die Stahl-, Eisen- und chemische Industrie begrenzt werden. Mit dieser Lösung, erklärte Alphand, ließen sich Sicherheit und Wirtschaft harmonisieren, denn es sei normal, daß die Hochöfen auf dem Erz errichtet seien. Diese Maßnahmen stellten in Alphands Augen ein wichtiges Element des Monnet-Plans dar[24].

Im besetzten Deutschland wurden diese Ambitionen mit großer Besorgnis beobachtet. Eine deutsche Denkschrift vom 18. Februar 1947 referierte den sogenannten Alphand-Plan und verwies ausdrücklich darauf, daß derartige Pläne bereits seit längerem in Frankreich kursierten[25]. Mit Hilfe einer Studie vom August 1947 versuchte auch die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie auf dem Umweg über die amerikanische Besatzungsmacht den gefürchteten französischen Absichten zur Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes von der Ruhr nach Lothringen entgegenzuwirken[26]. Die heftige Ablehnung der französischen Pläne durch die deutsche Seite stützte sich ihrerseits darauf, daß auf diese Weise ein organisch gewachsener

---

21 Vgl. ebenda.

22 Vgl. im folg. Ministère des Affaires Étrangères, Service d'Information et de Presse, 4.2. 1947, AE, Y 1944/49, Bd. 398.

23 Text des Ruhrmemorandums vom 1. 2. 1947 in: Documents relatifs à l'Allemagne. Conseil des Ministres des Affaires étrangères (künftig abgekürzt: DRA), Paris 1948, S. 270–276; dt. in: Europa-Archiv (künftig abgekürzt: EA) 1947, S. 541–543.

24 Siehe Anm. 22.

25 Vgl. Gedanken zur Auslandserzversorgung des Ruhrgebiets, 18. 2. 1947, Bundesarchiv (BA), B 102/ 62 H 1, Handakten von Maltzan.

26 Lorraine Steel instead of Ruhr Coal? A study of the French proposal for the transfer of Pig Iron and Steel Production from Rheinland-Westfalen to France. Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf August 1947, Institut für Zeitgeschichte (IfZ)-Archiv, MF 260 (OMGUS-Bestand), POLAD/788/23.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zustand zerstört würde. Sowohl in Frankreich wie in Deutschland berief man sich also für seine eigenen Ziele auf die „Natur".

In Moskau kämpfte der dem Mouvement Républicain Populaire (MRP) zugehörige französische Außenminister Georges Bidault zäh, aber ohne tatsächlichen Erfolg für die Verwirklichung des Alphand-Plans. Am 20. März 1947 brachte er die französische Forderung nach Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes vor die dort versammelten Delegierten und erklärte, wenn Deutschland zur Verwirklichung des ihm zugestandenen Produktionsniveaus größere Mengen Stahl nötig habe, könnten diese von anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien oder Luxemburg produziert und geliefert werden. „Auf diese Weise werden die Stahlhähne immer in sicheren Händen sein. So wird die Stahlerzeugungskapazität der friedlichen Nachbarvölker Deutschlands auf einem höheren Niveau gehalten werden als diejenige Deutschlands."[27]

Eine rein sicherheitspolitische Rechtfertigung der Forderung nach Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes nach Lothringen, wie gezeigt, schon vorher teilweise mit Argumenten wirtschaftlicher Vernunft verbrämt, geriet spätestens nach der Moskauer Außenministerkonferenz hoffnungslos in die Defensive. Die Ankündigung des Marshall-Plans am 5. Juni 1947 sowie des Revidierten Plans für das Industrieniveau der Vereinigten Amerikanischen und Britischen Besatzungszone am 29. August dieses Jahres beseitigten in Frankreich jeden Zweifel, daß künftig mit einer von amerikanischer Seite gestärkten wirtschaftlichen Position Westdeutschlands gerechnet werden mußte. So wurde die maximal erlaubte Stahlproduktion im zweiten Industrieplan von bislang 5,8 Millionen Tonnen auf 10,7 Millionen angehoben[28]. Dabei hatte die erste Zahl noch für alle vier deutschen Besatzungszonen gegolten, während sich die neue Ziffer nur auf die Produktion der Bizone bezog.

Die notwendige Anpassung der französischen Politik an diese neuen Gegebenheiten war schmerzhaft und verlief nicht ohne Irritationen. Gleichzeitig gelang es aber, wichtige Elemente der bisherigen Konzeption weiterzuführen. Bidault versuchte zumindest nach außen hin zunächst an der harten Linie festzuhalten. Er wollte die deutschen Ressourcen nicht ungenutzt lassen, jedoch die Steigerung der deutschen Produktion weiterhin nur nach Sparten differenziert erlauben. Er begrüßte einen Anstieg der Kohleförderung und auch der weiterverarbeitenden Industrien, die zur Erwirtschaftung der für Deutschland lebensnotwendigen Exporte erforderlich seien, wünschte aber auf der anderen Seite nach wie vor den Vorrang Frankreichs bei der Stahlerzeugung und deren Verlagerung von der Ruhr nach Lothringen[29].

---

[27] Déclaration faite par le chef de la délégation française, Moskau, den 20. 3. 1947, in: DRA, S. 117 (Übersetzung d. Verf.).

[28] Vgl. den Revidierten Plan für das Industrieniveau der Vereinigten Amerikanischen und Britischen Besatzungszone, in: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag, Wiss. Dienste, bearb. v. Chr. Weisz u. H. Woller, Bd. IV, München u. a. 1977, Drucksache Nr. 60.

[29] Vgl. Bidault, JOAN, 25. 7. 1947, S. 3595; vgl. auch die Charakterisierung der Pläne Bidaults durch Léon Blum am 25. 7. 1947, in: V. Auriol, Journal du septennat 1947-1954, Version intégrale, Bd. I: 1947, Paris 1970, S. 367.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Denkschrift aus dem Außenministerium vom 19. November 1947 wiederholte die bekannten Argumente[30], nämlich daß die französische Stahlindustrie, wie die Erfahrung vieler Jahre gezeigt habe, unter wirtschaftlicheren Bedingungen als die deutsche produziere. Und es wurde darauf hingewiesen, daß die angeblich vorrangige Entwicklung der lothringischen Stahlindustrie in den Jahren der Besetzung nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 durch die Deutschen selbst der beste Beweis dafür sei.

Auch André Philip, der führende Wirtschaftsexperte und europapolitische Motor der Section Français de l'Internationale Ouvrière (SFIO), setzte sich weiterhin für das Konzept der Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes nach Lothringen ein. In einem Beitrag in den „Foreign Affairs" vom Januar 1948 versuchte er, beim amerikanischen Publikum um Verständnis für die französischen Pläne bezüglich des westdeutschen Wirtschaftspotentials zu werben[31]. Er rechtfertigte die angestrebte Umstrukturierung der westeuropäischen Schwerindustrie nicht mehr mit dem französischen Sicherheitsbedürfnis, sondern allein mit der vorgeblichen „natürlichen Einheit" und der „Interessengemeinschaft" Ruhr-Lothringen. „Vom wirtschaftlichen Standpunkt wäre es gefährlich, die natürliche Einheit, die durch das deutsche Kohlebecken und das französische Eisenerz gebildet wird, zu zerstören. Diese Einheit würde vollkommen integriert, wenn Frankreich importierte deutsche Kohle mit Stahlexporten nach Deutschland bezahlen könnte."[32] Philip trug also der geänderten politischen Situation und seinem Publikationsforum Rechnung, indem er das Ziel der Verlagerung des Stahlproduktionsschwerpunktes als Folge einer rein ökonomischen Rationalität darstellte. – Einer der wenigen, die Skepsis zeigten gegenüber der Vorstellung, Frankreich könne die Rolle Deutschlands als Stahlproduzent mitübernehmen, war damals Léon Blum, der Parteichef der SFIO[33].

Der durch den Marshall-Plan gebotene Verzicht auf die gewaltsame Verlagerung der deutschen Schwerindustrie zwang die französische Seite dazu, einen schwierigen Balanceakt zwischen der Zulassung der westdeutschen wirtschaftlichen Rekonstruktion und der Verhinderung einer erneuten deutschen Priorität auf dem Stahlsektor zu versuchen. Dabei konnte die Ansicht, daß die „natürlichen" Verhältnisse zum Vorteil Frankreichs wirken würden, sehr nützlich sein. Das Jahr 1949 brachte schließlich den Wiedereintritt Westdeutschlands in den internationalen Wettbewerb mit sich, was auf dem Stahlmarkt für Frankreich bald spürbar wurde. Die daraus erwachsenden Befürchtungen verstärkten sich noch durch den Bericht der Stahlabteilung der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) für 1949[34]. Danach sollten nach Addition aller von den einzelnen Ländern aufgestellten

[30] Vgl. im folg. Possibilités et besoins de la sidérurgie française, 19. 11. 1947, AE, Y 1944/1949, Bd. 371.

[31] Vgl. André Philip, France and the Economic Recovery of Europe, in: Foreign Affairs, Januar 1948, S. 325–334.

[32] Ebenda, S. 332 (Übersetzung d. Verf.).

[33] Vgl. Auriol, Journal du septennat, 1947, S. 367.

[34] Vgl. UN Economic Commission for Europe, European Steel Trends in the Setting of the World Market, Genf 1949.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stahlproduktionspläne 1953 in Westeuropa nahezu 60 Millionen Tonnen Stahl produziert werden, womit der voraussehbare Bedarf um 8 Millionen Tonnen überschritten würde. Aufgrund nationaler, autarkistischer Planungen würden kostspielige Stahlproduktionskapazitäten aufgebaut, die zu einer Überproduktion führten.

Die französische und die europäische Wirtschaft waren an einem Wendepunkt angelangt. Nachdem in der ersten Nachkriegszeit die wirtschaftlichen Probleme vor allem aus Fragen der Versorgung entstanden waren, spielte nun der Absatz eine immer größere Rolle. Damit erhielt die Frage der Kosten und Preise wieder größere Bedeutung, und die französische Stahlindustrie mußte auf manchen Märkten die Erfahrung machen, von günstigeren westdeutschen Angeboten aus dem Feld geschlagen zu werden[35]. Deshalb breitete sich in der Regierung wie in der Öffentlichkeit zunehmend Furcht davor aus, daß die französische Wirtschaft, insbesondere die Stahlindustrie, in der Konkurrenz gegen die deutsche Industrie erneut unterliegen würde[36]. Dazu paßten auch die Nachrichten, daß die westeuropäische Stahlindustrie, einschließlich großer Teile der französischen, mit der Wiedererrichtung der zwischen den Kriegen bestehenden Produzentenkartelle liebäugelte. Eine solche Entwicklung war in Frankreich politisch unerwünscht, denn erstens erinnerte man sich an die seinerzeit von den Kartellen künstlich hochgehaltenen Preise, und zweitens galten die Kartelle ebenfalls als ein Mittel zur Wiedergewinnung der Dominanz durch die westdeutsche Stahlindustrie[37].

Die französische Politik der ersten Nachkriegszeit hatte vor allem versucht, die westdeutsche Produktion zumindest in ausgewählten Bereichen zu beschränken. Auch weiterhin wurde die Einhaltung der bestehenden Begrenzungen etwa der Stahlproduktion gefordert[38]. Als neue Gefahr erschienen nun aber die niedrigeren deutschen Produktionskosten. Auch die fortdauernde Abhängigkeit von der Versorgung mit Ruhrkohle und -koks stellte sich immer stärker als eine Preisfrage dar. Rein mengenmäßig hätte der Einfuhrbedarf weiterhin durch Bezüge aus den USA gesichert werden können, doch aufgrund der Transportdistanz mußten diese Lieferungen naturgemäß erheblich teurer sein als von der nahegelegenen Ruhr[39].

---

35 Vgl. etwa Le Monde, 11./12. 12. 1949 (La France et l'Allemagne face à face sur les marchés du proche-orient); ebenda, 16. 12. 1949 (La concurrence s'intensifie sur le marché de l'acier).

36 Vgl. z. B. Schuman in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 8. 11. 1949, AAN, B 80; Ministère des Affaires Étrangères, S/Direction d'Europe Centrale, Note vom 3. 1. 1950, AE, Europe 1949–1955, Allemagne, Bd. 255.

37 Vgl. etwa A. Philip, JOAN, 25. 11. 1949, S. 6306; A. Croizat, ebenda, S. 6309; A. Philip in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 10. 5. 1950, AAN, B 80; E. Bonnefous, JOAN, 25. 7. 1950, S. 592; J. Monnet in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 26. 11. 1951, AAN, B 83.

38 Vgl. etwa R. Schuman, JOAN, 24. 11. 1949, S. 6253; Der französische Hohe Kommissar André François-Poncet an Schuman, 7. 12. 1949, AE, Europe 1949–1955, Généralités, Bd. 64; Schuman in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 22. 3. 1950, AAN, B 80.

39 Vgl. etwa den Bericht von Hervé Alphand für Auriol am 13. 2. 1947, in: Auriol, Journal 1947, S. 78 f.; Jean Monnet in der Sitzung der Commission des Affaires Étrangères am 26. 11. 1951 (siehe Anm. 37).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor diesem Hintergrund wurde der deutschen Industrie seit Beginn des Jahres 1949 immer häufiger Dumping vorgeworfen. Beschwerden über den unlauteren Wettbewerb gehörten von nun an zum festen Bestandteil der französischen Politik. Das allgemeine Klagelied über die solcherart erworbenen westdeutschen Kostenvorteile faßte der SFIO-Abgeordnete Francis Leenhardt am 24. November 1949 vor der Nationalversammlung zusammen: „Nun, was stellt Deutschland wirtschaftlich gesehen dar? ... viel niedrigere Löhne als bei uns, um die Hälfte niedrigere Soziallasten als die unseren, ein künstlich verringerter Konsum, ... Industrien, die durch die Währungsreform von allen Schulden befreit sind, ... Kohle zu einem niedrigen Preis – zumindest für Deutschland, nachdem die Frage der Kohledoppelpreise bislang noch nicht geregelt wurde, ... eine unter dem Nazi-Regime konzentrierte und immer noch nicht dekartellisierte Schwerindustrie."[40]

Die aktuellen westdeutschen Kostenvorteile bei der Eisen- und Stahlerzeugung wurden in Frankreich als künstliche Verzerrung der „natürlichen" wirtschaftlichen Gegebenheiten und Austauschbeziehungen der europäischen Stahlindustrie angesehen. Dagegen wandte sich nun die französische Politik, und Außenminister Schuman erklärte am 19. März 1949, seine Regierung setze sich für eine Angleichung der deutschen Stahlproduktionskosten an die des Auslands ein[41]. Bei allen Gelegenheiten versuchte Schuman, die Abschaffung der westdeutschen Kohledoppelpreise zu erreichen. Und Ende des Jahres forderte er als Voraussetzung für die wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik nicht nur den eindeutigen Verzicht auf jegliche Überproduktion[42], sondern vor allem auch die strikte Durchführung der im Petersberger Abkommen vorgesehenen Maßnahmen zur Einschränkung der Verbundwirtschaft[43].

Besondere Aufmerksamkeit galt daneben dem Problem der angeblich niedrigeren Löhne und Sozialkosten in Westdeutschland. Am 25. November 1949 verabschiedete die französische Nationalversammlung nach einer zweitägigen deutschlandpolitischen Debatte mit 334 gegen 248 Stimmen eine Entschließung, die von Abgeordneten des MRP, der SFIO und der Radikalen Partei, die zusammen mit der kleinen Fraktion der Moderées gerade die Regierungskoalition bildeten, gemeinsam eingebracht worden war. Diese ordre du jour stand unter dem direkten Eindruck des Petersberger Abkommens. Die darin zugestandenen Erleichterungen gegenüber dem kurz vorher verkündeten Besatzungsstatut demonstrierten, wie hinfällig alle auf langfristiger quantitativer Beschränkung des westdeutschen Wirtschaftspotentials beruhende Politik war. Die französische Regierung wurde deshalb insbesondere dazu aufgefordert, alle nützlichen Maßnahmen zu ergreifen, „damit sich die Liberalisierung des Handels und die Vereinigung der europäischen Wirtschaften unter der

---

[40] Leenhardt, JOAN, 24. 11. 1949, S. 6216 f. (Übersetzung d. Verf.)

[41] Vgl. die Sitzung der Commission des Affaires Étrangères der Assemblée Nationale am 9. 3. 1949, AAN, B 80.

[42] Vgl. Le Monde, 16. 11. 1949 (La conférence des „Trois").

[43] Vgl. R. Schuman, JOAN, 24. 11. 1949, S. 6232.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Voraussetzung vollziehen, daß die notwendigen Vorkehrungen zur Verteidigung der legitimen Interessen (sci. Frankreichs) verwirklicht und durch eine fühlbare Annäherung der sozialen Bedingungen der Produktion eine *concurrence loyale* garantiert sind"[44]. Und vor dem Conseil de la République erläuterte Schuman, es könne keinen Verzicht auf bislang geltende Maßnahmen zum Schutz der französischen Wirtschaft geben, ohne daß zuvor die sozialen und steuerlichen Belastungen und Gesetze harmonisiert würden, da andernfalls die Konkurrenz nicht fair sei und Frankreich unter ungleichen Bedingungen kämpfen müsse[45].

In der Vorstellung der „concurrence loyale" traf sich das Bestreben nach engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Marktvergrößerung mit dem Verlangen nach Herstellung und Absicherung einer günstigen Konkurrenzsituation für die französische Wirtschaft. Hinter diesem Konzept stand die Erwartung, daß nach Beseitigung der „künstlichen" westdeutschen Dumping-Bedingungen die enormen Investitionen im Rahmen des Monnet-Plans zum Tragen kämen, wodurch die angestrebte herausragende Stellung der französischen Wirtschaft, insbesondere auch im Bereich der Stahlproduktion, erreicht würde. An der Annahme, daß Lothringen aufgrund seiner „natürlichen" Standortvorteile der optimale Standort für die Stahlerzeugung sei, wurde weiterhin festgehalten[46]. Aus den Reihen der französischen Abgeordneten wurde diese Vorstellung auch nach außen offensiv vertreten. Im Rahmen der deutsch-französischen Parlamentarierkonferenz in Basel am 7. und 8. Januar 1950, bei der zahlreiche deutsche und französische Abgeordnete zusammentrafen, versuchte die französische Seite bei ihren deutschen Kollegen für den Standpunkt zu werben, daß es aus ökonomischer Sicht sinnvoller sei, den Stahl in Frankreich zu produzieren. Doch mochten sich die hier Angesprochenen auch bei dieser Gelegenheit nicht mit dem französischen Angebot anfreunden, den Stahl für ihre weiterverarbeitende Industrie dafür aus Frankreich beziehen zu können[47].

Im Planungskommissariat Monnets herrschte ebenfalls die Ansicht, daß nach Etablierung gleicher Wettbewerbsbedingungen die lothringische Stahlindustrie zur Vorherrschaft tendiere. Als Etienne Hirsch, Stellvertreter Monnets und Mitautor des Schumanplans, am 28. März 1950 vor der parlamentarischen Finanzkommission, die über die künftigen Investitionen im Bereich von Kohle und Stahl beriet, um eine Stellungnahme des Planungskommissariats zu den Auswirkungen der wirtschaftlichen Organisation Europas gebeten wurde, entwickelte er zur Veranschaulichung ein kleines Gedankenspiel. Darin führte er die Voraussetzung ein, daß der liebe Gott

---

[44] Ordre du jour Scherer et alii, JOAN, 25. 11. 1949, S. 6349 (Übersetzung d. Verf.).

[45] Vgl. Schuman, Journal Officiel de la République Française, Débats Parlémentaires, Conseil de la République, 8. 12. 1949, S. 2661.

[46] Vgl. dazu auch P. Fréderix, La renaissance de l'Allemagne de l'Ouest, VII. Quelle doit être raisonnablement la production d'acier de la trizone?, in: Le Monde, 10. 11. 1949; ebd., VIII. L'autorité internationale de la Ruhr est un régulateur essentiel de l'économie européenne, in: Le Monde, 11. 11. 1949.

[47] Vgl. Protokoll der deutsch-französischen Parlamentarierkonferenz in Basel vom 7./8. 1. 1950, AE, Europe 1949–1955, Allemagne, Bd. 255.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle Zollgrenzen zum Verschwinden gebracht hätte, und fragte sodann nach den Auswirkungen für die französische Wirtschaft. In einer solchen Situation, erklärte er weiter, erschiene es logisch, die französische Stahlindustrie zu entwickeln. Müßte man wählen und gäbe es keine anderen Betrachtungen, wäre es normal, eine französische Stahlindustrie zu haben und nicht oder erst fernerhin eine deutsche. Deshalb müsse die französische Stahlindustrie auf eine Weise vervollständigt werden, daß sie im internationalen Wettbewerb bestehen könne. Aus diesem Grund seien auch die beiden gigantischen Walzstraßen Usinor und Solac, die bis 1951 fertiggestellt sein sollten, notwendig[48].

So hielt sich im Planungskommissariat die Auffassung von der natürlich gegebenen Überlegenheit des Stahlproduktionsstandortes Lothringen auf der Grundlage des dort vorhandenen Erzes unter Heranziehung der Ruhrkohle. Aber der westdeutschen Stahlerzeugung sollte nicht jegliche „wirtschaftlich sinnvolle" Expansionsmöglichkeit genommen werden[49]. Vielmehr sollte der französische wirtschaftliche Erfolg nun durch eigene wirtschaftliche Anstrengungen, d.h. Investitionen, verdient werden. Im Gegensatz zu manchen Teilen der französischen Politik und Öffentlichkeit antwortete das Planungskommissariat auf die vielfach beschworenen Gefahren der Stahlüberproduktion nicht mehr primär mit der Forderung nach Begrenzung der westdeutschen Produktion, sondern bezog die Möglichkeit der Ausweitung des Konsums in seine Überlegungen ein. Innerhalb eines Marktes, der insgesamt als expandierend vorgestellt wurde, konnte eine stattliche deutsche Stahlerzeugung hingenommen werden, sofern zugleich zumindest gewährleistet blieb, daß nicht erneut eine Herrschaft der deutschen Industrie über den europäischen Eisen- und Stahlmarkt entstünde[50].

Die parlamentarische Finanzkommission war von den Ausführungen Etienne Hirschs offensichtlich beeindruckt. Am 25. April 1950 beklagte deren Berichterstatter Charles Barangé vor der Nationalversammlung zunächst die Auswirkungen der internationalen Konkurrenz und der Stahlüberproduktion, um dann ein Loblied auf die begünstigte französische Exportsituation, besonders auch im Bereich des Stahls, anzustimmen. Es gipfelte darin, daß er von der „Berufung Frankreichs zum Stahlexport" sprach[51]. Während er auf der einen Seite die europaweiten Überkapazitäten in der Stahlindustrie kritisierte, plädierte er auf der anderen für weitere französische Investitionen vor allem bei Walzstraßen und für die Bildung eines Investitionsschwerpunktes im Bereich der Stahlindustrie.

Tatsächlich stiegen die staatlichen Gesamtinvestitionen in der französischen Stahlindustrie von 34,6 Milliarden ffrs. im Jahre 1949 auf 44 Milliarden ffrs. für 1950

[48] Vgl. Hirsch in der Sitzung der Commission des Finances der Assemblée Nationale vom 28.3.1950, AAN, B 87, Bd. 55.

[49] Vgl. Acheson to Washington, 12.5.1950, in: Foreign Relations of the Unites States (FRUS), 1950, III, Washington 1977, S. 698.

[50] Vgl. dazu das Memorandum Jean Monnets vom 3.5.1950, in G. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Pfullingen 1970, S. 195–200.

[51] Ch. Barangé, JOAN, 25.4.1950, S. 2841 (Übersetzung d. Verf.).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiter an. Eine besonders drastische Steigerung fand bei den Walzwerken statt[52]. Darin läßt sich ein Vorgehen erkennen, das darauf abzielte, die Konkurrenz der westdeutschen und französischen Stahlindustrie zugunsten der eigenen Produktion zu entscheiden, indem der forcierte Ausbau der französischen Stahlindustrie nicht in die Kritik der europäischen Überkapazitäten einbezogen, sondern zur vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung am geeignetsten Standort erklärt wurde. Der angenommenen Komplementarität der französisch-deutschen Schwerindustrie sollte außerdem durch Eingriffe in das Kostengefüge der westdeutschen Stahlindustrie auf dem Wege der Etablierung einer „concurrence loyale" zu ihrem Recht verholfen werden. Aktuelle Ängste über die Bedrohung durch die westdeutsche Industrie mischten sich mit Visionen einer zu ihrer wahren Bedeutung aufsteigenden französischen Stahlerzeugung, sofern die westdeutschen Dumpingvorteile erst einmal ausgeschaltet sein würden. Dieses Ziel war somit eine Weiterentwicklung des früheren Konzepts der gewaltsamen Umstrukturierung der westdeutschen Schwerindustrie. Dabei hatte eine Verfeinerung der Methode stattgefunden: von der quantitativen Beschränkung des westdeutschen Produktionspotentials zur qualitativen Änderung der Bedingungen der westdeutschen Rentabilität.

Am 9. Mai 1950 schließlich gab Robert Schuman auf einer Pressekonferenz in Paris eine Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie ab. Das unter großer Geheimhaltung im Planungskommissariat entworfene Projekt sah vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht"[53]. Die in dem fortan mit dem Namen des französischen Außenministers verbundenen Plan genannten Ziele knüpften an die 1949/50 in der französischen politischen Diskussion entwickelten Positionen an: Die Erklärung vom 9. Mai forderte die Errichtung einer „Solidarität der Produktion". Als Zweck der „Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft" nannte sie, „in allen Ländern, die sie umfaßt, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu den gleichen Bedingungen zu liefern"[54]. Deshalb sollte es die Aufgabe der vorgeschlagenen Hohen Behörde sein, so zügig wie möglich die Produktionsbedingungen der beteiligten Länder zu vereinheitlichen. Im einzelnen forderte die Erklärung „die Modernisierung der Produktion und die Verbesserung der Qualität, die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem französischen und deutschen Markt sowie auf dem aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen, die Entwicklung der gemeinsamen Ausfuhr nach den anderen Ländern, den Ausgleich im Fortschritt der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft dieser Industrien"[55].

---

[52] Vgl. Hahn, Schuman-Plan, S. 32.

[53] Vgl. den Text der Erklärung vom 9. 5. 1950 in: Der Schuman-Plan und die Vierte Tagung des Atlantikrates, EA 1950, S. 3091.

[54] Ebenda.

[55] Ebenda.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Übereinstimmung der wirtschaftlichen Elemente des Schumanplans mit der in Frankreich seit 1949 geforderten Etablierung einer „concurrence loyale" zwischen der französischen und deutschen Stahlindustrie ist offenkundig. Nimmt man diesen Befund zum Ausgangspunkt einer Interpretation, so zielte der Schumanplan in wirtschaftlicher Hinsicht zunächst auf die Vergrößerung des Marktes und die damit verbundenen Rationalisierungsvorteile. Geht man von der zu dieser Zeit in Frankreich vorherrschenden Vorstellung eines westdeutschen Dumpings aus, hätte die beabsichtigte Angleichung bestimmter Produktionskostenelemente, die mit dem Ende der Herrschaft der deutschen Stahlindustrie über die Ruhrkohle einhergehen sollte, die Aufhebung der als künstlich angesehenen westdeutschen Kostenvorteile bei der Eisen- und Stahlerzeugung nach sich ziehen müssen. Dann wären die „natürlichen" Kostenfaktoren, die nach französischer Ansicht in Lothringen günstiger waren, wirksam geworden, und die französische Position hätte sich auf diese Weise bedeutend verbessert. Dies mag den Hintergrund der folgenden Passage der Erklärung vom 9. Mai gebildet haben: „Nach und nach werden sich so die Bedingungen einstellen, die dann von selbst die rationellste Verteilung der Produktion auf höchstem Leistungsniveau gewährleisten."[56] So greift der Schumanplan die zuvor beschriebene Argumentation auf, die unter Berufung auf die Erfordernisse wirtschaftlicher Rationalität und die Notwendigkeiten einer verstärkten europäischen Arbeitsteilung die Verlagerung oder zumindest Neuakzentuierung des europäischen Stahlschwerpunktes zugunsten der französischen Produktion anstrebte.

Von Anfang an wurde der Schumanplan mit dem Kartellvorwurf belegt, so von Dean Acheson in seiner ersten Reaktion auf dieses Projekt[57]. Die Erklärung vom 9. Mai hatte darauf vorsorglich Rücksicht genommen und angegeben: „Im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das nach einer Aufteilung und Ausbeutung der nationalen Märkte durch einschränkende Praktiken und die Aufrechterhaltung hoher Profite strebt, wird die geplante Organisation die Verschmelzung der Märkte und die Ausdehnung der Produktion gewährleisten."[58] Der bisherige Befund macht plausibel, daß sich der Schuman-Plan tatsächlich gegen die Wiedererrichtung der zwischen den Kriegen bestehenden Stahlkartelle richtete, auch in einer bewußten Wendung gegen die eigene Stahlindustrie, die zu einer auf internationale Konkurrenzfähigkeit bedachten Haltung gezwungen werden sollte. Zugleich wandte er sich aber auch gegen die Risiken einer unregulierten Konkurrenz, die in der Vergangenheit eben zu den Kartellen geführt hatten, und suchte deshalb die Sicherung durch die Spielregeln einer „concurrence loyale". Auf diese Weise sollte im Zuge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses und von Rationalisierungsmaßnahmen das Wachstum der Produktion und der Märkte erreicht werden. In der französischen Vorstellung sollten dabei aber zugleich Bedingungen herrschen, die den Schutz vor der westdeutschen Konkurrenz durch eine „rationale", Frankreichs wirtschaftlichen

[56] Ebenda.
[57] Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 384.
[58] Erklärung vom 9. 5. 1950.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zielen entgegenkommende Arbeitsteilung garantieren würden. Eine solche sollte sich durch das Wirken der künftig nicht mehr künstlich verfälschten Standortfaktoren quasi naturwüchsig einstellen.

Die wirtschaftliche Realität

Als Diskriminierungen der französischen im Vergleich zur deutschen Stahlindustrie sah man in Frankreich insbesondere die folgenden Punkte an:

- das höhere Lohnniveau in Frankreich;
- die größeren Sozialleistungen, die der französischen im Vergleich zur deutschen Industrie aufgebürdet seien;
- der Preis, den das Ausland für Ruhrkohle und Ruhrkoks zahlen müsse und der über dem innerdeutschen Marktpreis liege;
- die deutsche Verbundwirtschaft, die die Einsatzkosten der Stahlindustrie für Ruhrkohle noch unter den Marktpreis drücke.

Diese Vorstellungen und die daraus gezogene Konsequenz, nach Beseitigung derartiger Diskriminierungen hätte die französische gegenüber der deutschen Stahlindustrie einen Wettbewerbsvorteil, waren, wie wir gesehen haben, durchaus geschichtsmächtig. Stellten sie doch die zentrale Begründung dafür dar, warum die jeweiligen französischen Pläne, was den Ausbau der französischen auf Kosten der deutschen Stahlindustrie anbelangte, auch ökonomisch sinnvoll seien. Wie aber steht es mit ihrem Realitätsgehalt? Das soll im folgenden untersucht werden. Dabei wird zunächst die Entwicklung der Stahlindustrie des Ruhrgebiets und Lothringens vor 1914 im Vergleich kurz skizziert, bevor auf die Selbstkosten der beiden Reviere 1950, dem Jahr der Verkündung des Schumanplans, näher eingegangen wird.

Die Minette ist ein recht eisenarmes Erz. Der durchschnittliche Eisengehalt kalkiger Minette betrug vor 1914 etwa 35 v.H., 1950 nur noch 30 v.H.[59]. Das bedeutet, daß etwa drei Tonnen Minette zur Herstellung einer Tonne Roheisen erforderlich waren. Da der Koksverbrauch pro Tonne Roheisen 1913 quantitativ schon viel niedriger lag, war es also unter Transportkostengesichtspunkten günstiger, den Koks zur Minette als die Minette zum Koks zu bringen. Tatsächlich ist auch damals viel Ruhrkoks nach Lothringen verschickt worden, während der Minettebezug des Ruhrgebiets bis zur Mitte der 1890er Jahre sehr gering war und hinter den Bezügen von eisenhaltigeren spanischen und schwedischen Erzen zurückblieb[60]. Erst die Einräumung besonders günstiger Frachtsätze ab 1893 und insbesondere ab 1901 führte zu einer Steigerung des Minetteeinsatzes im Ruhrgebiet[61]. Ab der Jahrhundert-

[59] Artikel ‚Eisenerzeugung', in: Brockhaus' Konversations-Lexikon, [14]1898, Bd. 5, S. 923; H. Prause, Der lothringische Minette-Bergbau, in: Stahl und Eisen 71 (1951), S. 228.

[60] W. Feldenkirchen, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879–1914, Wiesbaden 1982, S. 60 ff.

[61] Ebenda, S. 75, Anhangtab. 12.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wende lag der Preis der Minette frei Ruhrhütte pro Tonne Eisengehalt in manchen Jahren knapp unter dem Preis des Schwedenerzes[62], ein Vorteil, der jedoch durch den höheren Koksverbrauch bei der Verhüttung der Minette wieder zunichte gemacht wurde. 1913 betrug der Anteil der Minette an allen im Ruhrgebiet verhütteten Erzen knapp 20 v.H. und lag damit ebenso hoch wie der der spanischen Erze, während der Anteil der Schwedenerze etwas höher war. Dem Eisengehalt nach war der Anteil der Minette jedoch nur etwa halb so hoch wie der des schwedischen Erzes.

Bot also der Bezug von Minette durch Ruhrhütten im Vergleich zum Einsatz von Schwedenerz keine Vorteile, so waren solche vielleicht bei einer Verlagerung des Betriebs ins Minettegebiet zu erringen. Tatsächlich haben einige Unternehmen des Ruhrgebiets sich mit derartigen Plänen befaßt, und etwa Thyssen hat auch ein Stahlwerk in Lothringen errichtet. Jedoch hat kein Ruhrunternehmen seinen Standort vollständig verlagert, und der Anteil Rheinland-Westfalens an der Roheisenerzeugung im Deutschen Reich war auch 1913 noch um etwa 10 Prozentpunkte höher als der des Minettebezirks. Seit 1903 hatte letzterer von 31,4 auf 33,2 v.H. zugenommen, ersterer aber von 39,8 auf 42,5 v.H. Und bei der Stahlerzeugung war die Diskrepanz zwischen beiden Gebieten noch viel ausgeprägter. Erzeugte Lothringen/Luxemburg 1913 17,1 v.H. des deutschen Stahls, so waren es in Rheinland-Westfalen 53,6 v.H.[63].

Die Ursachen dieser Entwicklung lagen zum einen darin, daß der Selbstkostenvorteil der Roheisenherstellung in Lothringen gegenüber dem Ruhrgebiet doch nicht so erheblich war. Die Rheinischen Stahlwerke kamen 1888 in umfangreichen Kalkulationen zu einem Unterschied von einer Mark. Noch niedriger liegt er im Ergebnis der folgenden, 1912 angestellten Berechnungen[64]:

Roheisenselbstkosten (M pro t Roheisen):

	Rheinl.-Westf.	Lothringen
Erz, einschließl. Kalkstein	31,54	12,52
Koks	13,00	29,51
Fabrikation	4,00	5,50
Amortisation	2,00	2,88
	50,54	50,41

Es zeigt sich, daß die Differenz in den Erzkosten beider Gebiete fast durch eine umgekehrte Differenz in den Kokskosten ausgeglichen wurde. Das lag daran, daß Lothringen seinen Koks zum großen Teil aus dem Ruhgebiet beziehen mußte und dafür entsprechende Frachtkosten zu tragen hatte. Und während die Ruhrhütten

[62] Berechnung aus ebenda, S. 167 ff., Anhangtab. 37.

[63] Ebenda, S. 84 ff., 179, 191.

[64] F. Werndl, Die Roheisen-Selbstkosten in den Industriegebieten Südwestdeutschland, Niederrheinland-Westfalen und Oberschlesien, in: Berg- und Hüttenmännische Rundschau 8 (1911/12), S. 151 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den meisten Koks zu Selbstkosten aus eigenen Kokereien und Zechen bekamen, waren die lothringischen Unternehmen im wesentlichen auf den Kauf von Koks vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat angewiesen. Schließlich ist auch noch einmal auf den Mehrverbrauch von Koks bei der Verhüttung der eisenarmen Minette hinzuweisen. Letzteres war ebenfalls ein wichtiger Grund für die höheren Fabrikationskosten und Amortisationen Lothringens. Da dort für eine bestimmte Menge Roheisen tonnenmäßig mehr Material eingesetzt werden mußte, ergab sich sowohl ein Mehraufwand an Arbeit für das Chargieren der Hochöfen und das Beseitigen der Schlacke als auch die Notwendigkeit, eine größere Anzahl von Öfen einzusetzen[65].

Aber selbst wenn die Roheisenselbstkosten im Ruhrgebiet um ein paar Mark höher als in Lothringen gewesen wären, wäre eine Verlagerung der Ruhrstahlindustrie wohl kaum in größerem Umfang eingetreten. Denn volkswirtschaftlich gesehen sind nicht die Kosten der Produktion am Ort, sondern die Kosten bis zum Konsum, also einschließlich der Frachtkosten der Erzeugnisse zum Verbraucher, die bei Stahl erheblich ins Gewicht fallen, ausschlaggebend[66]. Unter diesem Gesichtspunkt war die Ruhr kostenmäßig Lothringen weit überlegen. Hatte sich doch in Rheinland-Westfalen selbst, anders als in Lothringen, die eisenverarbeitende Industrie in großem Stile angesiedelt, und war das Ruhrgebiet darüber hinaus durch den Rhein und ein ausgebautes Kanalnetz auch für den Export seiner Produkte viel günstiger plaziert als Lothringen[67]. Angesichts dieses Befundes verbietet es sich, von einer Verlagerung der Ruhrstahlindustrie nach Lothringen vor 1914 zu sprechen. Allenfalls fand in sehr begrenztem Umfang eine gewisse Auslagerung von Teilen der groben Produktion in den Minettebezirk statt, da es günstiger erschien, die geringwertigen Erze Lothringens dort selbst zu verhütten[68]. Dies hat jedoch weder die Entwicklung der Stahlindustrie im Ruhrgebiet beeinträchtigt noch auch nur etwas an deren Dominanz geändert.

Was die Selbstkosten der deutschen und französischen Stahlindustrie im Jahre 1950 anbelangt, so sind die Angaben hierzu höchst widersprüchlich. Die deutschen Eisenhüttenleute und die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie etwa gin-

---

65 F. Friedensburg, Das Erzproblem der deutschen Eisenindustrie (=DIW, Sonderhefte N.F. 39), Berlin 1957, S. 32; L. Lister, Europe's Coal and Steel Community, New York 1960, S. 83.

66 H. Jürgensen, Entgegnung auf eine Arbeit von Dr. Wasmuth, betitelt: „Schuman-Plan und Neuordnung im Blickpunkt der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Montanindustrie", 22.9. 1951, S. 5; Wirtschaftsarchiv, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

67 Feldenkirchen, Eisen- und Stahlindustrie, S. 88 f.; ders., Zum Einfluß der Standortfaktoren auf die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets (bis 1914), in: F. Blaich (Hrsg.), Entwicklungsprobleme einer Region: Das Beispiel Rheinland und Westfalen im 19. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 65; N. J. G. Pounds/W. N. Parker, Coal and Steel in Western Europe, Bloomington 1957, S. 290.

68 Jürgensen, Entgegnung, S. 4. Ähnliches gilt im übrigen auch, kriegsbedingt sogar verstärkt, für die Zeit des Zweiten Weltkriegs, als Lothringen wieder unter deutscher Herrschaft stand. Vgl. U. Wengenroth, Schwierige Beute. Lothringen in den Planungen der deutschen Schwerindustrie, in: C. Carlier, S. Martens (Hrsg.), La France et l'Allemagne en Guerre (Septembre 1939–Novembre 1942), Paris 1989.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen ohne weiteres davon aus, daß Thomasroheisen unter normalen Wirtschaftsverhältnissen im Minettebezirk etwa 10 v.H. billiger als im Ruhrgebiet erzeugt werden könne und daß dieser Vorteil in fast gleicher Höhe auch auf die Herstellung von Thomasstahl zutreffe. Dagegen sei die Produktion aller anderen Roheisensorten sowie von Siemens-Martin-Stahl zweifellos im Ruhrgebiet billiger, da die hierzu benötigten Möllerstoffe im Ruhrgebiet wesentlich frachtgünstiger erhältlich seien[69]. Während letzteres nicht umstritten ist, finden sich zur Frage der Selbstkosten bei der Thomasstahlerzeugung auch recht andere Angaben. Zawadzki kalkulierte die Kosten des Materialinputs für Roheisen in der ersten Jahreshälfte 1950 in Westdeutschland auf 24,88, in Frankreich aber auf 26,22 Dollar[70]. Und Hahn zitiert ein französisches Gutachten, wonach sich im September 1951 die Gestehungskosten für eine Tonne Thomasstahl in Frankreich auf über 27000, in Deutschland auf gut 21000 ffrs. beliefen[71].

Angesichts solcher Diskrepanzen in der Literatur soll hier eine eigene Berechnung der Selbstkosten versucht werden. Dabei muß vorausgeschickt werden, daß es sich um die durchschnittlichen Kosten in der deutschen und französischen Eisenindustrie handelt, in einem weiteren Bereich also als das Ruhrgebiet und Lothringen. Allerdings dürften die Berechnungen auch ziemlich die Verhältnisse in den engeren Bezirken treffen, wurden doch in Nordrhein-Westfalen 83 v.H. des deutschen Stahls (ohne die Saar) und in Lothringen 78 v.H. des französischen Roheisens produziert[72]. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß das Opportunitätskostenkonzept unterstellt wird, d.h. es werden die Marktpreise der Inputgüter angesetzt, unabhängig davon, ob manche Inputs in den Unternehmen selbst anfielen oder produziert wurden und daher kalkulatorisch zu (niedrigeren) Selbstkosten in die Kostenrechnung der Betriebe eingingen. Damit ist gleichzeitig der Effekt der deutschen Verbundwirtschaft, worin die Franzosen eine Diskriminierung sahen, ausgeschaltet.

In *Deutschland* setzte sich der Hochofenmöller im Oktober 1950 durchschnittlich folgendermaßen zusammen, gerechnet in Eisengehalt und bezogen auf 1 t Roheisen[73]:

Inlandserz	286 kg
Auslandserz	305 kg
Schrott	175 kg
Sonst. Eisenträger	188 kg

[69] Aktenvermerk: Ausarbeitung Dr. Wasmuth, Schumanplan und Neuordnung im Blickpunkt der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Montan-Industrie, 29.8. 1951, S. 1 f.; Wirtschaftsarchiv, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

[70] K. K. F. Zawadzki, The Economics of the Schuman Plan, in: Oxford Economic Papers (New Series) 5 (1953), S. 183.

[71] Hahn, Schuman-Plan, S. 154.

[72] Lister, Europe's Coal and Steel Community, S. 30, 33.

[73] Stahl und Eisen 71 (1951), S. 1465.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bewertet man nun das Inlandserz mit 69 DM je t Eisengehalt frei Hütte, das Auslandserz mit 61,70 DM[74], den Schrott mit 73 DM[75] und die sonstigen Eisenträger mit 41,70 DM[76], so erhält man an Kosten für die eingesetzten Mengen: (DM)

Inlandserz	19,73
Auslandserz	18,82
Schrott	12,77
Sonst. Eisenträger	7,84
	59,16

Der Koksverbrauch betrug durchschnittlich etwa 940 kg je Tonne Roheisen[77]. Die Tonne Koks kostete 42 DM[78], dazuzurechnen sind ungefähr 3 DM Fracht[79], so daß sich 42,30 DM an Kokskosten für das Erschmelzen einer Tonne Roheisen ergeben. Die Materialkosten für eine Tonne Roheisen beliefen sich also in Deutschland im Herbst 1950 auf 101,46 DM.

Frankreich produzierte 1950 7,761 Mill. t Roheisen. Dazu verbrauchte es in seinen Hochöfen 19,578 Mill. t Eisenerz, 1,513 Mill. t Schrott, 0,795 Mill. t Schlacken und Zuschläge und 7,699 Mill. t Koks[80]. Dabei kosteten: (Mill. DM)

Erz	172,7[81]
Schrott	71,0[82]
Schlacken	19,9[83]
Koks	519,7[84]
	783,3

[74] Zawadzki, Economics of the Schuman-Plan, S. 177. Diese Angaben stimmen größenordnungsmäßig überein mit Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 397, 399. Dort errechnet sich der Preis inländischer Erze frei Grube pro t Eisengehalt mit 56,50–74,40 DM, der von Schwedenerz frei Grenze mit 54,17 DM.

[75] Stahl und Eisen 70 (1950), S. 731, gibt die Schrotthöchstpreise mit 61–80 DM/t, durchschnittlich also mit 71,50 DM an. Einschließlich Frachtkosten dürfte sich ein Preis von 73 DM ergeben, der auch in Stahl und Eisen 71 (1951), S. 96, 9, zugrundegelegt ist.

[76] Der Durchschnittspreis der Einfuhr eisen- und manganhaltiger Abbrände, Schlacken und dgl. lag 1950 bei 23 DM (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 249), einschließlich Fracht von der Grenze bis zur Hütte also vielleicht bei 25 DM. Unter der Annahme eines Eisengehalts von 60 v. H. (Friedensburg, Erzproblem der deutschen Eisenindustrie, S. 36 gibt den Eisengehalt von Kiesabbränden mit bis zu 65 v. H. an) liegt der Preis pro t Eisengehalt demnach bei etwa 41,70 DM.

[77] Berechnet aus Stahl und Eisen 71 (1951), S. 1280 f.

[78] Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 396.

[79] Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Untersuchungen zum Schuman-Plan, Oktober 1951, S. 10.

[80] Stahl und Eisen 71 (1951), S. 1183. Zusätzlich wurden noch 0,316 Mill. t Manganerz eingesetzt, aber wohl für spezielle Roheisensorten, weshalb dieser Posten hier fortgelassen wird.

[81] Zawadzki, Economics of the Schuman Plan, S. 177, gibt 7 $ pro t Eisengehalt der Lothringischen Erze frei Hütte an. Das stimmt gut überein mit Prause, Minette-Bergbau, S. 228, der als Preis für 30prozentiges Erz 1950 8,50 DM frei Grube nennt.

[82] Hahn, Schuman-Plan, S. 75, führt 3913 ffrs. als französischen Schrottpreise je t an.

[83] Wie Anm. 76.

[84] Der Auslandspreis für Ruhrkoks betrug 46 DM zuzüglich 20 DM Fracht nach Lothringen (Unter-

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Durchschnittskosten für den Materialeinsatz pro Tonne Roheisen betrugen in Frankreich also 100,93 DM und bewegten sich damit auf praktisch der gleichen Höhe wie in Deutschland.

Allerdings spielte im Rahmen der französischen Kosten die Diskriminierung bei den Kokspreisen eine Rolle. Denn der Auslandspreis von Ruhrkoks war 46 DM gegenüber einem Inlandspreis von 42 DM. Und auch die Frachtsätze für Ruhrkoks nach Lothringen enthielten ein Element der Diskriminierung. Nach der im Rahmen der Montanunion vorgenommenen Einführung direkter Tarife war die Fracht um rund 30 v.H. niedriger als vor der Gründung der EGKS[85]. Überträgt man dieses Verhältnis auf die Frachtsätze von 1950, so verringern sich diese von 20 auf 14 DM für die Tonne Ruhrkoks nach Lothringen. Ohne Diskriminierungen bei den Ruhrkokskosten beliefen sich die durchschnittlichen Materialkosten der französischen Roheisenherstellung 1950 demnach auf 89,50 bis 96 DM, je nachdem ob man davon ausgeht, daß nur Ruhrkoks eingesetzt wurde oder sowohl Ruhrkoks als auch Koks aus dem Revier Nord. Das aber heißt, daß die Kosten des Materialeinsatzes für die Tonne Roheisen im günstigsten Fall in Lothringen um etwa 12 DM niedriger waren als im Ruhrgebiet.

Zu den Materialkosten hinzuzurechnen sind die Lohnkosten einschließlich der Sozialabgaben der Arbeitgeber. Letztere waren tatsächlich in Frankreich höher als in Deutschland, jedoch waren die eigentlichen Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie niedriger. Diese gegenläufigen Tendenzen glichen sich fast vollständig aus, so daß die gesamten Arbeitskosten pro Stunde in beiden Industrien annähernd gleich hoch standen[86]. Dies heißt jedoch nicht, daß auch die Arbeitskosten pro Tonne Roheisen bzw. Stahl auf gleicher Höhe lagen. Vielmehr spielt hierbei noch die Arbeitsproduktivität eine Rolle. Diese scheint aber in Deutschland höher gewesen zu sein als in Frankreich, und zwar, wie eine Berechnung für Stahl der Europäischen Wirtschaftskommission ausweist, um ein Viertel. Daher und nicht wegen unterschiedlicher Löhne beliefen sich die Arbeitskosten für die Tonne Stahl in Deutschland auf 16 $, während sie in Frankreich 21 $ betrugen[87]. Und ein Teil dieses Unterschieds entfiel mit Sicherheit auf die Roheisenherstellung[88].

Neben den Arbeitskosten pro Tonne Stahl waren auch die Zinskosten und die Steuerbelastung recht verschieden. Erstere sollen in Frankreich wegen großer, in

---

suchungen zum Schuman-Plan, s. Anm. 79, S. 6), der Preis von Koks aus dem französischen Revier Nord frei Hütte in Lothringen etwa 69 DM (Zawadzki, Economics of the Schuman Plan, S. 174). Hier ist ein Durchschnittspreis von 67,50 DM zugrundegelegt worden.

85 EGKS, Hohe Behörde, Dritter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, 1955, S. 120.

86 Vgl. Hahn, Schuman-Plan, S. 79; EGKS, Hohe Behörde, Zweiter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, 1954, S. 193 und Dritter Gesamtbericht, 1955, S. 178 f.

87 UN, ECE, Economic Survey of Europe Since the War, Genf 1953, S. 228 in Verbindung mit S. 384.

88 Siehe oben, S. 16 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Hochzinsphase durch Kredite finanzierter Investitionen 1000–1500 ffrs. pro t Stahl betragen haben, in Deutschland nur 100–200 ffrs.[89] Dies wird allerdings durch Alan Milward in Frage gestellt, der darauf hinweist, daß der Monnetplan Kapitalinvestitionen in die französische Stahlindustrie stark subventioniert habe[90]. Dagegen waren die Steuern (außer Umsatzsteuer), gemessen an den Produktionskosten, in Deutschland höher[91]. Man könnte allerdings argumentieren, im Zuge der Herstellung der „concurrence loyale" sollten sowohl die Steuerbelastung als auch die Zinskosten in beiden Ländern aneinander angeglichen werden, so daß wir sie hier nicht mehr weiter zu berücksichtigen brauchen.

Es bleibt also festzuhalten, daß unter einem Regime der „concurrence loyale" die Erzeugung von Roheisen materialkostenmäßig in Lothringen 1950 um bis zu 12 DM pro Tonne billiger war, bei Einbeziehung der Arbeitskosten sich dieser Unterschied jedoch verringerte. Bei Betrachtung der Stahlgewinnung ingesamt, also Thomas- und Siemens-Martin-Stahl, scheinen demgegenüber die Materialkosten auf deutscher Seite, wieder „concurrence loyale" unterstellt, um etwa 4 DM, die Arbeitskosten sogar um gut 20 DM niedriger gewesen zu sein[92]. Nun sind jedoch noch die Frachtkosten für den Stahl vom Produktions- zum Verbrauchsort zu berücksichtigen. Und wie schon am Anfang des Jahrhunderts hatte das Ruhrgebiet auch um 1950 hierbei enorme Vorteile. Wurden doch annähernd 60 v.H. seiner Stahlproduktion in Nordrhein-Westfalen selbst weiterverarbeitet, während es in Lothringen nur 13 v.H. waren. Fast der gesamte Rest mußte im Falle Lothringens mit der Bahn verschickt werden[93]. Dem Ruhrgebiet standen dagegen zahlreiche Versendungsmöglichkeiten zu Wasser, insbesondere für den Export, offen, was viel billiger als Bahnfracht ist. Die Ruhrunternehmen zahlten für den Transport ihrer Stahlprodukte zu Rheinmündungshäfen lediglich etwa 4 DM pro Tonne, Lothringer Betriebe dagegen nach Antwerpen oder Dünkirchen über 24 DM[94]. Da dieser Frachtkostenunterschied den errechneten Materialkostenvorteil Lothringens bei Roheisen (und Thomasstahl) allein weit überkompensiert, zeigt das, daß der theoretische Absatzradius selbst für den Thomasstahl des Ruhrgebiets viel weiter war als der Lothringens, ein Ergebnis, was umso eher gilt, als ja auch die Arbeitskosten im Ruhrgebiet niedriger lagen. Dazu kamen, wie gesagt, die Absatzdichte für Stahl im Ruhrgebiet selbst sowie die niedrigeren Materialkosten für Siemens-Martin-Stahl dort.

Anders als die Franzosen dachten, lag also ein gewichtiger Kostenvorteil auch unter den Bedingungen einer „concurrence loyale" auf der Seite des Ruhrgebiets. Eine Verlagerung des Stahlschwerpunkts nach Lothringen konnte daher nicht erwartet werden. Und das trat denn auch nicht ein. Vielmehr wuchs die Rohstahler-

---

89 D.C. Bok, The First Three Years of the Schuman Plan, Princeton 1955, S. 33.

90 A. Milward in einem Brief an die Verfasser v. 10. 12. 86.

91 Bok, First Three Years, S. 32.

92 Wie Anm. 87.

93 Lister, Europe's Coal and Steel Community, S. 28, 34.

94 Bok, First Three Years, S. 70.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugung vom Beginn des gemeinsamen Marktes 1953, als die Diskriminierungen der französischen Industrie beim Bezug von Ruhrkoks nach und nach fielen, bis 1957 in Nordrhein-Westfalen von 13 auf 20 Mill. t um 54 v.H., in Ostfrankreich dagegen nur um 38 v.H. von knapp 6,7 auf 9,2 Mill. t[95].

Worauf beruhte nun aber die weitverbreitete Fehlperzeption des wirtschaftlichen Potentials der französischen und deutschen Stahlindustrie in Frankreich? Entsprang sie französischem Wunschdenken und damit irrationalen Anwandlungen, oder kann man sie als gar nicht so unvernünftig wenigstens plausibel machen? Hier wird argumentiert, daß Letzteres zutraf. Denn einmal muß man den zeitgenössischen Mangel an genauen Statistiken in Rechnung stellen. Das galt insbesondere für die mit der Höhe der Löhne und Sozialabgaben zusammenhängenden Fragen. Dementsprechend verließ man sich vermutlich weitgehend auf den Augenschein, und dieser lehrte, daß der deutsche Lebensstandard in der zweiten Hälfte der 40er Jahre sehr niedrig war. Daher mußten, so folgerte man, auch die Löhne recht gering sein. Eine frühe Zusammenstellung von statistischen Daten zur Entwicklung der Massenkaufkraft in Deutschland, die vom französischen Vertreter in der Alliierten Hochkommission stammte, unterstützte dieses Ergebnis. Wurde doch darin festgestellt, daß die deutsche Massenkaufkraft im Vergleich zu 1938 enorm gesunken war, vor allem deshalb, weil die Lebenshaltungskosten stark zugenommen hatten[96]. Im Jahre 1950 übermittelte dann aber der französische Hochkommissar detaillierte statistische Berichte über die deutsche Wirtschaft an das Außenministerium Frankreichs[97]. Und ein genauer Vergleich der Löhne und Sozialabgaben in der Stahlindustrie beider Länder ist später unter der Regie der Montanunion erstellt worden[98]. So wurde es bis Ende 1951 klar, daß die Vorstellung niedrigerer Löhne der deutschen im Vergleich zur französischen Stahlindustrie nicht haltbar war. Dementsprechend wurde sie in einer Anhörung vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des französischen Parlaments vom Staatssekretär im französischen Außenministerium, Maurice Schumann, mit den Worten revidiert: „Im Gegensatz zur allgemein etablierten Meinung ist die französische Stahlindustrie durch die Höhe der Löhne und Sozialabgaben nicht benachteiligt."[99]

Ein weiterer Grund für die Fehleinschätzung der relativen Konkurrenzfähigkeit der französischen Stahlindustrie lag darin, daß, beschränkt man die Betrachtung auf die *Produktion* von *Thomasstahl,* die Lothringer Industrie wohl tatsächlich einen Selbstkostenvorteil, der auch von deutscher Seite nicht bestritten wurde, aufwies.

---

95 EGKS, Hohe Behörde, Sechster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, 1958, Bd. 2, S. 399.

96 IfZ-Archiv, MF 260, 11/123-3/28, Haute Commission Alliée. Comité économique. Sous comité général sur les mesures discriminatoires, Rapport français sur le pouvoir d'achat des travailleurs allemands.

97 AE, Europe 1949–55, Allemagne No. 257.

98 EGKS, Hohe Behörde, Zweiter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, 1954, S. 193; dies., Dritter Gesamtbericht, 1955, S. 178 f.

99 AAN, B 83 Commission des Affaires Étrangères, 26. 11. 51, S. 65 (Übersetzung d. Verf.).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Vorteil verwandelte sich jedoch, wie gezeigt, in einen Nachteil bei Einbeziehung der durchschnittlichen Transportkosten des fertigen Stahls zur weiterverarbeitenden Industrie. Obwohl die Berücksichtigung der Transportkosten des Produkts volkswirtschaftlich zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit einer regionalen Industrie unabdingbar ist, wird sie in betriebswirtschaftlich orientierten Vergleichen häufig unterlassen, so etwa auch in der zitierten Studie der Europäischen Wirtschaftskommission[100]. Daß in der öffentlichen und politischen Diskussion in Frankreich lediglich auf die übliche Form der Selbstkostenvergleiche Bezug genommen wurde, erscheint also nur zu plausibel.

Jean Monnet selbst sah jedoch durchaus die Nachteile, die der französischen Stahlindustrie aus dem Fehlen von weiterverarbeitenden Unternehmen in Lothringen erwuchsen. Seiner Auffassung nach versprach der Schumanplan hier Aussicht auf Abhilfe in doppeltem Sinne. Einmal nämlich würde durch seine Verwirklichung die Furcht vor einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gegenstandslos werden, damit aber würden auch die Hemmungen französischer stahlverarbeitender Betriebe verschwinden, sich im Grenzgebiet niederzulassen. Zum anderen werde durch die Montanunion den Deutschen ein wichtiges Druckmittel zur Erzielung offener französischer Grenzen für die Produkte der weiterverarbeitenden Industrie genommen, nämlich die Abhängigkeit Frankreichs von der deutschen Kohle, mit dem Erfolg, daß der französischen Industrie eine Atempause zur Ansiedlung in Lothringen verschafft werde[101]. Wenn sich auch diese Erwartungen nicht bewahrheiteten, so ist doch interessant, daß bei dem führenden französischen Planer das Gefühl für den prinzipiellen Mangel der Lothringer Stahlindustrie vorhanden war. Daß der breiteren Öffentlichkeit das Bewußtsein hierfür fehlte, ist demgegenüber aus den angeführten Gründen nur wenig verwunderlich. Die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Gegebenheiten in Frankreich ist also rational erklärbar und insofern auch plausibel. Das ändert jedoch weder an der Tatsache etwas, daß es sich um eine eklatante Fehleinschätzung handelte, noch daran, daß diese Fehleinschätzung sich als geschichtsmächtig erwiesen hat.

Die Verhandlungen um die Montanunion

Das Monnet zugeschriebene Zitat aus der Anfangszeit der Pariser Verhandlungen über den Schumanplan, es könne nicht darum gehen, „vermittels der Montanunion die Geographie zu korrigieren"[102], unterstreicht noch einmal den französischen

[100] Siehe Anm. 87.

[101] Wie Anm. 99, S. 30 f., 96 f.

[102] So Günter Henle in einem Vortrag über den „Schumanplan vor seiner Verwirklichung", Sonderveröffentlichung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen 1951, S. 6. Henle, Leiter der Klöckner-Werke und CDU-MdB, spielte auf deutscher Seite eine bedeutende Rolle in den Schumanplanverhandlungen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Glauben an einen natürlichen Vorsprung der heimischen Stahlindustrie. Für die Unterhändler aus Frankreich kam es somit „nur" noch darauf an, den Vertragstext so zu fassen, daß die bisherigen „künstlichen" Vorteile der deutschen Konkurrenten wegfielen, und, wie es in der bereits zitierten Erklärung Schumans vom 9. Mai hieß, „die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem französischen und deutschen Markt sowie auf dem aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen" erfolgen konnte.

Die Formulierung von den „gleichen Bedingungen" war indessen äußerst vage. Aus deutscher Sicht konnten damit schlimmstenfalls einheitliche Preise gemeint sein, und gegen eine solche „Nivellierung der Standortsbedingungen im europäischen Raum" wollte man sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen[103]. Lediglich in der Frage der Doppelpreise für Kohle und Koks ließen deutsche Experten Kompromißbereitschaft erkennen – vorausgesetzt, auch die künftigen Partner waren zum Verzicht auf höhere Exportpreise bereit. Der Terminus „gleiche Bedingungen" bereitete indessen nicht nur in Bonn oder Düsseldorf Kopfzerbrechen, sondern auch in Washington und beim potentiellen Montanunionsmitglied Großbritannien. Monnet und seine Mitarbeiter bemühten sich nicht zuletzt aus diesem Grund um eine Präzisierung ihres Standpunktes.

Die erste Gelegenheit dazu bot sich in einem an die amerikanische Adresse gerichteten Memorandum zur Entkräftung des Kartellverdachts. Etwaige Maßnahmen zur Preisangleichung, so stellten die Autoren klar, sollten Übergangscharakter haben und lediglich dazu dienen, die notwendige Umstellung auf eine Produktion am jeweils günstigsten Standort unter Vermeidung größerer Erschütterungen zu ermöglichen[104]. Diese Position bekräftigte Monnet auch gegenüber britischen Gesprächspartnern anläßlich eines Treffens am 16. Mai in London, als er sich dafür aussprach, die Produktion an den effizientesten Standorten zu konzentrieren und Vorzugstarife für den Transport zu verbieten; eine Harmonisierung der Löhne sollte, falls erforderlich, auf dem höchsten Niveau erfolgen[105]. In einem Brief an Sir Edwin Plowden vom Schatzamt griff Monnet diese beiden Punkte nochmals auf: Eine Lohnangleichung hielt er vor allem in solchen Fällen „sozialen Dumpings" für notwendig, in denen Entlohnung und Arbeitsproduktivität in einem deutlichen Mißverhältnis standen. Aufgabe der geplanten Hohen Behörde sei es, den Lebensstandard durch eine Steigerung der Produktivität zu erhöhen. Zu diesem Zweck sei auch die Schaffung identischer Voraussetzungen für die Preisbildung gerechtfertigt. Es komme darauf an, die Vorteile eines auf Produktivität gegründeten Wettbewerbs sicherzustellen und Störungen infolge „ausbeuterischer" Arbeitsbedingungen oder diskriminierender Praktiken künftig zu unterbinden[106].

---

[103] BA, NL Etzel/237: Bundeswirtschaftsministerium, Unterlagen zum Schumanplan, 16.6.1950.

[104] Das Memorandum ist wiedergegeben in einem Telegramm Achesons an Webb v. 12.5.1950, FRUS 1950, III, S. 697–701, hier S. 701.

[105] Aufzeichnungen über ein Treffen mit Monnet, in: Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series II, Vol. I: The Schuman Plan, The Council of Europe and Western European Integration, May 1950–December 1952, London 1986, S. 59–61.

[106] Monnet an Plowden v. 25.5.1950, in: ebenda, S. 94–96.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Vorfeld der Pariser Schumanplan-Verhandlungen, vor allem als Ergebnis der intensiven, am Ende aber erfolglosen französisch-britischen Gespräche, nahm der vage Begriff also allmählich Konturen an. „Gleiche Bedingungen" waren nach französischer Auffassung dann gegeben, wenn diskriminierende Frachttarife und Doppelpreise innerhalb des Unionsgebietes abgeschafft und Löhne und Arbeitsbedingungen angeglichen waren[107]. So gingen Monnet und seine Mitarbeiter gut gewappnet in die am 20. Juni 1950 beginnende Konferenz über den Schumanplan.

Die französische Delegation stellte ihren Anspruch auf eine führende Rolle im Verhandlungsprozeß auch gleich dadurch unter Beweis, daß sie am 24. Juni ein 40 Artikel umfassendes „Document de Travail" vorlegte, das als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen sollte[108]. Die Kompetenzen, die dieser Entwurf der geplanten „Hohen Behörde" zuschrieb, machten deutlich, wie die französische Regierung die Voraussetzungen für eine „echte Konkurrenz" herzustellen gedachte. Die Hohe Behörde sollte u.a. die Versorgung mit Kohle und Stahl am jeweiligen Produktionsort zu gleichen Bedingungen sichern, alle künstlichen Behinderungen normaler Wettbewerbsverhältnisse beseitigen und die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Montanarbeiter auf höherem Niveau anstreben. Durch ihre Preispolitik sollte sie die Erzeuger gegen unlautere Praktiken schützen, eine reguläre Ausweitung der Märkte und der Produktion garantieren und schrittweise die Voraussetzungen schaffen, die „automatisch" eine effektive Arbeitsteilung auf höchster Produktivitätsstufe gewährleisteten. Zu diesem Zweck sah das Arbeitspapier eine Reihe von Vollmachten für die Hohe Behörde vor, insbesondere das Recht, von den Unternehmen Ab-Werk-Preise und die Veröffentlichung generell verbindlicher Preislisten zu verlangen sowie allgemeine oder regionale Höchst- und Mindestpreise festzusetzen. Auf dem Gebiet der Löhne und Arbeitsbedingungen verpflichtete der Entwurf die Hohe Behörde dazu, Lohnkürzungen als Mittel des Wettbewerbs zu verhindern und jede Art von Konkurrenz, die auf der „Ausbeutung" von Arbeit beruhte, zu beseitigen. Für den Fall, daß Unternehmen von bestimmten künstlichen wettbewerbsbeschränkenden Faktoren oder Maßnahmen übermäßig profitierten, konnte sie diesen Firmen eine Abgabe auferlegen; im umgekehrten Fall war eine zeitlich begrenzte Unterstützung möglich. Die Teilnehmerländer sollten sich ferner verpflichten, im Montanbereich alle Zölle oder gleichwertigen Abgaben sowie sämtliche quantitativen Beschränkungen aufzuheben und Subventionen sowie die unterschiedliche Behandlung heimischer und ausländischer Märkte bei der Frachtberechnung abzuschaffen. Schließlich war für eine Übergangszeit ein Ausgleichsfonds vorgesehen, um mögliche Produktionsverlagerungen schrittweise vornehmen zu können.

---

[107] Vgl. dazu den resümierenden Bericht des US-Botschafters in London, Lewis W. Douglas, an Acheson v. 6.6. 1950, FRUS 1950, III, S. 720–724.

[108] Der Text des Dokumentes ist abgedruckt in: FRUS 1950, III, S. 727–738. Der amerikanische Botschafter in Paris, Bruce, war noch am gleichen Tag im Besitz des Vertragsentwurfs, der auf Beschluß der sechs Delegationsleiter geheimgehalten werden sollte. Eine Zusammenfassung des Textes wurde am 27. Juni der Presse übergeben; eine deutsche Übersetzung findet sich in EA 5 (1950), S. 3409–3411.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenngleich einzelne Formulierungen interpretationsbedürftig blieben, waren sich die deutschen Experten über die wirtschaftliche Quintessenz der Initiative Schumans einig[109]: Über die Angleichung der Kosten und Preise sollte das bis dahin mit politisch-administrativen Mitteln zwangsweise ausbalancierte Kräfteverhältnis zwischen deutscher und französischer Stahlindustrie stabilisiert werden – allerdings künftig hauptsächlich durch das Wirken „naturwüchsiger" Konkurrenzmechanismen. Bis zur Erreichung dieses Zustandes waren mithin gezielte Eingriffe erforderlich. Die Kosten- und Preisharmonisierung stellte somit eines der Kernprobleme des gesamten Vorhabens dar, und die Aufmerksamkeit, die Sachverständige und Presse in der Bundesrepublik dieser Frage widmeten, war vollauf gerechtfertigt. Das „Handelsblatt" sah in der Angleichung sogar den „Schlüssel zum Erfolg der Bemühungen um eine Union"[110]. Einheitliche Preise, obgleich „offiziell" kein Verhandlungsgegenstand[111], lehnten die deutschen Unterhändler vorsorglich ab, ebenso alle Angleichungsmaßnahmen zu Lasten der Bundesrepublik. Aber auch die im „Document de Travail" vorgeschlagenen Höchst- und Mindestpreise stießen auf Widerspruch: Die Festsetzung eines Minimalpreises implizierte möglicherweise Ausgleichsforderungen der teurer produzierenden Unternehmen, und von dieser „sonderbaren und bedenklichen Idee" distanzierte sich die „deutsche Delegation natürlich stark"[112]. Statt dessen sprach sich die Mehrheit der Experten für Festpreise auf Frachtbasis-Grundlage bei Stahl und für Ab-Werk-Preise bei Kohle aus. Das Preisvorschlagsrecht sollte überdies den im französischen Arbeitsdokument ebenfalls vorgesehenen „regionalen Vereinigungen" der Kohle- und Stahlunternehmen vorbehalten bleiben. Der Hohen Behörde billigte man lediglich ein Vetorecht für bestimmte gravierende Fälle zu[113]. Auf diese Weise hofften die deutschen Sachverständigen auch institutionell sicherzustellen, daß nivellierende Eingriffe „von oben" weitgehend ausgeschlossen waren.

Der deutschen Interpretation des Terminus „gleiche Bedingungen" – unterschiedliche Preise, Beibehaltung gängiger Preisdifferenzierungen – setzten die französischen Unterhändler zunächst keine vergleichbar eindeutige Auslegung entgegen. Noch vor der Übergabe des Arbeitsdokumentes hatte Uri nach Anfragen aus den

---

[109] Vgl. Klöckner-Archiv/Europ. Gemeinschaften/Schuman-Plan/Bundeskanzleramt (künftig KA-EG/SP/B)/Juni–31.8. 1950: Ergebnis Sitzung Unterausschuß Eisen und Stahl v. 27.6. 1950. Zu den verschiedenen deutschen Schumanplan-Ausschüssen vgl. W. Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 179–185.

[110] Handelsblatt v. 28.6. 1950: „Kostenangleichung – Kernproblem des Schumanplanes". Zum Preisproblem in den Schumanplanverhandlungen allgemein Richard T. Griffiths, The Schuman Plan Negotiations: The Economic Clauses, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988, S. 35–71, bes. S. 47–51.

[111] Dies ist dem Bericht des Leiters der deutschen Verhandlungsdelegation, Walter Hallstein, vom 27.6. 1950 zu entnehmen. BA, NL Etzel/237: Aktennotiz betr. Ausführungen Prof. Hallstein.

[112] So der deutsche Stahlsachverständige für die Pariser Verhandlungen, Max C. Müller, im Schumanplan-Koordinierungsausschuß der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie am 14.7. 1950. KA-EG/SP/Wirtschaftsvereinigung (künftig WV)/1.7.–30.9. 1950.

[113] Vgl. ebenda: Vermerk Sitzung Unterausschuß Eisen und Stahl v. 24.7. 1950.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verschiedenen Delegationen Minimal- und Maximalpreise angekündigt, „zwischen denen sich die Preise zu halten hätten", ehe sie „schließlich auf einen einheitlichen Preis auspendeln würden". Grundsätzlich müsse „für gleiche Verwendung der gleiche Preis vorgesehen werden", wobei die rentabelsten Betriebe als Richtschnur dienen sollten. Allerdings müsse eine „übertriebene Konkurrenz" vermieden werden[114]. Drei Wochen später, während einer Debatte zwischen Experten aus den sechs Delegationen über einzelne Artikel des Arbeitsdokumentes, betonten Hirsch und Uri vor allem die Kompetenzen der Hohen Behörde bei der Festlegung und Überwachung der Regeln für die Preisbildung. Nachdrücklich sprachen sich beide für eine Preisstellung „ab jedem einzelnen Ort der Produktion" aus, da, so Uri, „allein dieses Prinzip die Gleichheit für alle Produzenten und zugleich die ökonomisch günstigsten Bedingungen schaffe". Dieser Vorschlag stand zweifellos im Einklang mit dem vermeintlichen Standortvorteil der lothringischen Stahlindustrie, doch verzichteten die französischen Delegierten angesichts reservierter bis ablehnender Reaktionen fürs erste darauf, ihre Positionen mit größerem Nachdruck zu vertreten[115].

Möglicherweise lag es an dieser zögernden Haltung der Franzosen, daß es Hallstein und seinen Mitstreitern gelang, in Preisfragen die Initiative an sich zu reißen und den von allen Teilnehmerländern beschickten Unterausschuß Stahlpreise auf das von den deutschen Experten favorisierte Preisvorschlagsrecht für die regionalen Vereinigungen zu verpflichten. Im Kohlesektor stand eine Einigung über das einzuhaltende Verfahren allerdings noch aus. Während die Deutschen insistierten, daß die regionalen Vereinigungen lediglich Durchschnitts- bzw. Richtpreise für die charakteristischen Kohlesorten vorschlagen sollten, wünschten die übrigen Delegationen von der Hohen Behörde genehmigte Preisstaffeln. Auch wenn endgültige Entscheidungen noch ausstanden, schien die deutsche Seite allmählich die Oberhand gewonnen zu haben[116].

Das „Memorandum über die Tätigkeit der Hohen Behörde während des Anlaufjahres", das Monnet seinen Kollegen am 10. August mit in die Verhandlungspause gab, löste deshalb in der deutschen Stahlindustrie Bestürzung aus[117]. Dieses Dokument enthielt nämlich für eine Übergangszeit die Forderung nach der „Einrichtung von Systemen, die die Aufhebung der Zölle und Kontingente ... ermöglichen, die Schaffung von gleichen Preisen vorbehaltlich der Transportdifferenzen sicherstellen

---

[114] Vgl. z. B. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), N. A. Abt. 2, Sekr. Schuman-Plan, NL Schlochauer, Bd. 357: Niederschrift kleine Delegationssitzung v. 23. 6. 1950.

[115] Ebenda, Sekr. Schuman-Plan, Bd. 111, Bl. 33–35, 66–69. Kurzprotokolle Sitzung Ausschuß für Produktion, Preise und Investitionen v. 12. und 19. 7. 1950; die Zitate Bl. 33 und 34.

[116] Vgl. ebenda, Bd. 65, Bl. 86–87: Vorschläge des Unterausschusses Stahlpreise, Ende Juli 1950; BA, NL Etzel/238: „Zusammenfassender Bericht über Preisfragen im Schuman-Plan". Es handelt sich dabei um eine als Grundlage für die Kabinettsberatungen am 23. 8. 1950 vorgelegte Ausarbeitung aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

[117] Das Memorandum findet sich u. a. in BA, NL Etzel/238. Es war offensichtlich zuvor einem Redaktionskomitee vorgelegt worden, dem auch ein deutsches Delegationsmitglied angehörte: Informationen über dessen Votum waren nicht auffindbar. Zur Reaktion in der deutschen Stahlindustrie vgl. KA-EG/SP/WV/1. 7.–30. 9. 1950: Wirtschaftsvereinigung an Henle und Sohl v. 15. 8. 1950.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und unvermittelte Produktionsverlagerungen vermeiden". Dazu wurde die Etablierung von zum Teil durch eine allgemeine Umlage in Höhe eines noch festzulegenden Prozentsatzes des Gesamtwertes der Kohle- und Stahlproduktion finanzierten Ausgleichskassen vorgeschlagen. Diese sollten ausschließlich dem Zweck dienen, „in bestimmten Ländern den Kohle- und Stahlpreis heimischer Produktion zu senken, so daß die Hauptunterschiede zwischen den von zwei Ländern angewandten Preisen den Transportkosten entsprechen". Ferner sollte die Hohe Behörde „auf die Aufstellung eines Preisregimes in sämtlichen Teilnehmerländern achten, das den Verbrauchern die freie Wahl ihrer Lieferanten garantiert und ihnen erlaubt, welches auch immer ihre geographische Lage ist, den Preis ab Werk nach der Preisstaffel des Produktionsgebietes ihrer Wahl zu erhalten. Dies erfordert insbesondere die Abschaffung der Praktiken doppelter Preise." Zwar billigte das Memorandum den regionalen Vereinigungen das Preis*vorschlags*recht zu, doch hatte dies vor dem Hintergrund der voranstehenden Vorschriften und der letztendlichen Preis*setzungs*befugnis der Hohen Behörde eher ornamentalen Charakter. Im Falle „anormaler Produktionsverlagerungen" konnte sie außerdem – nach Rücksprache mit den Regierungen und den Industrien – die Preistabellen korrigieren. Weiter wurde die Einrichtung eines „Anpassungsfonds" angeregt, der sich aus einer Sonderumlage auf die zusätzlichen Exporte eines Teilnehmerlandes in ein anderes – bezogen auf eine bestimmte Referenzperiode – speisen und für Rationalisierungs- und Modernisierungszwecke eingesetzt werden sollte. Schließlich hatte die Hohe Behörde „alle Informationen zu sammeln, die für den Vergleich der künstlichen Elemente nützlich sind, welche den Wettbewerb verfälschen könnten (Löhne, Steuern, Transporttarife usw.)", und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

Verglichen mit der Erklärung vom 9. Mai und dem „Document de Travail" war dieses französische Memorandum wesentlich offensiver. Anstelle der Forderung nach „gleichen Bedingungen" wurden nun, erstmals in einem offiziellen Dokument, „gleiche Preise" zum Ziel erhoben[118]. Und durch die konzentrierte Form des Memorandums erhielt die Hohe Behörde nahezu zwangsläufig „dirigistische" Züge. Daß der „Dirigismus" auf eine Übergangszeit begrenzt und einem fairen Wettbewerb die Bahn erst ebnen sollte, vermochte die Empörung vor allem in westdeutschen Industriekreisen kaum zu dämpfen. Einheitliche Preise verhinderten aus deren Sicht geradezu einen solchen Wettbewerb, in dem man sich im Vertrauen auf die größere Dynamik der eigenen Wirtschaft und die günstigere Kostensituation gute Chancen ausrechnete. Und in der Tat waren Implikationen und Auswirkungen des französischen Vorschlags durchaus geeignet, diese Befürchtungen zu rechtfertigen[119].

---

[118] Vgl. dazu PA AA, N.A. Abt. 2, Sekr. Schuman-Plan, Bd. 30, B. 4–18: Studie zum Preisproblem im Schuman-Plan v. 18. 9. 1950; Verf. war Dr. Michaelis vom BMWi.

[119] Vgl. zum folgenden ebenda; Industriekurier v. 4. 9. 1950: „Paris vor ernsten Entscheidungen"; BA, NL Etzel/236: Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie an M. C. Müller v. 16. 9. 1950; Griffiths, Schuman Plan Negotiations.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Grundsatz einheitlicher Preise in Verbindung mit dem Festpreisprinzip und dem Verbot des Eintritts in fremde Frachtbasen hätte nämlich die durch Standorte und Frachten bedingte Entstehung natürlicher Absatzräume zur Folge gehabt, an deren Grenzen die Francopreise für die einzelnen Kohlen- bzw. Stahlsorten identisch gewesen wären. Eine solche Regelung hätte die gegenseitige Abschottung der Reviere begünstigt, Ruhrstahl beispielsweise wäre in Lothringen durch die höheren Frachtkosten verteuert worden und damit unter „normalen" Verhältnissen nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Hinzu kam, daß einheitliche Ab-Werk-Preise mit Hilfe eines Preisausgleichsmechanismus' erst noch fixiert werden mußten, und zwar, so der französische Vorschlag, durch eine Nivellierung der Preise auf der Höhe der Selbstkosten eines „mittleren" Betriebs. Diejenigen Zechen und Stahlwerke, die zu niedrigeren Preisen verkaufen konnten – sei es aufgrund geringerer Selbstkosten, sei es, weil sie unter den Selbstkosten anboten –, hätten somit ihren Vorsprung verloren und wären gezwungen gewesen, die Differenz in eine Preisausgleichskasse abzuführen, aus der die teurer produzierenden Unternehmen subventioniert worden wären. Nutznießer dieser Regelung wären, eingedenk der Lage in der westeuropäischen Montanindustrie Mitte 1950, vor allem Frankreich und Belgien gewesen, während der Bundesrepublik die Rolle des „Zahlmeisters" zugefallen wäre.

Angesichts dieser Konstellation dürfte die Frage nach den Motiven für den französischen Schwenk von den „gleichen Bedingungen" zu „gleichen Preisen" unschwer zu beantworten sein: Der mit der Beseitigung von Zöllen und Kontingenten drohende Einbruch der Ruhrindustrie in den französischen Markt mußte zumindest solange verhindert werden, bis die „künstlichen" Vorteile der deutschen Konkurrenten eingeebnet waren und die „natürlichen" Vorteile der heimischen Stahlindustrie nach dem Wegfall der Doppelpreise und diskriminierender Frachten voll zum Tragen kamen. Der Wettbewerb sollte also während einer Übergangszeit auf solche Bereiche wie Qualität, Sortiment, Lieferfristen etc. beschränkt bleiben – in der Erwartung, daß danach Rohstoffkosten, Produktivität, Löhne, Sozialkosten und Produktionssteuern soweit harmonisiert waren, daß die französische Stahlindustrie unter den Bedingungen einer „concurrence loyale" bestehen konnte.

Die deutsche Delegation reagierte auf das Memorandum vom 10. August, anders als die betroffenen Industriekreise und Teile der Wirtschaftspresse, mit erstaulicher Gelassenheit. Eine Kabinettsdirektive für die weitere Verhandlungsführung bekräftigte die deutschen Ansichten über die „fortschreitende Entwicklung eines gesunden Wettbewerbs"[120]. Von Einheitspreisen war darin nicht die Rede, vielmehr wurden die bekannten Positionen zu den entsprechenden Kompetenzen der regionalen Vereinigungen bekräftigt. Festpreise lehnte die Direktive – im Gegensatz zur Stahlindustrie – ab, „um einen Wettbewerbsspielraum zu sichern". Preisregelungen sollten generell „Höchstpreischarakter" haben. Die französische Forderung nach Abschaf-

[120] BA, NL Etzel/238: „Direktiven des Kabinetts an die deutsche Delegation in Paris zur weiteren Verhandlungsführung für den Schuman-Plan", undatiert (Entwurf v. 26. 8. 1950). Zu den Kabinettsberatungen vgl. Kabinettsprotokolle Bd. 2, 1950, Boppard am Rhein 1984, S. 629–632.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fung des Doppelpreissystems wurde akzeptiert. Um die heftig bekämpfte Errichtung von *Preis*ausgleichskassen umgehen zu können, enthielt die Instruktion einen Kompromißvorschlag: Dem belgischen Kohlenbergbau und der italienischen Stahlindustrie sollte ein „vorübergehender Gebietsschutz" eingeräumt werden, und zwar in Form einer zentralen Kohlenein- und -verkaufsstelle bzw. durch die Kontingentierung der Stahleinfuhr. Auffallend war die vorgesehene stärkere Einschaltung der einzelnen Regierungen bei Preiserhöhungen und bei der Überwachung der getroffenen Regelungen – auf Kosten der Kompetenzen der Hohen Behörde. Konsequenterweise sollten ihr auch jegliche Befugnisse zur verbindlichen Regelung der Lohn- und Sozialpolitik vorenthalten bleiben. Alles in allem war die Direktive geprägt von dem Bestreben, einseitige Belastungen der Bundesrepublik zu vermeiden und die Hohe Behörde auf diejenigen Prinzipien zu verpflichten, die der deutschen Montanindustrie Vorteile versprachen: Orientierung von Produktion und Preisbildung am Prinzip minimaler Kosten, Unterbindung sämtlicher Diskriminierungen, Abbau künstlicher Faktoren, die die „normalen Bedingungen der Konkurrenz wesentlich verfälschen" könnten. Daß dies auch die eigentlichen französischen Ziele waren, konnte Hallstein und seinen Mitarbeitern nur recht sein.

Als am 31. August die Pariser Verhandlungen fortgesetzt wurden, rückte das Preisproblem, bei den geschilderten Gegensätzen kaum verwunderlich, ins Zentrum der Diskussion, und die von verschiedenen Seiten konstatierte „Verhärtung" der deutschen Position[121] war auch in diesen Debatten zu spüren. Während die Deutschen versuchten, ihre Vorstellungen zur allgemeinen Arbeitsgrundlage zu machen[122], verteidigte die französische Delegation ihr Angleichungskonzept. Umstritten waren vor allem der Zeitpunkt der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Grundsatz, die jeweils niedrigsten Kosten und Preise zu ermöglichen, und zwar, worauf die Deutschen besonderen Wert legten, bereits während der Übergangszeit. „Billige Preise für die Versorgung des Gesamtgebiets", so umriß das Delegationsmitglied Walter Bauer die deutsche Position, seien „wichtiger als rasche Einführung des einheitlichen Marktes." Demgegenüber stellte Etienne Hirsch für die französische Delegation kategorisch fest: „Wenn keine Preiserhöhung in Deutschland möglich sei, gebe es keine Lösung des Problems."[123] Da beide Seiten auf ihrem Standpunkt beharrten, kamen die Verhandlungen zunächst nicht voran. Anzeichen von Kompromißbereitschaft waren erst zu erkennen, als die französische Delegation einen Preisausgleich vorschlug, dessen Kosten je zur Hälfte von Frankreich und der Bundesrepublik aufgebracht werden sollten. Für die deutsche Stahlindustrie hätte dieses Verfahren nach Berechnungen der Wirtschaftsvereinigung immerhin einen Mehraufwand von rd. 275 Mio. DM pro Jahr bedeutet[124]. Diese

[121] Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 435.

[122] Vgl. BA, NL Etzel/237: „Bemerkungen zur Frage der Preise". Es handelte sich dabei um ein offizielles Papier der deutschen Delegation.

[123] KA-EG/SP/B/1.9.–31.10.1950: Kurzprotokoll Sitzung Comité restreint v. 4.9.1950.

[124] Handakten Salewski (HAS): Vermerk Vorstandssitzung Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie v. 30.9.1950.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Summe und der befürchtete Schematismus bei der Angleichung forderten erwartungsgemäß die Kritik des Verbandes heraus. Die von Schuman anvisierte „technische Vervollkommnung" der Gruben und Werke, so der Appell der Wirtschaftsvereinigung, werde „nicht durch Subventionswirtschaft, sondern allein durch den in einem gesunden Wettbewerb liegenden Zwang herbeigeführt, jeweils mit der Konkurrenz mitzukommen"[125]. Dies war zwar auch die Auffassung Monnets, nur wollte er den notwendigen Anpassungsprozeß für die heimische Stahlindustrie durch die vorübergehende Etablierung eines Preisausgleichssystems abfedern. Eine spürbare Entspannung stellte sich in diesem Konflikt erst Mitte Oktober 1950 ein. Zwar war das Thema „Preisausgleich" noch nicht erledigt, doch hatte es infolge des Koreabooms an Bedeutung verloren, weil die gesteigerte Nachfrage auch „teureren" Anbietern Absatzmöglichkeiten eröffnete.

In einer Stellungnahme vom 13. Oktober stimmte der Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung, Karl Blankenagel, geradezu versöhnliche Töne an. Angesichts einer Situation, in der die deutsche Stahlindustrie „über ganz Frankreich hinweg erfolgreich" konkurrieren könne, während umgekehrt lediglich bestimmte Band- und Formstahlprodukte in Süddeutschland konkurrenzfähig seien, müsse man „Verständnis dafür haben, daß ein solches Ergebnis einer Montanunion von keiner französischen Regierung" vertreten werden könne[126]. Er konzedierte auch, daß eine Angleichung der Preise auf längere Sicht angestrebt werden müsse, verneinte aber jeglichen Zwang zu Sofortlösungen. Dank der günstigen Umstände sei es doch eher so, „daß die befürchteten Konkurrenzverhältnisse vorläufig nicht praktisch werden können, weil jedes der beteiligten Länder einen höheren Inlandsbedarf aufweist ... und weil jede darüber hinaus verfügbare Menge Material im Export außerhalb der vorgesehenen Union um soviel günstiger verkauft werden kann, daß keiner der Partner Interesse daran hat, seinen Absatz im Unionsraum zu forcieren". Offensichtlich beeinflußte die Entwicklung auf dem Stahlmarkt auch die französische Haltung, denn mit ihrem Memorandum über Preisfragen vom 23. Oktober 1950 näherten sich Monnet und seine Experten der Argumentation ihrer deutschen Gegenspieler – und damit der eigenen Ausgangsposition im „Document de Travail" – doch weitgehend an[127]: Vom Prinzip niedrigster Preise war darin wieder die Rede, von Preisdifferenzierungen „je nach den verkauften Mengen oder der Treue der Käufer in Verbindung mit Unterschieden in den Produktionskosten oder den Verkaufskosten" und von der Möglichkeit, „daß unter gewissen Bedingungen ein Teil der Produktion zu einem ermäßigten Preis abgesetzt wird, vorausgesetzt, daß dieser alle verhältnismäßigen Kosten deckt und sich daraus keine Erhöhung für

[125] KA-EG/SP/WV/1.7.–30.9.1950: Wirtschaftsvereinigung an M.C. Müller v. 16.9.1950.

[126] KA-EG/SP/WV/1.10.–31.12.1950: Ausarbeitung betr. Preisangleichung in einer Montanunion; dort auch die folgenden Zitate.

[127] PA AA, N.A. Abt. 2, Sekr. Schuman-Plan, Bd. 63, Bl. 64–71: Memorandum sur les prix et les questions connexes, 23.10.1950; eine deutsche Übersetzung findet sich ebenda, Bd. 77, Bl. 136–146, dort auch die folgenden Zitate. Zur Einigung in Preisfragen vgl. auch HAS: Vermerk Vorstandssitzung Wirtschaftsvereinigung v. 11.12.1950; Griffiths, Schuman Plan Negotiations, S. 49–51.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andere Käufer des gleichen Unternehmens ergibt". Selbst der Frachtbasis-Preis als zulässige Alternative zum Ab-Werk-Preis wurde akzeptiert, da nach französischer Auffassung beide Berechnungsarten in der Praxis zu ähnlichen Ergebnissen führten.

Unter „normalen" Bedingungen sollte die Preisbildung also dem freien Wettbewerb überlassen bleiben, lediglich für Krisenzeiten waren der Hohen Behörde Eingriffsrechte vorbehalten, freilich unter Beachtung des Niedrigpreis-Prinzips. Wenngleich nicht auszuschließen war, daß in solchen Fällen auch Preisausgleichsmaßnahmen in Frage kamen, waren Ausgleichskassen als mittelfristige Einrichtungen damit vom Tisch. Auf dem Gebiet der Kohle blieb eine Ausgleichsregelung – in Form einer sogenannten Sterbekasse – zugunsten Belgiens und zu Lasten der Bundesrepublik zwar bestehen, doch erschien dieses „Opfer" angemessen, konnte der Ruhrbergbau doch hoffen, die in Belgien stillzulegende Kapazität von ca. 5 Mio. Tonnen zu übernehmen. Nachdem die Vertreter der Bundesrepublik, Belgiens und der Niederlande bereits früher eine Angleichung der Löhne und Sozialkosten abgelehnt und der Hohen Behörde entsprechende Kompetenzen verweigert hatten[128], gab die französische Delegation mit ihrem Verzicht auf den Stahl-Preisausgleich ein weiteres, allerdings ohnehin nur kurzfristig einsetzbares Instrument zur Zähmung der deutschen Konkurrenz aus der Hand. Daß sich die französische Montanindustrie nun doch ohne flankierenden Preisausgleich auf den freien Wettbewerb einstellen mußte, dürfte zumindest Monnet nicht allzu sehr geschreckt haben, erhoffte er sich doch, bei eigenen Standortvorteilen, von einer „concurrence loyale" jene Rationalisierungs- und Modernisierungsimpulse, die die Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie auf lange Sicht sichern und ihre Unterlegenheitsgefühle abbauen helfen sollten[129]. Immerhin war mit der Abschaffung der Doppelpreise ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Angleichung der Selbstkosten getan, so daß die Bilanz der Preisverhandlungen auch aus französischer Sicht keineswegs negativ war[130].

Schon aus innenpolitischen Gründen wollte jedoch auch Monnet nicht auf eine möglichst effektive Kontrolle der Ruhrindustrie verzichten. Da rein wirtschaftliche Mittel nicht als ausreichend erschienen, bot sich der Einbau bestimmter politisch-administrativer Sicherungen – durch eine entsprechende Erweiterung der Kompetenzen der Hohen Behörde – an. Deren Vollmachten waren allen betroffenen Montanindustrien von Anfang an suspekt erschienen. Insbesondere die Ruhrindustrie, hierin unterstützt von der Bundesregierung und der deutschen Delegation, war deshalb bestrebt, die regionalen Vereinigungen als Gegenpol aufzubauen[131]. Daß damit auch Überlegungen einhergingen, tradierte Kartellpraktiken unter neuem

[128] Vgl. BA, NL Etzel/238: Kurzprotokoll über die Besprechung der Réunion Restreinte am 12.9. 1950 betr. Zuständigkeit der Hohen Behörde in Sozialfragen.

[129] Diese Überlegung schon in seinem Memorandum v. 3.5. 1950, abgedruckt in Ziebura, Beziehungen, S. 195–200; vgl. auch V. Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1985, S. 112–152.

[130] Vgl. zur Bedeutung des Doppelpreissystems für Frankreich Milward, Reconstruction, S. 378 f.

[131] Vgl. dazu Bührer, Ruhrstahl, S. 199–203.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Namen wiederaufleben zu lassen, kann als sicher gelten. Als die französische Delegation Anfang Oktober überraschend vorschlug, auf die regionalen Vereinigungen zugunsten eines direkten Verkehrs der Hohen Behörde mit den einzelnen Unternehmen zu verzichten[132], begründete sie ihren Schritt prompt mit dem Hinweis auf die Kartellgefahr und konnte so amerikanischer Unterstützung gewiß sein. Die Empörung in der Ruhrindustrie war erwartungsgemäß groß, doch schien das Kartellargument seine Wirkung auch auf die deutsche Delegation nicht verfehlt zu haben. Einschlägige Vereinbarungen zwischen den Delegationsführern Mitte Oktober ließen bereits erkennen, daß die regionalen Vereinigungen kaum über den Status von „Filialen" der Hohen Behörde hinausgelangen würden[133]. Die Wirtschaftsvereinigung plädierte, wie nicht anders zu erwarten, für die Beibehaltung der ursprünglich geplanten Kompetenzverteilung und pries die regionalen Vereinigungen als unentbehrlich „zur Erreichung einer gesunden Dezentralisierung" und zur Verhinderung „einer Art Superkartell an der Spitze der ganzen Organisation"[134]. Trotz dieser und weiterer Interventionen waren die regionalen Vereinigungen indes nicht zu retten. An ihre Stelle traten „Associations" auf freiwilliger Grundlage und mit beratendem Charakter.

Mit der Ausschaltung der regionalen Vereinigungen hatte die französische Delegation nach dem Verbot der Doppelpreise innerhalb des Unionsgebietes einen weiteren wichtigen Erfolg errungen, den sie überdies noch wettbewerbspolitisch legitimieren konnte: Die Unternehmen sollten daran gehindert werden, private Absprachen auf Kosten der Verbraucher zu treffen. Auch wenn dieser Vorstoß nicht allein auf die Ruhrindustrie gemünzt war, zählte sie zweifellos zu den Hauptadressaten. Ihre Versuche, das Kartellargument nun gegen die Hohe Behörde zu wenden – Hans-Günther Sohl von der August-Thyssen-Hütte sprach in diesem Zusammenhang von einer „Art von Reichsvereinigung Eisen auf europäischer Ebene"[135] –, verfehlten jedoch die erhoffte Wirkung. Es war freilich nicht bloß die Eliminierung besonders geschätzter Institutionen, die auf Kritik stieß, sondern mehr noch der damit verbundene Kompetenzzuwachs der Hohen Behörde. Tatsächlich waren, verglichen mit dem „Document de Travail", die Vollmachten der Hohen Behörde vor allem auf französische Initiative hin präzisiert und ausgeweitet worden. Neu waren insbesondere die Eingriffsrechte im Krisenfall, speziell das Recht zur Festsetzung von Produktionsquoten, und die Befugnisse zur Verhinderung von Kartellen und Fusionen[136]. Die Behandlung des zweiten Komplexes wurde noch dadurch erschwert, daß die drei Westalliierten etwa gleichzeitig die Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 27 in Angriff nah-

---

132 Vgl. KA-EG/SP/WV/1.10.–31.12.1950: Wirtschaftsvereinigung an Henle v. 9.10.1950.

133 Ebena: Aktennotiz v. 17.10.1950, Verf. vermutlich der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung, Ahrens.

134 Ebenda: Wirtschaftsvereinigung an Hallstein v. 28.11.1950.

135 HStA Düsseldorf NW 53, 810, Bl. 131–141: Aufzeichnung über eine Unterredung v. 5.4.1951.

136 Vgl. KA-EG/SP/WV/1.10.–31.12.1950: Ausarbeitung betr. Montanunion v. 17.11.1950.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men[137]. Aus französischer Sicht war dieses zeitliche Zusammentreffen indessen von Vorteil; kam man in Paris nicht voran, blieb immer noch der Weg über die Alliierte Hohe Kommission.

In einem Memorandum vom 6. Dezember 1950 erläuterte die französische Delegation ihre Haltung in der Frage der Kartelle und Unternehmenskonzentrationen[138]. Daß es ihr dabei vorrangig um die Kontrolle bzw. das Verbot vertikaler Konzentration zu tun war, war nicht zu übersehen. Zwar sollten auch horizontale Zusammenschlüsse untersagt sein, doch nur im Falle der Marktbeherrschung oder der Beschränkung der Konkurrenz. Gravierende Wettbewerbsverzerrungen seien jedoch dann zu befürchten, „wenn ein Unternehmen gleichzeitig sein eigener Lieferant und in einem bedeutenden Umfang der Lieferant anderer Verbraucher, vor allem seiner Konkurrenten ist. Das typische Beispiel hierfür ist unter der gleichen Kontrolle die Vereinigung der Herstellung von Kohle und Stahl." Genau dies traf im Falle der an Rhein und Ruhr praktizierten Verbundwirtschaft zu. Entstanden aus einer zunächst eher technisch motivierten Verbindung von Zeche und Hüttenwerk, war der Verbund auch unter Kosten- und Wettbewerbsgesichtspunkten von Bedeutung. Viele Stahlwerke gingen deshalb dazu über, diesen Verbund durch Beteiligungen abzusichern. Weit über 50 Prozent der deutschen Kohlenförderung waren auf diesem Weg in den Besitz der Hüttenwerke gelangt[139]. Während jedoch die Ruhrindustriellen diesen „eigentumsmäßigen" Verbund als „naturgegeben" ansahen, stellte er für die Konkurrenten eine „künstliche" Wettbewerbsverzerrung dar – nicht ganz zu Unrecht, war doch, worauf von amerikanischer Seite hingewiesen wurde, „das Ziel der engen Verbindung zwischen Kohle und Eisen ... in gleicher Weise durch Lieferungsverträge erreichbar"[140].

Es war deshalb nur konsequent, wenn Monnet und seine Mitarbeiter den Zechenbesitz der deutschen Stahlunternehmen attackierten[141]. Gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Paris machte Monnet deutlich, daß aus seiner Sicht die Verbundwirtschaft mit der zentralen Prämisse des Schumanplans – Märkte und Ressourcen sollten jedem Hersteller ohne Diskriminierung und zu Bedingungen zugänglich sein, die den leistungsfähigsten Produzenten den größtmöglichen Vorteil garantierten – unvereinbar war, wenn die Ruhrindustrie dadurch in die Lage versetzt wurde, allein aufgrund ihres privilegierten Zugangs zur Kokskohle, auf Kosten ihrer

---

137 Vgl. die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München und Berlin 1954; Berghahn, Unternehmer, S. 144 ff.; Gillingham, Ruhrpolitik, bes. S. 19 ff.; neuerdings auch Klaus Schwabe, „Ein Akt konstruktiver Staatskunst" – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: ders. (Hrsg.), Anfänge, S. 211–239, bes. S. 228–238.

138 KA-EG/SP/Korrespondenz I–Z: Memorandum der französischen Schumanplan-Delegation (als Anlage zu einem Schreiben des Klöckner-Direktors Schröder an Henle v. 29. 12. 1950).

139 Vgl. Henle, Schumanplan, S. 6–10.

140 KA-EG/SP/Korrespondenz A–H: Henle an McCloy v. 20. 12. 1950. Der Hinweis stammte von dem Kartellexperten Robert Bowie.

141 Vgl. dazu Milward, Reconstruction, S. 379 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konkurrenten zu expandieren und ihre frühere künstliche Hegemonie in Europa zurückzugewinnen[142]. Hinweise auf eine entsprechende französische Praxis im Verhältnis Stahl-Erz nutzten den deutschen Stahlindustriellen nichts, am Ende mußten sie – nicht zuletzt auf Druck der Amerikaner – einer Regelung zustimmen, die eine höchstens 75prozentige Bedarfsdeckung an Kokskohle aus der Förderung eigener Zechen zuließ; diese Menge entsprach etwa 15 Prozent der deutschen Gesamtförderung[143].

Der Vertrag über die Bildung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", der am 18. April 1951 unterzeichnet wurde, stimmte mit den ursprünglichen Intentionen Monnets weitgehend überein. Wichtige Ziele waren erreicht worden, allen voran die Abschaffung des Doppelpreissystems sowie nennenswerte Einschnitte in die Verbundwirtschaft, die nach französischer Auffassung zu den „diskriminierenden" Praktiken zählte. Die Bewertung, welche die verantwortlichen französischen Politiker und Fachleute anläßlich der parlamentarischen Beratungen Ende 1951 vornahmen, fiel entsprechend positiv, allerdings merklich differenzierter als zu Beginn der Verhandlungen aus. Die generelle Argumentationslinie hatte das Commissariat Général du Plan bereits im Dezember 1950 mit seinem Bericht über die Auswirkungen des Schumanplans auf die französische Wirtschaft vorgegeben. Sowohl bei der Kohle als auch beim Stahl, so der Tenor, werde sich die eigene Situation entscheidend verbessern: Die Versorgung mit Ruhrkohle sei gesichert und überdies billiger, der heimische Bergbau werde durch Rationalisierungsmaßnahmen seine Kosten stetig senken können, und für die Umsetzung von Arbeitskräften infolge von Produktionsverlagerungen stünden finanzielle Hilfen zur Verfügung. Die lothringische Stahlindustrie werde von ihren günstigen Selbstkosten und der Abschaffung von Doppelpreisen und diskriminierenden Frachten profitieren. Allerdings müsse sie sich bemühen, die Produktionskosten weiter zu senken, um auf Dauer erfolgreich konkurrieren zu können[144].

In den Beratungen des außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung im November und Dezember 1951 zogen Schuman, Monnet und andere Mitglieder seines Teams, unbeirrt von der heftigen Kritik aus dem Lager der Opposition, ebenfalls eine optimistische Bilanz. Insbesondere Monnet bekräftigte erneut die These vom Selbstkostenvorsprung: Die lothringische Industrie habe „alles, was sie braucht, alle natürlichen und schier unerschöpflichen Grundstoffe, um eine außergewöhnlich zukunftsträchtige Stahlindustrie zu sein". Freilich vergaß er nicht, die dafür erforderlichen Voraussetzungen hinzuzufügen: Die Koksversorgung müsse gewährleistet sein, die Produktion dürfe nicht gebremst werden, und es dürfe keine Behinderungen durch Kartelle und Absprachen geben. Der Schumanplan, so Monnets Überzeugung, stellte das Instrumentarium bereit, um diese Bedingungen zu schaffen und

[142] Vgl. FRUS 1951, IV, S. 93–96; Isabel Warner, Allied-German Negotiations on the Deconcentration of the West German Steel Industry, unveröff. Manuskript März 1987.

[143] Vgl. Neuordnung, S. 189–191; Gillingham, Ruhrpolitik, S. 21.

[144] AN, 81 AJ 136: Présidence du Conseil, Effets du Plan Schuman pour la France, 9. 12. 1950, das Zitat auf S. 31 (Übersetzung d. Verf.).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu erhalten. Lediglich die Moselkanalisierung, die er als weiteren Faktor erwähnte, fiel aus diesem Rahmen. Kein Zweifel, Monnet glaubte an den Erfolg seines Projekts: Auf den Vorwurf eines kommunistischen Abgeordneten, der Schumanplan sei ein Plan der Selbstpreisgabe, erwiderte Monnet, der Plan sei im Gegenteil ein „Beweis des Mutes und des Vertrauens in uns selbst". Und Uri unterstrich, daß zum ersten Mal die natürlichen Vor- und Nachteile zur Geltung kämen und das „Spiel" nicht länger von vornherein zugunsten der deutschen Stahlindustrie entschieden sei[145].

Bewies die Garde der Skeptiker und Kritiker des Schumanplans, die es ja bekanntlich gab und die von der Stahlindustrie über das Parlament bis in die Regierung reichte[146], etwa mehr Realitätssinn? Wie es scheint, speiste sich diese Opposition weniger aus Gewinn- und Verlustrechnungen und nüchternen Prognosen, sondern war eher Ausdruck jener reflexartigen Inferioritätsgefühle, die zu bekämpfen Monnet gerade angetreten war, und eines traditionellen „Antigermanismus". Monnet und sein Team hingegen vertrauten auf den vermeintlichen Standortvorteil der lothringischen Industrie, wenn nur die künstlichen Vorteile der deutschen Konkurrenz beseitigt waren. Diesem Ziel diente ihre Verhandlungsführung, und am Ende waren die anvisierten „gleichen Bedingungen" auch weitgehend hergestellt.

Obwohl der Glaube an die „natürlichen" Vorteile also kein Zweckoptimismus war, fielen die maßgeblichen Kräfte in der französischen Regierung in gewisser Weise ihrer eigenen Rhetorik zum Opfer. Wie sich bald zeigen sollte, war das mit der Montanunion realisierte Modell einer „concurrence loyale" nämlich nicht geeignet, das ausgeglichene Kräfteverhältnis zwischen deutscher und französischer Stahlindustrie, das Ende der vierziger Jahre existiert hatte, zu stabilisieren. Dazu hätte es auch einer ähnlich günstigen räumlichen Verteilung von Eisen schaffender und verarbeitender Industrie bedurft. Monnet und seine Berater halfen mithin einen europäischen Wettbewerbsmechanismus zu installieren, den der stärkste Konkurrent am besten zu nutzen wußte. Zwar profitierte auch die französische Stahlindustrie von dem Stahlboom der fünfziger und sechziger Jahre – das ursprüngliche Ziel, den Produktionsschwerpunkt vom Ruhrgebiet nach Lothringen zu verlagern und eine erneute deutsche Dominanz zu verhindern, war jedoch gründlich verfehlt worden[147]. Auch wenn offenbleiben muß, ob diese französische Absicht auf anderem Wege hätte realisiert werden können – der Schumanplan war dafür jedenfalls ungeeignet.

---

[145] Assemblée nationale, Commission des Affaires Étrangères, 28.11.1951; die Zitate S. 32, 33 u. 34 (Übersetzung d. Verf.).

[146] Vgl. Griffiths, Schuman Plan Negotiations, bes. S. 70; Annie Lacroix-Riz, Paris et Washington au début du Plan Schuman (1950–1951) und Philippe Mioche, La patronat de la sidérurgie française et le Plan Schuman en 1950–1952: les apparences d'un combat et la réalité d'une mutation, beide in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 241–268 u. 305–318.

[147] Auf diese „Gefahr" hatte übrigens, unter Berufung auf stahlindustrielle Kreise Frankreichs, das Handelsblatt bereits kurz nach der Schuman-Erklärung hingewiesen: „Es war und bleibt das Ziel der französischen Stahlindustrie, das Schwergewicht der europäischen Großindustrie von der Ruhr nach Lothringen zu verlagern. Sie fragt sich nun, ob der Plan Schumans nicht die Erreichung dieses Zieles im letzten Augenblick vereitelt." Handelsblatt v. 20.5.1950: „Mißtrauen gegen die Montan-Union".

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

URSULA BÜTTNER

POLITISCHE ALTERNATIVEN ZUM BRÜNINGSCHEN DEFLATIONSKURS

Ein Beitrag zur Diskussion über „ökonomische Zwangslagen" in der Endphase von Weimar

Die Regierungszeit des Reichskanzlers Heinrich Brüning von April 1930 bis Mai 1932 gehört zu den umstrittensten Abschnitten der neueren deutschen Geschichte. Für die einen war er der letzte Kanzler, der sich Hitler und seinem Anhang mit aller Kraft entgegenstemmte, während die anderen in ihm den Wegbereiter des Nationalsozialismus sahen. Diese erste große *wissenschaftliche* Kontroverse über die innen- und verfassungspolitischen Intentionen des „Präsidialkabinetts" scheint seit der Veröffentlichung der Memoiren Brünings (1970) entschieden zu sein[1]. Seither gibt es keinen Zweifel mehr, daß der Zentrumskanzler nicht lediglich versuchte, die funktionsunfähig gewordene Parteiendemokratie mit außergewöhnlichen, aber in der Verfassung für solche Notstände vorgesehenen Methoden zu retten, wie vor allem Werner Conze argumentiert hat, sondern daß er den Reichstag auf Dauer zu entmachten, den Föderalismus einzuschränken und damit die 1919 geschaffene parlamentarische Ordnung in ein autoritäres System umzuwandeln trachtete. In der Ära Brüning wurden die Weichen für die Zerstörung der Weimarer Demokratie gestellt; diese These Karl-Dietrich Brachers hat der Hauptverantwortliche durch seine Memoiren eindrucksvoll bestätigt. Davon ist jedoch die Frage zu trennen, ob Brüning auch dem Aufstieg des Nationalsozialismus und der Errichtung der NS-Diktatur Vorschub leistete. Die Antwort hängt in starkem Maß von dem Urteil über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ab; denn darüber besteht in der historischen Forschung wie unter denen, die die Zeit miterlebten, Einigkeit: Das Wirtschaftselend ermöglichte die Wahlerfolge und das Anwachsen der NSDAP zur Massenpar-

[1] Die Kontroverse hatte sich an dem Aufsatz von Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: Historische Zeitschrift 178 (1954), S. 47–83, und dem Buch von Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, entzündet. Brünings Rechtfertigungsversuch ließ den Streit wieder aufleben: Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970; daran anschließend u. a.: Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 113–123; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: Historische Zeitschrift 214 (1972), S. 310–334. Vgl. die eingehende Darstellung bei Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München/Wien 1984, S. 199–203.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tei, auch wenn die Ursache für die Hinwendung gerade zu dieser politischen Bewegung auf anderem Gebiet, nämlich in der obrigkeitsfrommen, nationalistischen und antidemokratischen Einstellung vieler Deutscher, lag[2].

Die Frage, welche Verantwortung die Regierung Brüning für die katastrophale Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland und damit auch für den Untergang der Weimarer Republik trug, steht deshalb seit Jahren im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über diese Zeit. Die Verlagerung des Forschungsinteresses von der Verfassungs- bzw. Innenpolitik auf die Wirtschaftspolitik entspricht den veränderten Erfahrungen: Angesichts der schweren Wirtschaftsprobleme der Industriestaaten nach den Ölpreiserhöhungen von 1973/74 und 1979 richtete sich der Blick verstärkt auf die Große Krise der dreißiger Jahre. Parallele Erscheinungen, vor allem die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, verführten insbesondere in der politischen Diskussion dazu, aus der damaligen Entwicklung Handlungsanweisungen für die Gegenwart unmittelbar abzuleiten, ohne auf die unterschiedlichen Krisenursachen und -zusammenhänge einzugehen. Die Erinnerung an die Politik des „Hungerkanzlers" Brüning wurde in Deutschland zu einem Standardargument, um staatliche Sparmaßnahmen zu verhindern und die Forderung nach größerer wirtschaftspolitischer Aktivität der Regierungen zu begründen.

Da das in der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre entwickelte konjunkturpolitische Instrumentarium nach 1970 nicht mehr so sicher funktionierte wie bei früheren Rezessionen, geriet zugleich die herrschende Wirtschaftstheorie, die sich auf den englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes berief, in die Krise[3]. Seine Lehre, daß der Staat in der Depression das private Nachfragedefizit durch kreditfinanzierte öffentliche Aufträge ersetzen solle, erschien vielen als revisionsbedürftig; denn diese Konzeption hatte nach dem Zweiten Weltkrieg den meisten westlichen Regierungen zur Rechtfertigung ihrer wirtschaftspolitischen Interventionen gedient. Obwohl Keynes seine Vorschläge ausschließlich im Hinblick auf die negativen Auswirkungen der *Deflation* entwickelt und sogar davor gewarnt hatte, nach der Wiederherstellung der Geldwertstabilität weiter mit ungedeckten Ausgaben zu operieren[4], wurden ihm die Folgen der langfristigen staatlichen Defizitwirtschaft zur Last gelegt. Der Optimismus der Periode des raschen Wirtschaftswachstums, daß es mit Hilfe der von Keynes entwickelten Methoden gelingen könne, größere Konjunktureinbrüche stets zu verhindern, wich der Skepsis. Die neuartige Situation der „Stagflation", der Kombination von Stagnation und Infla-

[2] Vgl. die Forschungsberichte von Dieter Gessner, Das Ende der Weimarer Republik, Darmstadt 1978 und Kolb, Weimarer Republik (Anm. 1), S. 199–216.

[3] Sidney Pollard, Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der Großen Depression, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984), S. 185–210, speziell S. 207; Oliver Landmann, Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Gottfried Bombach u. a. (Hrsg.), Der Keynesianismus I, Berlin/Heidelberg/New York 1976, S. 135–207, hier: S. 181–199.

[4] John Maynard Keynes, Ein Programm der Ausweitung, in: J. M. Keynes, Politik und Wirtschaft, Tübingen/Zürich 1956, S. 187 (Can Lloyd George do it?, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 9: Essays in Persuasion, Cambridge 1972, S. 117–118).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion, zwang dazu, neue Konzeptionen für die Krisenbekämpfung zu suchen. Die entschiedensten Gegner des „Keynesianismus", die „Monetaristen", gewannen an Einfluß. Aber auch Keynes näherstehende Wissenschaftler sahen sich genötigt, die bisherigen Anschauungen zu modifizieren, zu ergänzen und zu differenzieren. Diese Neuorientierung in der Wirtschaftswissenschaft hatte Rückwirkungen auf die Analyse und Beurteilung der Wirtschaftspolitik in der Großen Depression der dreißiger Jahre. Dabei waren auch wissenschaftliche Aussagen oft von der Sorge um die Wirtschaftspolitik der Gegenwart mitbestimmt[5].

Grundzüge und Hauptprobleme der Brüningschen Wirtschaftspolitik

Wie sah diese Wirtschaftspolitik, über die noch immer mit Leidenschaft gestritten wird, in Deutschland zwischen 1930 und 1932 aus? Da bei der Auseinandersetzung über die Realisierungs- und Erfolgschancen *alternativer* wirtschaftspolitischer Konzepte die Wirkungen der *tatsächlich durchgeführten* Maßnahmen zunehmend aus dem Blick zu geraten drohen, sei an die Grundzüge der Brüningschen Strategie kurz erinnert[6]. Nachdem der Reichshaushalt seit 1925 regelmäßig mit Defiziten abgeschlossen hatte und 1929 daraus mehrmals schwere Kassenkrisen entstanden waren, hatte die Etatbalancierung für das Kabinett Brüning hohe Priorität. Die prozyklischen, d.h. im Konjunkturabschwung wirtschaftslähmenden Wirkungen einer solchen am Haushaltsausgleich orientierten Politik waren den Verantwortlichen aufgrund der Erfahrungen, die seit der erfolgreichen Bekämpfung der Wirtschaftskrise von 1925/26 zur Verfügung standen, im wesentlichen bewußt[7]. Sie glaubten aber, keine andere Wahl zu haben, weil Haushaltsdefizite nach dem Verbrauch aller Reserven sofort zu Kassenproblemen führten und Reichsanleihen weder im Inland noch im Ausland zu erträglichen Bedingungen unterzubringen waren. Eine Inanspruchnahme der Reichsbank war nach den gesetzlichen Bestimmungen nur in engen Grenzen möglich. Dieser Ausweg kam für die maßgebenden Politiker auch nicht in Frage, da sie nach dem Erlebnis der Inflation in den frühen zwanziger Jahren der Überzeugung waren, daß jede Geld- oder Kreditschöpfung zugunsten des Staates zu erneuter Entwertung der Mark führen werde. So wurde in der Wirt-

[5] Vgl. z.B. die Schlußpassage von Knut Borchardt, Zur Aufarbeitung der Vor- und Frühgeschichte des Keynesianismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 197 (1982), S.370.

[6] Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S.109–140.

[7] Dieter Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings, Frankfurt a.M./New York 1983; vgl. entsprechende Bemerkungen Brünings und hoher Beamten des Reichsfinanzministeriums bei: Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamburg 1982, S.551, Anm. 14 bzw. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, Bern/Frankfurt a.M. 1973, S.63.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftskrise versucht, die Ausgaben durch immer drakonischere Einsparungen den sinkenden Einnahmen anzupassen und neue Einkommensquellen zu erschließen. Mit Hilfe des Notverordnungsrechts konnte diese „Parallelpolitik" auch Ländern und Gemeinden aufgezwungen werden, wodurch die Folgen sehr verschärft wurden[8].

Während der Amtszeit Brünings wurden die Lohn- und Einkommen-, die Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer, zahlreiche Zölle und Abgaben zum Teil mehrfach erhöht; es wurden Sonderzuschläge zur Lohn- und Einkommensteuer der Ledigen, eine spezielle Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine, Getränke- und Mineralwassersteuern eingeführt und alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu einer „Krisensteuer" zugunsten der Arbeitslosen herangezogen. Zur Abwehr des Kapitalexports kam im Dezember 1931 außerdem eine „Reichsfluchtsteuer" hinzu. Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurde eine – später durch Gehaltskürzungen ersetzte – Sonderabgabe auferlegt, den Gemeinden das Recht eingeräumt, eine als „Bürgersteuer" bezeichnete, bald nach dem Einkommen gestaffelte Kopfgebühr zu erheben. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichten, um die Einnahmeverluste auszugleichen und die unaufhaltsam wachsenden Aufwendungen für soziale Zwecke, an erster Stelle die Versorgung der Arbeitslosen, abzudecken, wurden alle anderen Sachausgaben so drastisch reduziert, daß Reich, Länder und Gemeinden als Abnehmer von Gütern und Diensten weitgehend ausfielen. Seit Oktober 1931 durften keine öffentlichen Gebäude mehr errichtet, Reparaturen und Anschaffungen nur vorgenommen werden, wenn unmittelbare Gefahr für Menschenleben drohte. Für 1932 waren beispielsweise in Hamburg, wenn die Soziallasten außer Ansatz bleiben, niedrigere Ausgaben als 1913 vorgesehen[9].

Ebenso einschneidend war die Drosselung der Personalausgaben. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde zwischen 1930 und 1933 um 7053 (4%) gesenkt[10]. Durch dreimalige Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter um insgesamt 19 bis 23% binnen Jahresfrist, durch zweimalige Herabsetzung der Staats- und Gemeindearbeiterlöhne um insgesamt ca. 13%, durch Abstriche bei den Pensionen und Renten, den Kriegsopfer-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen zwang die Regierung Brüning die Betroffenen, ihre Einkäufe erheblich zu reduzieren. Sie schraubte die öffentliche Nachfrage herunter und trug durch direkte und indirekte Eingriffe, insbesondere die Steuererhöhungen, dazu bei, daß auch die private zurückging. Die Folge waren Produktions- und Beschäftigungseinschränkun-

[8] Vgl. dazu das Kapitel: Zusammenbruch der kommunalen Finanzwirtschaft bei Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 162–170; Dieter Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte, Berlin 1977, S. 107–157.

[9] Bürgermeister Carl Petersen an Reichsfinanzmin. Hermann Dietrich, 12.3. 1932, Staatsarchiv Hamburg: SKRAA: IIB12/5, Inv. 2, Bd. 3.

[10] Beamte und Angestellte von Reich, Ländern und Gemeinden jeweils am 31. März: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1934, S. 457 und 1935, S. 455.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen, erhöhte Arbeitslosigkeit, neue Einkommensverluste, Nachfrageausfälle und so fort. Die Parallelpolitik förderte die Wirtschaftsdepression, die ohnehin aus sich selbst heraus ständig neue Impulse entwickelte und sich kumulativ verstärkte.

Ähnliche Wirkungen zeigte die Deflationspolitik im strengen Sinn: der Versuch, durch staatliche Maßnahmen das inländische Preis-/Kostenniveau herabzudrücken, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland zu verbessern. Ihren Höhepunkt erreichte diese Politik mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Nach der Abwertung der englischen Währung (seit dem 21. September 1931) hoffte die Reichsregierung, durch verstärkten Deflationsdruck die Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft ausgleichen zu können. Unter anderem wurden deshalb durch die Notverordnung sämtliche gebundenen Preise um 10% ermäßigt, Zinsen und Mieten herabgesetzt sowie Tariflöhne und -gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927, höchstens jedoch um 15%, gesenkt. Der rückwirkende Eingriff in private Verträge rief in der Wirtschaft schwere Beunruhigung hervor. Da es außerdem völlig unmöglich war, alle Preis- und Kostenelemente genau gleichmäßig und zum selben Zeitpunkt zu verringern, gelang es nicht, wie geplant, die Wirkungen der Maßnahmen im Innern zu neutralisieren. Insbesondere stellten Produzenten, Händler und Konsumenten in Erwartung weiterer Preisrückgänge alle vermeidbaren Einkäufe zurück, wodurch der gleiche Circulus vitiosus ausgelöst wurde wie durch den vom Staat erzwungenen Nachfrageverzicht.

Weder die Reichsregierung noch die Reichsbankleitung erkannten, daß die Deflation eine ebenso schwere Störung des Geld- und Güterkreislaufs darstellt wie die Inflation[11]. Vor allem übersahen sie die gravierendste Folge der Deflation: daß durch die Entwertung des Sachkapitals und damit der Sicherheiten viele Schuldner in eine prekäre Situation gerieten. Auch Unternehmen, die eine durchaus solide Anleihepolitik betrieben hatten, erschienen plötzlich als überschuldet und mußten – nicht selten trotz voller Auftragsbücher – aufgeben. Anstatt diesem zerstörerischen Trend nach Möglichkeit entgegenzuwirken, forcierten Reichsregierung und Reichsbank mit ihrer Deflationspolitik die Abwärtsbewegung. Das Ziel dieser Politik, die Konjunkturbelebung über eine Steigerung des Exports, war wegen der weltweiten Tendenz, die heimischen Märkte gegen fremde Waren abzuschließen und die eigene Produktion mit allen Mitteln zu begünstigen, kaum zu erreichen. Endgültig aussichtlos wurde dieses Konzept nach der Abwertung des britischen Pfundes am 21. September 1931 und dreißig weiterer Währungen in den folgenden Monaten, da nun die wichtigsten Konkurrenten ihre Güter und Dienste um ca. 20% billiger anbieten konnten als deutsche Firmen.

Die starre Fixierung auf den Export entsprach traditionellen Anschauungen über

[11] Äußerungen in Brünings Memoiren (Anm. 1) scheinen dem z. T. zu widersprechen. In sie sind aber viele spätere Erkenntnisse eingegangen, die sich in den zeitgenössischen Quellen nicht nachweisen lassen. Prinzipiell werden Brünings Memoiren hier deshalb nur herangezogen, wenn sich in den Dokumenten aus seiner Amtszeit entsprechende Aussagen finden. In den Akten und Sitzungsprotokollen des Kabinetts Brüning tritt immer wieder zutage, wie sehr der Kanzler und Luther die Folgen der Deflation unterschätzten.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Überwindung der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus. In Deutschland verstärkte der Gedanke an die Reparationsverpflichtungen diese einseitige Orientierung. Nach dem im Frühjahr 1930 vereinbarten Young-Plan sollte Deutschland 59 Jahre lang allmählich von 1,8 auf 2,4 Milliarden RM ansteigende und dann wieder abfallende Entschädigungszahlungen an die ehemaligen Kriegsgegner leisten und sie auch in eigener Verantwortung transferieren. Es konnte zwar für den größeren Teil der Reparationsschuld Zahlungsaufschub beantragen, doch ein solches Eingeständnis der Leistungsunfähigkeit kam wegen der unvermeidlichen fatalen Rückwirkungen auf den deutschen Kredit nur im äußersten Notfall in Frage. Da die Empfänger die Reparationen zur Tilgung ihrer Kriegsschulden benutzten, flossen die Zahlungen letztlich alle in die USA, die zum Ausgleich dieses einseitigen Kapitalstroms in entsprechendem Umfang europäische Waren und Dienstleistungen hätten akzeptieren müssen, sich statt dessen aber durch hohe Zollmauern gegen Importe abschirmten[12]. Insofern trugen die Reparationen erheblich zur Störung der Weltwirtschaft bei.

In Deutschland erforderten Aufbringung und Transfer der Reparationen ein starkes Wirtschaftswachstum und große Leistungsbilanzüberschüsse, weshalb der Exportsteigerung allgemein so überragende Bedeutung beigemessen wurde. Allerdings – und das verkannten die meisten Zeitgenossen – mußten diese Bedingungen nicht sofort Jahr für Jahr, sondern auf lange Sicht erfüllt werden. Vorübergehend, während des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nach Krieg und Inflation, war es durchaus vertretbar, aus Kapitalimporten stammende Devisen zum Transfer der Reparationen zu benutzen, wie es unter dem Dawes-Plan von 1924 bis 1929 geschah. Der Konjunkturaufschwung, der in dieser Phase durch amerikanische Anleihen in Deutschland gefördert wurde, war keine „Dollarscheinblüte", wie viele Kritiker meinten[13]. Das Engagement ausländischer Investoren war vielmehr Bestandteil der Wiedereinbindung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Es zeugte von dem Vertrauen in die ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands, und es hatte den positiven Effekt, daß der durch die Reparationen ausgelöste Kapitalstrom zum Teil zurückgeleitet wurde. Auch die vielkritisierten Auslandsanleihen der deutschen Länder und Kommunen wurden nur in einem sehr eingeschränkten Sinn für „unproduktive" Zwecke verwendet, da sie überwiegend der Verbesserung der Energieversorgung, Infrastruktur und Volksgesundheit und damit letztlich der Wirtschaft zugute kamen. Wenn Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht diese Anleihen bekämpfte, so waren dafür nicht primär wirtschaftliche, sondern politische Gründe maßgebend: Er wollte den nach seiner Auffassung „unechten" Transfer der Reparationen verhindern und letztlich deren Streichung erreichen[14].

Dieselben Motive leiteten auch Schachts Nachfolger, Hans Luther, und Reichs-

---

[12] Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München 1973, S. 33–42, S. 77–79.

[13] Für Neu- und Ersatzinvestitionen wurden zwischen 1924 und 1929 rund 70 Milliarden RM aufgebracht, der Kapitalimport belief sich aber per saldo nur auf 13,6 Mrd. RM: Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen 1968, S. 32.

[14] Vgl. Gerhard Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin/New York 1987, S. 405–413.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanzler Brüning. Je länger die Wirtschaftskrise dauerte, desto mehr verfestigte sich bei ihnen die Überzeugung, daß die Reparationen die Hauptursache bildeten und vor ihrer Beseitigung ein Konjunkturanstieg daher weder in Deutschland noch in der Welt möglich sei. Durch einen Erfolg auf diesem Gebiet hoffte Brüning außerdem, die Nationalsozialisten zurückdrängen zu können[15]. Seit dem Herbst 1930 erschien die Streichung der Reparationen als Voraussetzung und Mittel für die Lösung der beiden wichtigsten politischen Probleme. Diese Vorstellung hatte zur Folge, daß die deutsche Regierung – darin unterstützt von der Zentralbank – den Weg aus der Wirtschaftskrise nicht gemeinsam mit den großen westlichen Industriestaaten, sondern ohne und gegen sie suchte.

So lehnte Luther auf dem Höhepunkt der Banken- und Kreditkrise in Deutschland, im August 1931, langfristige Auslandsanleihen ab, weil sie „eine Versklavung des deutschen Volkes nach sich ziehen" würden[16]. Pläne zur Sanierung der DaNat-Bank durch ein deutsch-amerikanisches Bankenkonsortium unter Führung der Familie Warburg scheiterten gleichzeitig am hinhaltenden Widerstand der Reichsregierung[17]. Ebenfalls aus politischen Gründen verhinderten die zuständigen Berliner Stellen im Frühjahr 1932 ein fast unterschriftsreifes Projekt des Hamburger Staates, der sich durch vorübergehende Veräußerung seiner Elektrizitätswerksaktien an eine französisch-amerikanische Finanzgruppe die Devisen- und Reichsmarkbeträge zur Konsolidierung seiner schwebenden Schuld beschaffen und dadurch die ständig drohende Gefahr des Staatsbankrotts abwenden wollte[18]. Brüning war zu dieser Zeit sogar bereit, den finanziellen Zusammenbruch des Reichs zu riskieren, um sein zentrales Ziel, die endgültige Beseitigung der Reparationen, zu erreichen. Obwohl Deutschlands Zahlungsfähigkeit nur bis zum März 1932 gesichert war und der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, deshalb zur Verständigung riet, lehnte es der Kanzler ab, einer Kompromißlösung, z. B. einer fünfjährigen Pause bei den Reparationszahlungen, zuzustimmen[19]. Den Verhandlungsgegnern

[15] Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Berlin-Dahlem 1962; Ernest Hamburger, Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren, in: IWK H. 15 (1972), S. 18–39; Hans Mommsen, Heinrich Brünings Politik als Reichskanzler: Das Scheitern eines politischen Alleingangs, in: Karl Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie, Göttingen 1978, S. 16–45; Winfried Glashagen, Die Reparationspolitik Heinrich Brünings 1930–1931, Diss. Bonn 1980. Über Luthers Instrumentalisierung der Reichsbankpolitik für reparations- und verfassungspolitische Ziele insbes. Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924–1933, Frankfurt a. M. 1985, S. 163–166.

[16] Luther im Gespräch mit Reichsaußenminister Julius Curtius, notiert von Hans Schäffer im Tagebuch vom 26. 8. 1931, Institut für Zeitgeschichte: ED 93, Bd. 13, S. 709.

[17] James, Reichsbank (Anm. 15), S. 210.

[18] Vermerk Wiehl, 17. 12. 1931; Finanzsenator Walter Matthaei, Hamburg, an ORR Prause, Reichsfinanzministerium, 16. 3. 1932; Reichsfinanzmin. an Hbger Senat, 23. 3. 1932, alle in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK): R 2/4110.

[19] Klaus Jaitner, Aspekte britischer Deutschlandpolitik 1930–1932, in: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1980, S. 21–30, speziell S. 29–30; Gerhard Schulz, Reparationen und Krisenprobleme nach dem Wahlsieg der NSDAP 1930, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. 67 (1980), S. 200–222.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte Stärke demonstriert, ihnen notfalls durch „Betrug" vorgetäuscht werden, daß Deutschland bis zum Frühjahr 1933 durchhalten könne[20]. Ein solches Vabanquespiel mochte Schäffer nicht verantworten und bat am 19. März 1932 um die Entlassung aus seinem Amt. Dem Reichskanzler, der geklagt hatte, „daß es zu den Eigenheiten des deutschen Volkes gehöre, kurz vor der Erreichung des Zieles den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen", hielt er entgegen: In den Fällen, in denen er solche Vorgänge erlebt habe, am Ende des Weltkrieges und des „Ruhrkampfes" von 1923, seien „die Ziele, die von den Führern gesetzt wurden, ... über die vorhandenen Kräfte des Volkes" hinausgegangen und deshalb „aus möglichen Einigungen deutsche Kapitulationen" geworden[21].

Erleichterungen, die bei einem bewußt auf Verständigung ausgerichteten Kurs auf dem Gebiet der internationalen Finanz- und Kreditpolitik sowie der Reparationspolitik erreichbar waren, wurden von den deutschen verantwortlichen Stellen nicht wahrgenommen. Brüning und Luther sahen in den großen europäischen Staaten nur Konkurrenten und Gegner, nicht Partner Deutschlands mit einem gemeinsamen Interesse an der Überwindung der Wirtschaftskrise. Deshalb stand das deutsche Volk nach ihrer Überzeugung vor der Aufgabe, sich allein aus eigener Kraft aus dem Elend herauszuarbeiten. Durch die rigorosen Abbaumaßnahmen sollte Deutschland wirtschaftlich in die Offensive gelangen und eine solche Stärke gewinnen, daß es die Kontrahenten zum Verzicht auf die Reparationen zwingen konnte[22]. Die Härte, mit der die Spar- ud Deflationspolitik durchgeführt wurde, war nicht allein von wirtschaftlichen Erfordernissen diktiert, sondern diente politischen Zielen. Letztlich war die Finanz- und sogar die Zentralbankpolitik in Deutschland dadurch mitbestimmt, daß Brüning, Luther und andere Verantwortliche die nach der Kriegsniederlage geschaffene Ordnung noch immer nicht akzeptierten und ihr wesentliche Schuld an dem Wirtschaftsdesaster beimaßen. Deshalb versuchten sie, die Finanzpolitik einzusetzen, um die Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages zu Fall zu bringen, die Funktionen der Parlamente einzuschränken und im Zuge der „Reichsreform" die Selbstverwaltung von Ländern und Gemeinden zu beschneiden[23].

Politische Gründe, nämlich Rücksichten auf die besonderen Interessen des Reichspräsidenten, von dem das Kabinett Brüning abhängig war, führten anderer-

---

[20] Schäffer-Tagebuch (Anm. 16), 4. 3. 1932, abgedr. in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Bd. 1–2, Bonn 1980, S. 1317.

[21] Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1342–1346, Zitat: S. 1344.

[22] Referat Brünings vor den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats, 13. 8. 1931, in: Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 894.

[23] Mommsen, Brünings Politik (Anm. 15). Reichsarbeitsmin. Adam Stegerwald bekannte sich offen zum Verfassungsbruch: Die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung solle dadurch erreicht werden, daß „Länder und Gemeinden finanziell ausgehöhlt würden". In der gegenwärtigen Situation müsse die Regierung wählen „zwischen der Verfassung und zwischen Staat und Volk". Ministerbesprechung am 2. 10. 1931, abgedr. in: Akten der Reichskanzlei (AdR): Die Kabinette Brüning I und II, bearb. von Tilman Koops, Bd. 1–2, Boppard 1982, S. 1787.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seits dazu, daß das Konzept der Etatsanierung und Deflationsförderung in zwei Bereichen durch gegenläufige Maßnahmen durchkreuzt wurde: Die Interventionen zum Schutz der Landwirtschaft verschlangen große Summen und hielten die Preise für Agrarerzeugnisse künstlich hoch. Der Wehretat war von Kürzungen weitgehend ausgenommen, weil sonst eine „Staatskrise" drohte. In dieser Hinsicht stand Deutschland nach einer Feststellung Schäffers schon 1931 unter „Militärdiktatur"[24].

Die Folgen der Brüningschen Finanz- und Wirtschaftspolitik waren verheerend. Dies ergibt sich aus konjunkturtheoretischen und -historischen Überlegungen, auch wenn sich nicht genau trennen läßt, bis zu welchem Grad der Niedergang auf die weltweite Krise oder die prozyklische Politik der deutschen Regierung zurückzuführen war. Das Bruttosozialprodukt sank in Deutschland zwischen 1928 und 1932 von 88,6 auf 55,9 Mrd. RM, das Volkseinkommen von 71,2 auf 41,1 Mrd. RM, die industrielle Produktion auf 58%, bei Investitionsgütern auf 38%. Die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt stieg von 1,4 auf 5,6 Millionen, die Arbeitslosenquote, bezogen auf die Beschäftigten, von 7,0 auf 30,8%[25]. In keinem anderen Industriestaat kam es zu einer derart weitgehenden Lähmung und Zerstörung der Wirtschaft.

Von den Zielen ihrer Finanzpolitik konnte die Regierung Brüning keines erreichen. Die Ausfuhr ging seit 1930 ständig zurück. Nur weil die Einfuhr noch stärker schrumpfte, gestaltete sich die Handelsbilanz positiv. Die Beseitigung der Reparationen kam zu spät und wurde zu teuer erkauft. Die Balancierung des Reichsetats gelang trotz Kürzung der Ausgaben von 8,2 Milliarden RM (im Haushaltsjahr 1930/31) auf 5,7 Mrd. RM (1932/33) in keinem Jahr. Mit den aus den Vorjahren übernommenen Fehlbeträgen summierten sich die Defizite schließlich auf 1,9 Mrd. RM[26]. Ende 1931 drohte die Zahlungseinstellung Preußens; Sachsen, Hessen, Hamburg und einige kleine Länder befanden sich in ähnlich prekärer Lage. Die Gemeinden konnten die Wohlfahrtslasten schon 1930 nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bestreiten; im Etatjahr 1932/33 hatten sie ein Gesamtdefizit von 1,2 Mrd. RM angesammelt[27]. Von einer Sanierung der öffentlichen Finanzen war man in Deutschland weiter denn je entfernt.

---

[24] Schäffer-Tagebuch, Notiz über Sitzung des Bankenkuratoriums, 26.11.1931, abgedr. in: Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1118.

[25] Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das deutsche Reich in den Jahren 1925–1936, in: Werner Conze/Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Stuttgart 1967, S. 35–81, speziell S. 53; Fischer, Wirtschaftspolitik (Anm. 13), S. 108.

[26] Statistisches Jahrbuch Reich 1934 (Anm. 10), S. 417.

[27] Schreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oskar Mulert, an den Reichsfinanzmin., 14.7.1930, Archiv des Vereins für Kommunalwissenschaften, Berlin: DSt B 4721; Statistisches Jahrbuch Reich 1935 (Anm. 10), S. 432.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Kontroverse um den Handlungsspielraum der Regierung Brüning

Für die Mehrzahl der Menschen, die die furchtbare Wirtschaftsnot in der Endphase der Weimarer Republik miterlebt hatten, stand das negative Urteil über die Finanzpolitik Brünings fest. Der Name des asketischen, immer neue Entbehrungen fordernden Kanzlers wurde geradezu zum Symbol für einen rücksichtslosen Fiskalismus, der den breiten Bevölkerungsschichten schwere Belastungen zumutet und im konjunkturellen Abschwung zur Verschärfung der Krise beiträgt. Historiker hielten die „Sanierungspolitik" des Kabinetts Brüning und den Druck auf das inländische Lohn-/Preisniveau dagegen lange Zeit für sachlich geboten und beurteilten die Maßnahmen insoweit positiv[28]. Erst mit Verzögerung machten sie sich die Ergebnisse der wirtschaftswissenschaftlichen, an Keynes orientierten Forschung zu eigen, daß die Politik der Reichsregierung die Depression erschwerte und verlängerte und daher objektiv falsch war, auch wenn sie der damals vorherrschenden nationalökonomischen Theorie entsprach[29]. Diese endlich erreichte einhellige Meinung wurde jedoch, wie einleitend kurz skizziert, in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit einer Trendwende in der Wirtschaftswissenschaft wieder in Frage gestellt. Seit 1979 hat vor allem Knut Borchardt der gängigen negativen Einschätzung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning mit Nachdruck widersprochen und damit eine anhaltende Kontroverse ausgelöst[30].

Borchardt bestreitet nicht die nachteiligen Wirkungen der Spar- und Deflationspolitik, bezweifelt aber, daß die Verantwortlichen in Deutschland überhaupt eine Chance hatten, einen anderen Kurs zu verfolgen. Es habe der nötige Handlungsspielraum gefehlt, um durch antizyklische Maßnahmen den Wirtschaftsverfall auf-

---

[28] Beispiele bei Sanmann, Daten und Alternativen (Anm. 6), S. 110, Anm. 4; vgl. auch Bracher, Auflösung (Anm. 1), S. 358, S. 385–387.

[29] Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958; Ralph Treviranus, Die konjunkturpolitische Rolle der öffentlichen Haushalte in Deutschland während der großen Krise 1928–1934, Diss. Kiel 1964; Dietmar Petzina, Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 127–133; ders., Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Robert Nöll von der Nahmer, Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise, in: Golo Mann (Hrsg.), Propyläen-Weltgeschichte, Bd. 9, Frankfurt 1960, S. 377. Die Bedeutung der Deflationspolitik für die Radikalisierung großer Teile der deutschen Bevölkerung wurde zuerst von einem Zeitgenossen betont: Gerhard Ziemer, Inflation und Deflation zerstören die Demokratie, Stuttgart 1971, dann vor allem von Werner Jochmann: Brünings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 97–112. Die Rezeption der wirtschaftswissenschaftlichen Kritik an Brüning durch die Geschichtswissenschaft wird in fast allen Darstellungen der siebziger Jahre über das Ende der Weimarer Republik deutlich.

[30] Die wichtigsten Aufsätze zu diesem Thema sind abgedruckt in: Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982, S. 165–224, S. 265–294, darunter der die Kontroverse auslösende Artikel: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre (zuerst 1979), S. 165–182.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuhalten und damit den wichtigsten Grund für die fortschreitende Radikalisierung großer Bevölkerungskreise zu beseitigen. Für diese pessimistische Lagebeurteilung führt Borchardt hauptsächlich vier Argumente an:

1. Die deutsche Wirtschaft befand sich, so schließt er aus der Beobachtung verschiedener langfristiger Trends, bereits vor dem Beginn der Großen Depression in einer fundamentalen Strukturkrise. Die Unternehmen waren nach der Währungsstabilisierung mit zu hohen Kosten, insbesondere für die Arbeitskraft, belastet, wodurch Eigenkapitalbildung und Investitionen behindert wurden. Erst nachdem Brüning und die ihn stützenden Kräfte die „Bereinigung" dieser Fehler „wahrhaft heroisch" durchgestanden hätten, seien die Voraussetzungen für eine aktive Konjunkturpolitik gegeben gewesen, die dann Papen, Schleicher und Hitler durchführen konnten[31].

2. Rechtliche Bindungen durch das Reichsbankgesetz und den Young-Plan, gepaart mit der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Abhängigkeit und Verletzlichkeit des Deutschen Reichs, erlaubten weder währungspolitische Maßnahmen wie die Aufgabe des Goldstandards und die Markabwertung[32] noch eine nennenswerte Kreditausweitung zur Finanzierung von Staatsaufträgen.

3. Während der Kanzlerschaft Brünings war das theoretische Wissen noch nicht genügend entwickelt und verbreitet, um eine antizyklische Konjunkturpolitik einzuleiten.

4. Für eine Politik des „deficit spending", den Versuch also, durch kreditfinanzierte öffentliche Aufträge die Wirtschaft „anzukurbeln", gab es – immer nach Borchardt – bis zum Frühjahr 1932 bei keiner der demokratischen Parteien und keiner der großen gesellschaftlichen Organisationen Unterstützung[33]. Das gleiche galt für eine Abwertung der Reichsmark. Insbesondere die Furcht vor einer Wiederholung der Hyperinflation ließ Menschen in verantwortlichen politischen Positionen davor zurückschrecken, solche Vorschläge aufzugreifen[34].

Die Frage, inwieweit Brünings Finanzpolitik den Vorstellungen großer gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen entsprach und mit welcher Unterstützung für andersgerichtete politische Konzeptionen zu rechnen war, soll im folgenden eingehender untersucht werden. In der lebhaften Diskussion über Borchardts Darstellung der finanzpolitischen Zwangslage der Regierung Brüning hat dieser vierte Punkt fast keine Beachtung gefunden, obwohl damit das zentrale *politische* Problem angesprochen ist. Eine umfassende Auseinandersetzung mit Borchardts Beweisfüh-

---

31 Borchardt, Zwangslagen (Anm. 30), S. 182.

32 Knut Borchardt, Zur Frage der währungspolitischen Optionen in Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, in: Borchardt, Wachstum (Anm. 30), S. 206–224; ders., Could and should Germany have followed Great Britain in leaving the gold standard?, in: The Journal of Economic History 13 (1984), S. 471–497.

33 Borchardt, Zwangslagen (Anm. 30), S. 173.

34 Knut Borchardt, Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, München 1985, S. 233–260.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung und den in der anschließenden Kontroverse für und gegen ihn vorgebrachten Argumenten ist hier nicht möglich und nicht beabsichtigt[35]. Da aber die Frage nach dem gesellschaftlichen Rückhalt für finanzpolitische Alternativen wie jede weitere Frage irrelevant wäre, wenn die ökonomischen Fakten eine andere Politik als die tatsächlich betriebene nicht zugelassen hätten, muß zuvor kurz dazu Stellung genommen werden.

Durch sein Drängen, die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning nicht einfach aufgrund späterer Erkenntnisse als falsch abzuwerten, sondern erst nach sorgsamer Prüfung der *damaligen* Handlungsmöglichkeiten und -bedingungen zu urteilen, hat Borchardt die Erforschung dieses Problemkomplexes entscheidend gefördert. In der nachfolgenden Debatte über seine Thesen sind viele seiner Beobachtungen bestätigt, manche modifiziert oder stärker differenziert worden. Die Schwierigkeiten, mit denen die Verantwortlichen zu kämpfen hatten, und die Hindernisse, die einer Lösung entgegenstanden, sind deutlicher zutage getreten. Die Einschätzung, daß die Handlungszwänge, die von den ökonomischen Rahmenbedingungen ausgingen, dem Kabinett Brüning auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet keine Wahl ließen, erscheint jedoch nach wie vor als zu pessimistisch.

Zur Begründung dieser Auffassung müssen einige – stichwortartig verkürzte – Überlegungen genügen, die sich aus der bisherigen Diskussion und eigener Auseinandersetzung mit den Quellen ergeben[36]: 1. Mit Recht hebt Borchardt (Punkt 1) hervor, daß die deutsche Wirtschaft nach Krieg, Revolution und Hyperinflation mit schweren Strukturproblemen zu kämpfen hatte. Dazu gehörte die hohe Kostenbelastung der Betriebe, wobei außer an Löhne, Sozialabgaben und Steuern insbesondere

---

[35] Claus-Dieter Krohn, „Ökonomische Zwangslagen" und das Scheitern der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 8 (1982), S. 415–426; Carl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, Wiesbaden 1982 (Frankfurter Historische Vorträge 9) und in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631; Knut Borchardt, Noch einmal: Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik?, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 67–83; ders., Zum Scheitern eines produktiven Diskurses über das Scheitern der Weimarer Republik [Replik auf Krohn], in: GG 9 (1983), S. 124–137; Henning Köhler, Knut Borchardts „Revision des überlieferten Geschichtsbildes" der Wirtschaftspolitik in der Großen Krise – eine Zwangsvorstellung, in: IWK 19 (1983), S. 164–180 [Trotz seiner wenig sachlichen Polemik gegen B. vertritt auch Köhler – allerdings ohne überzeugende Begründung – die Ansicht, daß eine krisenbekämpfende Wirtschaftspolitik nicht vor Mai 1932 möglich gewesen sei]; Harold James, Gab es eine Alternative zur Wirtschaftspolitik Brünings? in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 70 (1983), S. 523–541; Carl-Ludwig Holtfrerich, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik?, in: GG 10 (1984), S. 122–141; Gottfried Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskrise, in: GG 11 (1985), S. 326–357; Jürgen von Kruedener, Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat, ebenda, S. 358–376; Reinhard Neebe, Konflikt und Kooperation 1930–1933, in: Werner Abelshauser (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart 1987, S. 226–237.

[36] Noch vor dem Beginn der „Borchardt-Kontroverse" habe ich mich im allgemeinen Teil meiner Dissertation mit der Deflationspolitik in der Ära Brüning und den Realisierungschancen wichtiger alternativer Konzepte auseinandergesetzt: Ursula Büttner, Hamburg in der Großen Depression. Wirtschaftsentwicklung und Finanzpolitik 1928–1931, Phil. Diss. 1979, S. 110–134. Zu Borchardts Argumentation dann 1982 Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 14–16.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an die kartellmäßig gebundenen Rohstoffpreise und die weit über dem internationalen Niveau liegenden Kreditkosten zu denken ist. Dazu gehörten ferner die permanenten Schwierigkeiten, die öffentlichen Haushalte auszugleichen, und auch die Reparationen sind hier zu nennen. Aber alle diese Schwächemomente waren in einer wachsenden Wirtschaft leichter zu ertragen und zu überwinden als in der Rezession, so daß sie eine gezielte Konjunkturpolitik gerade notwendig machten. In der Deflation gewannen insbesondere die Kostenprobleme noch an Gewicht, da sie zur Aufwertung der Schulden und tendenziellen Steigerung der Reallöhne führte. Es gab keine ökonomischen Gründe, die Korrektur ungünstiger Strukturentwicklungen ausgerechnet in der Weltwirtschaftskrise zu versuchen[37]. Der Entschluß dazu war vielmehr eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, die durch falsche Maßnahmen früherer Regierungen nicht erzwungen und auch nicht richtiger wurde. 2. Die Vorschriften des Young-Plans über die Gold- und Devisendeckung der Reichsmark sowie die Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank ließen der deutschen Regierung und Zentralbankleitung, worauf Borchardt (Punkt 2) des öfteren hingewiesen hat, nur geringe Möglichkeiten, auf die Deflation zu reagieren. Aber diese Bestimmungen verloren in der Krise des Sommers 1931 an Bedeutung, da sie offensichtlich nicht mehr zu realisieren waren. Die Vertragspartner fanden sich mit der zu geringen Deckung der Reichsmark ab, und nach der Pfundabwertung rechneten viele damit, daß die deutsche Währung folgen werde. Englische hohe Beamte und Regierungsberater empfahlen mehr oder weniger offen einen solchen Schritt[38].

Auch die Regierung Brüning sah in den Vorschriften des Young-Plans keine absolute, unter allen Umständen gültige Bindung, wie der Kanzler in einer Kabinettssitzung eindeutig erklärte[39]. Nur weil er die Undurchführbarkeit des Plans selbst bei äußerster Leistungs- und Opferbereitschaft des deutschen Volkes unter Beweis stellen und auf diesem Weg die Annullierung der Reparationen erreichen wollte, legte er auf die buchstabengetreue Erfüllung aller Bestimmungen wert. Es gibt jedoch in den Akten der Reichskanzlei und der zuständigen Ministerien keine Hinweise auf

---

[37] Charles S. Maier, Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der „kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik, in: GG 11 (1985), S. 275–294, speziell S. 288–289, S. 294; Plumpe, Wirtschaftspolitik, S. 336.

[38] Jürgen Schiemann, Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, Bern/Stuttgart 1980, S. 183–190; Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958, S. 348–349; James, Reichsbank (Anm. 16), S. 288–292; Borchardt, Could Germany (Anm. 32), S. 477–481. Borchardt bezweifelt, daß diese Einladungen an Deutschland, dem „Sterling-Club" beizutreten, ernst gemeint waren. Keynes hat in seiner in diesem Zusammenhang viel diskutierten Rede vor dem Hamburger Überseeklub am 8. Januar 1932 einen Aufschub der Entscheidung bis zur Beseitigung der Reparationen zwar akzeptiert, aber doch deutlich gemacht, daß er die Abwertung der Reichsmark aus *ökonomischer* Sicht für dringend notwendig halte. Keynes, Collected Writings (Anm. 4), Bd. 21, Cambridge 1982, S. 43–44. Die „Hamburger Nachrichten" hatten bereits am 27. 9. 1931 einen entsprechenden Artikel von Keynes publiziert.

[39] „Der Reichskanzler erklärte, wegen der internationalen Bindungen ebenfalls keine Bedenken zu tragen, weil uns gegenüber auch die Verpflichtungen des Youngplanes nicht eingehalten würden." Protokoll der Chefbesprechung am 13. 7. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1350.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

irgendwelche währungspolitischen Intentionen, die deshalb nicht verwirklicht worden wären. Nicht einmal Bedauern über die hemmenden internationalen Vereinbarungen kommt in diesem Zusammenhang zum Ausdruck. Anders als Brüning später in seinen Memoiren behauptete, spielten Rücksichten auf den Young-Plan bei den währungspolitischen Entschlüssen der deutschen Regierung keine Rolle[40]. Für die Entscheidung, die bisherige Goldparität der Reichsmark trotz der Abwertung der Währungen des Sterling-Blocks aufrechtzuerhalten, waren zwei andere Gründe maßgebend: zum einen die Sorge vor Panikreaktionen der durch die Erfahrungen der Hyperinflation traumatisierten deutschen Bevölkerung, zum anderen der Gedanke an die Ersparnisse bei auf Pfund lautenden Auslandsschulden[41].

Im Herbst 1931 war auch die größte Gefahr im Zusammenhang mit einer autonomen, auf Deutschland begrenzten Deflationsbekämpfung gebannt: Nachdem für die Reparationen und die kurzfristigen kommerziellen Auslandsschulden ein Moratorium vereinbart und die Devisenbewirtschaftung angeordnet war, brauchte man nicht mehr zu befürchten, daß ein entstehendes Preisgefälle zwischen In- und Ausland zu untragbaren Devisenverlusten führen werde; denn nun besaß die Reichsbank das Instrument, um den Abfluß fremder Zahlungsmittel zu steuern und, wenn nötig, zu verhindern. Ebenso waren die Gefahren, die sich aus der Furcht größerer Bevölkerungskreise vor einer neuen Hyperinflation ergeben konnten[42], leicht zu begrenzen, da es die Reichsbank in der Hand hatte, Kapitalflucht und wirtschaftlich unbegründete Devisenkäufe zu unterbinden. Der Versuch aber, sich durch Auffüllung der Vorräte und Anschaffung dauerhafter Gebrauchsgüter vor neuen Verlusten zu schützen, war in der Deflation nicht nur unbedenklich, sondern im Hinblick auf die notwendige Konjunkturbelebung sogar nützlich. Panikkäufe im Inland konnten die herrschende schwere Deflation nicht in eine Inflation umschlagen lassen.

3. Es gab, wie diese knappen Hinweise zeigen, keine ökonomischen Gründe, die dazu zwangen, die Wirtschaftskrise in Deutschland in dem Maß, wie es tatsächlich geschah, durch eine lähmende Finanz-, Wirtschafts- und Zentralbankpolitik zu verschärfen. Eine denkbare Alternative bestand schon darin, auf solche Eingriffe zu verzichten. Nach der Einführung der Devisenkontrolle gab es darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit einer bewußt antizyklischen Konjunkturpolitik um eine Milderung der Depression zu bemühen. Die vor allem von Keynes propagierten

[40] Brüning, Memoiren (Anm. 1), S. 506. Brünings Aussage ist – wie in anderen Fällen (Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934", Opladen 1978) – durch zeitgenössische Stellungnahmen zu widerlegen, vgl. Anm. 39.

[41] Denkschrift des Ministerialdirigenten im Reichsfinanzministerium Norden: „Erste Gedanken darüber, ob Deutschland dem Beispiel Englands hinsichtlich seiner Währung folgen soll", 23. 9. 1931, BAK: Nachlaß Luther 366. Statt des ursprünglichen Emissionsbetrags von 9,1 Mrd. RM hatten die deutschen Auslandsanleihen am 29. 2. 1932 noch einen Kurswert von 7,9 Mrd. RM. Die öffentliche Hand sparte dadurch 0,7, die Privatwirtschaft 0,5 Mrd. RM. Ausschuß für Auslandsanleihen an Ludwig Kastl, 16. 9. 1932, BAK: Nachlaß Kastl 33.

[42] Borchardt, Inflationsangst (Anm. 34), S. 244–247. Die Devisenbewirtschaftung wurde schon in der Ära Brüning zur diskreten, aber sehr effektiven Einfuhrregulierung und -drosselung benutzt, vgl. Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 124–125.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Methoden boten sich dafür an. Die Vorschläge des englischen Nationalökonomen, das ist zu Borchardts drittem Punkt zu bemerken, waren auch und gerade in Deutschland, wo er wegen seiner Kritik an den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags hohes Ansehen genoß, genügend bekannt, um einen Kurswechsel theoretisch abzusichern. In wissenschaftlichen Diskussionen wurde die Rezeption seiner Ideen als selbstverständlich vorausgesetzt[43]; die Befürworter einer bewußten Antideflationspolitik waren insbesondere von seinem 1930 erschienenen Buch „A Treatise on Money" beeinflußt. Aber auch in Zeitschriften und Tageszeitungen, ja sogar den Mitteilungsblättern wenig bedeutender, lokaler Berufsorganisationen fanden Keynes' Bücher, Artikel, Vorträge und Denkschriften für die englische Regierung viel Beachtung[44].

Manche Aufsätze von Keynes erschienen alsbald in deutscher Übersetzung in der Presse. Außerhalb des engen Kreises der Fachwissenschaft übten vor allem zwei Veröffentlichungen eine große Wirkung aus: Ein Artikel im „Wirtschaftsdienst" vom 19. Dezember 1930 trug nachweislich entscheidend dazu bei, daß deutsche Journalisten und Gewerkschaftsvertreter fortan ihre Forderung nach Beendigung der „Abbaupolitik" in ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Deflationskrise einordnen und die verhängnisvollen Folgen der Regierungsmaßnahmen klar voraussagen konnten[45]. Die Publikation des Macmillan-Berichts im Juni 1931, an dessen Formulierung Keynes führend beteiligt gewesen war, gab ihren Bemühungen um einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel dann starken Auftrieb.

Zweifel an der herrschenden Wirtschaftspolitik

Die ökonomischen, technischen und theoretischen Bedingungen für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik waren in Deutschland spätestens seit Oktober 1931 gegeben. Damit können wir uns unserer zentralen Frage nach dem gesellschaftlichen und politischen Rückhalt für einen solchen Kurswechsel zuwenden. Im Zusammenhang werden sich weitere Aufschlüsse darüber ergeben, welche Alterna-

[43] So bei der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft am 16./17. 9. 1931, stenographische Niederschrift im BAK: Nachlaß Luther 454. Zahlreiche weitere Beispiele etwa in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst", in der Keynes außerdem regelmäßig zu Wort kam. Vgl. zur Keynes-Rezeption generell: Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S. 233–277; Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, Köln 1977, S. 54–55.

[44] Der gegen Keynes gerichtete Leitartikel in der „Hamburger Industrie- und Gewerbezeitung", dem Mitteilungsblatt der Gewerbekammer, vom 25. 4. 1931 ist nur eines von vielen Beispielen. Vgl. auch Anm. 38.

[45] J. M. Keynes, Die große Krise des Jahres 1930, in: Wirtschaftsdienst 1930/2, S. 2165–2168. Am eindeutigsten läßt sich der Einfluß auf Anton Erkelenz (s. u.) nachweisen, der den „Wirtschaftsdienst" regelmäßig las, bis Ende 1930 mit dem Kaufkraftargument gegen den Lohnabbau kämpfte und dann eine gezielte Kampagne gegen die Deflationspolitik begann, wobei er alle in dem Artikel erörterten Gesichtspunkte immer von neuem wiederholte und variierte. Auch die übrigen „Reformer" beriefen sich auf Keynes.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tivprogramme in Deutschland zur Verfügung standen. Allerdings kommt es nicht nur auf konsequent durchdachte, theoretisch fundierte Konzeptionen an. Auch der unbestimmte, aber dringende Wunsch größerer Bevölkerungskreise nach Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik konnte der Regierung genügend Spielraum für neue Entscheidungen schaffen. Da das Wirtschaftselend und die Sehnsucht nach Überwindung der Not das Denken vieler Menschen im Verlauf der Krise in immer stärkerem Maß bestimmten, entschied die Wirtschaftspolitik mehr und mehr über die Einstellung zu den Parteien und zur Regierung, schließlich zum gesamten politischen System, denn angesichts der elementaren Existenzbedrohung verloren demokratische Freiheiten und Rechtsgarantien für viele an Wert[46]. Die Frage nach der Haltung wichtiger Gesellschaftsgruppen zum Wirtschaftskurs des Kabinetts Brüning ist deshalb für die Gesamtbeurteilung seiner Politik von entscheidender Bedeutung.

Im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft fand Brüning zwar nicht für die Einzelmaßnahmen, wohl aber für die Gesamtkonzeption und die Intentionen seiner Finanzpolitik weitgehende Zustimmung. Von der Notwendigkeit der Etatsanierung, der Preissenkung und Exportförderung waren die meisten, von der SPD bis zur DVP, von den Gewerkschaften bis zu den Industrieverbänden, überzeugt. Dieser breite Konsens ging 1931 verloren. Mit der Verschärfung der Depression wuchsen die Zweifel an der Politik der Regierung und der Reichsbankleitung. Die Kreditkrise und der Bankenkrach im Juni/Juli des Jahres sowie die Aufgabe des Goldstandards in England im September bestärkten die Kritiker in ihrer Meinung. Immer mehr Menschen ahnten, daß staatliche Entscheidungen in Deutschland die Situation erschwerten. Der Wunsch nach einer grundsätzlichen Änderung der Finanz- und Geldpolitik breitete sich aus; seit dem Winter 1931/32 herrschte er fast allgemein. 21 000 Projekte, die Konjunktur mit Hilfe währungspolitischer Maßnahmen anzukurbeln, sollen nach Angaben eines Befürworters der Regierungspolitik in diesen Monaten bei der Reichsbank und der Berliner Handelshochschule eingegangen sein[47]. Auch wenn die Zahl wahrscheinlich polemisch übertrieben war und viele unrealistische und abstruse Pläne enthielt, so zeigt die Fülle solcher in den Akten der Behörden und Wirtschaftsorganisationen erhaltenen Vorschläge doch, wie groß das Verlangen nach einem Kurswechsel inzwischen war. Ein Blick in die Presse bestätigt diesen Eindruck. Unbekannte Risiken verloren angesichts der offenbaren Folgen der Deflation ihre Schrecken. „So kann es nicht weitergehen" oder „Schlimmer kann es nicht werden" – diese und ähnliche Sätze waren typisch für die Bereitschaft, neuartige Methoden mit dem Mut der Verzweiflung zu wagen.

Sogar der Kanzler, Regierungsmitglieder und hohe Ministerialbeamte zweifelten im Sommer 1931 zeitweilig an ihrer Finanzpolitik. Ihre Überlegungen blieben aber

[46] Diesen Zusammenhang habe ich am Beispiel Hamburgs dargestellt in: Ursula Büttner, Hamburg 1932: Rettung der Republik oder Systemzerstörung?, in: Ursula Büttner/Werner Jochmann (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur, Hamburg 1984, S. 41–63.

[47] Schiemann, Währung (Anm. 38), S. 177, S. 247 (an diesen Stellen die Quellenangabe, deren Fehlen Borchardt mit Bezug auf S. 225 der Arbeit moniert); Borchardt, Inflationsangst (Anm. 34), S. 244–247, zu Schiemann: S. 233, S. 256–259.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

widersprüchlich, und nachdem im Herbst die Entscheidung gefallen war, auf die Pfund-Abwertung mit verstärktem Deflationsdruck zu reagieren, war die kurze Phase inneren Schwankens vorbei[48]. Die Bestrebungen der Regierung und die Wünsche der Bevölkerungsmehrheit entwickelten sich zunehmend auseinander. Während das Kabinett Brüning seine Spar- und Abbaupolitik forcierte, wurde in der Öffentlichkeit immer häufiger die Forderung erhoben, der Wirtschaftsdepression mit einer prinzipiell anderen Finanzpolitik entgegenzuwirken.

Wirtschaftswissenschaftler und -publizisten gegen die Deflationspolitik

Seit der Zuspitzung der Krise im Frühsommer 1931 tauchten zunächst vereinzelt, dann zahlreicher auch genau durchdachte und begründete Pläne für staatliche Gegenmaßnahmen auf. Sie lassen sich in zwei große Gruppen einteilen. Zum einen waren es Programme für eine aktive Konjunkturpolitik, zum anderen kamen seit Ende September 1931 Vorschläge für eine Reichsmarkabwertung – meistens in Anlehnung an die englische Währung – hinzu. Da diese Maßnahme zwar geeignet war, der deutschen Wirtschaft die hoffnungslose Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition zu ersparen, zur Konjunkturbelebung allein aber nicht ausreichte[49], sollen reine Abwertungskonzepte hier nicht näher betrachtet werden. Wichtiger sind die Pläne der ersten Kategorie. Trotz vieler Unterschiede im Detail war bei allen, und zwar meistens unter Berufung auf Keynes, vorgesehen, die fehlenden privaten Investitionen durch öffentliche Aufträge zu ersetzen, zu diesem Zweck Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen und die Mittel durch Kreditschöpfung im Innern aufzubringen, wodurch zugleich die Deflation bekämpft werden sollte.

Als erste meldeten sich Journalisten, Verbandsfunktionäre und einige überwiegend jüngere Wissenschaftler zu Wort. Der Herausgeber der linksbürgerlichen, kritischen Wochenschrift „Das Tagebuch", Leopold Schwarzschild, antwortete auf Brünings Notverordnung vom 5. Juni 1931, indem er acht Tage später eine eigene „Notverordnung, die nicht kam", veröffentlichte[50]. In genau ausgearbeiteten Paragraphen und Begründungen regte er an, das Kreditvolumen in Deutschland durch einen voll rediskontfähigen Zwangskredit der Banken zugunsten des Reichs um maximal 4,2 Milliarden RM zu erweitern. Durch die Zwischenschaltung der priva-

[48] Vgl. z. B. die Ausführungen von Brüning und Dietrich bei den Kabinettssitzungen am 20. 5., 2. 6. und 27. 7. 1931, bei Besprechungen mit Wirtschaftsexperten am 31. 7., 22. 8. und 11. 11. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1081, S. 1164, S. 1427, S. 1487, Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 918, S. 1093; dazu: Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 152–154; Adelheid v. Saldern, Hermann Dietrich, Boppard 1966, S. 164–170.

[49] Schiemann (Anm. 38), S. 278–283, wobei er von der Annahme ausgeht, daß aus politischen Gründen höchstens eine 20%ige Abwertung möglich gewesen sei.

[50] Das Tagebuch 12 (1931), S. 923–936, abgedr. bei: Leopold Schwarzschild, Die letzten Jahre vor Hitler, Hamburg 1966, S. 94–107.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Geldinstitute umging Schwarzschild die Vorschriften des Reichsbankgesetzes, das der Kreditgewährung an den Staat enge Grenzen setzte. Die gewonnenen Mittel sollten für große öffentliche Aufträge verwendet werden. Eine Gefährdung der Währung sei bei dem geringen Zahlungsmittelumlauf in Deutschland ausgeschlossen, so wies Schwarzschild mit Rücksicht auf die Inflationsangst, die viele nach dem Schock von 1922/23 beherrschte, besonders sorgfältig nach. Die Schaffung neuer Kaufkraft sei im Gegenteil dringend notwendig, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Den Zweck der beabsichtigten Kreditschöpfung beschrieb Schwarzschild knapp und präzise: „... mit möglichster Beschleunigung erhebliche zusätzliche Produktionsaufträge in die Wirtschaft zu pumpen, dadurch großen Massen von Arbeitskräften zu neuem Einkommen zu verhelfen und dadurch wieder die Abnehmerschaft für die produzierten Waren zu schaffen". Auch im „Magazin der Wirtschaft", das er zusammen mit Georg Bernhard herausgab, bot Schwarzschild den Befürwortern einer aktiven Konjunkturpolitik ein Forum. Dieses Engagement kam ihn teuer zu stehen. Es trug dazu bei, daß das „Magazin" nach Abonnements- und Inseratenkündigungen im Sommer 1931 sein Erscheinen einstellen mußte[51].

Für eine im wesentlichen ähnliche Strategie wie Schwarzschild setzte sich fast gleichzeitig, erstmals am 19. Juni 1931, der Frankfurter Bankier und Geldtheoretiker L. Albert Hahn in Vorträgen und Verhandlungen mit hohen Reichsbank- und Ministerialbeamten ein. Er analysierte sehr klar den deflatorischen Charakter der Weltwirtschaftskrise, erörterte Möglichkeiten und Sinn monetärer Gegenmaßnahmen und kam dann ebenfalls zu dem Ergebnis, die einzige Chance, „belebend auf die Konjunktur zu wirken, [sei] in der Vergebung staatlicher Aufträge großen Ausmaßes" zu sehen, die „direkt oder indirekt mit Mitteln der Notenbanken" finanziert werden müßten[52]. Allerdings schränkte er diese Empfehlung anfangs auf die Länder mit größeren Gold- und Devisenreserven ein. Für Deutschland hielt er erst seit Dezember 1931, nachdem die Reglementierung des auswärtigen Zahlungsverkehrs die Gefahren für die Devisenbilanz beseitigt hatte, ein autonomes Vorgehen für richtig, falls sich die westlichen Industriestaaten nicht zu gemeinsamem Handeln entschlössen[53]. Über Brüning urteilte Hahn – unter dem Eindruck der Notverord-

[51] Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftstheorien als politische Interessen, Frankfurt/New York 1981, S. 158.

[52] Vortrag vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft der Universität Erlangen am 19.6. 1931: L. Albert Hahn, Kredit und Krise, Tübingen 1931, S. 21, teilweise abgedruckt in: L. A. Hahn, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963, S. 84–86.

[53] Schreiben an Anton Erkelenz, 11. 12. 1931, BAK: Nachlaß Erkelenz 62; vgl. Jochmann, Deflationspolitik (Anm. 29), S. 103–104. Krohns Behauptung, Hahn habe „sich dem Lager der neoliberalen Orthodoxie angeschlossen" und „zu den aktivsten Gegnern des antizyklischen deficit spendings" gehört, ist unhaltbar. Krohn, Wirtschaftstheorien (Anm. 51), S. 111. Hahn bekämpfte zwar den Wagemann-Plan, aber nur, weil er die vorgeschlagenen Kunstgriffe, durch die die 40%ige Notendeckung durch Gold und Devisen auch im Fall der Kreditausweitung erhalten bleiben sollte, für überflüssig und schädlich hielt. Er trat trotzdem – eindeutiger als Wagemann – für „Kreditexpansion" und „Devalvation" der Reichsmark ein. L. A. Hahn, Deckungsnebel, in: Der deutsche Volkswirt 1931/32, S. 580–582. Deshalb muß auch der Darstellung von Harold James, Deutschland in

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung vom 8. Dezember 1931 – bitter: „Seine Idee, eine kapitalistische Wirtschaft mit den Mitteln des kanonischen Rechtes zu lenken, ist absurd."[54]

Im Frühsommer 1931 schien die Reichsregierung für eine kritische Überprüfung ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik noch offener zu sein. Im Mai äußerte Brüning im Kabinett die Meinung, daß der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß „nur bis zu einem gewissen Grade getrieben werden" könne[55]. In den zuständigen Ministerien begannen Überlegungen, ob der Staat in der Lage sei, durch eine andersgerichtete Finanzpolitik den Wirtschaftsverfall aufzuhalten. Am bekanntesten ist die Konzeption, die der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Wilhelm Lautenbach in Auseinandersetzung mit Keynes' „Treatise on Money" entwickelte[56]. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Staat mit kreditfinanzierten Aufträgen im Umfang von ca. drei Milliarden RM einspringen müsse, weil sich private Unternehmer wegen der schlechten Absatzchancen selbst bei äußerster Kreditverbilligung nicht zu Neuinvestitionen entschließen und damit Wachstumsimpulse ausbleiben würden. Die Mittel für das Arbeitsbeschaffungsprogramm sollten durch auf die Reichsbahn gezogene, rediskontfähige Wechsel aufgebracht werden. Gefahren für die Währung befürchtete Lautenbach ebensowenig wie die übrigen Befürworter einer Antideflationspolitik, wohl aber meinte auch er, Vorsichtsmaßnahmen gegen allzu große Devisenabflüsse einplanen zu müssen. Neben Importkontrollen und Exportsubventionen sah er deshalb die weitere Senkung des Lohn-/Preisniveaus vor, ließ aber keinen Zweifel daran, daß solche Einkommenskürzungen nur im Rahmen seines Gesamtkonzepts bei „Neueinstellung einer sehr erheblichen Zahl von Arbeitern" akzeptabel seien, durch die die Gesamtlohnsumme wachse[57].

Bei der Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissenschaftler stießen solche Programme für eine aktive und positive Konjunkturbeeinflussung auf Ablehnung. Eine Tagung der renommierten Friedrich-List-Gesellschaft am 16./17. September 1931, bei der die meisten Teilnehmer vor einer Verwirklichung des Lautenbach-Plans warnten, war für diese Einstellung repräsentativ[58]. Nur eine Reihe jüngerer, der

---

der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988, S. 319–320, widersprochen werden, daß Hahn seit Anfang 1932 mit der Politik der Reichsbankleitung übereingestimmt und „keine wirkliche Alternative zur Wirtschaftspolitik der Präsidialregierungen" geboten habe.

54 Hahn an Erkelenz, 11. 12. 1931 (Anm. 53).

55 Besprechung mit den zuständigen Ministern und Beamten am 20. 5. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1081.

56 Kroll, Weltwirtschaftskrise (Anm. 29), S. 380–395; Oliver Landmann, Opposition gegen die Deflationspolitik in der Krise, in: Gottfried Bombach u. a. (Hrsg.), Der Keynesianismus III, Berlin/Heidelberg/New York 1981, S. 253–276; Borchardt, Aufarbeitung (Anm. 5). Besonders wichtig ist Lautenbachs Denkschrift vom 9.9. 1931: „Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung", BAK: Nachlaß Kastl 4, mit geringfügigen Änderungen in: Wilhelm Lautenbach, Zins, Kredit und Produktion, hrsg. v. Wolfgang Stützel, Tübingen 1952, S. 137–155.

57 Ebenda, S. 142.

58 BAK: Nachlaß Luther 454; dazu: Hermann Brügelmann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich-List-Gesellschaft e. V. von 1925–1935, Tübingen 1956, S. 132–139.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nahestehender Wissenschaftler unterstützte die Vorschläge und versuchte in eigenen Artikeln, Verständnis für die Notwendigkeit zu wecken, der Deflationskrise mit Kreditausweitung und staatlichen Großaufträgen zu begegnen. Zu nennen sind hier der Hamburger Universitätsprofessor Eduard Heimann, die Privatdozenten Jakob Marschak (Heidelberg) und Heinrich Rittershausen (Frankfurt/M.) sowie die Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Gerhard Colm und Hans Neisser[59].

Angesichts der katastrophalen Verschärfung der Depression und unter dem Eindruck der wirtschaftswissenschaftlichen Neuorientierung in England entschlossen sich im Winter 1931/32 aber auch bedeutende liberale Gelehrte, wie Wilhelm Röpke und Joseph Schumpeter, sich öffentlich zu Keynes' Forderung nach expansiver Geldpolitik zu bekennen[60] oder zumindest die Aufgabe der Deflationspolitik zu verlangen. Die politischen Eingriffe zur Herabsetzung der Einkommen und Preise, so kritisierte Schumpeter die Krisentherapie der Regierung Brüning, würden allein schon ausreichen, um „eine Depression hervorzurufen, und, wenn konsequent fortgesetzt, von der Zinssenkung über Kreditrationierung zur Brotkarte führen"[61]. Kurzfristig könne diese Politik der erstrebten Streichung der Reparationen zwar nützlich sein, doch arbeite sie „mit ungeheueren Kosten", werde durch die Gegenmaßnahmen der anderen Staaten rasch illusorisch und habe, „ganz abgesehen von den sozialen Konsequenzen, die völlige Lähmung der Wirtschaft zur Folge"[62]. Über die deutsche politische Führung sprach Schumpeter ein vernichtendes Urteil: „Die beliebte Analogie vom Schiff im Sturm ist unzulänglich, es müßte noch hinzugefügt werden, daß unsere Schiffe Kapitäne haben, die nichts von Nautik verstehen, und Besatzungen, welche drohende Klippen für rettende Häfen halten."[63]

---

[59] Heimann, Neisser und Rittershausen traten bei der Tagung der List-Gesellschaft als einzige für den Lautenbach-Plan ein (ebenda), Colm und Neisser unterstützten ihn außerdem mit einem Schreiben an den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium (Krohn, Wirtschaftstheorien, wie Anm. 51, S. 156). Vgl. ferner: Gerhard Colm, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 815–834; Hans Neisser, Ankurbelung oder Inflation?, in: Der deutsche Volkswirt, 16. 10. 1931, S. 80–84; Jakob Marschak, Einige Thesen zur Krisenpolitik, in: Wirtschaftsdienst, 18. 12. 1931, S. 2041–2042. Zu Colm, Neisser und Marschak vgl.: Harald Hagemann, Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung, in: Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Festschrift für Adolph Lowe, hrsg. v. Harald Hagemann und Heinz D. Kurz, Bremen 1984, S. 97–129.

[60] Wilhelm Röpke, Besprechung von Keynes' Treatise on Money, in: Der deutsche Volkswirt, 25. 9. 1931, S. 1742–1747. Bei der Tagung der List-Gesellschaft hatte sich Röpke eine Woche zuvor noch sehr zurückhaltend geäußert, aber zugestanden, daß mit den von Lautenbach vorgeschlagenen Methoden „vielleicht ein Anhalten dieses kumulativen Niedergangsprozesses" zu erreichen sei (vgl. Anm. 58).

[61] Joseph Schumpeter, Dauerkrise?, in: Der deutsche Volkswirt, 25. 12. 1931, S. 418–422, Zitat S. 421.

[62] Joseph Schumpeter, Weltkrise und Finanzpolitik, in: Der deutsche Volkswirt, 4. 3. 1932, S. 739–742, Zitat S. 740.

[63] Joseph Schumpeter, Dauerkrise (Anm. 61), S. 418. An Gustav Stolper hatte Schumpeter am 14. 9. 1931 geschrieben: Mit Bezug auf die politische und finanzielle Lage Deutschlands „komme ich über einen schweren Vorwurf gegen die gegenwärtige Regierung nicht hinweg. Es ist, wie wenn man sich eigens hingestellt hätte, um in Gala abgeohrfeigt zu werden." BAK: Nachlaß Stolper 31.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Allen diesen Kritikern der herrschenden Wirtschaftspolitik ging es bei ihren Gegenvorschlägen darum, die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu bewahren und in internationaler Zusammenarbeit einen Ausweg aus der Krise zu finden. In rechten politischen Kreisen gewann dagegen etwa seit Jahresbeginn 1932 eine andersgerichtete Konzeption für eine aktive Konjunkturpolitik an Bedeutung, die der Wirtschaftspublizist Robert Friedlaender-Prechtl ungefähr zur gleichen Zeit wie die anderen frühen „Reformer", im Mai 1931, in seinem Buch „Wirtschaftswende" angedeutet hatte[64]. Auch Friedlaender-Prechtl polemisierte gegen die Vorstellung, durch Preis- und Einkommensabbau, Sparen und Konzentration aller wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf den „Fetisch" Export die Depression überwinden zu können, und schlug als Alternative innere Geld- oder Kreditschöpfung vor. Die Golddeckung sollte nur noch im äußeren Zahlungsverkehr eine Rolle spielen, was auf eine Spaltung der Währung in eine Binnen- und Außenwährung hinauslief. Folgerichtig ergab sich daraus die Forderung nach Herauslösung der deutschen Wirtschaft aus der Weltwirtschaft und möglichst weitgehender Autarkie. Friedlaender-Prechtl plädierte für die Durchführung öffentlicher Großprojekte, einen mehrjährigen, alle jungen Menschen absorbierenden Arbeitsdienst und eine umfassende Planwirtschaft. Diese Ziele, verbunden mit dem Ruf nach einem starken Staat und einem „tatkräftigen zielbewußten Führer", der, von allen gesellschaftlichen Kräften losgelöst, „nur seinem Gewissen verantwortlich" sein sollte[65], machten sein Buch für die politische Rechte so attraktiv. Dabei vermochte er, wie er zugab, im Gegensatz zu Hahn, Schwarzschild, Lautenbach und anderen seine einzelnen Überlegungen nicht zu einem in sich schlüssigen Programm zu vereinen.

Bemühungen um eine neue Wirtschaftspolitik im Umkreis der Regierung: Schäffer, Warmbold, Wagemann

Auf die Reichsregierung und die Reichsbankleitung, die sich inzwischen zur forcierten Fortsetzung der Deflationspolitik entschlossen hatten, machten die Warnungen und Argumente ihrer Kritiker keinen Eindruck. Sie fragten lieber die Befürworter ihrer Spar- und Abbaupolitik unter den Wissenschaftlern um Rat und ließen sich von ihnen in ihrer Meinung bestärken. Allein der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, zeigte sich aufgeschlossen für die Bemühungen, ein Konzept für eine neue, krisenmildernde Wirtschaftspolitik zu finden. Er ließ sich nicht nur von der Richtigkeit und Durchführbarkeit des Lautenbach-Plans überzeugen,

[64] Robert Friedlaender-Prechtl, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931; vgl. Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 49–52, Kroll, Weltwirtschaftskrise (Anm. 29), S. 435–455.

[65] Friedlaender-Prechtl, Wirtschaftswende (Anm. 64), S. 259. Friedlaender-Prechtls theoretischer Beitrag zur Entwicklung einer „aktiven Konjunkturpolitik" wird in der Literatur überschätzt. Seine Wirkung beruhte auf der Koppelung der wirtschaftspolitischen Kritik mit solchen in Rechtskreisen populären allgemeinen politischen Forderungen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern ergänzte ihn in einer Denkschrift vom 2. September 1931 auch durch Berechnungen über die Auswirkungen auf den Reichsetat und durch wichtige wirtschaftstheoretische und politische Überlegungen[66]. Unter anderem betonte er: Keine Regierung dürfe der weiteren Steigerung des Geldwerts tatenlos zusehen, denn sonst werde die Mehrzahl der deutschen Unternehmen zum Konkurs gezwungen und als Folge dieser erneuten gewaltsamen Besitzumschichtung das bestehende Wirtschaftssystem restlos diskreditiert werden. Als einzigen Nachteil nannte Schäffer, daß die Beseitigung der Reparationen schwerer fallen könne, wenn die Wiederbelebung der Wirtschaft gelinge; aber er fügte hinzu: „Kann man es verantworten, an einer richtigen und zweckmäßigen Lösung, die sozial entlastend und politisch beruhigend wirkt, aus taktischen Gründen vorbeizugehen?"[67] Ungewollt sprach er damit ein vernichtendes Urteil über Brünings Politik und Prioritätenskala.

Schäffer bemühte sich, maßgebende Persönlichkeiten wie den Reichsbankpräsidenten für seine bzw. Lautenbachs Ideen zu gewinnen[68]. Erfolg war ihm ebensowenig beschieden wie anderen Befürwortern einer aktiven Konjunkturpolitik. Bei seiner Amtsführung hielt er sich jedoch für verpflichtet, seine Einsichten den politischen Entscheidungen der Regierung unterzuordnen. Diese unbedingte Loyalität hat das Urteil über ihn verwirrt[69]: Trotz der eindeutigen Äußerungen in seiner Denkschrift erscheint Schäffer bei manchen Autoren als Exponent eines rücksichtslosen Fiskalismus. In Wahrheit empfand er seit dem Sommer 1931 immer wieder Zweifel an der Brüningschen Finanzpolitik, war sich allerdings auch des Erfolgs einer anderen Politik nicht gewiß[70]. Da sich aber der Kanzler inzwischen im Hinblick auf die bevorstehenden Reparationsverhandlungen für eine harte Politik des Etatausgleichs entschieden hatte, bot Schäffer alle Kraft auf, um diesen Kurs zu ver-

---

66 Abgedruckt bei: Eckhard Wandel, Hans Schäffer, Stuttgart 1974, S. 307–315. In seiner Darstellung beschreibt Wandel den Staatssekretär unverständlicherweise ohne jede Einschränkung als dezidierten Vertreter der Brüningschen Spar- und Deflationspolitik. Zur entgegengesetzten Einschätzung gelangt Holtfrerich (Anm. 35), S. 622. Da er aber nicht klärt, wie das in der Denkschrift niedergelegte Konzept zur Krisenüberwindung mit früheren *und* späteren Äußerungen Schäffers über die Notwendigkeit strikter Sparsamkeit und Etatbalancierung zu vereinbaren ist, erscheint Schäffer bei Borchardt und James (Anm. 69) weiterhin als Exponent des Brüning-Kurses. Eine differenzierte, beide Aspekte berücksichtigende Darstellung der Position Schäffers habe ich schon in meiner Dissertation von 1979 (Anm. 36), S. 124–125, und in Staatskrise (Anm. 7), S. 154–155, versucht; ebenso Jochmann (Anm. 29).

67 Denkschrift Schäffers bei Wandel (Anm. 66), S. 315.

68 Tagebuch (Anm. 16), 31. 8. 1931, Bd. 13, S. 729–730; Wandel, Schäffer (Anm. 66), S. 176.

69 Vgl. James, Reichsbank (Anm. 16), S. 150–156; ders., Alternative (Anm. 35), S. 532–534; Borchardt, Alternativen (Anm. 35), S. 79–81 gegen Holtfrerich (Anm. 35), S. 17–19; Wandel, Schäffer (Anm. 66), S. 157; über Schäffers Auffassung der Beamtenpflichten sein Brief an Ernst Wagemann vom 28. 1 1932, in: Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1243.

70 Dieser Zwiespalt zeigt sich besonders deutlich in einem Schreiben Schäffers an M. J. Bonn vom 26. 10. 1931: „Sie müssen mir glauben, daß es für jemand, der an verantwortlicher Stelle steht, seelisch schwer zu ertragen ist, die Krise ‚ausbrennen' zu lassen, wenn er täglich sieht, was dabei mit verbrennt. Vielleicht gibt es keinen Weg; es ist aber bitter, diese Erkenntnis zu verdauen." BAK: Nachlaß Bonn 52.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirklichen. Nicht weil er ein überzeugter Anhänger einer noch rigoroseren Sparpolitik war und sich damit schließlich nicht mehr durchsetzen konnte, sondern weil Brüning die erstrebte finanzielle Stärke preisgab, ohne zu den unter diesen Umständen notwendigen außenpolitischen Kompromissen bereit zu sein, lehnte Schäffer am Ende die weitere Verantwortung ab[71].

Gegen den Widerstand des Kanzlers konnten sogar Regierungsmitglieder und selbst die zuständigen Ressortchefs nichts bewirken. Am deutlichsten erfuhr das Reichswirtschaftsminister Hermann Warmbold, auf den sich seit seinem Amtsantritt im Oktober 1931 die Hoffnungen all derer richteten, die bis dahin vergeblich für eine bewußte Deflationsbekämpfung eingetreten waren. Das Vorstandsmitglied der IG Farben gehörte zu einem Kreis von Experten des Konzerns, die eine expansivere Geldpolitik zur Wiederbelebung der Konjunktur für notwendig hielten; im August 1931 hatte er einen entsprechenden Plan auch der Reichsregierung vorgetragen[72]. Als Minister stieß er deshalb von vornherein bei Reichsbankpräsident Luther auf Mißtrauen und Ablehnung. Warmbold konnte weder die Verschärfung der Deflationspolitik verhindern, noch gar Maßnahmen zur Belebung des Binnenmarktes durchsetzen. Vergeblich warnte er vor den schädlichen Folgen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 für die deutsche Wirtschaft. Selbst durch die Verweigerung seiner Unterschrift und das Angebot seines Rücktritts konnte er ihr Erscheinen nicht verhindern[73]. Vorschläge für eine bescheidene Kreditschöpfung von zwei Milliarden RM, um wenigstens einige der lähmenden Wirkungen der Notverordnung auszugleichen, scheiterten am Widerspruch des Reichsbankpräsidenten[74]. Von seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen konnte Warmbold während seiner Zugehörigkeit zum Kabinett Brüning nichts verwirklichen. Noch vor dem Sturz der Regierung verzichtete er deshalb am 6. Mai 1932 resigniert auf sein Ministeramt.

Auch Reichsfinanzminister Hermann Dietrich und Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald hatten nicht mehr Erfolg, als sie im Februar/März 1932 für eine Lockerung der Deflationspolitik und eine begrenzte Kreditausweitung zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen plädierten[75]. Die Kompromißlosigkeit des

---

[71] Schäffer, Denkschrift: „Die Haushaltslage am 28. Februar 1932", Institut für Zeitgeschichte: ED 93, Bd. 32; Entlassungsgesuch, 19. 3. 1932 (Anm. 21).

[72] Ministerbesprechung am 3. 8. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1509–1510.

[73] Entlassungsgesuch Warmbolds vom 28. 4. 1932, in: Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1423–1424; Brüning, Memoiren (Anm. 1), S. 479, S. 503.

[74] Protokoll der Ministerbesprechung am 7. 12. 1931, BAK: R 43 I/1453. Im Auftrag Warmbolds setzte sich Lautenbach mit einer Denkschrift vom 5. 2. 1932 für Arbeitsbeschaffung durch die Erzeugung zusätzlicher Kaufkraft, und das hieß: durch innere Kreditschöpfung, ein. In den folgenden Ressort- und Kabinettsberatungen konnten sich die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aber ebensowenig durchsetzen wie zur selben Zeit Dietrich und Stegerwald mit ihren Plänen. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987, S. 508–510.

[75] Tagebuchaufzeichnung Schäffers über Ministerbesprechung, 4. 3. 1932, Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1315–1316; vgl. Henning Köhler, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kanzlers und – noch ausgeprägter – des Reichsbankpräsidenten ließ Kabinettsmitgliedern, die an der herrschenden Finanzpolitik zweifelten, nur die Wahl, ihre Bedenken zu unterdrücken oder durch ihren Rücktritt in einer politisch äußerst schwierigen Situation eine Regierungskrise auszulösen.

Angesichts dieser Lage entschloß sich ein anderer hoher Beamter, der Leiter des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Ernst Wagemann, die Flucht an die Öffentlichkeit anzutreten. Nachdem er seit Oktober 1931 sich vergeblich bemüht hatte, bei Luther Verständnis für seine Reformideen zu finden[76], stellte er sie im Januar 1932 mit einer in hoher Auflage gedruckten und weit verteilten Broschüre zur Diskussion. Der Plan sah eine Neuordnung des Bank- und Währungssystems vor, bei der durch Aufhebung der Deckungsvorschriften für kleine Banknoten bis 50 RM der Spielraum für eine Ausweitung des Kreditvolumens um maximal drei Milliarden RM gewonnen werden sollte. Das Hauptziel war, der Reichsbank größere Handlungsfreiheit zu sichern[77]. Der Vorschlag fand die erhoffte starke Beachtung, weil sich mit ihm erstmals ein Mann aus der Umgebung der Regierung, der mit dem Wirtschaftsminister Warmbold sogar verschwägert war, öffentlich zu Wort meldete und weil ein Kreis von gleichgesinnten „Reformern" die Verbreitung der Gedanken mit erheblichem finanziellen Aufwand unterstützte[78].

Brüning und Luther waren empört. In einer Ministerrunde beschwerte sich der Kanzler, daß er durch Wagemanns Vorstoß „in eine schwere Lage" komme[79]. *Erstens* werde „der Eindruck erweckt, als ob es noch andere Mittel als die Deflationspolitik gebe, um unsere Lage zu bessern und unsere Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Er habe bisher die Deflationspolitik nur weitergetrieben, weil er sie gebraucht habe, um die Etats und die Leistungen der Sozialversicherungen auf das allein noch mögliche Maß herabzusetzen. Wenn die Gewerkschaften jetzt sähen, daß man die Kredite erweitern könnte, so würden sie sofort sagen, diese Erweiterungen sollten vorgenommen werden, um ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu machen." *Zweitens* könnten die Vorschläge „in das Reparationsprogramm hineinhageln"; denn die französischen Verhandlungsgegner würden daraus schließen: „So sind also die Deutschen. Sie halten mit ihren Plänen zur Besserung zurück, bis sie die Anerkennung ihrer Leistungsunfähigkeit in Basel [durch den im Young-Plan vorgesehenen ‚Beratenden Sonderausschuß'] erreicht haben. Nachdem dies geschehen ist, machen sie jetzt inflatorische Bemühungen, um ihre Wirtschaft neu zu beleben." *Drittens* sei zu befürchten, daß die Nationalsozialisten, die „bisher vergeblich

der Schlußphase der Regierung Brüning, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 276–307, speziell S. 279–285.

76 Krohn, Wirtschaftstheorien (Anm. 51), S. 159.

77 Ernst Wagemann, Geld- und Kreditreform, Berlin 1932; Rudolf Regul, Der Wagemann-Plan, in: Bombach, Keynesianismus III (Anm. 56), S. 421–447; Grotkopp, Krise (Anm. 43), S. 171–181.

78 Zu dieser „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditreform" siehe unten S. 36–37.

79 Bericht Schäffers über Sitzungen des „Reparationskränzchens" am 28. und 29. 1. 1932, Tagebuch (Anm. 16), 29. 1. 1932, Bd. 17, S. 134–140, S. 145–148. Dort alle Zitate Brünings, Luthers und Schäffers in diesem Abschnitt.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach einem Währungsprogramm gesucht" hätten, Wagemanns Konzept übernehmen und daraus Vorteile ziehen würden. Luther fügte diesen Einwänden zwei weitere Bedenken hinzu: Wenn sich die Überzeugung durchsetze, „daß man die Krise auf andere Weise beheben könne", würden „alle Verwaltungsreformen vereitelt", für die er mit seinem „Bund zur Erneuerung des Reichs" kämpfte. Außerdem könnten Lohnsenkungen, die trotz der schon erfolgten Kürzungen noch immer notwendig seien, nicht mehr erzwungen werden. Seine Absicht, diesen Gesichtspunkt auch öffentlich vorzutragen, gab Luther nur auf, weil ihn Staatssekretär Schäffer dringend vor der Reaktion der Arbeiterschaft warnte. Wenn sie erfahre, daß „der Reichsbankpräsident mit der Krediterweiterung zurückhalte, damit die Sozialversicherungsleistungen gesenkt und die Löhne abgebaut werden" könnten, werde sich ein Sturm der Entrüstung erheben.

Brünings und Luthers Reaktion auf den Wagemann-Plan ist in dreifacher Hinsicht aufschlußreich: Zum einen lassen die Ausführungen die Instrumentalisierung der Deflationspolitik für außerwirtschaftliche Zwecke, die Befreiung von den Reparationen, die Verwaltungsreform und den Lohn- und Sozialversicherungsabbau, klar erkennen. Zumindest der Kanzler hatte keinen Zweifel, daß Wagemanns Reformvorschlag eine Möglichkeit zur Konjunkturbelebung eröffnete. Aber er nahm die Chance nicht wahr, weil er anderen Zielen Vorrang gab. Zum anderen zeigt Brünings Erklärung, daß er in einer Vergrößerung des Geldumlaufs, die er undifferenziert als „inflatorisch" bezeichnete, durchaus ein Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft sah. Wenn er in der Öffentlichkeit und gegenüber Kritikern seiner Politik ständig vor den Gefahren einer neuen Inflation warnte oder im Hinblick auf die Inflationsfurcht der Deutschen eine expansive Geldpolitik ablehnte, dann benutzte er solche Ängste, um seinen Kurs durchzusetzen[80].

Zum dritten – und diese Feststellung ist in unserem Zusammenhang besonders wichtig – beweist die Sorge vor der Reaktion der Gewerkschaften bzw. der NSDAP auf den Wagemann-Plan, wie stark und verbreitet der Wunsch nach einer Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit den Mitteln der Finanz- und Geldpolitik inzwischen war. Diese Forderung war so populär, daß Brüning zu Recht erwartete, die NSDAP werde sie aufgreifen und weiteren Zulauf von all jenen erhalten, die die wirtschaftspolitische Wende herbeisehnten. Es fehlte nicht an gesellschaftlicher Unterstützung für eine antizyklische Wirtschaftspolitik, sondern sie hatte im Gegenteil solche Bedeutung, daß der Kanzler fürchtete, seinen Kurs nicht mehr durchhalten zu können, wenn bekannt werde, daß es auch im Umkreis der Regierung Experten gebe, die andere finanz- und kreditpolitische Methoden für möglich oder gar für nötig hielten.

---

[80] Zu demselben Ergebnis kommen: Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933, Göttingen 1981, S. 116; Peter-Christian Witt, Die Auswirkungen der Inflation auf die Finanzpolitik des Deutschen Reichs 1924–1936, in: Feldman, Nachwirkungen (Anm. 34), S. 43–94, speziell S. 47.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitergewerkschaften für aktive Konjunkturpolitik: Woytinsky und Erkelenz

Der Hinweis auf die Gewerkschaften zeigt, bei welcher Bevölkerungsgruppe vor allem Rückhalt für eine aktive Konjunkturpolitik zu erwarten war, nämlich bei den Arbeitnehmern. Über den WTB-Plan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der größten, 1930 4,8 Millionen Mitglieder umfassenden Arbeitnehmerorganisation Deutschlands, ist schon so oft berichtet worden, daß an ihn nur erinnert werden muß[81]. Die Konzeption stammte im wesentlichen vom Leiter des Statistischen Büros des ADGB, Wladimir Woytinsky, der seit dem Sommer 1931 bei dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, und später bei dem sozialdemokratischen Agrarexperten Fritz Baade energische Unterstützung gefunden hatte; die Initialen der drei gaben dem Plan den Namen. Woytinsky hatte seine Vorschläge seit dem Winter 1930/31 in Auseinandersetzung mit dem einschlägigen internationalen Schrifttum, vor allem den Publikationen von Keynes, entwickelt und sie nach dem Ausbruch der Kreditkrise im Juni 1931 in einem großen Artikel veröffentlicht[82]. In Anlehnung an Keynes erläuterte er eingehend die fatalen Folgen der Deflation für alle Schuldner, insbesondere auch den Reparationsschuldner Deutschland, und plädierte für internationale Maßnahmen zur Anhebung der Preise auf das Niveau von 1928/29, für Kreditschöpfung und staatliche Arbeitsbeschaffung. Mit Rücksicht auf den Devisenmangel Deutschlands hielt Woytinsky – genau wie Hahn und andere Befürworter einer Antideflationspolitik – zunächst nur ein internationales Vorgehen für möglich, das außerdem auch dem generellen Streben der Sozialdemokratie nach Völkerverständigung und -zusammenarbeit entsprach. Erst im Winter 1931/32, als Deutschland vor unerwünschten Devisenabflüssen geschützt war, rang er sich durch, notfalls auch einen Alleingang zu akzeptieren, wenn die geforderte internationale Aktion nicht zu erreichen war. Obwohl das Unverständnis und die Widerstände in den Einzelgewerkschaften, in den regionalen und lokalen Verbänden anfangs groß waren[83], gelang es Woytinsky und seinen Mitstreitern, allmählich soviel Unterstützung für ihren Plan zu gewinnen, daß er beim außerordentlichen „Krisenkongreß" des ADGB im April 1932 als offizielles Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen wurde.

---

[81] Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Bonn-Bad Godesberg 1975. Winkler, Katastrophe (Anm. 74), S. 495–505, S. 538–541. Die negative Darstellung bei James, Weltwirtschaftskrise (Anm. 53), S. 237–241, ist unhaltbar: „Und in ihrer Ratlosigkeit darüber, wie das Problem der Priorität von Lohn- oder Preissenkungen am besten anzupacken sei, zogen sich die Gewerkschaften 1931/32 schließlich auf Vorschläge zurück, die nicht deshalb gemacht wurden, weil sie praktikabel erschienen, sondern weil man auf diese Weise den praktischen Problemen ausweichen wollte." (241).

[82] Wladimir Woytinsky, Aktive Weltwirtschaftspolitik, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 413–440.

[83] Wolfgang Zollitsch, Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffung, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 87–115; Ursula Büttner, Die politische Haltung der Hamburger freien Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Arno Herzig/Dieter Langewiesche und Arnold Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 517–528.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu einer gleichen Analyse der Krisenursachen und zu ähnlicher Kritik an der herrschenden Finanz-, Geld- und Kreditpolitik wie Woytinsky gelangte im Sommer 1931 auch der Spitzenfunktionär der liberalen Gewerkvereine, Anton Erkelenz. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der 1930 aus Protest gegen deren Umbildung zur Deutschen Staatspartei aus ihr ausgetreten und zur SPD übergewechselt war, hatte seit Beginn der Ära Brüning in der ihm zugänglichen Presse einen hartnäckigen Kampf gegen die Lohnsenkungspropaganda der Unternehmer geführt. Unter Betonung der Kaufkraftfunktion des Lohnes hatte er in diesen Artikeln dargelegt, wie die Verminderung des Arbeitnehmereinkommens die Wirtschaftskrise verschärfte und wie die deutschen Unternehmer, da sie nur die Kostensituation ihres Einzelbetriebs, nicht aber die Entwicklung der Gesamtwirtschaft im Auge hatten, sich ihren eigenen Untergang bereiteten[84]. Durch die Rezeption der Darstellungen englischer, amerikanischer und schwedischer Wissenschaftler, an erster Stelle wiederum der Publikationen von Keynes, über die Bedeutung der Deflation für den Niedergang der Weltwirtschaft gewann Erkelenz die Möglichkeit, seinen Kampf für stabile Löhne in ein umfassendes theoretisches Konzept einzuordnen und zu zeigen, daß er nicht allein dem Gruppenegoismus einer Klasse entsprang, sondern den Interessen der Gesamtbevölkerung diente.

Im Mai 1931 begann Erkelenz „die Propaganda gegen die Deflation"[85]. Artikel zu diesem Thema erschienen in der „Sozialen Praxis" des Vereins für Sozialpolitik, in der liberalen „Hilfe", im „Vorwärts" und in anderen sozialdemokratischen Tageszeitungen, in den Blättern der Gewerkvereine, in Zeitschriften von Beamtenverbänden und im „Reichsbanner", dem Organ der republikanischen Schutzorganisation[86]. Nicht alle Zeitungsredaktionen waren allerdings bereit, Erkelenz Raum für seine Aufklärungskampagne zu geben[87]. Andere verkannten die Aktualität der Artikel

---

[84] Z. B. Anton Erkelenz, Wirtschaftskrisen, in: Düsseldorfer Stadt-Anzeiger, 13.7. 1930; Wie ist anzukurbeln?, in: 8-Uhr-Abendblatt (Berlin), 8.9. 1930; Der Lohnabbau ein Irrtum, in: Der Österreichische Volkswirt, 1.11. 1930; Der Irrtum der Lohnsenkung, in: Wirtschaftsdienst, 30.1. 1931, S. 176–179; Steigerung der Arbeitslosigkeit durch Lohnabbau, in: Soziale Praxis, 5.3. 1931, S. 293–300; Ein neues Gespenst – Lohnsenkung in der Wirtschaftskrise, in: Das Reichsbanner, 14.3. 1931; Die Flucht in die Reaktion – Konsumentenmord „das Allheilmittel", in: Vorwärts, 13.5. 1931.

[85] Erkelenz an Ernst Lemmer, 31.5. 1931, BAK: Nachlaß Erkelenz 60.

[86] Anton Erkelenz, Wie der Lohnabbau die Krise verschärft!, in: Wirtschaftliche Selbstverwaltung, Juni 1931; Mskr. Deflation führt zur Revolution, in: BAK, Nachlaß Erkelenz 99; Von der Inflation zur Deflation, in: Das Reichsbanner, 5.9. 1931; Der Macmillan-Bericht gegen die Deflation, in: Die Hilfe, 12.9. 1931; Der Ausweg aus der Weltkrise, in: Das Reichsbanner, 10.10. 1931; Stabilität, in: 8-Uhr-Abendblatt (Berlin), 28.10. 1931; Der Weg aus der Krise, in: Hessischer Volksfreund, 4.11. 1931; Wir sparen uns zu Tode, in: Vorwärts, 10.11. 1931; Krise, Lohnpolitik und Deflation, in: Soziale Praxis, 19.11. 1931, S. 1553–1559; „Wen die Götter ...", in: Die Welt am Montag, 14.12. 1931 [besonders wichtig]; Die große Illusion, in: Der Beamtenbund, 12.1. 1932; Arbeitsbeschaffung, ebenda, 8.3. 1932; Wie lange noch Wirtschaftskrise?, ebenda, 20.5. 1932; „Feuergefährliche Pläne", in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 20.2. 1932.

[87] Die „Vossische Zeitung" lehnte ab, weil sie „ihre Leser nicht beunruhigen" wollte, die „Frankfurter Zeitung", weil sie Erkelenz' Argumentation für falsch hielt. Gertrud Bäumer nahm nach dem

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und brachten sie erst nach wochenlanger Verzögerung, wenn gerade Platz war[88]. Auch eine siebzig Seiten starke „Kampfschrift": „Ist Armut eine Tugend?", die Erkelenz im September 1931 fertigstellte, konnte erst nach allerhand Schwierigkeiten im Dezember 1931, jetzt unter dem Titel: „Der Abbauwahn", im liberalen Hans Bott-Verlag erscheinen[89]. Viele Wochen waren über der vergeblichen Suche nach einer Publikationsmöglichkeit verstrichen. Unter anderem hatte der sozialdemokratische Dietz-Verlag das Manuskript mit der Begründung abgelehnt, daß es nach dem Urteil der Wirtschaftsexperten der SPD, Fritz Naphtali und Rudolf Hilferding, „in entscheidenden Punkten der sozialistischen Analyse der Wirtschaftskrise" bzw. „der bisherigen Auffassung der Partei" nicht entspreche[90]. Die Gewerkvereine und deren Dachorganisation, der „Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände", bekannten sich dagegen zu der Schrift und leisteten bei der Finanzierung und Verteilung Hilfestellung[91].

In seinen Arbeiten beschrieb Erkelenz eingehend die verhängnisvollen Folgen der Deflation für Schuldner, Arbeitnehmer und Beamte, Unternehmer, mittelständische Gewerbetreibende, Haus- und Grundbesitzer und Agrarier. Er wies nach, daß sie die Interessen von 95% der deutschen Bevölkerung in unerträglicher Weise verletze. Mit Keynes war Erkelenz der Überzeugung, daß eine schwere Deflation „das ganze politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Gefüge" von Grund auf erschüttere[92] und zur Revolution führe. Wie Woytinsky forderte er die internationale Zusammenarbeit der Staaten und Notenbanken zur Stabilisierung und Wiederanhebung des Geldwerts auf die Höhe von 1928/29 und von der deutschen Regierung eine diesem Ziel dienliche, auf Verständigung und Ausgleich, insbesondere mit Frankreich, gerichtete Außenpolitik. Bezüglich der Möglichkeiten für interne Kreditschöpfung blieb Erkelenz skeptisch, auch den WTB-Plan unterstützte er deshalb nur zurückhaltend. Aber die engen Grenzen, die der deutschen Regierung in dieser Hinsicht gesetzt waren, durften nach seiner Auffassung keine Entschuldigung für Untätigkeit oder gar in die falsche Richtung führende Aktivitäten sein. Die Alterna-

---

Erscheinen der Schrift „Der Abbauwahn" (Anm. 89) keine weiteren Artikel gegen die Deflationspolitik für die „Hilfe" an, weil ihr die Kritik an der Regierung als ungerechtfertigt hart erschien. (Erkelenz an Julius Elbau, 5.10. 1931; an Frankfurter Zeitung, 29.8. 1931; Schriftwechsel Erkelenz – Bäumer 2., 20.10., 21.12., 28.12.1931, alle Dokumente in: BAK, Nachlaß Erkelenz 62 und 127).

88 Ein im Mai 1931 diktierter Aufsatz wurde Ende August von der Vorwärts-Redaktion zurückgegeben, weil der Wirtschaftsteil „durch aktuellste Dinge allzu sehr beschlagnahmt" war. Ein Ende September 1931 übersandtes neues Manuskript wurde schließlich am 29. November 1931 veröffentlicht (Schriftwechsel Erkelenz – Vorwärts 29.8., 5.9. und 29.9.1931 mit Mskr.: „Das Einmaleins der Einschrumpfung", BAK: Nachlaß Erkelenz 61, 99 und 100). Ein anderer Artikel lag im Dezember 1931 bereits mehr als zwei Monate lang unveröffentlicht in der „Hilfe"-Redaktion (Erkelenz an Gertrud Bäumer, 19.12.1931, ebenda, Nr. 62).

89 Anton Erkelenz, Der Abbauwahn. Gegen Deflation, gegen Inflation, für Stabilität, Berlin 1932.

90 Fritz Naphtali an Adolf Schulz, Dietz-Verlag, 23.9. 1931; Schulz an Erkelenz, 10.10. 1931, BAK: Nachlaß Erkelenz 61 und 62.

91 Gewerkschaftsring an Erkelenz, 16.11. 1931, ebenda, Nr. 62.

92 Erkelenz, Abbauwahn (Anm. 89), S. 5.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tive zu der von Brüning und Luther betriebenen Politik war nicht allein die Überwindung der Wirtschaftskrise, so betonte Erkelenz immer wieder mit Nachdruck, sondern davor der Verzicht auf alle Maßnahmen, durch die die Deflation in Deutschland „künstlich" verstärkt wurde.

Darüber hinaus hatte die Regierung nach Erkelenz die Möglichkeit und die Pflicht, den Deflationsprozeß durch eine vernünftige Finanzpolitik zumindest zu verlangsamen und abzuschwächen und dadurch auch die politischen und gesellschaftlichen Folgen der raschen Geldwertveränderung zu mildern. Unermüdlich versuchte er, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, wie das krampfhafte Bemühen um den Etatausgleich zu immer neuen Abbaumaßnahmen führte, deren Auswirkungen nur noch größere Haushaltsdefizite entstehen ließen. In einem Privatbrief schrieb er darüber bitter: „Da es in Deutschland aber wenig Menschen gibt, die von Währungsfragen überhaupt etwas verstehen, so machen wir den Deflationsprozeß mit Begeisterung, man kann auch sagen, mit Berserkerwut. Wir bilden uns ein, dadurch unsere Schwierigkeiten zu vermindern, haben aber nicht erkannt, daß wir sie auf diesem Weg so stark erhöhen und verschärfen, daß es vielleicht überhaupt zunächst keine Lösung gibt; ... daß das größte Schuldnerland der Erde, Deutschland, die Deflation noch hinaustreibt über das, was unbedingt notwendig ist, das ist eine ganz speziell deutsche Katastrophe."[93]

Als Katastrophe empfand Erkelenz die Deflationspolitik insbesondere, weil er die politischen Konsequenzen klarer als viele andere voraussah. In einem Brief an den Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Otto Hörsing, sprach er am 14. Oktober 1931 von einem „Weg der Kurzsichtigkeit, der zum politischen Umsturz führt"[94]. Dem preußischen Innenminister, Carl Severing, empfahl er seine Schrift „Der Abbauwahn", weil sie für „die einzige andere Politik" werbe, die „dem verhängnisvollen Kurs Brüning" entgegengesetzt werden könne. „Sie können als Leiter der preußischen Polizei, auch wenn Sie eine ganze Million Polizisten zur Verfügung hätten, nicht soviel Unglück verhindern, wie durch diese Politik Brüning angerichtet wird. Der wahre Treiber der Revolution ist nämlich die Abbaupolitik der Regierung. Wir könnten auf die ganze Hitler-Bewegung pfeifen, wenn wir in der Lage und gewillt wären, den stabilen Geldwert herzustellen, der jetzt nicht vorhanden ist."[95] Auch gegenüber der Reichsregierung hielt Erkelenz mit seiner Kritik nicht zurück. An Reichsarbeitsminister Stegerwald schrieb er: „Entschlußkraft, die falsch angewandt wird, kann unter Umständen auch gefährlich sein. Die jetzige Politik der Reichsregierung wirkt nur zugunsten von Hitler. Sie haben mit den übrigen Kabinettsmitgliedern die Absicht, die Verfassung und die Republik zu retten. Daran zweifle ich nicht. Sie haben den Willen, von der Sozialpolitik soviel zu retten, wie möglich ist. In Wirklichkeit erreichen Sie von allem das Gegenteil, weil Sie in

[93] Erkelenz an den deutschen Generalkonsul in New York, Otto Karl Kiep, 29.8.1931, BAK: Nachlaß Erkelenz 127.

[94] Ebenda, Nr. 62.

[95] Erkelenz an Severing, 5.12.1931, ebenda, Nr. 62.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem währungspolitischen Zirkel sich bewegen, der nie erlaubt, das Ziel zu erreichen, und der das Gerechtigkeitsgefühl von 95 v. H. der Bevölkerung aufs schwerste verletzt. Selbst das alles würde man noch ertragen, wenn diese Politik helfen könnte. Sie führt uns aber immer tiefer ins Unglück hinein."[96]

Unternehmern, die den Sparkurs der Reichsregierung begrüßten, hielt Erkelenz entgegen: „Ein kapitalistisches System, das nur Armut predigt, das nur Entsagung verlangt, das nur von Einschränkung der Lebenshaltung spricht, hat jeden Sinn verloren"; denn technisch sei die Menschheit soweit, daß sie die größten Ansprüche befriedigen könne. „Ein solcher sinnloser Kapitalismus gräbt sich aber auch sein eigenes Grab."[97] Sogar die spätere Rechtfertigung, daß die Deflationspolitik zur Befreiung des deutschen Volkes von der Reparationslast notwendig gewesen sei, ahnte Erkelenz voraus und widerlegte sie: „Das würde wirklich bedeuten, Selbstmord zu verüben aus Furcht vor dem Tode. Denn bei dieser Deflationspolitik geht unvergleichlich viel mehr verloren, als wir in zwanzig Jahren an Reparationen bezahlen werden."[98]

Wie diese Ausführungen zeigen, wurden alle Einwände, die Historiker später gegen Brünings Politik geltend machten, auch schon von Zeitgenossen erhoben. Die Kritik entspringt nicht allein nachträglicher Einsicht, sondern bereits damals gab es für Menschen, die die Zusammenhänge der Deflation erfaßten und ein Gespür für politische Stimmungen und Reaktionen besaßen, keinen Zweifel an den umstürzenden Folgen der Brüningschen Finanzpolitik. Für seine Forderung nach Aufgabe dieser verhängnisvollen Strategie fand Erkelenz bei der liberalen Arbeitnehmerbewegung (mit rund 200000 Mitgliedern Ende 1930) und bei großen Beamtenverbänden Unterstützung. Seine Bemühungen, auch im ADGB Einfluß zu gewinnen und ihn zu offensiverem Vorgehen zu bewegen[99], scheiterten dagegen – trotz der völligen Übereinstimmung seiner Krisenanalyse mit Woytinskys Programm – am Abgrenzungsbedürfnis der miteinander konkurrierenden Richtungsgewerkschaften.

Angestellten- und Beamtenverbände gegen die Deflationspolitik

Auch eine der größten Angestelltenorganisationen, der liberale Gesamtverband der Angestellten (GDA, 335000 Mitglieder), beschloß im Herbst 1931, gezielte Maßnahmen zur Überwindung der Deflationskrise zu verlangen[100]. Nachdem er die

[96] Erkelenz an Stegerwald, 7. 12. 1931, ebenda, Nr. 62.

[97] Erkelenz an Otto Debatin (Fa. Robert Bosch), 22. 3. 1931, ebenda, Nr. 60.

[98] Erkelenz an Paul Stotten, Redakteur beim Hannoverschen Kurier, 12. 12. 1931, ebenda, Nr. 62.

[99] Erkelenz an Theodor Leipart, 25. 8. 1931; an Fritz Tarnow, 3. 9. 1931, ebenda, Nr. 61; an Emil Lederer, 29. 8. 1931, ebenda, Nr. 127; an Leipart, 7. 12. 1931; an Lothar Erdmann, 28. 12. 1931, ebenda, Nr. 62.

[100] Genauer dazu: Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 303–309; Heinz-Jürgen Priamus, Angestellte und Demokratie, Stuttgart 1979, der den GDA allerdings zu sehr in die Nähe der „nationalen" Parteien und Verbände rückt.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Sparhysterie"[101] des Kabinetts Brüning und die einseitige Belastung der Arbeitnehmer, Erwerbslosen, Rentner und Kranken seit anderthalb Jahren mit wachsender Schärfe kritisiert hatte, griff er nun die Argumentation von Keynes und anderen angelsächsischen Wirtschaftsfachleuten auf, um für eine aktive Konjunkturpolitik mittels Kreditausweitung zu plädieren. Diese Neuorientierung war entscheidend durch die Veröffentlichung des Macmillan-Berichts im Juni 1931 veranlaßt, dessen Forderung nach internationaler Bekämpfung der Deflation als der Hauptursache der Wirtschaftskrise auch Woytinsky, Erkelenz und andere Befürworter einer neuen Finanz- und Geldpolitik in Deutschland stark beeindruckt hatte.

Im September 1931 nahm erstmals ein GDA-Mitarbeiter, Alexander Vogel, in einer wirtschaftspolitischen Spezialzeitschrift des Verbandes positiv zu den Plänen Stellung, den Preisverfall durch vermehrte Ausgabe von Zahlungsmitteln zu stoppen. Eine Gefährdung der Währung, so führte er unter anderem aus, sei bei planvollem und gesetzlich geregeltem Vorgehen nicht zu befürchten[102]. Anfang Oktober 1931 bekannte sich dann die Verbandsführung selbst zu diesen Vorschlägen. In einem Leitartikel im zentralen Mitgliederorgan, „GDA", erklärte der Vorsitzende, der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Staatspartei Gustav Schneider, Kreditausweitung und staatliche Kontrolle der Wirtschaftsmächte zum „Gebot der Stunde". „Mit neuen Mitteln, aber nach einem festen Plane und mit starker Führung durch den Staat ist die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen", so lautete seine Schlußbilanz[103]. Sein Stellvertreter, Max Rößiger, drängte immer von neuem: Es gebe genügend Reserven, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen: „reichliche, moderne Produktionsanlagen, noch reichlichere Arbeitskräfte, einen riesengroßen Bedarf an Gütern aller Art und eine Volksmasse von unerhörter Leistungsfähigkeit". Was fehle, sei allein der Wille, die möglichen „Abwehrmittel" gegen die Krise systematisch einzusetzen. Auch die innenpolitischen Konsequenzen des scheinbar programmlosen Fiskalismus der Regierung Brüning kennzeichnete Rößiger sehr klar: Sie müsse sich sagen, „daß jede neue Notverordnung, die nur eine neue Notmaßnahme an die andere fügt, die Kluft zwischen ihr und der Volksmasse immer weiter reißt. Es herrscht eine unheimlich resigniert-zornige Stimmung."[104]

Die Experten der liberalen Gewerkschaften hatten es leichter als ihre sozialistischen Kollegen, die Forderung nach staatlicher Aktivität zur Milderung oder Überwindung der Wirtschaftsdepression in ihren Organisationen durchzusetzen. Sie mußten nicht gegen die Anschauung kämpfen, daß sich die Krisen im Kapitalismus nach unbeeinflußbaren ökonomischen Gesetzen entwickelten und nur durch die Überwindung dieses Wirtschaftssystems beseitigt werden könnten. Sie brauchten deshalb auch nicht den Vorwurf zu fürchten, daß sie mit ihren Vorschlägen zur

[101] Max Rößiger, Gestaltung oder Wirrwarr?, in: Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Juli/August 1931, S. 390.
[102] Alexander Vogel, Geld und Krise, in: Materialblätter (Anm. 101), Sept. 1931, S. 458–465.
[103] Gustav Schneider, Das Gefüge der Weltwirtschaft schwankt, in: GDA, 1. 10. 1931, S. 181–182.
[104] Max Rößiger, Schluß mit dem Zaudern, in: GDA, 1. 9. 1931, S. 165–167.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Restabilisierung des Kapitalismus beitragen wollten. Nach liberaler Auffassung waren Wirtschaftskrisen das Resultat menschlicher Fehlentscheidungen und mit Hilfe der menschlichen Vernunft zu beenden.

Die gleiche grundsätzliche Einstellung führte dazu, daß auch der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV), mit rund 400000 Mitgliedern die größte Angestelltengewerkschaft in Deutschland, schon ungewöhnlich früh, nämlich im Sommer 1930, unter Berufung auf Keynes die Aufgabe der Deflationspolitik verlangte. Charakteristisch für den DHV war die Kombination einer aggressiven völkisch-nationalistischen und antidemokratischen Ideologie mit fortschrittlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen[105]. So war seine Haltung zur Regierung Brüning zwiespältig: Er begrüßte ihre Bemühungen um die Streichung der Reparationen, ihre Bestrebungen zur Entmachtung der Parlamente und der Parteien, ihr Vorgehen gegen die Selbständigkeit der Länder und Gemeinden, lehnte ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs aber entschieden ab. Dabei verwiesen die DHV-Funktionäre nicht nur auf die Schwächung der Massenkaufkraft im Innern, sondern legten auch eingehend die Zusammenhänge und Nachteile der Deflation dar[106]. Insbesondere arbeiteten sie heraus, wie die durch den Lohn- und Preisdruck erzwungene Steigerung des Geldwerts die Schuldenlast erschwere und für das hochverschuldete Deutschland selbstzerstörerisch sei. „Alles Gerede vom Preisabbau verschärft die Krise nur und schädigt uns alle, denn bei rückläufigen Preisen gibt's keinen Konjunkturaufschwung", so hieß es im Oktober 1930 apodiktisch in der Verbandszeitschrift[107].

Auch über die gefährliche revolutionierende Wirkung der Deflation, die Besitzer von Geldkapitalien zu Lasten aller anderen Bevölkerungsgruppen immer reicher mache, waren sich die Wirtschaftsexperten des DHV im Anschluß an Keynes im klaren[108]. In der Passivität und Ratlosigkeit der leitenden Politiker und Wirtschaftsmanager erkannten sie deshalb schon vor dem spektakulären Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 einen Hauptgrund für die politische Radikalisierung: „Warum tut ihr nichts gegen eine solche Weltkatastrophe?", das sei die alles beherrschende Frage an Politiker und „Wirtschaftsführer", und diese wüßten keine Antwort; denn obwohl es seit einem Jahrhundert kapitalistischer Wirtschaft immer wieder Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit gebe, sei die Politik „der Krisenbekämpfung noch nicht einmal über den Embryozustand hinausgekommen. Fast unvorbereitet werden die Volkswirtschaften der seelisch gefährlichsten Wirtschaftskrankheit ausgeliefert, die es gibt, der Hungersnot im Überfluß. ... [Sie] ist eine Anklage gegen die menschliche Vernunft. So kann es nicht bleiben."[109]

---

[105] Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Frankfurt a. M. 1967.

[106] Z. B. Joseph Jahn, Der Irrweg, in: Deutsche Handelswacht (DHW), 10. 10. 1930, S. 370; Edmund Kleinschmitt, Das große Raten – die erlösende Tat, in: DHW, 25. 8. 1930, S. 313; ders., Umwertung des Geldes droht, in: DHW, 10. 5. 1931, S. 169.

[107] Max Hegewald, Zweierlei Maß, in: DHW, 25. 10. 1930, S. 394.

[108] Kleinschmitt, Umwertung (Anm. 106), S. 169.

[109] Kleinschmitt, Raten (Anm. 106), S. 313.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um Brüning im Hinblick auf die vielen gemeinsamen Ziele keine Schwierigkeiten zu bereiten, gab die DHV-Führung ihre wirtschaftspolitische Opposition seit dem Herbst 1930 zeitweilig auf. Aber noch vor dem Ende der Regierung Brüning mußte sie im Mai 1932 zu ihrem Kampf gegen die Deflationspolitik zurückkehren[110]. Der Versuch, den Zentrumskanzler um jeden Preis zu stützen, während viele Mitglieder des DHV bereits im Lager der NSDAP standen, drohte den Verband zu zerreißen[111]. Aufbauend auf den seit langem entwickelten Vorstellungen, unterbreitete der DHV dann Anfang Dezember 1932 dem neuen Reichskanzler Schleicher ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, in dem er die Finanzierung öffentlicher Aufträge durch Kreditschöpfung forderte[112].

In der Ablehnung der rücksichtslosen Sparpolitik stimmten die Verbände der Beamten, die dem „Abbauwahn" der Regierung am unmittelbarsten ausgesetzt waren, mit den übrigen Arbeitnehmerorganisationen überein. Zwar zeigten sie keine so klare Einsicht in die Zusammenhänge der Deflationskrise, wie sie die Experten des ADGB, der Gewerkvereine und der behandelten Angestelltenverbände bewiesen. Aber auch sie betonten, wie sehr die wiederholten Gehalts- und Pensionskürzungen zusammen mit den übrigen Sparmaßnahmen die Wirtschaftskrise verschärften, ohne dem Ziel des Etatausgleichs näher zu führen. In den daher sinnlosen Opfern, die den Staatsbediensteten abverlangt wurden, sahen ihre Organisationen wie auch die Beamtenvertreter in den verschiedenen Regierungsparteien die Hauptursache für den Erfolg der NSDAP in den Behörden[113]. In einem „Zeitprogramm" von Anfang September 1931 forderte der Deutsche Beamtenbund (ca. eine Million Mitglieder) die Reichsregierung auf, Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß im Verlauf der Weltwirtschaftskrise immer mehr Menschen, auch Wirtschaftswissenschaftler und sogar einige Unternehmer, zu der Überzeugung gelangt seien, „die Außerordentlichkeit der zu bekämpfenden Übelstände" erfordere „außerordentliche Abhilfsmittel". Eine „planmäßige aktive Wirtschaftspolitik", der Einsatz „direkter staatlicher Mittel zur Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens" seien dringend geboten[114]. In der Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes und Organen anderer Beamtenverbände erhielt Erkelenz, wie erwähnt, im Frühjahr 1932 Raum für seinen Kampf gegen die Deflationspolitik.

Auch wenn nicht alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände *positive* Vorschläge für eine aktive Konjunkturpolitik vorlegten, waren sie sich ohne Ausnahme bewußt, daß nur die Abkehr von der Deflationspolitik den staatlichen Druck auf

[110] Edmund Kleinschmitt, Es ist genug, in: DHW, 15.5.1932, S.114–115.

[111] Genauer dazu: Büttner, Staatskrise (Anm.7), S.320–325; zur Wirtschaftspolitik: ebenda, S.312–317.

[112] Arbeitsbeschaffung und Kreditausweitung [Auszug aus der Eingabe des DHV an die Regierung Schleicher vom 5.12.1932], in: DHW, 10.12.1932, S.307–308.

[113] Zahlreiche entsprechende Eingaben u.a. im Staatsarchiv Hamburg: Senat, Personalamt I, 1930 Ja 48 und 49; 1931 Ja 15 und 19b 1; vgl. Büttner, Staatskrise (Anm.7), S.384–392.

[114] Deutscher Beamtenbund, Die deutsche Beamtenschaft zur Wirtschaftslage, 2.9.1931, in: Staatsarchiv Hamburg: Senat, Personalamt I, 1931 Ja 18.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Löhne, Gehälter und Sozialleistungen beenden würde. Bei ihnen gab es deshalb Rückhalt für die Forderung nach einem finanz- und wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Einige bedeutende Verbände entwickelten darüber hinaus erfolgversprechende Programme für eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Die übereinstimmenden Konzeptionen für die Beendigung der Deflation und die Milderung der Beschäftigungskrise mit Hilfe kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen boten einen *konkreten* Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungsgewerkschaften vom ADGB bis zum DHV. Ja, die punktuelle Gemeinsamkeit reichte darüber hinaus bis zum Straßer-Flügel der NSDAP, der bekanntlich ein ähnliches Arbeitsbeschaffungsprogramm – unter ausdrücklicher Berufung auf den WTB-Plan – seit Mai 1932 propagierte[115]. DHV-Funktionäre spielten in dieser Arbeitnehmergruppierung der NSDAP eine wichtige Rolle. Eine breite, von den sozialdemokratischen bis zu den politisch rechts eingestellten Arbeitnehmern reichende „Gewerkschaftsachse" wurde sichtbar. Wenn Reichskanzler Schleicher plante, den fehlenden parlamentarischen Rückhalt seiner Regierung durch die Unterstützung dieser „Querfront" zu ersetzen, so mögen ständestaatliche Ideen und korporative Bestrebungen dabei eine Rolle gespielt haben. Wichtiger war aber die *reale* Grundlage für solche Intentionen: das gemeinsame Interesse aller Lohn- und Gehaltsempfänger an Maßnahmen gegen die Deflation und die Arbeitslosigkeit[116].

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der Unternehmer: zwischen Sparpropaganda und Deflationsbekämpfung

Unternehmer hatten Brünings „Sanierungspolitik" anfangs fast allgemein begrüßt, ihre Verbände seinen Bemühungen um Ausgabenabbau und Etatbalancierung Beifall gespendet. Die rigorosen Einsparungen in der Verwaltung, die Beschränkung der Parlamentsrechte in Reich, Ländern und Gemeinden, die Lohn- und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und die Eingriffe der Reichsregierung zur Reduzierung der Lohnkosten in der Privatwirtschaft entsprachen ihren seit vielen Jahren erhobenen Forderungen[117]. Auch das Bestreben, daß Deutschland durch die forcierte Deflationspolitik als erstes Land das Krisentief erreichen und sich durch äußerste Einschränkung der Lebenshaltung seiner Bevölkerung einen Vorsprung für

[115] Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 37–39; Kroll, Weltwirtschaftskrise (Anm. 29), S. 426–435.

[116] Heinrich Muth, Schleicher und die Gewerkschaften 1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 189–215, speziell S. 209–212; Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm (Anm. 81), S. 150–157; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik. Frankfurt/New York 1981.

[117] Michael Grübler, Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning, Düsseldorf 1982; Politik und Wirtschaft (Anm. 20); Bernd Weisbrod, Die Befreiung von den „Tariffesseln", in: GG 11 (1985), S. 295–325, insbes. S. 317, S. 324.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sichern sollte, stand nach ihrer Überzeugung im Einklang mit ihren Interessen[118].

Nach den Kapitalabzügen und der Kreditkrise des Sommers 1931 entstanden jedoch auch in diesen Kreisen zunehmend Zweifel an der Finanzpolitik der Regierung. Viele einzelne Persönlichkeiten begannen, sich für einen Kurswechsel einzusetzen. Hahn und Warmbold wurden in diesem Zusammenhang bereits genannt. Einige andere prominente Beispiele seien wenigstens erwähnt: Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Paul Silverberg, und das IG-Farben-Vorstandsmitglied Hermann Schmitz rieten der Regierung Ende Juli/Anfang August 1931, durch innere Kreditschöpfung den Geldumlauf in Deutschland zu vermehren[119]. Silverberg entwickelte darüber hinaus einen detaillierten Plan, durch Umschuldung der Gemeinden Raum für eine Kreditausweitung um zwei Milliarden RM zu gewinnen. Im November 1931 legte er im Wirtschaftsbeirat, durch dessen Einberufung sich Brüning wieder mehr Rückhalt bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen hatte verschaffen wollen, einen weiteren genau ausgearbeiteten Vorschlag für eine Kreditschöpfung von ein bis zwei Milliarden RM vor. In den folgenden Monaten bemühte sich Silverberg unbeirrt, aber vergeblich, den Widerstand Brünings und Luthers zu brechen, die ihrerseits das Bekanntwerden seiner Ideen mit allen Mitteln zu verhindern trachteten.

Der Bankier Bernhard Dernburg, der 1919 einige Monate lang selber Reichsfinanzminister gewesen war, plädierte bei den Konsultationsgesprächen mit der Regierung von Ende Juli 1931 für eine „dosierte Inflation" im internationalen Rahmen, also eine bewußte Reflationierungspolitik, wie sie im Macmillan-Bericht vorgeschlagen worden war. „Die Preise müßten in der Welt erhöht werden, es wäre in gewissem Sinne eine Inflation. Wenn aber mehr Geld für die Waren in der Welt angelegt würde, dann würde der Auftrieb kommen; anders gebe es keine Hilfe."[120]

Sein Hamburger Berufskollege, Max M. Warburg, Generalratsmitglied der Reichsbank und stellvertretender Vorsitzender des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, entwickelte etwa gleichzeitig ein Konzept, um die Zahlungsstockung in Deutschland nach der Bankenkrise ohne fremde Hilfe zu überwinden. Als zeitlich befristete Notmaßnahme schlug er bei einer Beratung der Hamburger Handelskammer im Juli 1931 vor, für den inneren Zahlungsverkehr neue, durch die eingefrorenen kurzfristigen Schuldverschreibungen der Länder und Kommunen gedeckte Noten auszugeben. „Der Einwand der Inflation gegen diesen

[118] So das Geschäftsführende Präsidialmitglied Ludwig Kastl bei einer Vorstandssitzung des RDI am 19.9. 1930, Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 396; der stellv. Vors. Abraham Frowein bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler am 18.9. 1931, ebenda, S. 969–970.

[119] Hierzu und zum Folgenden: Ministerbesprechung unter Beteiligung von Wirtschaftssachverständigen, 3.8. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1506, S. 1509–1510; Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik?, Berlin 1977, S. 171–175; Neebe, Großindustrie (Anm. 80), S. 111–115; Winkler, Katastrophe (Anm. 81), S. 437.

[120] Besprechung der Reichsreg. mit Wirtschaftssachverständigen, 31.7. 1931, AdR Brüning I (Anm. 23), S. 1491. Schäffer-Tagebuch (Anm. 16), 31.7. 1931, Bd. 12, S. 1512–1514.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Plan sei unbegründet", da es sich nur um vorübergehenden, dem Umfang nach begrenzten Ersatz für Steuereingänge und Ersparnisse bzw. Auslandsanleihen handele. Unter den augenblicklichen Bedingungen müsse man viel weniger Angst vor „einer Inflation und etwa auftauchenden inflatorischen Wirkungen" haben als vor einem „Übermaß an Konkursen", das bei weiterer Passivität der Reichsregierung und Reichsbankleitung unvermeidlich sei[121].

Obwohl sein Vorschlag nur bei wenigen, allerdings prominenten Handelskammerkollegen Zustimmung fand, rang Warburg weiter um ein Konzept für eine grundsätzliche Neugestaltung der internationalen Währungspolitik, durch die die Wirtschaft vor den Auswirkungen der Deflation bewahrt werden sollte. Im September 1931 hatte er eine Lösung gefunden, für die er, da sie die Zusammenarbeit der wichtigen Handelsstaaten zur Voraussetzung hatte, die Unterstützung des überall als Autorität auf diesem Gebiet anerkannten John Maynard Keynes zu gewinnen suchte[122]. Warburgs Idee war, die Deckung der Umlaufmittel durch Gold und Devisen allmählich durch kommerzielle Sicherheiten zu ersetzen und den Umfang der Notenausgabe nach der Bewegung der Warenpreise zu richten. Die völlige Lösung der Währungen vom Goldstandard hielt er allerdings solange für unmöglich, als der Weltfriede nicht gesichert war. Als Nahziel erstrebte er deshalb, eine Weltwährungskonferenz über die Neuverteilung der Goldvorräte entscheiden zu lassen und allen Zentralbanken Beiräte von internationalen Wirtschaftsexperten beizugeben[123]. 1931, als sich die Staaten immer stärker gegeneinander abschlossen und gerade Deutschland im Kampf gegen die übrigen Industrienationen den Ausweg aus der Krise suchte, war auch dieser Gedanke eine Utopie. Er kennzeichnet aber die Bereitschaft, grundlegend neue Methoden zu erproben. Warburg gehörte auch zu jenen, die trotz der offiziellen Gegenpropaganda den Wert des Wagemann-Plans erkannten. Die Reichsbank, so erklärte er im Juni 1932, solle die „wirtschaftlich richtig ausgedachten neuen Pläne" akzeptieren und „ohne große programmatische Erklärungen" den Notenumlauf erhöhen; denn nur „so erhalten wir uns das einzige Aktivum, das wir in Deutschland noch besitzen: unsere Vitalität"[124].

Wagemanns Reformvorschläge, die der Diskussion über Brünings und Luthers Deflationspolitik solchen Auftrieb gaben, fanden auch bei einer Reihe anderer Unternehmer Unterstützung. An der Erarbeitung dieses Konzepts waren u.a. Wirtschaftsfachleute der IG Farben und der Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Heinrich Bachem, beteiligt gewesen[125]. Bachems Engagement ist

[121] Protokoll über die Plenarsitzung am 24.7. 1931, Archiv der Handelskammer Hamburg: 29 A 3/5/12, Bd. 1.

[122] Max M. Warburg an Keynes, 8. 1. 1932, Marshall Library Cambridge: Nachlaß Keynes, CO 6.

[123] Denkschrift vom Sept. 1931, überarbeitete englische Fassung (s. Anm. 122) und deutsche Version dieser revidierten Denkschrift vom 1. 5. 1932, Privatarchiv Warburg: Diverse Korrespondenz M. M. W. 1931.

[124] Entwurf einer Denkschrift „Muß die Reichsbank ihre Creditpolitik ändern?" vom 7. 6. 1932, Privatarchiv Warburg: Diverse Korrespondenz M. M. W. 1932.

[125] Wagemann, Geld- und Kreditreform (Anm. 77), Vorwort.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein weiterer Beweis dafür, wie stark gerade die Arbeitnehmerbewegung an der Aufgabe der Deflationspolitik interessiert war. Für die Propagierung des Wagemann-Plans setzte sich besonders nachdrücklich eine „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditreform" ein, die im November 1931 gegründet worden war, hauptsächlich von dem Lübecker Fabrikanten Heinrich Dräger finanziert und von einer Anzahl anderer Exponenten der mittelständischen Industrie mitgetragen wurde[126]. Die Studiengesellschaft bemühte sich, die Befürworter einer bewußten Antideflationspolitik zu sammeln und durch Vorträge prominenter Wissenschaftler für diese Form der Krisenbekämpfung zu werben. Sofort nach ihrer Gründung lud sie Keynes zu einem Referat in repräsentativem Rahmen in Berlin ein, erhielt allerdings eine Absage, weil Moritz Julius Bonn, ein entschiedener Gegner aller von den „Reformern" vorgeschlagenen Maßnahmen, dem englischen Wissenschaftler auf dessen Anfrage abgeraten hatte, vor diesem Forum zu sprechen[127].

Dräger selbst veröffentlichte im Juni 1932 in der „Nationalsozialistischen Bibliothek" eine Schrift „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung"[128]. In ihr schlug er eine sofortige Kreditschöpfung der Reichsbank von zwei bis drei Milliarden RM vor, von denen ein Betrag von ein bis zwei Milliarden RM für öffentliche Großarbeiten Verwendung finden, der Rest der Privatwirtschaft unmittelbar zugute kommen sollte. Dräger verstand diese erste Kreditschöpfungsaktion als ein Experiment, das er, nachdem sich der Erfolg und die Unschädlichkeit für die Währung erwiesen hätten, noch mehrere Male in erweitertem Umfang wiederholen wollte. Er ging damit weiter als andere Befürworter kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffungsprogramme. Entscheidende Anstöße hatte er nach eigenem Bekunden von Robert Friedlaender-Prechtl und anderen der „Konservativen Revolution" nahestehenden Autoren empfangen. Der NSDAP gehörte er nicht an; in zahlreichen Gesprächen mit deren Wirtschaftsbeauftragten für Norddeutschland, dem ebenfalls in Lübeck ansässigen Überseekaufmann Werner Daitz, war er seit dem Winter 1931/32 jedoch zu der Überzeugung gelangt, daß er allein von den Nationalsozialisten die Verwirklichung seiner wirtschaftspolitischen Bestrebungen erwarten könne. Die Reichstags-

[126] Vgl. den Bericht des ehemaligen Geschäftsführers der Studiengesellschaft: Wilhelm Grotkopp, Krise (Anm. 43), S. 39–51; Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 46–48. Grotkopp, S. 24–26, nennt eine Anzahl weiterer Industrieller und Bankiers, die der von seinem Kreis propagierten „aktiven Konjunkturpolitik" positiv oder zumindest aufgeschlossen gegenüberstanden.

[127] Privatdozent Jens Jessen im Auftrag der Studiengesellschaft an Keynes, 9. 11. 1931; Grotkopp an Keynes 28. 11. 1931; Keynes an Bonn, 10. 12. 1931; Bonn an Keynes, 15. 12. 1931; Keynes an Grotkopp, 18. 12. 1931, alle in: Marshall Library Cambridge: Nachlaß Keynes, PS 5. Keynes' Absage ist also nicht, wie Barkai (Anm. 43), S. 47, vermutet, auf eine Intervention der Reichsbank oder Reichsregierung zurückzuführen. Die Einladung der Studiengesellschaft gab offenbar den Anstoß, daß Erich M. Warburg, den Keynes ebenfalls um Rat gebeten hatte, statt dessen den berühmten Vortrag des englischen Wissenschaftlers vor dem Hamburger Überseeklub am 8. 1. 1932 arrangierte.

[128] Heinrich Dräger, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932 (Nationalsozialistische Bibliothek, H. 41); Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 48–49; Grotkopp, Wirtschaftskrise (Anm. 43), S. 35–36.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rede Gregor Straßers vom 10. Mai 1932 über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP bestärkte ihn in dieser Auffassung, und so entschloß er sich, sein Plädoyer für produktive Kreditschöpfung in der nationalsozialistischen Schriftenreihe zu veröffentlichen.

Wie Dräger fanden auch andere Unternehmer den Weg zur NSDAP, weil sie bei ihr auf Interesse für ihre wirtschaftspolitischen Reformvorschläge stießen. Ein besonders prominentes Beispiel ist der Hamburger Überseekaufmann Carl Vincent Krogmann, der aus diesem Grund im Juli 1931 Verbindung zur NSDAP suchte und dann während der gesamten Zeit des Dritten Reichs Regierender Bürgermeister seiner Heimatstadt war[129]. Der zweite Vorsitzende des Reichsverbands des Deutschen Groß- und Überseehandels (RDGÜ) in Hamburg, das Vorstandsmitglied der DVP Otto A. Ernst, äußerte ebenfalls erstmals Sympathien für den Nationalsozialismus in einem Zeitungsartikel, in dem er sich für die Bekämpfung der Deflation und die Abwertung der Reichsmark in Anlehnung an die englische Währung aussprach[130]. Brünings Befürchtung, daß die Nationalsozialisten aus der Übernahme der Währungsprogramme von Wagemann und anderen Nutzen ziehen würden, bewahrheitete sich nicht nur bei den Wahlen, sondern auch in der Annäherung vieler an einer wirtschaftspolitischen Wende interessierter Unternehmer und Experten an die Hitler-Partei[131].

Für andere war gerade die Sorge vor weiteren Erfolgen der NSDAP der Anlaß, wechselfinanzierte öffentliche Arbeitsbeschaffungsprojekte ins Auge zu fassen. Mit der Notwendigkeit, „der Woge des Radikalismus Halt [zu] gebieten", begründete beispielsweise der Präsident des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Georg Solmssen, im April 1932 einen derartigen Plan[132].

Die Reihe der Beispiele für das Umdenken einzelner Unternehmer ließe sich verlängern. Wichtiger ist, daß auch die wirtschaftlichen Spitzenverbände im Sommer 1931 für die *partielle* Aufgabe der Deflationspolitik plädierten. In gemeinsamen und übereinstimmenden Eingaben drängten der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) Reichsbank und Reichsregierung, die ins Ausland abgeflossenen Gelder durch eine großzügige innere Kreditschöpfung zu ersetzen. Nur durch eine expansivere Geld- und Kreditpolitik seien weitere Firmenzusammenbrüche und eine auch politisch gefährliche Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern[133]. Der DIHT ging im September

[129] Carl Vincent Krogmann, Mein Weg in die Politik, in: Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 11 K 4; vgl. Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 356–357.

[130] Positive Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, Mskr., ca. April 1932, in: Staatsarchiv Hamburg: Finanzdeputation IV, II A 1a XVI A 2; seine wirtschafts- und währungspolitischen Reformvorschläge bereits in Hamburger Nachrichten 17. 1. und 16. 2. 1932.

[131] Vgl. Jochmann, Deflationspolitik (Anm. 29), S. 111–112.

[132] Michael Wolffsohn, Banken, Bankiers und Arbeitsbeschaffung im Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich, in: Bankhistorisches Archiv 3 (1977), S. 54–70, speziell S. 62–64.

[133] Eingabe an den Reichskanzler, 25. 7. 1931, Archiv der Handelskammer Hamburg: 29 K 10/20/1; Frowein bei einer Besprechung mit Brüning, 18. 9. 1931, Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 969; vgl. Neebe, Großindustrie (Anm. 80), S. 112–113; Plumpe, Wirtschaftspolitik (Anm. 35), S. 344; James, Reichsbank (Anm. 15), S. 295.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1931 sogar noch einen Schritt weiter und forderte, die Kreditpolitik nicht nur zum Erhalt der gegenwärtigen geringen Wirtschaftstätigkeit, sondern „mit einer gewissen Kühnheit" auch zur „Belebung der Wirtschaft" einzusetzen[134]. Mit einer „Rückkehr zu den Gepflogenheiten der Inflationszeit" hätten solche Vorschläge nichts zu tun, so betonte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, Ludwig Kastl, gegen Einwände aus der Reichskanzlei[135]. Allerdings sollte die Kreditausweitung nach der Vorstellung der Unternehmerorganisationen ausschließlich der Förderung privater Investitionen dienen, keinesfalls jedoch die Durchführung großer öffentlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme ermöglichen. An der Auffassung, daß der Staat seine Ausgaben weiter drastisch reduzieren müsse, hielten alle Wirtschaftsverbände unbeirrt fest[136].

Diese Halbherzigkeit war bezeichnend für die Spannungen in den Organisationen: Während eine Minderheit von Unternehmern Alternativen durchzusetzen versuchte, beharrte die Mehrheit auf dem traditionellen Standpunkt, daß nur die Kostenentlastung der Wirtschaft helfen könne. Sie warf Brüning vor, den Steuer-, Lohn-, Gehalts- und Sozialleistungsabbau nicht energisch genug zu betreiben, und führte den Mißerfolg dieser Politik, der wegen ihrer prozyklischen Wirkungen unvermeidlich war, auf die mangelnde Härte des Kanzlers zurück. Im RDI gewann diese Gruppe im Lauf des Jahres 1931 so stark an Boden, daß sie die verständigungsbereitere Verbandsführung schließlich zwang, ihre Unterstützung Brünings aufzugeben[137]. Uneingeschränkte Zustimmung zu einer konsequenten Bekämpfung der Deflationskrise nach den von Keynes und seinen deutschen Anhängern vorgeschlagenen Methoden: also durch bewußte Inkaufnahme von Haushaltsdefiziten, innere Kreditschöpfung und staatliche Arbeitsbeschaffungsaufträge, war von den Unternehmerverbänden nicht zu erwarten. Brüning ließ aber auch die Ansatzmöglichkeiten für eine partielle Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ungenutzt, die sich aus der Forderung nach Lockerung der Geld- und Kreditpolitik ergaben – von den weiterreichenden Reformvorschlägen einzelner bedeutender Unternehmer ganz zu schweigen. Dadurch brachte er die gemäßigten und wirtschaftspolitisch fortschrittlicher eingestellten Unternehmerkreise um die Chance, Erfolge ihrer auf Zusammenarbeit mit der Regierung gerichteten Strategie vorzuweisen, während er die Opposition der Reaktionäre ohnehin nicht verhindern konnte.

Als Brüning am 30. Mai 1932 stürzte, weil ihm der Reichspräsident die weitere Unterstützung verweigerte, besaß er nahezu keinen gesellschaftlichen Rückhalt mehr. Die Zustimmung der Unternehmer konnte er nicht bewahren, weil der einge-

---

[134] Denkschrift des DIHT für die Reichsreg., 16. 9. 1931, Archiv der Handelskammer Hamburg: 77/3; vgl. Wolffsohn, Industrie (Anm. 119), S. 215.

[135] Kastl an Staatssekr. Pünder, 14. 8. 1931, BAK: R 43 I/2372.

[136] Wolffsohn, Industrie (Anm. 119), passim; vgl. Niederschrift über Präsidiumssitzung des RDI, 17. 3. 1932, Politik und Wirtschaft (Anm. 20), S. 1335; Aufzeichnung über Sitzung des Beirats f. allgemeine Wirtschaftspolitik des RDI, 24. 3. 1932, ebenda, S. 1361.

[137] Neebe, Großindustrie (Anm. 80), S. 90–116.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlagene Weg falsch war und tiefer in die Krise führte; die mögliche Unterstützung der Arbeitnehmer und Beamten für eine antizyklische Wirtschaftspolitik nahm er nicht in Anspruch, weil er vor der Verwirklichung seiner außen- und verfassungspolitischen Ziele keinen Kurswechsel wollte. Der Wunsch nach aktiver Bekämpfung der Wirtschaftskrise war in der Bevölkerung fast allgemein verbreitet. Große Berufsorganisationen hatten praktikable Vorschläge und Programme dafür entwickelt, bedeutende Wirtschaftswissenschaftler sich inzwischen ebenfalls gegen die Deflationspolitik entschieden. Brüning mußte seine Wirtschaftspolitik nicht betreiben, weil für eine Alternative die gesellschaftliche Basis fehlte, sondern umgekehrt ging, weil er diese Alternative nicht wagte, die Zustimmung breiter sozialer Schichten verloren. So sehr Intrigen bei seiner Entlassung eine Rolle spielten, ist doch festzuhalten, daß das Ende in einem funktionierenden parlamentarischen System wahrscheinlich früher gekommen wäre. Seine Politik verletzte die Interessen zu vieler Bevölkerungsgruppen; das anfangs vorhandene Vertrauen war lange vor dem Mai 1932 vertan.

Lähmung der demokratischen Parteien im Präsidialsystem

Dieser Aussage scheint die Haltung der demokratischen Parteien zu widersprechen, und deshalb ist Knut Borchardt zu seiner abweichenden Einschätzung der möglichen politischen Unterstützung für ein bewußt antideflatorisches Vorgehen der Regierung gelangt.

Die maßgebenden Politiker der SPD hielten geldpolitische Manipulationen für aussichtslose Versuche, die gesetzmäßig ablaufenden Krisen im Kapitalismus zu beeinflussen; sie lehnten währungspolitische Experimente deshalb ab[138]. Die Führung des Zentrums sah ihre Aufgabe ausschließlich darin, Brüning die bedingungslose Gefolgschaft der Partei zu sichern; wirtschaftspolitische Diskussionen unterband sie von vornherein[139]. Die Deutsche Volkspartei bemühte sich, durch

[138] Die entschiedensten Verfechter dieser Auffassung waren Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali, vgl. u.a. ihre Stellungnahmen zu Erkelenz' Schrift „Der Abbauwahn" (Anm. 89, 90); Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 45; Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 283–284; Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929–1933, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 206–225, speziell S. 219–221. – Aufgrund der gleichen sozialistischen Prinzipientreue waren auch die Spitzenfunktionäre und Theoretiker des AfA-Bundes gegen Versuche, mit Hilfe einer neuartigen Geldpolitik eine Konjunkturbelebung innerhalb des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erreichen; vgl. die Stellungnahmen Otto Suhrs gegen „künstliche Kreditexperimente", gegen die Bestrebungen, „den Deflationsprozeß [...] mit inflationistischen Maßnahmen [zu] überwinden". (Weg der Wirtschaft, Wirtschaftspolitische Materialblätter des AfA-Bundes, Dez. 1931, Jan. 1932).

[139] Vgl. z.B. das Loyalitätsbekenntnis des Zentrumsvors. Ludwig Kaas nach dem Erscheinen der umstrittenen Notverordnung vom 14.6.1931: Sie „bedeute eine schwere Belastung für Fraktion und Partei. Sie sei aber zugleich eine Feuerprobe für die politische Disziplin und staatspolitische Einsicht

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachgiebigkeit die Abwanderung des nach rechts drängenden, eine noch radikalere Deflations- und Abbaupolitik verlangenden Unternehmerflügels zu verhindern. Die Forderungen der „christlich-nationalen" Arbeitnehmer in ihren Reihen wurden von den entscheidenden Instanzen ebenso ignoriert, wie es in der Deutschnationalen Volkspartei geschah[140]. Die Vertreter des DHV, der, wie erinnerlich, besonders früh und energisch antideflatorische Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise propagiert hatte, zogen daraus schließlich die Konsequenz und schieden aus den beiden zu Unrecht so genannten „Volksparteien" aus, die ihre Mißachtung der Arbeitnehmerinteressen mit dem Verlust eines Großteils ihrer Mitglieder und Wähler bezahlten.

In der Deutschen Staatspartei gingen die Meinungen über die Wirtschaftspolitik weit auseinander, was auch eine Erklärung für das häufige Schwanken ihres Vorsitzenden, Reichsfinanzminister Hermann Dietrich, sein mag. Sie hatte Anhänger einer rigiden Spar- und Abbaupolitik wie den Herausgeber des „Deutschen Volkswirts", Gustav Stolper, unkritische Gefolgsleute der Regierung und entschiedene Gegner des Brüning-Kurses in ihrer Reichstagsfraktion, darunter die Spitzenfunktionäre des GDA und des liberalen „Gewerkschaftsringes", Gustav Schneider und Ernst Lemmer, aber auch den früheren Parteivorsitzenden Erich Koch-Weser, der die wirtschaftliche Problematik der Deflationspolitik klar erkannte und mit den Bestrebungen der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditreform sympathisierte[141]. Die Bindung an die Regierung verhinderte jedoch, daß über die unterschiedlichen Auffassungen debattiert und eine wirtschaftspolitische Alternative öffentlich vorgetragen wurde.

Die wirtschaftspolitische Unbeweglichkeit der demokratischen Parteien hing wesentlich mit den spezifischen Bedingungen des Präsidialregimes zusammen, das sie von den politischen Entscheidungen weitgehend ausschloß. Sie konnten die in der Gesellschaft vorhandenen Interessen nicht zur Geltung bringen, weshalb die Berufs- und Wirtschaftsverbände in stärkerem Maß durch unmittelbaren Kontakt mit der Regierung und dem Reichspräsidenten politische Funktionen wahrzunehmen versuchten. Für eigenständige Initiativen der an die Regierung gebundenen Parteien gab es keinen Spielraum, so daß auch der Anreiz und die Chance fehlten, durch klärende Diskussionen in den eigenen Reihen neue politische Konzeptionen zu entwickeln. Gerade im Bereich der Finanzpolitik beantwortete Brüning jede Kritik und jeden Alternativvorschlag mit einer Rücktrittsdrohung. Ihn im Amt zu halten und dadurch den Nationalsozialisten den Weg zur Macht zu verstellen, hatte

der Zentrumspartei." Die politischen Entscheidungen müßten dem „Führer" überlassen bleiben. Rudolf Morsey (Hrsg.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969, S. 530, S. 533.

[140] Büttner, Staatskrise (Anm. 7), S. 319–321, S. 406–407, S. 489–490; Hartmut Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik, Frankfurt a. M./Bern/New York 1986, S. 461–465.

[141] Tagebuchvermerk Koch-Wesers vom 14. 1. 1932, BAK: Nachlaß Koch-Weser 40; Grotkopp, Krise (Anm. 43), S. 39, bestätigt durch: Schäffer, Tagebuch (Anm. 16), 29. 1. 1932, Bd. 17, S. 148.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber für die demokratischen Parteien, insbesondere für die SPD, oberste Priorität. Dafür tolerierten die Sozialdemokraten sogar schwere Belastungen ihrer Anhänger- und Wählerschichten. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß sie, das Zentrum oder die Staatspartei ihre Unterstützung der Regierung wegen eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels aufgekündigt hätten, der den Interessen der großen Mehrheit ihrer Anhänger und den Forderungen der mit ihnen verbündeten Arbeitnehmerorganisationen entsprach. Der Anstoß zu einer solchen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik mußte unter den gegebenen Umständen jedoch von der Regierung ausgehen.

Da das Kabinett Brüning und die hinter ihm stehenden Parteien das Verlangen weiter Bevölkerungskreise nach aktiver Bekämpfung der Wirtschaftskrise unerfüllt und die von vielen Seiten vorgelegten konkreten Pläne für eine antizyklische Konjunkturpolitik unbeachtet ließen, erhielt die NSDAP die Gelegenheit, die Vorschläge aufzugreifen und sich als einzige Partei darzustellen, die einen Ausweg aus dem Wirtschaftselend wisse und ihn zu gehen bereit sei[142]. Diese Entwicklung hatten die Demokraten unter den Befürwortern einer grundsätzlich neuen Wirtschaftspolitik verhindern wollen. Sie wußten, wie sehr die Förderung der Deflation den auf Umsturz sinnenden, radikalen Parteien Vorschub leistete, die regierungstreuen Parteien schwächte und bei längerer Dauer den Weimarer „Volksstaat" gefährdete. Insbesondere für Woytinsky, der als Menschewist in der russischen Revolution erlebt hatte, wie das Versagen gegenüber den wirtschaftlichen Problemen zur Niederlage der gemäßigten Kräfte beigetragen hatte, war die politische Zielsetzung bei seinem Bemühen um eine unkonventionelle Krisenstrategie von großer Bedeutung[143]. Ihm wie auch Erkelenz und anderen „linken" Reformern ging es darum, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch ein *positives* Wirtschaftsprogramm in die Lage zu versetzen, von der ihr aufgezwungenen Defensive zur Offensive überzugehen und wieder selbst politisch gestaltend zu wirken[144]. Die Tolerierung Brünings und seiner unsozialen, krisenverschärfenden Wirtschaftspolitik mußte nach der Überzeugung dieser Kritiker der SPD-Taktik dazu führen, daß das „Vertrauen der Volksmassen" zur Sozialdemokratie zerstört und damit die einzige starke Gegenkraft gegen den Nationalsozialismus ausgeschaltet wurde. „Der Mensch auf der Straße sieht nicht das größere Übel, das die Partei oder die Gewerkschaften abgewehrt haben, er fühlt aber das kleinere Übel, mit dem sie sich abfinden mußten."[145]

Den Vorkämpfern einer aktiven Konjunkturpolitik blieb in der Ära Brüning der Erfolg zwar versagt. Trotzdem ist die Tatsache von Bedeutung, daß es nicht der Rechten nahestehende Fachleute und Nationalsozialisten waren, die, befähigt durch

---

[142] Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 55–56; Jochmann, Deflationspolitik (Anm. 29), S. 112; Neebe, Großindustrie (Anm. 80), S. 116.

[143] Wladimir S. Woytinsky, A Stormy Passage, New York 1961, S. 463.

[144] Wladimir Woytinsky, Aktive Wirtschaftspolitik, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 414, S. 440; Anton Erkelenz an Emil Lederer, 29. 8. 1931, BAK: Nachlaß Erkelenz 127; an Vorwärts, 5. 9. 1931, ebenda, Nr. 61; an Gertrud Bäumer, 2. 10. 1931, ebenda, Nr. 62.

[145] Woytinsky, Aktive Wirtschaftspolitik (Anm. 144), S. 414.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Skrupellosigkeit und Verachtung für Recht und Verträge, als erste für kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsprojekte zur Ankurbelung der Wirtschaft eintraten[146]. Vielmehr waren es überwiegend entschiedene Demokraten und Befürworter internationaler Verständigung, die sich seit dem frühen Sommer 1931 um die Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik bemühten. Viele von ihnen waren der sozialdemokratischen oder liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung verbunden, oder sie hatten als Juden bzw. aufgrund ihrer jüdischen Abstammung – so Schäffer, Schwarzschild, Hahn, Silverberg, Warburg, Solmssen, Woytinsky, Neisser, Colm – ein elementares Interesse an der Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats. Das Scheitern ihrer Bestrebungen hatte für die Weimarer Republik und häufig für ihr eigenes Leben verhängnisvolle Auswirkungen. Die meisten von ihnen wurden nach dem Zusammenbruch der Demokratie aus Deutschland vertrieben oder in die innere Emigration gedrängt. Voller Verbitterung mußten sie beobachten, wie die Nationalsozialisten die Methoden der aktiven Konjunkturpolitik für ihre Zwecke, vor allem die Aufrüstung, mißbrauchten. Nicht der demokratische Staat, den sie hatten retten wollen, sondern das Unrechtsregime gewann durch die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Loyalität weiter Bevölkerungskreise.

Diese Entwicklung hatten die politisch erfahrensten unter den Kritikern des Brüning-Kurses vorausgesehen. Nicht der rückschauende Historiker, sondern einer von ihnen – Anton Erkelenz – soll deshalb das letzte Wort haben. In einem Kommentar zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931 schrieb er: „Die Republik und die republikanischen Parteien, die sich alle aufopfern, um Staat und Republik zu erhalten, werden durch die Deflationspolitik der Regierung gezwungen, im Grunde genommen für Hitler zu arbeiten. Es ist auf die Dauer keine Regierung möglich, die 95 v. H. der Bevölkerung gegen sich aufbringt, indem sie ihre tatsächlichen, manchmal auch ihre scheinbaren Interessen aufs schwerste verletzt. ... Die neue Notverordnung bringt für Hitler ebenso gewiß einen gewaltigen neuen Zulauf wie alle vorherigen. Da hilft kein politischer Kampf gegen Hitler. Wer Hitler bekämpfen will, muß den Deflationsprozeß, diese gewaltige Zerstörung von Arbeit, Werten und Kapital, beenden. Der Rechts- und Linksradikalismus von 1923 hatte ausgespielt, als wir 1924 eine stabile Währung hatten. Der Rechts- und Linksradikalismus von 1931 wird erst dann ausgespielt haben, wenn wir wieder eine stabile Währung haben. Es liegt eine Blindheit über Deutschland. Sie ist am größten bei denjenigen, auf denen die meiste Verantwortung ruht, bei der Regierung, bei der deutschen Unternehmerschaft, beim größeren Teil der deutschen Presse. Hoffentlich gilt nicht auch hier das Wort: ‚Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit'."[147]

[146] Diese Ansicht vertreten: Barkai, Wirtschaftssystem (Anm. 43), S. 44, S. 56 und vorsichtiger: Borchardt, Zwangslagen (Anm. 30), S. 171; Winkler, Katastrophe (Anm. 81), S. 577.

[147] Anton Erkelenz, „Wen die Götter ...", in: Die Welt am Montag, 14. 12. 1931.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN E. FARQUHARSON

HILFE FÜR DEN FEIND

Die britische Debatte um Nahrungsmittellieferungen an Deutschland 1944/45

Während einer Unterhausdebatte über Hilfsmaßnahmen für die befreiten Länder Europas am 28. März 1945 traf Clement Attlee die Feststellung: „Wir müssen damit rechnen, daß wir eine große Anzahl Deutscher zu ernähren haben werden."[1] Durch die Einbeziehung des besiegten Feindes in den Kreis der Länder, denen Hilfe zu leisten sein würde, schien der damalige Lord President und Deputy Prime Minister eine bedeutsame Abkehr von der bisherigen Politik zu vollziehen. Doch das stimmt nicht ganz, denn bereits am 20. August 1940 hatte Churchill vor dem Unterhaus die britische Verpflichtung betont, für die notwendigsten Nahrungsmittellieferungen an die deutsche Zivilbevölkerung aufkommen zu müssen. Dabei hatte er Deutsche und Österreicher ganz selbstverständlich zu denen gezählt, die eine solche Hilfe sofort nach der Befreiung erhalten sollten[2]. Da damals die Befreiung Europas nicht eben vor der Tür stand, forderte seine freimütige Bezugnahme auf den Feind aber keine besonderen Kommentare heraus. Nimmt man die Debatte vom 28. März als Indiz, so war diese Aussage 1945 – angesichts der Notlage der Bevölkerung in den alliierten Ländern – vergessen. Lediglich ein Parlamentarier bezog sich überhaupt auf Churchills frühere Rede; bezeichnenderweise erwähnte er die Deutschen nicht. Bei den Unterhausabgeordneten herrschte jetzt ein feindseliger Ton gegenüber dem Kriegsgegner – um so auffälliger waren deshalb Attlees Ausführungen.

Attlees Rede war nur der Schlußpunkt einer langen Debatte, die in Whitehall abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit geführt worden war, nur die Spitze des Eisbergs. Der vorliegende Aufsatz untersucht, wie und weshalb die britischen Minister schließlich – wie zögernd auch immer – wieder dazu gelangten, die deutsche Zivilbevölkerung aus praktischen Erwägungen in ihr Hilfsprogramm einzubeziehen. Die Studie stützt sich hauptsächlich auf Akten des Public Record Office in Kew, insbesondere auf Dokumente des Foreign Office und zweier Kabinettsausschüsse, die mit der Versorgung Nordwesteuropas befaßt waren[3]. Der Aufsatz dokumentiert den all-

[1] Hansard, Bd. 409, 28. März 1945.

[2] Zit. bei F. S. V. Donnison, Civil Affairs and Military Government General Organisation and Planning, London 1966, S. 140.

[3] Mittlerweile existiert eine stattliche Anzahl von Werken, die sich mit der alliierten Planung der Besatzungspolitik in Deutschland befassen, so etwa A. Tyrell, Großbritannien und die Deutschland-

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mählichen Sieg des Pragmatismus über beträchtliche politische Hindernisse, und zwar auf zwei Ebenen: Zum einen ging es um die Sanktionierung einer Unterstützung Deutschlands während der Kämpfe, eine relativ kurzfristige Angelegenheit. Parallel dazu lief eine andere, wichtigere Debatte darüber, ob *nach* der Kapitulation Lieferungen von Hilfsgütern in eine künftige britische Zone erfolgen sollten. Das war offenkundig eine viel umfassendere Verpflichtung. Um diese Vorgänge in den rechten Zusammenhang zu setzen, ist es notwendig, kurz zu skizzieren, wie es überhaupt zu diesen Hilfsmaßnahmen kam und welcher Apparat errichtet wurde, um die Hilfsgüter zu verteilen.

Wie schon in Churchills Rede von 1940 herauskam, würden militärische Operationen in Nordwesteuropa auch Lebensmittellieferungen für die Bevölkerung in den befreiten Ländern erforderlich machen, teils aus humanitären Gründen, aber auch, um „disease and unrest" vorzubeugen, die die militärischen Operationen behindern könnten. Um dieser Gefahr zu begegnen, sollten die einheimischen Vorräte vor Ort so weit aufgestockt werden, daß eine Tagesration von 2000 kcal sichergestellt war[4]. Obwohl es dem War Department in Washington widerstrebte, in das „relief business" einzusteigen, wurde ihm von Roosevelt die Verantwortung dafür übertragen. Also erstellte das Ministerium einen Entwurf – Plan A –, der auf den genannten Kriterien basierte[5]. Die Briten akzeptierten das und richteten unter Oliver Lyttelton einen ministeriellen Ausschuß („Supply Question to Liberated and Conquered Areas") ein. Lytteltons Ernennung zum Vorsitzenden war eine Konsequenz der Entscheidung des War Cabinet, dessen Ministerium, das Ministry of Production, mit der Durchführung dieser Dinge zu betrauen. Somit waren die Hilfsmaßnahmen im Prinzip ausreichend verankert, aber eben nur als Maßnahme für befreite Länder und für die in Deutschland befreiten Displaced Persons. Als Plan A von der britischen Regierung im März 1944 angenommen wurde, waren darin Lebensmittellieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung nicht vorgesehen[6].

Hinter dieser Entscheidung standen zwei Annahmen, die aber, was die Minister zu dem Zeitpunkt nicht ahnten, beide verkehrt waren. Die erste war, daß die Deutschen von ihrer Ernte würden leben können. Da Lebensmittel weltweit knapp

---

planung der Allierten 1941–1945, Frankfurt 1987; L. Kettenacker, Großbritannien und die künftige Kontrolle Deutschlands, in: J. Foschepoth, R. Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 27 ff.; ders., Die angloamerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands, in: J. Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 66 ff. Vgl. auch J. Foschepoth, British Interest in the Division of Germany after the Second World War, in: Journal of Contemporary History 1986/2, S. 391 ff., und J. Baylis, British Wartime Thinking about a Postwar European Security Group, in: Review of International Studies 1983/9, S. 265 ff., die sich in weiten Passagen auf die Deutschland-Planung während des Krieges beziehen.

[4] Donnison, Civil Affairs, S. 146.

[5] Zur ablehnenden Haltung des War Departments siehe D. Acheson, Present at the Creation, London 1969, S. 79.

[6] Sir James Grigg, Secretary of State for War, Bericht an War Cabinet, WP (44) 141, 2. März 1944; Public Record Office (künftig: PRO), CAB 66/47. Zu Lytteltons Karriere vgl. Tyrell, Großbritannien, S. 627 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren, würden die Deutschen eben als letzte an die Reihe kommen. Schließlich hatten sie Europa jahrelang ausgeplündert. Die damals vorherrschende Meinung über die Deutschen kam vielleicht am besten in dem Satz zum Ausdruck: „Sie waren schließlich die Leute, die so lange Zeit auf Kosten des übrigen Europa gut gelebt hatten."[7] Aus dieser Optik war es leicht verständlich, daß das War Department im Plan A vorgesehen hatte, die Deutschen sollten von ihrer eigenen Ernte leben. Der Boden im Reichsgebiet war aber im Laufe der Zeit wegen des Mangels an Kunstdünger immer stärker erschöpft worden, und außerdem bestand ein allgemeiner Mangel an Ackergeräten[8]. Die unausbleibliche Folge davon war eine stetig fallende Nahrungsmittelerzeugung[9]. Seit Sommer 1944 war man sich im War Department in Washington klar darüber, daß die Ernteerträge in Deutschland gegenüber den Schätzungen, auf denen Plan A basierte, um insgesamt 10 Prozent gesunken waren[10].

Dies alles war schon schlimm genug, doch nun tauchte ein weiteres Problem, das Flüchtlings-Problem, auf. Anfang 1944 war in Whitehall ein interministerieller Ausschuß ins Leben gerufen worden, der sich mit dieser Frage befassen sollte. Er hatte den Auftrag, dem Armistice and Postwar Committee (APW) Bericht zu erstatten, dessen Vorsitzender Attlee persönlich war und zu dem auch Eden, Lyttelton und der damalige Minister of Labour Bevin gehörten. Der Bericht an das APW war keine angenehme Lektüre, denn er machte unmißverständlich auf den empfindlichen Mangel an Nahrungsmitteln aufmerksam, der im Westen Deutschlands nach der Kapitulation herrschen würde[11]. Dafür wurde eine ganze Reihe von Gründen genannt, die weiter unten betrachtet werden sollen. Ein Problempunkt war die Tatsache, daß die Bevölkerung im Westen durch Flüchtlingseinstrom stark vergrößert sein würde. Das Fazit war, daß „ohne zusätzliche Nahrungsmittel mehr Mäuler zu stopfen" seien (Abschnitt IV, S. 9). Diese Schlußfolgerung war ein weiterer Sargnagel für Plan A: Die heimische Ernte konnte für die deutsche Zivilbevölkerung im Westen unmöglich ausreichen, wenn der Ertrag sank und zugleich die Anzahl der Verbraucher anstieg.

Das industrialisierte Westdeutschland hatte sich schon vor dem Krieg nicht selbst versorgen können, doch war das Defizit durch Lieferungen aus den östlichen Gebieten des Reichs ausgeglichen worden. Dieser Ausgleich funktionierte auch während des Krieges. Anfang 1945 wurde der Verlust dieser Gebiete von einem Mitarbeiter in Görings Agrarstab als ein schwerer Schlag für die Höhe der Rationen im übrigen Deutschland bezeichnet. Die Gesamtversorgung würde um mehr als

---

7 Donnison, Civil Affairs, S. 173.

8 1944 fand eine Untersuchung heraus, daß die Fruchtbarkeit des Bodens nur 80 Prozent des Vorkriegswertes betrage. Vgl. W. Clauss, Erfahrungen aus 50 Jahren Agrarpolitik, Kiel 1979, S. 21.

9 Zwischen 1943 und 1945 sank der Ertrag an Brotgetreide um fast ein Siebtel, an Zuckerrüben um 7 Prozent und bei Milch um mehr als ein Fünftel. Vgl. A. Hanau und W. Plate, Die deutsche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 44 f.

10 War Office an British Army Staff, Washington, 24. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

11 „Report of the Interdepartmental Committee on the transfer of German populations", 12. Mai 1944; PRO, CAB 87/67. Diese Vorlage ging am 26. Juni 1944 an das APW-Komitee.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

35 Prozent, die Versorgung bei Fett und Zucker sogar um 50 Prozent gekürzt werden müssen[12]. Dies hat mit der zweiten irrigen Annahme zu tun, von der Plan A ausging, nämlich, daß die Kornkammer im Osten, einmal unter sowjetischer Verwaltung, auch nach dem Krieg ihre Funktion als Nahrungsmittelreservoir für den industrialisierten Westen behalten würde. Aber was würde aus der Bevölkerung in so dicht besiedelten Gebieten wie dem Ruhrgebiet, wenn dem nun nicht so war?

Bereits im Februar 1944 war von dieser düsteren Möglichkeit in einem Papier des Alliierten Oberkommandos (SHAEF) an das Combined Civil Affairs Committee (CCAC) die Rede, der anglo-amerikanischen Stelle, die mit der Verwaltung der besetzten Gebiete betraut war[13]. SHAEF erinnerte darin an die heikle Tatsache, daß es in der Logik der Einteilung Deutschlands in mehrere Zonen liege, daß Nahrungsmittel zwischen den einzelnen Regionen höchstwahrscheinlich nicht mehr so selbstverständlich ausgetauscht werden könnten, wie das bisher der Fall war[14]. Die ungeheuren Implikationen einer solchen Entwicklung für die künftige britische Besetzung ließen im War Office alle Alarmglocken schrillen. R. J. Stopford, Deputy Director of Civil Affairs, begriff sofort, was auf dem Spiele stand. Dies, so legte er dar, „wird unsere bisherige Annahme, daß keine Unterstützung notwendig ist, völlig umwerfen". Seiner Bitte um zusätzliche Informationen entsprach eine Analyse des Ministry of Economic Warfare, die von der Prämisse einer Zoneneinteilung und davon, daß infolgedessen kein freier Handel im besetzten Deutschland möglich sein werde, ausging[15]. Zu dieser Zeit mußten die Grenzen des westlichen Besatzungsgebietes zwar erst noch festgelegt werden. Da aber der gesamte Westen Deutschlands hochgradig vom Osten abhängig (etwa bei Getreide, Kartoffeln und Zucker) war, war dies relativ unwichtig[16]. Das Dokument kam zu dem Schluß, daß die Briten damit rechnen müßten, nicht weniger als 1,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel in ihre Zone zu importieren, um „disease and unrest" zu verhindern. Übrigens kam man auf diese Zahl, weil man eine Tagesration von nur 1850 kcal pro Tag zugrundelegte: Wäre man von den höheren Kalorienwerten für die Deutschen nach Plan A ausgegangen, so hätten die Berechnungen eine noch größere Diskrepanz zwischen heimischem Ertrag und Verbrauch ergeben.

Der Bericht war für Stopford das Signal, seine Vorgesetzten von dieser bedrohlichen Sachlage in Kenntnis zu setzen. Er trug die Angelegenheit umgehend Generalmajor Kirby, dem Director of Civil Affairs (DCA), vor. DCA wiederum schrieb an Sir William Strang, den britischen Vertreter in der European Advisory Commission,

---

12 Ernährungswirtschaftliche Lage – Stichtag 24. Februar 1945; Bundesarchiv Koblenz, R 14/102.

13 Zu dessen Entstehung und Aufgaben siehe Donnison, Civil Affairs, S. 67.

14 Memorandum „The Administrative System of Germany", 10. Februar 1944; PRO, FO 943/441.

15 Bericht an Troutbeck, Foreign Office, German Section, 22. Februar 1944, und Protokoll Stopford, 26. Februar 1944, ebenda.

16 Das Gebiet der späteren drei westlichen Zonen hatte 1935–1938 im Durchschnitt jährlich etwa 1,6 Mill. Tonnen Nahrungsmittel aus Ostdeutschland erhalten, hauptsächlich Getreide und Kartoffeln. Bericht der British Control Commission, Bericht vom Januar 1947, Bd. 2 Nr. 1; PRO, FO 371/64495.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und bat darum, sich jetzt mit der ganzen Angelegenheit zu befassen, da es ohne einen Interzonenhandel zu allen möglichen unangenehmen Konsequenzen bei der Lebensmittelversorgung des besetzten Deutschlands kommen würde. Strang teilte diese Ansicht. Er griff auch noch einen anderen Punkt des Dokuments über die Frage der Lebensmittelverteilung nach dem Krieg auf. Strang hielt es nämlich für ziemlich kurzsichtig, von der Möglichkeit einer Selbstversorgung für eine wie auch immer geartete britische Zone auszugehen – und zwar sogar *ohne* die Barriere der Zonengrenzen[17].

So kam es im April zu einer gemeinsamen Konferenz der mit diesen Problemen befaßten Experten: Dazu gehörten Beamte des Foreign Office, des War Office, des Ministry of Production (es war mit der Beschaffung des Nachschubs betraut), des Ministry of Food und des Economic and Industrial Planning Staff (EIPS). Man war anscheinend nicht in der Lage, zu irgendeiner definitiven Entscheidung zu gelangen, da die sowjetische Politik immer noch unklar war, aber man forderte einen Bericht für SLA an, der mit den früheren Vorschlägen und Erwägungen Stopfords und Strangs im Einklang stehen sollte[18].

Der ursprüngliche Bericht wurde im War Office überarbeitet und dem Kabinett schließlich im Mai vorgelegt. Er enthielt keine Informationen, die nicht schon im Februar bekannt gewesen wären, aber der springende Punkt war, daß die ganze delikate Angelegenheit einer möglichen Verpflichtung, die Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit Lebensmitteln zu versorgen, jetzt vor die Mitglieder des War Cabinet gebracht wurde[19]. Die Schwierigkeiten, die sich aus einer sowjetischen Besetzung bis zur Elbe ergeben würden, lagen jetzt offen zutage. Was besonders deutlich wurde, war die Tatsache, daß die Russen im nördlichen Iran bereits einen Präzedenzfall geschaffen hatten. Sie hatten dort nämlich den freien Lebensmittelnachschub in Gebiete unter britischer und amerikanischer Kontrolle untersagt. Die Zeichen für Deutschland standen nicht gut[20]. Insgesamt handelte es sich bei dem Bericht also um eine wirkungsvolle Aufforderung an die Kabinettsmitglieder, sich Gedanken über die Gefahr zu machen, die Deutschen in einer Welt, in der die Lebensmittel für die alliierte Bevölkerung knapp waren, ernähren zu müssen[21].

Diese unangenehme Perspektive führte zu den vorhersehbaren Reaktionen. Besonders Llewellin, Minister of Food, und Dalton, President of the Board of Trade, erhoben strikten Einspruch. Für jeden in Llewellins Stellung lag es auf der Hand: Waren Lebensmittel knapp, dann mußte jede Lieferung nach Deutschland nicht nur die Rationen in den befreiten Gebieten, sondern auch in Großbritannien selbst schmälern. Genau dies Faktum war es dann auch, das Llewellins Labour-

[17] Bericht Stopford an Kirby, 15. März 1944, und Briefwechsel Kirby-Strang, 22. März 1944 und 3. April 1944; PRO, FO 943/441.

[18] Bericht Stopford, 21. April 1944, für die Konferenz; PRO, FO 943/441.

[19] Bericht SLA (44) 8, Nahrungsmittel für befreite Gebiete, 9. Mai 1944; PRO, CAB 87/38.

[20] Siehe Stopford an MacGregor, Ministry of Production, 9. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

[21] Zur Ernährungslage in den Westzonen nach 1945 vgl. J. Farquharson, The Western Allies and the Politics of Food, Leamington Spa 1985, insbes. die Kapitel 4–6.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachfolger, Sir Ben Smith und John Strachey, in der Nachkriegszeit heimsuchen sollte. Schon jetzt war klar, daß die Unterstützungsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung sich zu einem äußerst schwierig zu handhabenden Problem entwickeln würden. Die Politiker befaßten deshalb ihre Beamten noch einmal mit dieser Angelegenheit und baten um weitere Vorschläge. Auf die Natur der daraufhin vorgelegten Empfehlungen läßt sich von Sir James Griggs Kommentar schließen, den er auf den neuen Entwurf schrieb: „Ich fürchte, das Papier wird im Kabinett einen ziemlich frostigen Empfang erleben."[22]

Das neue Dokument enthielt im Kern keine weiter reichenden Informationen über die zu erwartende Ernährungslage, nur eben den hier schon erwähnten Hinweis auf den um 10 Prozent niedrigeren Ertrag der deutschen Ernte. Neu dagegen waren die Schlußfolgerungen, die jetzt aus den Fakten gezogen wurden. Sie besagten schlicht und dramatisch, daß die Versorgung für die deutsche Zivilbevölkerung jene in Plan A zugrunde gelegten 2000 kcal pro Tag nicht erreichen würde. Das War Office schlug vor, eine Reihe von Entscheidungen als Grundlage für Sofortmaßnahmen zu treffen. So sollten etwa Vorkehrungen für die Schaffung einer allgemeinen Lebensmittelreserve getroffen werden, um einer möglichen Hungerepidemie während der Kampfhandlungen vorzubeugen. Parallel dazu sollte Großbritanniens Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission scharf darauf drängen, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt würde. Das Kabinett sollte ganz genau über die Konsequenzen unterrichtet werden, falls die Lieferungen aus den ostdeutschen Nahrungsmittelüberschüssen ausbleiben würden. Es sollte ferner dem Combined Civil Affairs Committee in Washington die Anerkennung des Prinzips empfehlen, daß Hilfslieferungen für Deutschland im Bedarfsfalle verfügbar sein müßten. Dies alles entsprach zwar gesundem Menschenverstand, war zugleich aber eine politisch äußerst delikate Angelegenheit, und zwar sowohl in Anbetracht der öffentlichen Meinung in den Ländern der Alliierten als auch wegen der generellen Haltung der Minister, wie sie im SLA-Komitee am 11. Mai zum Ausdruck gekommen war. Ganz sicher würden die virulenten Empfindungen den Pragmatismus in arge Bedrängnis bringen.

Das Komitee „Supply Questions to Liberated and Conquered Areas" stand am 5. Juli 1944, als das Papier vorgelegt wurde, vor keiner beneidenswerten Wahl[23]. Oliver Lyttelton betonte, es bestehe „kaum eine Chance", daß die Russen irgendwelche Lieferungen nach Westdeutschland schickten. Das könne, wie das Memorandum aufzeige, tatsächlich zu einer Hungerepidemie führen, falls keine Vorsorge getroffen würde. Den vom War Office umrissenen Vorschlägen zu folgen, bedeute nicht, von humanitären Regungen bewegt zu sein, sagte er, und die meisten Minister scheinen diese Argumentationslinie akzeptiert zu haben. Dalton und Llewellin waren wiederum die Hauptopponenten und bestanden darauf, daß der Feind ganz entschieden erst nach Großbritanniens europäischen Verbündeten an die Reihe

[22] Protokoll 5. Juni 1944 (PRO, FO 943/441), und SLA-Komitee, 11. Mai 1944 (PRO, CAB 87/38).

[23] Protokoll SLA-Komitee, 5. Juli 1944; angenommen wurde das Papier SLA (44) 12, Relief Supplies for Germany and Austria; PRO, CAB 87/38.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen könne. Die zwingende Argumentation ihres Vorsitzenden Lyttelton hat wohl dazu beigetragen, daß die SLA dann aber doch noch alle Vorschläge des War Office annahm. Wie Lyttelton betonte, waren zum gegenwärtigen Zeitpunkt konkrete Zahlen hinsichtlich der Hilfsmaßnahmen noch nicht erforderlich. Der springende Punkt sei vielmehr die prinzipielle Entscheidung dafür, daß eine Nahrungsmittelreserve angelegt werden solle. Sollte Eisenhower Lieferungen anfordern, werde man sie ihm ohnehin nicht verweigern können. Träfe eine solche Anforderung ein, und es existierten keine Kontingentierungspläne, dann werde man in dieser Angelegenheit einige Probleme bekommen. Da jedwede humanitären oder anderen Regungen des Gefühls noch immer weitgehend militärischen Erwägungen untergeordnet waren (sowie der unbedingten Notwendigkeit, „disease and unrest" im Operationsgebiet zu verhindern), stimmten die Minister den Empfehlungen des War Office schließlich in allen Punkten zu. Das zögernde Einverständnis des SLA-Komitees beinhaltete keinerlei langfristige Verpflichtung, denn noch immer lag es im Dunkeln, wie die Besetzung schließlich konkret aussehen würde. Niemand konnte mit Sicherheit sagen, ob die sowjetische Regierung einen Nahrungsmitteltransfer erlauben würde oder nicht, wenn in Deutschland die Ordnung erst einmal wiederhergestellt war. Priorität hatte jetzt erst einmal, dem Prinzip der Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung als solchem zur Anerkennung zu verhelfen. Die britische Joint Staff Mission (JSM) in Washington wurde deshalb sofort angewiesen, die Angelegenheit dem Combined Civil Affairs Committee zur Kenntnis zu bringen und darauf zu dringen, die im Plan A für die Deutschen vorgesehenen Hilfslieferungen im Bedarfsfall zu genehmigen[24]. Gleichzeitig wurde diese Frage vom britischen Delegierten vor die EAC gebracht. Damit war der Kabinettsausschuß der im Papier des War Office vorgeschlagenen Linie in allen Punkten gefolgt. In der European Advisory Commission würde also Druck auf die Russen ausgeübt werden, um von ihnen die Zusage eines Lebensmitteltransfers zu bekommen, und in der Zwischenzeit würden die Debatten in Washington hoffentlich auf eine Billigung der Anwendung von Plan A während der Periode der Kampfhandlungen hinauslaufen[25]. Die britischen Minister packten den Stier bei den Hörnern. Eine andere Wahl blieb ihnen ohnehin nicht.

Ende Juni 1944 war es für eine Reihe britischer Minister und hoher Beamter vollkommen klar, welche Entwicklung in naher Zukunft eintreten würde. Die Lage war von dem oben erwähnten interministeriellen Bericht an das APW-Komitee umfassend und eindeutig analysiert worden. Die britische Besatzungszone würde wegen der Teilung Deutschlands ohne die Ernteüberschüsse aus dem Osten auskommen müssen, ihr eigener Agrarertrag sich kaum auf gewohnter Höhe halten lassen. Diese Auffassung basierte auf der Vermutung, daß es schwierig werden würde, Arbeitsdisziplin unter den Bauern zu erzwingen, wenn der Ansporn, für den deutschen Sieg

[24] Telegramm JSM an War Office, 29. Juli 1944; PRO, FO 943/441.

[25] Siehe das undatierte Papier des War Office, Unterstützung für Deutschland, Dezember 1944; PRO, FO 942/141.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu arbeiten, erst einmal entfallen war. Wie das erwähnte Memorandum des Ministry of Economic Warfare vom 22. Februar 1944 dargelegt hatte, war auch die landwirtschaftliche Struktur in Westdeutschland der Durchsetzung von Anordnungen nicht eben förderlich. Nicht nur, daß die meisten Höfe ziemlich klein waren, sie lagen auch in nächster Nähe der städtischen Zentren des Ruhrgebiets; das würde den Schwarzhandel natürlich sehr erleichtern.

Die Besatzungsmacht stand also vor der Perspektive, daß sich mit dem Menschenzustrom aus dem Osten die Anzahl der zu stopfenden Mäuler noch erhöhen würde, während die Erträge der Zone sinken und die Lieferungen aus Ostdeutschland ganz ausbleiben würden. Kamen keine Lieferungen aus dem Osten herein, dann „wäre die Verhinderung einer Hungersnot im Rheinland ein noch ernsteres Problem als 1919 und genauso unumgänglich wie damals"[26]. In Whitehall gab es einen wahren „Plumer-Komplex". Denn nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war die britische Besatzungsmacht im linksrheinischen Gebiet Zeuge von Verzweiflungsszenen in der hungernden deutschen Zivilbevölkerung geworden. Das hatte auf die Moral der britischen Truppen eine solche Wirkung gehabt, daß deren Disziplin gefährdet war. Der Oberkommandierende Plumer hatte deswegen an Lloyd George telegraphiert. Diese Intervention wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Whitehall wieder und wieder beschworen. Auch wenn die Verhinderung von „disease und unrest" das Hauptanliegen der Briten war, so spielte als zusätzlicher Faktor doch auch die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Garnisonen ständig eine Rolle. Bemerkenswert ist, daß Sir Arthur Salter, Abgeordneter der Universität Oxford, diese Dinge in der Unterhausdebatte am 28. März 1945 zur Sprache brachte als einer, der dabeigewesen war, als das berühmte Telegramm Lloyd George übergeben worden war. Aus eigenem Erleben konnte er bezeugen, welchen Eindruck diese Depesche seinerzeit gemacht hatte. Die Plumer-Intervention verfolgte die für die Besetzung Verantwortlichen regelrecht. So sagte etwa Sir Brian Robertson, der Stellvertretende Militärgouverneur, zu einem Politiker, der ihm einen Besuch abstattete, er sei sich sicher, daß noch vor dem nächsten Winter „ein weiteres Plumer-Telegramm" abgesandt werden würde[27].

Bis hierher haben wir uns aus praktischen Gründen nur mit der einen Seite der Angelegenheit befaßt. Aber auch anderswo entwickelten sich die Dinge nun sehr rasch, und zwar in dieselbe Richtung. Im Juni hatte General Eisenhower, der Oberkommandierende der alliierten Armeen, nämlich in einem Telegramm an die amerikanisch-britischen Combined Chiefs of Staff (CCOS) in Washington Richtlinien hinsichtlich der Verteilung von Hilfsgütern erbeten[28]. Er ging dabei von Plan A aus: Galt er auch für die Deutschen, und wenn ja, für die gesamte Bevölkerung? (Dies war es gewesen, was zum Entschluß des SLA beigetragen hatte, die Frage mit den

[26] Bericht des Interdepartmental Committee (wie Anm. 11), Anhang II, S. 33 ff.

[27] Protokoll des Foreign Office, 24. September 1945, über ein Gespräch zwischen Robertson und P. Noel-Baker, Minister of State; PRO, FO 371/46884.

[28] Telegramm an CCOS (für CCAC), 22. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amerikanern zu erörtern[29].) Hinzu kam die Erkenntnis, daß die Russen wohl kaum eine rasche Stellungnahme zu dieser Frage, als sie in der EAC zur Sprache kam, abgeben würden[30]. Entstand, während alle auf deren Antwort warteten, eine Versorgungslücke, dann lief man Gefahr, daß das Militär Nahrungsmittel aus befreiten Gebieten nach Deutschland – waren dessen Grenzen erst einmal überschritten – transportieren ließ. Das mußte zu einer peinlichen politischen Situation führen. Man befürchtete nämlich, daß die Truppenkommandeure, die im besetzten feindlichen Gebiet, aber nicht in den befreundeten Ländern für Recht und Ordnung verantwortlich waren, Deutschland aus naheliegenden Gründen den Vorrang einräumen würden. Da dies aber genau das Gegenteil dessen war, was die Politiker wollten, war es dringend geboten, mit den Amerikanern zu irgendeiner Übereinkunft zu kommen und die Frage dann dem Kabinett vorzulegen[31]. Dann würde wenigstens von den Westalliierten eine einheitliche Linie verfolgt.

Tatsächlich schwenkten die Amerikaner bald auf diesen Kurs ein. Zweifellos war die wenig einladende Aussicht, inmitten einer abgestumpften und hungernden Bevölkerung Krieg führen zu müssen, der ausschlaggebende Grund dafür, daß die Combined Chiefs of Staff in Washington das Prinzip der Hilfeleistung auch für Deutschland akzeptierten. Als Antwort auf Eisenhowers Telegramm gaben sie – noch bevor die deutsche Grenze irgendwo überschritten war – die Erlaubnis, Hilfsgüter auch in diesem Sinne zu verwenden. Der Autorisierung zur Ausgabe solcher Lebensmittelreserven lagen drei Prämissen zugrunde: Die Zuständigkeit von SHAEF ende mit der Auflösung des Alliierten Oberkommandos; die Verhütung von „disease and unrest" sei Vorbedingung jeglicher Lieferung; schließlich sollte Eisenhower seiner Planung die Annahme zugrunde legen, daß aus Ostdeutschland in nächster Zeit nichts zu haben sein würde[32]. Das Telegramm der Combined Chiefs of Staff zeigte, daß der Forderung des War Office nach Errichtung einer Lebensmittelreserve für den Bedarfsfall entsprochen worden war. Die Briten brauchten sich keine Sorge darüber zu machen, daß die militärischen Operationen, waren die Truppen erst einmal in Deutschland eingedrungen, behindert werden würden. Damit waren sie immerhin einer schweren Sorge ledig, auch wenn die Verteilung selbst noch nicht genehmigt war.

Diese Entwicklung war aber leider wenig hilfreich für einen anderen Problemkomplex, mit dem sich die britischen Minister Mitte 1944 befaßten. Dabei handelte es sich um die in den verschiedenen Berichten an das „Supply Question to Liberated and Conquered Areas"-Komitee und das „Armistice and Postwar Committee" erwähnte Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die eigentliche Besatzungszeit nach dem Ende der Kampfhandlungen. Man wußte sehr gut, daß die Lieferungen vermutlich eine lang anhaltende Verpflichtung werden würden. Aber man war im

[29] Siehe Bericht Stopford, 3. Juli 1944, der dies behandelt, ebenda, (vgl. auch Anm. 23).
[30] Bericht Grigg, 5. Juni 1944, ebenda.
[31] War Office, Principal Under Sec., an Grigg, 5. Juli 1944, ebenda.
[32] CCOS an SHAEF, 20. August 1944, ebenda.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

APW anscheinend geteilter Meinung darüber, ob die Sowjetunion Nahrungsmittel in den Westen schicken würde oder nicht. Dies wurde klar als Angelpunkt der ganzen Angelegenheit erkannt. Llewellin war aus schon genannten Gründen entschlossen, nach Möglichkeit ohne Hilfe von außen durchzukommen. Er glaubte, das werde sich machen lassen, indem die Produktion in der künftigen britischen Zone hochgetrieben und das existierende Verteilungssystem beibehalten würde. Andere waren weniger optimistisch. R. S. Hudson, Minister of Agriculture, meinte, in den städtischen Ballungsgebieten werde es eine Hungersnot geben. A. V. Alexander, First Lord of the Admiralty, glaubte nicht daran, daß die Russen auch nur das geringste in den Westen liefern würden. Da deren Haltung letztendlich von ausschlaggebender Bedeutung war, blieb dem Komitee nichts anderes übrig, als den erwähnten Briefentwurf des britischen EAC-Mitglieds Sir William Strang zu billigen, in dem der Vorschlag gemacht wurde, Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen als eine Einheit zu behandeln[33].

Im Sommer war es weitgehend klar, daß auf die britische Besatzungsmacht womöglich sehr große Verpflichtungen zukommen würden, falls die UdSSR die Sache verschleppten. Bei diesem Stand der Dinge unternahm der Stellvertretende Premierminister Attlee einen energischen Versuch, die Regierung vom Rande des Abgrunds, der sich vor ihr zu öffnen schien, wegzuführen. Schließlich mußten Lebensmittellieferungen für Deutschland alle möglichen Auswirkungen auf ein vom Krieg geschwächtes Großbritannien haben, und dies in einer Welt, in der die Lebensmittel knapp sein würden und in der vermutlich sowohl die eigenen Verbündeten wie auch die britische öffentliche Meinung energisch gegen Hilfsmaßnahmen für das geschlagene Deutschland protestieren würden.

Attlees Ausgangspunkt war, daß die Dokumente, die jetzt dem Kabinett vorgelegt wurden, stets davon auszugehen schienen, daß in Deutschland nach der Kapitulation so bald wie möglich normale Verhältnisse wiederhergestellt werden sollten. Zu diesem Zweck sollten also Nahrungsmittel und andere der Wiederbelebung der Wirtschaft dienende Güter dorthin geschickt werden. Attlee fragte nun, ob nicht andere Prioritäten zu setzen seien. Das Hauptaugenmerk solle der völligen Ausrottung des Nationalsozialismus gelten, und sei es auf Kosten vorübergehender wirtschaftlicher Turbulenzen. Das solle nicht heißen, sagte er, daß er solche Zustände herbeiwünsche, doch sei er, falls dies der Preis für die Ausmerzung der Hitler-Ideologie sei, bereit, diesen auch zu zahlen.

Außenminister Eden antwortete sofort darauf. Sein Hauptargument war, der gesunde Menschenverstand lege es nahe, daß ein Chaos im Nachkriegsdeutschland die Ausmerzung des Nationalsozialismus eher vereiteln als fördern würde. Er bezog sich dabei auf seine eigene, drei Jahre zurückliegende Rede, in der er vor den Gefahren für Europa gewarnt hatte, die von einem hungernden und bankrotten Deutschland ausgehen könnten. Eden wies also den Gedanken als unhaltbar zurück, welche Kosten auch immer im wirtschaftlichen Bereich in Kauf zu nehmen,

[33] Protokoll APW-Komitee, 20. Juli 1944; PRO, CAB 87/66.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um der politischen Umerziehung den Vorrang zu geben. Dabei berührte er auch einen Punkt, den der Staatssekretär im Kriegsministerium einige Monate später betonen sollte, den Punkt nämlich, daß das Schauspiel eines darbenden Deutschland schädliche Auswirkung auf die Moral und Disziplin der britischen Truppen haben müsse; das werde den Besatzungszielen kaum dienlich sein[34]. Hier meldete sich einmal mehr der „Plumer-Komplex". Eden bezog sich zwar nicht auf jenes Telegramm, er kannte es vielleicht nicht einmal, aber er ging explizit auf das Rheinland im Jahr 1919 als ein abschreckendes Beispiel dafür ein, was alles geschehen könne. Von daher rührt die emotionale Beschreibung von Besatzungssoldaten mit „englischen [sic!] Herzen".

Eden hatte die erste Runde klar gewonnen. Jedenfalls hatten SLA und APW jetzt im Prinzip die Schaffung einer Nahrungsmittelrücklage für Deutschland akzeptiert. Im übrigen ist die Beobachtung ganz interessant, wie leichthin Attlee bereit gewesen wäre, chaotische Zustände im Nachkriegsdeutschland hinzunehmen. Bald darauf, als Chef der neuen Labour-Regierung, sollte er eine beachtliche Gleichgültigkeit gegenüber Nachrichten von der schlechten Ernährungslage in der britischen Zone an den Tag legen[35]. Es ist an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, wie antideutsch einige führende Labour-Politiker damals eingestellt waren[36].

Nun, nachdem die Gewährung von Unterstützungsleistungen im Prinzip konzediert war, mußte mit Schätzungen dazu begonnen werden, wieviel konkret benötigt würde. Die Angelegenheit wurde dadurch noch dringlicher, daß der sowjetische Delegierte in der EAC keine Anstalten machte, sich zu dem Wunsch zu äußern, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln[37]. Die Haltung der UdSSR mußte zwar nicht unbedingt Ablehnung bedeuten, aber sie schuf im Westen doch erhebliche Unsicherheit und machte damit die Notwendigkeit von Lieferungen aus Übersee um so wahrscheinlicher.

Das alles lag klar auf der Hand. Dennoch schien SHAEF merkwürdig zurückhaltend darin, irgendwelche vernünftigen Zahlen über die Größenordnung des Lebensmittelvorrates zu liefern, der zur Einrichtung des Reserve-Pools benötigt würde. Ein Grund dafür war wohl die Unsicherheit darüber, wann genau Deutschland kapitulierte. Würde die Kapitulation noch im Herbst 1944 kommen, dann – so hoffte SHAEF immer noch – würde vielleicht die deutsche Ernte ausreichen[38]. Als die Hoffnungen auf ein frühes Kriegsende geschwunden waren, mußte diese Ansicht

---

[34] Berichte an APW-Komitee, 11. und 19. Juli 1944; PRO, CAB 87/67. Zu Griggs Ansicht über die Auswirkung des Hungers in Deutschland auf die Disziplin der britischen Armee siehe SLA (44) 15, Dezember 1944; PRO, FO

[35] Das galt auch für die Kabinettsmitglieder Chuter Ede, Home Secretary, und Ellen Wilkinson, Minister of Education; Protokoll der Kabinettssitzung am 30. Oktober 1945; PRO, CAB 128 (1).

[36] Siehe F. Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947, Düsseldorf 1978, S. 66, und A. Bullock, Ernest Bevin: Foreign Secretary 1945–51, London 1985, S. 90, und Tyrell, Großbritannien, S. 172 ff.

[37] Siehe undatiertes Papier des War Office, Relief Supplies for Germany, Dezember 1944; PRO, FO 942/142.

[38] Bericht War Office (CA 18), 7. September 1944; PRO, FO 943/441.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

revidiert werden. Jetzt wurden Forderungen angemeldet, die auf der Annahme basierten, der Konflikt werde im Frühjahr 1945 beendet sein. Die Menge an Lebensmitteln wurde auf 237 000 t geschätzt, von denen 146 000 t für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmt waren; der Rest war für Displaced Persons vorgesehen[39]. Dies Quantum sollte von November 1944 bis zum Mai 1945 reichen, was allerdings eine völlig unzureichende Schätzung war. Das Ministry of Economic Warfare in London wies sie deshalb als absolut nicht diskussionswürdig zurück[40].

Dies alles war ziemlich seltsam. Schließlich hatte SHAEF selbst die Aufteilung in Zonen erwähnt und darauf hingewiesen, was diese Tatsache auf lange Sicht für Westdeutschland bedeuten mußte. Wegen der in diesen Gebieten während der Kämpfe zu erwartenden Nahrungsmittelknappheit hatte Eisenhower die Versorgungsfrage vermutlich im Juni 1944 vor die Combined Chiefs of Staff gebracht. Und wie wir gesehen haben, lag deren Autorisierung der Anforderung unter anderem die Überlegung zugrunde, daß Überschüsse aus dem Osten nicht verfügbar sein würden. Die Anforderung nur einer so lächerlichen Lieferung von 146 000 t für sechs Monate kann nur politisch erklärt werden: Lebensmittel für die Deutschen, Hilfe für den Feind, das war angesichts der öffentlichen Meinung eine höchst delikate Angelegenheit.

Das zeigte sich sehr deutlich in der Haltung des War Department in Washington. Den militärischen Stellen in London lag sehr daran, die Beschaffung in Angriff zu nehmen, sobald die Anforderung von SHAEF vorlag[41]. Das War Department erkannte natürlich, wie heikel die Angelegenheit war, und begann die Beschaffung zu verschleppen. Die Briten fanden das „unsatisfactory". Der britische Verbindungsstab in den Vereinigten Staaten war davon überzeugt, daß die Ursache für diese Zögerlichkeit einfach darin lag, daß die Angelegenheit in den USA politisch nicht akzeptabel war[42].

Außerdem wurde die Widerwilligkeit des War Department nun in dessen Berechnungen des deutschen Lebensmittelbedarfs offenbar. Zunächst wurde in den Plänen für die ersten sechs Monate der militärischen Besetzung beschlossen, die Tagesration für die deutsche Zivilbevölkerung von 2000 auf 1800 kcal zu reduzieren. Dahinter steckte die klare Erkenntnis der politischen Notwendigkeit, die Deutschen scharf von den alliierten Nationen abzuheben, für die es bei den in Plan A vorgesehenen 2000 kcal bleiben sollte. Aber selbst auf dieser Basis würde die für Westdeutschland benötigte Gesamtmenge an Nahrungsgütern 781 000 t betragen (505 000 t für den Nordwesten, 276 000 t für den Süden)[43]. Diese Zahlen stimmten in etwa mit den im Juli dem SLA-Komitee vorgelegten Aufstellungen überein. Mit der Anforderung von SHAEF über 146 000 t hatten sie wenig gemein. Es spricht Bände für die Brisanz der ganzen Frage, daß das War Department sich sträubte,

[39] Telegramm an CCAC, 26. August 1944, ebenda.
[40] Bericht R. F. Kahn, Ministry of Production, 22. September 1944; PRO, BT 25 16 RG 163/19.
[41] Bericht an War Office, Principal Under Sec., 27. September 1944; PRO, FO 943/441.
[42] JSM Washington an War Office, 15. September und 20. Oktober 1944, und Bericht War Office (CA 11), Oktober 1944, ebenda.
[43] JSM Washington an War Office, 27. September 1944, ebenda.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

offiziell zu seinen eigenen Schätzungen zu stehen, obwohl es gewußt haben muß, daß sie realistischer waren als die von SHAEF.

So erschien zeitgenössischen Beobachtern einiges an der Art, wie SHAEF die Dinge handhabte, sehr unbefriedigend. Im November äußerte bereits ein Beamter des Ministry of Production sein Unbehagen an der Langsamkeit und der offenbaren Interessenlosigkeit, die in alliierten Hauptquartieren herrschten. Wie er im November 1944 betonte, waren Soll-Zahlen schon längst erarbeitet, aber erst jetzt habe SHAEF geruht, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß der Vormarsch der siegreichen Truppen nach Deutschland hinein Hunger und Not auslösen werde, weil einige Gebiete von ihrer gewohnten Versorgung abgeschnitten würden[44]. Das mag etwas unfair klingen, doch schon zwei Wochen danach legte SHAEF zu den Hilfslieferungen für Deutschland plötzlich eine überarbeitete Schätzung vor, die dessen frühere Anforderungen von 237 000 t Lebensmitteln auf nunmehr 219 000 t kürzte. Diese Kürzung war durch die Absenkung der Basisration für Deutsche von 2000 kcal auf jetzt lediglich noch 1500 kcal pro Tag geglückt. Das entsprach jenen bekannten 146 000 t. Die Displaced Persons sollten nach wie vor 2000 kcal, also den Rest von 73 000 t erhalten[45].

Das war eine recht eigentümliche Entwicklung, vor allem war ein Satz von 1500 kcal unzureichend. 1500 kcal waren das absolute Minimum an Nahrungsaufnahme, mit Sicherheit jedenfalls nicht genug, um nach dem Ende der Feindseligkeiten an irgendeine Form des industriellen Wiederaufbaus zu denken; das merkten die Briten zu der neuen Skala auch sofort an[46]. Wieder zeichnete sich der Konflikt zwischen Sentiments und Pragmatismus ab. Es war offensichtlich, daß die Rationen für die Deutschen gekürzt worden waren, um jedem möglichen politischen Einwand zuvorzukommen, der sich in Großbritannien oder den USA gegen diese Art von „aid to the enemy" erheben mochte. Doch wenn die Alliierten Reparationen wollten, dann würde den Deutschen mehr an Lebensmitteln bewilligt werden müssen als diese 1500 kcal[47]. Selbst mit den jetzt angesteuerten niedrigeren Werten bestand zwischen den SHAEF-Anforderungen und der Schätzung des War Department vom September 1944 in Höhe von 781 000 t auf jeden Fall eine eklatante Diskrepanz. In Whitehall kursierten jetzt obendrein noch höhere Schätzwerte, die die SHAEF-Kalkulationen vollends absurd erscheinen ließen. Sie fanden sich in einem Bericht des Ministry of Food, in dem darauf hingewiesen wurde, daß sich der Fehlbetrag allein für Nordwestdeutschland (nach den geltenden Rationierungswerten) im laufenden Erntejahr gut und gerne auf 2,5 Millionen Tonnen summieren könne[48].

---

[44] R. F. Kahn, Memorandum, 8. November 1944; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

[45] Zu Telegramm an CCAC, 22. November 1944, siehe SLA (44) 15, 22. Dezember 1944; PRO, CAB 87/38.

[46] Grigg an SLA-Komitee, 5. Dezember 1944, ebenda.

[47] Für die Bedeutung der Reparation vgl. das EIPS-Papier „Possibilities of carrying on the Economic Administration of Germany on a Regional Basis", 27. September 1944, PRO; FO 942/40.

[48] Bericht W. Klatt, Ministry of Food, Regional Food Surpluses and Deficiencies in Germany 1944/45, 11. November 1944; PRO, FO 942/142.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inzwischen war im Foreign Office beträchtliche Unruhe über den Gang der Dinge entstanden, nicht zuletzt auch wegen des Ausbleibens einer sowjetischen Antwort auf den britischen Vorschlag in der EAC, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Da das „Armistice and Postwar Committee" jenen Brief bereits im Juli gebilligt hatte, war die sowjetische Haltung ziemlich ominös. Die Chance, für das industrialisierte Westdeutschland Lebensmittel aus der künftigen sowjetischen Zone zu erhalten, schien rasch zu schwinden. In Whitehall war deshalb eine gemischte Arbeitsgruppe gebildet worden, die statistische Daten über das voraussichtliche Ausmaß der Hilfslieferungen vorlegen sollte. Offenbar waren diese Statistiken so verwirrend, daß der „Economic and Industrial Planning Staff" auf Initiative des Foreign Office eine eigene Arbeitsgruppe einsetzte. Bezeichnenderweise sollte deren Papier die Ernährungssituation für die nächsten eineinhalb Jahre nach der Kapitulation in Betracht ziehen. Auszugehen war von der Annahme, daß im besetzten Deutschland die heimische Nahrungsmittelerzeugung um 10 bis 20 Prozent zurückgehen werde, aus dem Osten Flüchtlinge in die westlichen Gebiete einströmten und Lieferungen aus Ostdeutschland völlig ausfielen. Als Zeitpunkt der Kapitulation sollte Ende März 1945 angenommen werden[49].

Jetzt wurde endlich ein gewisses Maß an Realismus in die Debatte eingebracht. Um eine Art Koordination zu erreichen, kamen zwei SHAEF-Offiziere zu Konsultationen nach London, denn Eisenhower hatte zum 10. November einen Bericht angefordert. Es wurde umgehend eine EIPS-Konferenz einberufen[50]. Die verfügbaren Daten waren kaum beruhigend, wie deren Vorsitzender, Mark (später: Sir Mark) Turner, darlegte[51]. Berichte des Geheimdienstes besagten, daß die Ernte in Deutschland 1944 schlecht ausgefallen und daß das System der Lebensmittelbewirtschaftung stärker zerrüttet sei, als bislang bekannt. Nach dem Urteil Turners würden Hilfslieferungen erforderlich sein, um die Inflation zu bekämpfen und eine Besetzung überhaupt erst zu ermöglichen. (Dies lag ganz auf der Linie der Bemerkungen Edens vom 19. Juli 1944.) Jetzt sollten die Minister über all dies unterrichtet werden. Danach wurde in der Konferenz bekanntgegeben, daß das War Office noch ein weiteres Papier zu diesem Gegenstand für das Combined Civil Affairs Committee in Washington vorbereite. Darin war der geschätzte Bedarf an Nahrungsgütern für Süd- und Westdeutschland in den ersten sechs Monaten der Besatzung mit 408 000 t angegeben; der Bericht rechnet nicht mit Lieferungen aus dem Osten. Bei dieser Schätzung waren noch nicht einmal eine – wegen des Flüchtlingszustromes – gestiegene Bevölkerungszahl oder eine Katastrophe bei Einbringung und Verteilung der deutschen Ernte berücksichtigt.

Es ist höchst bezeichnend für die Brisanz der Angelegenheit, daß die versammelten Beamten selbst jetzt die Zeit noch nicht für gekommen hielten, Hilfsmaßnahmen

[49] Protokoll, 1. November 1944; PRO, BT 16 RG 163/19.

[50] Dazu das Protokoll vom 6. November 1944; ebenda.

[51] Turner sollte später Principal Under Secretary im Control Office für Deutschland und Österreich in Norfolk House werden; vgl. Tyrell, Großbritannien, S. 631.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für Deutschland zu verlangen. Eindeutigen Vorrang hatte die Ernährungssituation der europäischen Verbündeten Großbritanniens, und das hieß: „Germany last". So verständlich diese Einstellung in politischer Hinsicht sein mochte, so verzögerte sie eine notwendige Entscheidung doch nur, anstatt eine Lösung anzubieten. Früher oder später würden die Briten einen Entschluß fassen müssen, denn – wie Turner betont hatte – Hilfslieferungen für Deutschland konnten schlicht deshalb erforderlich werden, um das Funktionieren einer Besetzung überhaupt erst zu ermöglichen. Aber wahrscheinlich nahm man an, die Sympathiegefühle für die europäischen Verbündeten würden bald nur noch ein Faktor zweiten Ranges sein. Eine Verschiebung der Entscheidung würde zudem die Logik, die der britischen Position zugrundelag, in keiner Weise ändern. Weder die militärischen Operationen noch die darauf folgenden eigentlichen Besatzungsaufgaben konnten ohne Nahrungsmitteleinfuhr durchgeführt werden, was immer die Alliierten oder die öffentliche Meinung auch bewegen mochte. Der zweite Grund für einen Aufschub ergab sich eher nebenher in Zusammenhang mit dem Krieg im Pazifik. Roosevelt würde die Masse des verfügbaren Schiffraumes ohnehin dafür beanspruchen[52]. Das war fraglos eine richtige Vermutung, es änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Briten ihre Prioritäten hinsichtlich der Alliierten und hinsichtlich ihrer geschlagenen Feinde letzten Endes doch würden setzen müssen.

Zwar tauchte im Zusammenhang mit der EIPS-Konferenz eine neue SHAEF-Anforderung auf, aber sie war angesichts der auf der Konferenz erwähnten 408 000 t ebenfalls eindeutig unzureichend. Sonst scheint nichts Wesentliches in dieser Diskussion herausgekommen zu sein, wenn man von ihrer Bedeutung für den Historiker, für den sie durchaus erhellend ist, absieht. Nach dem Eindruck der zuständigen Beamten schienen sich die Politiker immer noch zu scheuen, die Frage der Hilfsmaßnahmen für Deutschland in großem Maßstab in Angriff zu nehmen. Immerhin brachte die erwähnte überarbeitete Anforderung mit dem Datum des 22. November 1944 einiges in Gang. Für das War Office wurde das Problem der Beschaffung nun allmählich dringend, da die alliierten Truppen wohl spätestens im Frühjahr die deutsche Grenze auf breiter Front überschreiten würden. Es schickte deshalb ein Memorandum an das „Supply Question to Liberated and Conquered Areas"-Komitee, in dem darauf gedrängt wurde, die Anforderung des Militärs über 146 000 t Lebensmittel für die Deutschen zu akzeptieren. Sir James Grigg unterbreitete diesen Vorschlag, und die Ministerrunde nahm ihn am 4. Januar 1945 an[53]. Es muß betont werden, daß sich diese Anforderung des Alliierten Oberkommandos lediglich auf die Phase militärischer Operationen bezog und der Verhinderung von „disease and unrest" dienen sollte. Die von Turner und anderen zur Sprache gebrachten vorhersehbaren Probleme in der Zeit nach der Kapitulation waren für die Politiker noch immer kein Thema. Das hilft erklären, weshalb sich SLA zur Billigung der Schätzung bereitfand, obwohl eine Grundration von 1500 kcal pro Tag

[52] Protokoll, 29. November 1944; PRO, FO 942/142.

[53] Siehe Anm. 45, SLA (44) 15; siehe auch Protokoll SLA-Komitee, 4. Januar 1945; PRO, CAB 87/38.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die deutsche Zivilbevölkerung als „gerade genug" dafür beschrieben wurde, „um Leib und Seele zusammenzuhalten"; für körperliche Arbeit reiche das aber nicht aus.

Für die Regierungsvertreter war dieser letzte Punkt unerheblich; sie unterhielten sich nur darüber, wie die Deutschen bis zur Kapitulation mit einer Mindestration am Leben zu erhalten seien. Danach würden die Russen ja vielleicht doch noch Lebensmittel nach Westen schicken oder es mochten Lieferungen aus dem Donaubecken zu haben sein, wenn Deutschland erst einmal der Viermächtekontrolle unterworfen war. Da bis dahin einige Lieferungen aus militärischen Gründen unumgänglich waren, wie Grigg betonte, hatte das Komitee wenig Bedenken, die Vorschläge des War Office, in denen die Anforderung von SHAEF vom 22. November enthalten war, anzunehmen. Das geschah mit der Maßgabe, daß die Hilfslieferungen für die Deutschen jene für die europäischen Verbündeten nicht überstiegen. Unter diesen Gegebenheiten wurde die revidierte Menge von 146 000 t von Lyttelton als „vernünftig" empfunden, und dieser Glaube behielt die Oberhand. Grigg wurde beauftragt, die britischen Delegierten beim CCAC dahingehend zu instruieren, daß die Bezahlung dieser Hilfslieferungen die erste Forderung an die deutsche Wirtschaft sein würde[54].

Mit den Beschlüssen dieser Konferenz war man um zwei entscheidende Schritte weitergekommen. Die Beschaffung konnte nun vonstatten gehen, nachdem „Supply Question to Liberated and Conquered Areas" jetzt über die bereits am 5. Juli 1944 erfolgte prinzipielle Billigung von Hilfslieferungen hinausgegangen war. Außerdem war hinsichtlich der Finanzierung deutscher Importe ein Präzedenzfall geschaffen worden. Als die Viermächtekontrolle etabliert war, sollte sich die Forderung nach sofortiger Verrechnung dieser Importe mit anderen Lieferungen der deutschen Wirtschaft als ein Haupthindernis in der Frage der Reparationen für die UdSSR erweisen – was aber nicht heißen soll, daß die Briten im Unrecht waren.

Trotz allem hatte die Diskussion vom 4. Januar 1945 aber auch jetzt noch einige unwirkliche Züge. Wie wir gesehen haben, ruhte die von den Ministern gebilligte Anforderung auf höchst schwankendem Grund, falls die UdSSR keine Nahrungsmittel in den Westen lieferte. Da sie in der EAC nach wie vor nicht auf den Vorschlag geantwortet hatte, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, war die vom Kabinett noch immer gehegte Hoffnung mittlerweile sehr schwach geworden. Über die Höhe der notwendigen Hilfslieferungen für den Fall, daß die Russen nicht mitspielten, gab der Bericht eines anglo-amerikanischen ad-hoc-Komitees vom Dezember 1944 Aufschluß. Funktioniere der deutsche Binnenaustausch nicht, dann sei die Notlage sogar noch ernster, als sie im Klatt-Bericht beschrieben wurde[55]. Das

[54] Zu den letzten Punkten siehe SLA (45) 2, 17. Januar 1945; PRO, FO 943/143. Siehe auch J. Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: ders. (Hrsg.), Kalter Krieg, S. 175 ff.

[55] Bericht des englisch-amerikanischen Ad-hoc-Komitees, Dezember 1944, zit. bei W. Klatt, Progress of agricultural recovery of Germany, in: Proceedings of the 7th International Conference of Agricultural Economists, 1950, S. 203; zum Klatt-Bericht vgl. Anm. 48.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SLA-Komitee hatte also „vernünftigen" Forderungen zugestimmt, die so gut wie sicher unrealistisch waren. Dessen Mitglieder hatten bei ihren Diskussionen zwar ganz klar zwischen der Phase militärischer Operationen und der Zeit nach der Kapitulation unterschieden, aber für die Nachkriegsphase hatten sie keine Vorsorge getroffen.

Diese Unterscheidung war auf Griggs Vorschlag hin gemacht worden und von den SLA-Mitgliedern gebilligt worden[56]. Das trug nicht nur wesentlich dazu bei, die SHAEF-Anforderung genehmigt zu bekommen, es hatte auch noch eine wichtige andere Konsequenz. Eden hatte ursprünglich gefordert, die ganze Angelegenheit sofort dem War Cabinet vorzulegen, aber die Minister fanden das unnötig, da Grigg die Frage der Hilfsleistungen in der Zeit nach Beendigung der Kämpfe später zur Debatte stellen würde. Kurz, das Hauptproblem war auf die lange Bank geschoben worden, und die von SLA getroffene Entscheidung trug selbstverständlich dazu bei, den wahren Umfang der letztlich notwendig werdenden Hilfslieferungen zu verschleiern. Die Unterrichtung des Premierministers über die Sachlage wurde dadurch ebenfalls hinausgeschoben, wenn auch nicht für lange.

Churchills persönlicher Berater, Lord Cherwell, machte das begrenzte Ausmaß der Unterstützung deutlich, als er den Premierminister das erste Mal darüber informierte, was nach der Konferenz der SLA geschah. Es diente ihm zur Erklärung dafür, weshalb die Angelegenheit nicht dem War Cabinet unterbreitet worden war. Es wäre unbillig anzunehmen, daß er die Tragweite der Angelegenheit zu verschleiern versuchte. Cherwell wies in seinem Papier vielmehr ganz offen darauf hin, daß *jegliche* Hilfslieferung Verstimmung bei den britischen Verbündeten in Europa hervorrufen würde. Er ging sogar noch weiter, denn er machte Churchill noch auf eine ganz andere und weit unangenehmere mögliche Konsequenz aufmerksam. Selbst ausschließlich auf die Phase der militärischen Operationen beschränkten Hilfslieferungen, meinte er, könnten einen Präzedenzfall schaffen, den die Sowjetunion ausnützen könne: „Die Macht, Nahrungsmittel zu liefern oder zurückzuhalten – wobei wir dann für die Defizite aufkommen müßten –, wäre ein Trumpf in den Händen der Russen." Kaum überraschend, daß der Premierminister auf Cherwells Memorandum die Bemerkung schrieb: „Das gefällt mir nicht."[57]

Vor den Briten schien sich jetzt ein Abgrund aufzutun. Wie Cherwell angedeutet hatte, würde es schwierig sein, aus Übersee einen Ausgleich für die Lieferungen zu bekommen. Deshalb wären Lebensmittel aus dem Osten sehr willkommen, aber welchen politischen Preis würde man dafür zu zahlen haben? Hatte sich bis dahin noch irgendjemand in Whitehall Illusionen über die erforderlichen Mengen hingegeben, so wurden sie durch eine neue Anforderung des Alliierten Oberkommandos zer-

[56] Dies war möglicherweise Griggs Taktik, um die Zustimmung zu erhalten. Wie gezeigt wurde (vgl. Anm. 22), war er immer skeptisch gewesen, was die Haltung der Minister zur Hilfe für Deutschland betraf.

[57] Cherwell an Churchill, 30. Januar 1945, und Notiz Churchills, 13. Februar 1945; PRO, FO 943/441.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schmettert. Sie fiel zeitlich mit dem Bericht Cherwells zusammen, und sie forderte sage und schreibe 525 000 t Nahrungsmittel für die deutsche Zivilbevölkerung, und zwar allein für die drei Monate Juni bis August. Wenn man bedenkt, daß die Militärs seinerzeit ganze 146 000 t für einen Zeitraum von sechs Monaten gefordert hatten, dann war dies jetzt ein geradezu dramatischer Sprung nach oben. Mitte Februar wurden dann noch einmal nach oben korrigierte Mengen für die Zeit von Januar bis Mai 1945 angefordert[58].

Diese Fakten und Churchills Kenntnisnahme von der Materie sorgten in den nächsten beiden Monaten für hektische Aktivität, wobei der Druck von seiten des Militärs, die geforderten Mengen auch heranzuschaffen, ein Hauptfaktor war. Da die Kämpfe auf deutschem Boden mittlerweile voll im Gang waren, hatten die Kommandeure alle Veranlassung sicherzustellen, daß ihre Operationen nicht durch „disease and unrest" unter der Zivilbevölkerung gestört wurden. Deren jüngste Hilfsgüteranforderung wurde deshalb in britischen Armeekreisen begrüßt und als „ein ernsthafter Versuch von SHAEF" gepriesen, „die Frage der Lebensmittellieferungen auf eine vernünftige Basis zu stellen". Sie äußerten denn auch den Wunsch, daß die britische Regierung die Anforderung bis spätestens 27. Februar 1945 bestätige. Das War Office wie die Amerikaner würden zweifellos bereitwillig zustimmen. Es würde also keine Probleme dabei geben, auch das Plazet des „Combined Civil Affairs Committee" zu bekommen[59].

Die Korrektur der SHAEF-Anforderung nach oben ist leicht zu erklären: Die Fakten sprachen einfach für sich selbst, auch wenn SHAEF noch Anfang 1945 mit 1750 kcal pro Tag als Basisration aus Deutschlands eigener Ernte rechnete, zuzüglich 400 kcal aus Lagerbeständen. Diese Schätzung war hart kritisiert worden[60]. Sie sollte aber mit einem Telegramm verglichen werden, das SHAEF Anfang März an CCAC schickte und das „Deutschland im Jahre Null" in den Blick nahm. Hierin war – wenn auch etwas spät – das ganze Ausmaß der aktuellen Probleme erkannt. Nun wußte man, daß ein großer Teil der Bevölkerung ohne irgendwelche Lebensmittelvorräte auf der Flucht nach Westen war; die Zahl der Displaced Persons war um ungefähr ein Fünftel zu niedrig geschätzt worden; schließlich hatte SHAEF schwere Störungen der deutschen Lebensmittelerfassung entdeckt, die zuvor nicht in Betracht gezogen worden waren. Diese Entdeckung wurde nach nicht weniger als drei Jahren ständiger Luftangriffe gemacht, die seit Monaten gerade auch die Zerstörung des deutschen Verkehrsnetzes zum Ziel gehabt hatten[61]! Im Mai 1945 meldete Eisenhower an das War Department, die Lage sei infolge der Kriegsschäden so schwerwiegend, daß überhaupt nur sehr wenig „indigenous food" zur Verfügung stünde[62]. Unterm Strich wird also deutlich, daß die Größenordnung der unab-

[58] SHAEF an CCAC, 30. Januar und 16. Februar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

[59] British Army Staff, Washington, an War Office, 17. Februar 1945; ebenda. Siehe auch: Principal Under Sec., War Office, an Grigg, 22. Februar 1945; ebenda.

[60] W. Klatt, Progress, S. 203.

[61] Telegramm an CCAC, 12. März 1945; PRO, FO 943/441.

[62] Eisenhower an US War Department, 4. Mai 1945, PRO BT 25 16 RG 163/19.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dingbaren Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung von den Stäben im Feld beinahe bis zum Zeitpunkt der Kapitulation schwerwiegend unterschätzt worden ist.

Ein weiterer Grund für die sprunghafte Steigerung der angeforderten Gesamtmenge nach der Jahreswende 1944/45 lag in dem Bestreben, im Laufe des Sommers Vorratslager anzulegen. Dies war auch der Hintergrund dafür, weshalb Eisenhower in seinem Telegramm betonte, die Zuteilung müsse sofort erfolgen, um eine verfügbare Reserve schaffen zu können. Diese Entwicklung führte bei den britischen Militärs übrigens zu der Auffassung, die Frage der Hilfslieferungen werde endlich vernünftig behandelt[63]. Das Alliierte Oberkommando hatte den geschätzten Bedarf außerdem um 20 Prozent erhöht, um Verluste beim Transport und bei der Verteilung auszugleichen. All das ergab also an exakt dem selben Tag die Anforderung jener 525 000 t für die Monate Juni bis August 1945, an dem Cherwell dem Premierminister versichert hatte, es seien nur „knapp eine Viertelmillion Tonnen" im Spiel. Da dies die Menge war, die von SLA gebilligt war, kann man Cherwell keine böse Absicht unterstellen. Außerdem hatte das Komitee ja die Anforderung von SHAEF gebilligt, dabei aber aus eigenem Entschluß die Frage der Versorgung in der Zeit nach der Kapitulation ignoriert.

Nur drei Wochen nach der SLA-Konferenz lag auch ein Bericht vor, den eine Arbeitsgruppe Ministerialbeamter zusammengestellt hatte. Schwierigkeiten mit verspäteten Hilfslieferungen für befreundete Länder in Nordwesteuropa hatten das War Cabinet veranlaßt, im Januar einen ministeriellen ad-hoc-Ausschuß unter Vorsitz Attlees zu bilden. Dessen Bericht an das Kabinett bestätigte das Ergebnis der Arbeitsgruppe. Deutschland wurde darin in drei Passagen beiläufig berührt. Das Fazit war, Hilfe für ehemals feindliche Länder könne zu einem späteren Zeitpunkt durchaus im längerfristigen Interesse Großbritanniens liegen und „klugerweise nicht übersehen werden"[64]. Die Beamten betonten also bereits zu einem Zeitpunkt, daß Hilfslieferungen unvermeidlich werden könnten, als die Politiker die Angelegenheit noch beiseite schoben. Aus diesem Grunde verzögerte sich auch die Zuteilung der Hilfsgüter für die deutsche Zivilbevölkerung für den Zeitraum Juni bis August trotz Eisenhowers Telegramm vom 14. Februar – in dem die Dringlichkeit betont wurde – bis zum März 1945.

Zwei Faktoren waren hier ausschlaggebend. Einer davon war die Haltung Churchills. Ihn hatte der Gang der Dinge so alarmiert, daß er nach seiner Rückkehr aus Jalta im Februar mehr Informationen haben wollte. Sein Unbehagen wurde noch dadurch verstärkt, daß Roosevelt bisher jedesmal Einwände gegen Nahrungsmittellieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung geltend gemacht hatte; schon 1944 hatte er sie zum Ausdruck gebracht[65]. Kein Wunder, daß seine Reaktion, als Chur-

---

63 Eisenhower an US War Department, 14. Februar 1945; ebenda.

64 War Cabinet, 6th Conclusions, 15. Januar 1945; für den Bericht: 11th Conclusions, 26. Januar 1945; PRO, CAB 62/61.

65 Donnison, Civil Affairs, S. 20.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chill mit ihm während der Krim-Konferenz darüber sprach, nach dem Bericht des Premierministers nicht gerade begeistert war: „The President takes a cool view, as I do, of the subject."[66] Nach seiner Rückkehr bat Churchill Eden, die ganze Angelegenheit zu prüfen. Das zeigt schon seine fortdauernde Besorgnis in dieser Frage, Eden wurde mit einem Memorandum des Foreign Office versehen, das er durch einige Einzelheiten aus seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Molotow in Jalta ergänzte. Seine Antwort war daher im Kern der im Januar an das SLA-Komitee gerichteten ziemlich ähnlich[67]. Hauptargument war die schiere militärische Notwendigkeit (das Ruhrgebiet stand kurz vor der Umfassung durch die Alliierten). Eden strich den Standpunkt der Kommandeure heraus, die betont hatten, daß es – da eine Lebensmittelverknappung während der Kämpfe unvermeidlich schien – vernünftig sei, Hilfslieferungen zu schicken, um etwaigen Unruhen in der Zivilbevölkerung vorzubeugen.

Bis hierher verlief die Argumentation in normaler Bahn und entsprach dem gesunden Menschenverstand. Doch dann unternahm der Foreign Secretary einen Anschlag auf die Leichtgläubigkeit Churchills, indem er ihm versicherte, es handele sich nur um Lieferungen während der Kämpfe, was in keiner Weise Einfuhren aus Ostdeutschland oder anderen Agrargebieten wie Ungarn oder Rumänien präjudiziere. Diese „sollten so bald wie möglich in andere Teile Europas, in denen sie gebraucht werden, gehen dürfen"[68]. Aber – erstens – war nach den langen Kämpfen dort und nach der Besetzung durch die Rote Armee die Aussicht sehr gering, daß irgendwelche Überschüsse verfügbar sein würden. Und zum andern: Selbst wenn sie verfügbar wären, welcher politische Preis würde dafür gefordert werden? Eden ließ also den Punkt unbeachtet, auf den Cherwell den Premierminister einige Wochen zuvor aufmerksam gemacht hatte. Daß die westlichen Hilfslieferungen von den Russen politisch ausgebeutet werden könnten, erkannte er nicht oder brachte es lieber nicht zur Sprache. Überhaupt war es eigenartig, wie die Minister zu diesem Zeitpunkt an das ganze Problem herangingen. Schließlich hatte Lyttelton schon viele Monate zuvor den Ausdruck „very little chance" gebraucht, um die Chance zu qualifizieren, daß Lebensmittellieferungen aus der Sowjetzone Westdeutschland erreichen würden[69]. Trotzdem benutzte Eden jetzt Churchill gegenüber das Argument, die gelieferten Vorräte flössen in einen allgemeinen Pool. Sollte sich dort genügend ansammeln, dann könnten die Lieferungen ja an andere Länder gehen, falls sie in Deutschland nicht benötigt würden. Eden scheint das ehrlich geglaubt zu haben, denn er wiederholte das Argument zur selben Zeit noch in einem anderen Memorandum[70].

---

66 Protokoll Churchill, 15. Februar 1945; PRO, FO 943/441.

67 Zum Hintergrund von Edens Antwort siehe Permanent Under Sec., Ministry of Production, an Lyttelton, 1. März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

68 Memorandum, 4. März 1945; PRO, FO 943/441.

69 Protokoll SLA-Komitee, 5. Juli 1944; PRO, CAB 87/38.

70 Bericht an Churchill, 7. März 1945 (PRO, FO 943/441), und an seinen Permanent Under Sec., März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Churchill schien nichts von dem, was seine Minister vorbrachten, überzeugend zu finden. Er beanstandete besonders das Wort „overseas" in Edens Memorandum als Angabe der Quelle für Hilfslieferungen an Deutschland. Hieß das, sie würden aus Ressourcen unter britischer Kontrolle kommen? Der Foreign Secretary mußte dies als Möglichkeit einräumen[71]. Inzwischen wurde das War Office unruhig, da noch immer keine Lebensmittelvorräte für die Monate Juni bis August beschafft worden waren[72]. Eine Möglichkeit, den durch Churchills Zögern eingetretenen toten Punkt zu überwinden, wäre gewesen, die Angelegenheit dem im Januar eigens ins Leben gerufenen ad-hoc-Komitee unter Attlee zu übergeben. Wie wenig der Premierminister durch die Empfehlungen seiner Mitarbeiter überzeugt worden war, mag an seiner Notiz für Eden abgelesen werden: „Es tut mir leid, aber ich bin nicht überzeugt: Ich arbeite gerade an einer Direktive für unsere Delegierten [beim CCAC], die ich dem Kabinett vorlegen werde."[73]

Zu diesem Zeitpunkt war gewiß Churchill ein Hindernis auf dem Weg zu einer raschen Lösung der Frage. Das oben erwähnte Komitee Attlees hatte am 21. März immerhin „generell zugestimmt", daß für die Lebensmittelversorgung der deutschen Zivilbevölkerung auf minimalem Niveau auch für die Zeit nach Beendigung der Kampfhandlungen Vorsorge zu treffen sei. Unmittelbar nach diesem Votum machte Attlee im Unterhaus seine eingangs zitierte Bemerkung, daß man damit zu rechnen habe, eine große Anzahl Deutscher ernähren zu müssen. Den Hintergrund dazu bildete ein Besuch, den er gerade Nordwesteuropa abgestattet hatte, um sich über die Verhältnisse dort ein eigenes Bild zu machen. Diese kurze Reise brachte Attlee zu der festen Überzeugung, daß Deutschland in ernstlichen Schwierigkeiten sei, die zum Teil von den durch das Kriegsgeschehen verursachten chaotischen Verhältnissen herrührten. Da Bedell Smith, Eisenhowers Stabschef, die Quelle vieler seiner Informationen war, kam der Lord President noch mit einer anderen festen Überzeugung zurück. Aufgrund der militärischen Erfordernisse würden die Generäle auf dem Kontinent Deutschland sogar auf Kosten der befreiten Gebiete Priorität einräumen wollen[74]. Mit anderen Worten, Attlees wachsende Überzeugung, es sei eine sofortige politische Entscheidung nötig, um diese Frage zu regeln, hatte einen durch und durch pragmatischen Hintergrund. Die Politiker sollten die Sache jetzt in die Hand nehmen, da die Armee in Deutschland wohl in jedem Falle Lebensmittel zur Verteilung kommen lassen werde.

Ein anderer Punkt im Zusammenhang mit langfristigen Hilfslieferungen hing eng mit der Frage der Reparationen zusammen, die die Briten nach dem Krieg von Deutschland fordern würden. Das ad-hoc-Komitee erkannte, daß eine angemessene

[71] Briefwechsel 8. und 13. März 1945; PRO, FO 943/441.

[72] Siehe auch Eisenhower an CCAC, 14. März 1945; ebenda.

[73] Memorandum, 18. März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

[74] Zu Attlees Reise vgl. seinen Bericht WP (45) 17, 15. März 1945, an das War Cabinet; PRO, CAB 66/63.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lebensmittelversorgung hierfür eine essentielle Vorbedingung war[75]. Inzwischen war im übrigen auch das amerikanische War Department dabei, den Lieferungen für die Monate Juni bis August 1945 trotz der offenkundigen Bedenken Roosevelts seine Zustimmung zu geben[76]. Trotz der Vorbehalte des Premierministers war der Weg für die Nachkriegshilfe nunmehr frei. Churchill richtete eine Direktive an Lyttelton als den Minister of Production, in der dieser angewiesen wurde, Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung zu beschaffen, daß diese aber geringer ausfallen mußten als die für die befreiten Gebiete. Ende März 1945 wurden die gewünschten Bestände für die Monate Juni bis August abgerufen[77]. Die Würfel waren nun endgültig gefallen, wie Attlees Bemerkungen im Unterhaus bald zeigen sollten. Für den Fall, daß die Russen keine Lebensmittel in die westlichen Gebiete liefern würden, waren die Briten eine unbeschränkte Verpflichtung für ihre Besatzungszone eingegangen. Die Berechnung, wie groß diese sein würde, wurde dem „Armistice and Postwar Committee" von Sir James Grigg unterbreitet: Deutschland würde für die Monate Juni bis August 770000 t Lebensmittel benötigen. (Darin war die Unterstützung für die Displaced Persons eingeschlossen.) Danach, wenn die neue Ernte eingebracht sein würde, würde die monatlich erforderliche Menge fallen. Grigg räumte ein, daß dies aber eine zu optimistische Einschätzung sein könne. Immerhin hatten die militärischen Operationen das deutsche Verteilungssystem empfindlich gestört. Außerdem bestand nach wie vor das Problem, daß es die Sowjetunion war, die die Kornspeicher im deutschen Osten kontrollierte[78]. Im April schätzte das War Office die für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelanforderungen von SHAEF für die Monate Februar bis November 1945 auf über 1,4 Millionen Tonnen[79].

Die Zeit zwischen September 1944 und Frühjahr 1945 brachte sowohl in Whitehall wie in Washington also einen ständigen Wechsel in der allgemeinen Einstellung gegenüber den Hilfslieferungen für Deutschland. Es waren zwei entscheidende Faktoren, von denen alles andere abhängig gewesen war: erstens, der absolute Vorrang ungehinderter militärischer Operationen, zweitens, die sowjetischen Pläne für die Zeit nach dem Ende der Kämpfe. Hinsichtlich des ersten Punktes erscheint es im Rückblick eigenartig, daß die Meinungsbildung bei SHAEF so langsam vonstatten ging. Daß „disease and unrest" eine Gefahr für die Invasion Deutschlands darstellen würden, war so offensichtlich, daß – wie wir gesehen haben – die Politiker in Whitehall nicht anstanden, Hilfslieferungen für diesen Zeitraum zu bewilligen. Das

[75] Protokoll der Komiteesitzung, 21. März 1945; PRO, BT 16 RG 163/19. Siehe auch das Memorandum Chancellor of Exchequer to Cabinet, 22. März 1945, in dem dieser Punkt betont ist; vgl. J. Foschepoth, Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 30 (1982), S. 694.

[76] Protokoll Ministry of Production, 21. März 1945; PRO, BT 16 RG 163/19.

[77] Siehe WP (45) 191, 21. März 1945, und die Kommentare dazu von Lincoln, Foreign Office, an Ripman, War Office, 30. März 1945; PRO, FO 942/143. Ebenso CCAC an SHAEF, 24. März 1945; PRO, FO 943/445.

[78] Bericht an APW-Komitee, 6. März 1945; PRO, CAB 87/69.

[79] War Office an Ministry of Production, 25. April 1945; PRO, BT 16 RG 163/19.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CCAC in Washington hatte den Gedanken im August 1944 gebilligt. Aber bis zum November unternahm bei SHAEF niemand irgendeine weiter gehende Aktion, um die Lieferungen nach vorne zu bekommen, und danach auch nur in ganz unzureichendem Umfang. Das lag zum Teil daran, daß man sich über den Zeitpunkt der deutschen Kapitulation nicht im klaren war. Allerdings war es nie sehr wahrscheinlich, daß die Alliierten vor der Roten Armee in Ostdeutschland sein würden. Noch weniger verzeihlich ist aber der kümmerliche Umfang, in dem sich die erste Anforderung im Herbst 1944 zu bewegen hatte.

Diese übervorsichtige Haltung ist allein mit der politischen Dimension zu erklären, die die Hilfe für Deutschland gewonnen hatte. Sie war für Washington mindestens so groß wie für Whitehall. Ein besonders bemerkenswerter Anhaltspunkt dafür ist eine Korrespondenz von Anfang 1945. Darin führten die Briten das Fehlen jeglicher Beschaffungspolitik in den USA auf die Scheu davor zurück, im Combined Civil Affairs Committee eine offene Diskussion über die Lieferung amerikanischer Lebensmittel für die deutsche Zivilbevölkerung zu riskieren[80]. Etwas später wurde auf einer Sitzung des EIPS auf die „sehr starke Opposition" der Amerikaner in dieser Sache hingewiesen. „Die Schlacht ist noch nicht vorüber", hatte es noch Anfang Februar geheißen[81]. Da die für die Lieferung vorgesehenen Lebensmittel in den USA lagerten, ist es offensichtlich, daß die zögernde Haltung der USA – ebenso wie die Churchills – die Zuteilung für die Monate Juni bis August einige Zeit lang aufhielt.

Für die zögernde Haltung der britischen Minister gibt es mehrere Erklärungen. Mitte 1944 wußten sie, daß aus dem Osten womöglich nichts zu erwarten war. Nach den Kommentaren, die einige von ihnen in den Sitzungen der APW- und SLA-Komitees abgaben, waren sie ziemlich skeptisch in dieser Hinsicht. Immerhin konnten die Regierungsmitglieder sich damit besänftigen, daß niemand wußte, wann der Krieg zu Ende sein würde und welche Haltung die Sowjetunion dann wirklich einnehmen würden. Wie aber Lyttelton dargelegt hatte, würden die Anforderungen für Deutschland durchaus auch den befreiten Ländern zugute kommen können, falls die Hilfsgüter am Ende doch nicht für ihren eigentlichen Bestimmungszweck gebraucht würde. Da die Dinge so lagen, darf wohl gefragt werden, weshalb nicht schon früher eine größere Lebensmittelreserve für den Bedarfsfall angelegt wurde?

Ganz offensichtlich spielten in dieser Sache mehrere politische Probleme eine Rolle, insbesondere natürlich die ganze Frage von Lebensmittellieferungen für den besiegten Feind angesichts weltweiter Nahrungsmittelknappheit. Andererseits würde ohne angemessene Unterstützung eine Besatzungsverwaltung überhaupt unmöglich sein. Eden selbst hatte das in seiner Antwort an Attlee hinsichtlich der britischen Nachkriegspolitik im Prinzip anerkannt. Wie er sagte, würde es britischen Soldaten „schwerfallen, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie – wie im Rheinland nach dem letz-

[80] Ripman an British Army Staff, Washington, 31. Januar 1945; PRO, FO 943/441.
[81] Playfair, Treasury, an Ripman, 7. Februar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Krieg – von hungernden Frauen und Kindern umgeben wären"[82]. Wenn er das so klar erkannte, weshalb drängte er dann seine Kollegen nicht, die erforderlichen Maßnahmen für die Nachkriegslieferungen entschiedener voranzutreiben? Das Argument, er habe auf Lieferungen aus Ostdeutschland gehofft, träfe kaum. Gewiß, die Briten versuchten selbst auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 noch zu erreichen, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt würde, aber andererseits hatte Cherwell schon im Januar die Aufmerksamkeit auf den (aus britischer Sicht) gefährlichen Zusammenhang zwischen Kriegs- und Nachkriegslieferungen von Lebensmitteln gelenkt. Wurden Lieferungen während der Kampfhandlungen im Prinzip gebilligt und auch durchgeführt, dann besaß die Sowjetunion eine nützliche politische Waffe. Sie konnte für Lebensmittellieferungen nach der Kapitulation einen politischen Preis fordern oder sich dazu entschließen, diese ganz nach eigenem Gutdünken zurückzuhalten. Im letzteren Falle würde, falls die Westalliierten keinen Ersatz schaffen konnten, die daraus resultierende Verknappung in der amerikanischen und britischen Zone ein ausgezeichnetes Propagandamittel der UdSSR sein[83].

Die Briten würden so faktisch dazu gezwungen werden – entsprechend dem Präzedenzfall der Lieferungen während des Krieges –, die deutsche Zivilbevölkerung auch weiterhin zu ernähren. Genau das war später dann tatsächlich der Fall. Wenn die britischen Kabinettsmitglieder, und insbesondere Churchill, so lange zögerten, den Problemen ins Auge zu sehen, so deshalb, weil ihnen diese Fakten so überaus unangenehm waren. Die britischen Alliierten in Europa würden ebenso aufschreien wie die öffentliche Meinung in Großbritannien. (Das hatte schon die Debatte vom 28. März 1945 erkennen lassen.) Wie sehr diese Perspektive die Politiker zurückschrecken ließ, exemplifiziert vielleicht am besten der Kommentar eines britischen Beamten zu der ursprünglichen SHAEF-Anforderung über 146 000 t. Da er die in Belgien und in den Niederlanden benötigten Mengen kannte, bemerkte er sofort, daß die Anforderung zu niedrig war und „zweifellos mit Blick auf die Schreibtischkritiker" verfaßt worden war, „die jegliche Hilfslieferungen für die Deutschen ablehnten"[84]. Das Zaudern von SHAEF und die Abneigung der Minister, nicht eher als unbedingt nötig das Problem energisch zu schultern, läßt sich auf Besorgnisse dieser Art zurückführen.

Es sollte noch ein weiterer Faktor beachtet werden, die in Whitehall herrschende Überzeugung nämlich, daß Lebensmittellieferungen für Deutschland in einer Zeit allgemeinen Mangels wahrscheinlich Kürzungen für Großbritannien selbst bedeuteten. Sollten Hilfslieferungen notwendig werden, damit die Verwaltung der britischen Besatzungszone überhaupt funktionierte, dann könnten die Amerikaner geneigt sein, ein begehrliches Auge auf die britischen Vorräte zu werfen, anstatt

[82] Memorandum an APW-Komitee, 19. Juli 1944; PRO, CAB 87/66.
[83] Siehe Generalmajor Kirby an Strang, 22. März 1944; PRO, FO 943/441.
[84] Bericht MacGregor, Ministry of Production, 2. Januar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwas über den Atlantik zu schicken[85]. Diese Befürchtung tauchte in der gesamten Debatte über Hilfen für Deutschland 1944/45 immer wieder auf. Von Llewellin und Dalton wurde sie bereits in der Sitzung des SLA-Komitees am 11. Mai 1944 artikuliert, in Whitehall im Februar und von Churchill dann im März 1945[86]. Hier haben wir einen weiteren Grund, der die Minister so lange davon abhielt, die Hilfslieferungen für Deutschland zu billigen. Die politischen Folgen waren in der Tat bedrohlich. Großbritannien hätte sich in die Lage versetzt gesehen, wegen der zur Durchführung der Besatzung notwendigen Ressourcen einen Alliierten um Unterstützung anzugehen oder die Rationen im eigenen Land zu kürzen[87]. Angesichts derartig einschneidender Konsequenzen konnten wohl selbst die vernünftigsten Begründungen für eine Unterstützung der Deutschen wenig ausrichten[88].

Bei der Beurteilung der Haltung in Whitehall gegenüber dem Problem der Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung ist also ein ganzes Bündel von Überlegungen zu berücksichtigen. Zusammengenommen können sie erklären helfen, weshalb die mit einem möglichen Ausbleiben von Nahrungsmittellieferungen aus Ostdeutschland verbundenen Implikationen nicht früher Beachtung fanden. Das Zögern von SHAEF im Herbst 1944 war keineswegs der einzige Grund, da hohe Politiker in Whitehall sich schon im Sommer darüber im klaren waren, wie die Ernährungssituation in Westdeutschland nach dem Krieg vermutlich aussehen würde. Erfolgten während der Kämpfe Hilfsleistungen, dann war es – wie Cherwell erkannt hatte – äußerst unwahrscheinlich, daß die Sowjets Nahrungsmittelüberschüsse zur Verfügung stellten.

Als die Besetzung begann, standen die ökonomischen Probleme der künftigen britischen Zone also schon weitgehend fest. Der Präzedenzfall von Nahrungsmittellieferungen in die Zone würde seine Fortsetzung finden, und zwar auf Kosten der britischen und amerikanischen Steuerzahler. Wie Attlee im April nicht nur mit Blick auf die militärischen Operationen, sondern auch auf den Bergbau und andere für die Alliierten wichtigen Produktionszweige feststellte, „werden wir", wie er sagte, „in Betracht ziehen müssen, eine gewisse Menge an Nahrungsmitteln für die Ernährung der Deutschen bereitzustellen". Mit anderen Worten, ohne angemessene Ernährung waren keine Reparationen zu erwarten. Da ein großer Teil der Reparationen aus dem Portemonnaie des britischen und amerikanischen Steuerzahlers finanziert werden würde, war der Keim für die Spannungen mit der Sowjetunion wegen der Reparationen schon gelegt. Denn die Westmächte bestanden darauf, die

---

[85] Im Schreiben JSM Washington an Foreign Office, 9. April 1945, (PRO, FO 942/143) war anerkannt, daß Nachkriegshilfe für die britische Zone notwendigerweise Getreide aus den USA bedeuten mußte.

[86] Permanent Under Sec., War Office, an Grigg, 22. Februar 1945, und Churchill an Eden, 8. März 1945; PRO, FO 943/441.

[87] Memorandum WP (45) 219 an War Cabinet, 5. April 1945; PRO, CAB 66/64.

[88] Im Juli 1946 waren die Briten gezwungen, im eigenen Lande die Brot-Rationierung einzuführen, und zwar nicht zuletzt auch deswegen, weil die USA auf Großbritannien Druck ausgeübt hatten, die britischen Getreidevorräte zu verringern. Vgl. Farquharson, Western Allies, S. 113 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bezahlung lebenswichtiger Importe zur ersten Forderung an die deutsche Wirtschaft zu machen.

Wie das Foreign Office betonte, „können die Russen nicht erwarten, daß Deutschland Güter für das Reparationskonto produziert, bevor die in der Industrie arbeitende Bevölkerung ernährt ist". Da im selben Telegramm von Ende März 1945 darauf hingewiesen wurde, daß vom sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission noch immer keine Antwort auf den Vorschlag eingetroffen sei, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, waren die Aussichten düster[89]. Da die USA als einzige das Lebensmitteldefizit Westdeutschlands ausgleichen konnten, mußte die sowjetische Weigerung, in den Westen zu liefern, dazu führen, daß die britische Zone immer mehr unter amerikanischen Einfluß geriet; damit trug diese auch zur Errichtung eines westdeutschen Staates bei.

[89] Telegramm an die britische Botschaft in Washington, 31. März 1945; PRO, FO 943/441.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BEATRICE HEUSER

SUBVERSIVE OPERATIONEN IM DIENSTE DER „ROLL-BACK"-POLITIK 1948–1953[1]

Im Laufe des Jahres 1948 konzipierten die USA und Großbritannien die Politik, die später „Roll-back"-Politik genannt wurde. Ende des gleichen Jahres begannen die beiden Mächte mit ihrem Versuch, diese *liberation policy*, „Befreiungspolitik", in die Tat umzusetzen. Es ging dabei um nichts weniger als den Versuch, die von der Sowjetunion beherrschten Gebiete Osteuropas zu befreien. Die „Befreiungspolitik" war in beiden Ländern auf höchster Ebene gutgeheißen worden: in den USA von den Präsidenten Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower, in Großbritannien von Außenminister Ernest Bevin und wahrscheinlich auch von Premierminister Clement Attlee selbst. Die USA und Großbritannien wollten diese politische Konzeption verwirklichen, indem sie Widerstandsbewegungen in den osteuropäischen Ländern durch Waffenlieferungen und Propaganda unterstützten, aber auch antikommunistische Exilanten einschmuggelten, die dort Widerstand organisieren sollten. Da neben Propagandaaktionen eben auch jene verdeckten Operationen standen, die meist vom amerikanischen und britischen Geheimdienst geplant und durchgeführt wurden, ist es schwer, für diese Politik Belege zu finden, und nur selten ist es möglich, deren Durchführung auch nachzuweisen[2].

Trotzdem lassen sich für die ersten Jahre genügend Mosaiksteine finden und zu einem wenigstens in einigen Partien deutlichen Bild der Formulierung und Durchführung dieser „Befreiungspolitik" zusammenfügen.

Innerhalb von zwei, drei Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich bei den westlichen Alliierten ein Gefühl der Bedrohung durch ihren ehemaligen sowjetischen Verbündeten. Es soll hier nicht näher auf die Entstehung und Berechti-

---

[1] Dem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, der im Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin gehalten wurde. Der Verfasser ist für finanzielle Unterstützung seiner Forschung dem North Atlantic Council, St. John's College, Oxford, sowie dem Economic and Social Research Council Großbritanniens zu Dank verpflichtet.

[2] Die „Befreiungspolitik" ist in den Grenzen des damals verfügbaren Materials dargestellt worden von Bennett Kovrig, The Myth of Liberation, Baltimore 1973, und John Yurechko, From Containment to Counteroffensive, Diss. Berkeley 1980. Yurechkos Arbeit ist ein wichtiger Beitrag und hätte größere Publizität verdient. Nicholas Bethell, The Great Betrayal, London 1984, behandelt den Einzelfall Albaniens. Harry Rositzke, der bei der CIA gearbeitet hat, berichtet über diese Politik in: The CIA's Secret Operations – Espionage, Counter-Espionage and Covert Action, New York 1977, und in: America's Secret Operations: A Perspective, in: Foreign Affairs LIII/2 (Jan. 1975), S. 334 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung dieses Eindrucks eingegangen werden, es genügt festzustellen, daß die britische und die amerikanische Regierung – alarmiert durch ihre Militärs[3] und ihr Moskauer Botschaftspersonal[4] – zu befürchten begannen, Stalin wolle seinen Einflußbereich nach und nach über das bei Kriegsende kontrollierte Gebiet hinaus ausdehnen. Man war zwar der Ansicht, dessen expansionistische Ziele kennten keine Grenzen, aber man glaubte nicht, daß Stalin dafür einen Krieg oder gar einen Weltkrieg riskieren würde; daß er aber ganz gewiß zu Methoden der Subversion, des Bürgerkriegs und der politischen Erpressung greifen würde, davon war man überzeugt. Für die fernere Zukunft, für eine Zeit, in der die UdSSR über Atomwaffen verfügen würde, mit denen sie die Abschreckung durch das amerikanische Nuklear-Monopol in Frage stellen konnte, mochte man in London und Washington sogar einen Angriffskrieg Stalins nicht ausschließen[5].

Auf diese vermutete Bedrohung hin entwickelten Großbritannien und die Vereinigten Staaten parallel eine allgemeine politische Strategie, die in den USA *containment policy*, Eindämmungspolitik, genannt wurde, die aber in Großbritannien genauso existierte. Die beiden Regierungen hatten damals eine bemerkenswert ähnliche Sicht der sowjetischen Bedrohung und eine bemerkenswert ähnliche Reaktion darauf[6], wobei Großbritanniens Labour-Regierung die Administration Harry Trumans womöglich sogar behutsam führte[7]. So war es zum guten Teil der Einfluß Ernest Bevins, der Truman dazu bewog, von einer Interpretation der Eindämmungspolitik abzukommen, die feste militärische Verpflichtungen (in der Form von Verteidigungsbündnissen) ablehnte. Zwar fand Bevin in Washington Verständnis und Sympathie vor, besonders bei Außenminister Dean Acheson, aber ohne Bevins Einfluß wäre das nordatlantische Bündnis in seiner heutigen Form kaum zustande gekommen[8].

---

[3] Elisabeth Barker, Churchill and Eden at War, London 1978, Teil IV, insbes. S. 246 ff.; vgl. auch Julian Lewis, British Military Planning for Post-War Strategic Defence, 1942–1947, Diss. Oxford 1981; Daniel Yergin, The Shattered Peace, London 1978, S. 67 ff.; Victor Rothwell, Britain and the Cold War, London 1982, S. 85 ff., insbes. S. 115.

[4] Foreign Relations of the United States (im folgenden: FRUS) 1946/VI, S. 969 ff., Kennans „Long Telegram" vom 22. Februar 1946. Zu Kennans Einfluß s. Louis Halle, The Cold War as History, London 1967, S. 105, und John Lewis Gaddis, Strategies of Containment, New York 1982. Zu Sir Frank Roberts' Einfluß vgl. Elisabeth Barker, The British Between the Superpowers, 1945–1950, London 1983, S. 44 f.; Rothwell, Britain, S. 247 ff.; Ray Merrick, The Russia Committee of the British Foreign Office and the Cold War, 1946–1947, in: Journal of Contemporary History XX/3 (Juli 1985).

[5] Rothwell, Britain, S. 255 ff. Der NSC-Report vom 30. März 1948 in FRUS 1948/I, Teil 2, S. 546, das britische Bastion Paper des Foreign Office von Juli/August 1948, in: Public Record Office, Richmond, Surrey (im folgenden: PRO), FO 371/72196, R 10197/8476/G.

[6] Gaddis, Strategies, Kap. 2 und 3; Barker, The British, S. 79 ff.; Merrick, Russia Committee, S. 453 ff.

[7] Peter Boyle, The British Foreign Office and American Foreign Policy, 1947–1948, in: American Studies XVI/3 (1982), S. 373 ff.

[8] Vgl. hierzu Boyle, Foreign Office; Barker, The British, Kap. 5 und 6; Alan Bullock, Ernest Bevin, Foreign Secretary, Oxford 1983, Teil IV; Martin Folly, Breaking the Vicious Circle: Britain, the United States, and the Genesis of the North Atlantic Treaty, in: Diplomatic History XII/I (Winter 1988), S. 59 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewisse Unterschiede zwischen den Auffassungen der beiden Verbündeten bestanden jedoch bis zum Ende des Jahres 1948 (und wieder nach 1951). Churchill hatte 1944 mit der Moskauer Prozent-Vereinbarung *(percentages agreement)* implizit das Konzept der Interessensphären anerkannt, als er mit Stalin aushandelte, welchen Einfluß die beiden Mächte auf die osteuropäischen Staaten haben sollten. Der Premierminister hatte dazu zwar weder sein Kabinett noch das Parlament konsultiert[9], aber sein Denken stand dabei fest in der pragmatischen Tradition britischer Außenpolitik, nach der einzig die Bedrohung britischer Interessen Grund für Konflikte mit anderen Mächten sei und gemäß der nützliche Arrangements aus ideologischen Gründen allein nicht ausgeschlagen wurden. Auch Anthony Eden war als Churchills Außenminister an den Moskauer Verhandlungen beteiligt gewesen. Er empfand sie keineswegs als *appeasement of dictators*: Die Prozent-Vereinbarung wurde von Churchill und Eden nicht als Schwäche Großbritanniens im Konflikt mit einem ideologischen Gegner angesehen, sondern als das pragmatische Abkommen zweier Großmächte darüber, wie man sich gegenseitig nicht ins Gehege komme. Churchill und Eden hielten es damals also durchaus noch für möglich, daß Stalin sich auf seine Interessensphäre beschränken und die Interessen des britischen Empire nicht bedrohen würde.

Noch Mitte 1948 war die von Attlee und Bevin geführte Labour-Regierung, die die von den Konservativen dominierte Kriegsallianz unter Churchill und Eden abgelöst hatte, lediglich dazu bereit, sich für eine Verteidigung der Staaten an der Peripherie des sowjetischen Herrschaftsbereichs einzusetzen, aber sie spielte nicht mit dem Gedanken, Stalins Herrschaft jenseits des Eisernen Vorhangs in Frage zu stellen. Diese Grundhaltung der britischen Regierung wurde in einem als „Bastions Paper" bezeichneten Dokument vom Sommer 1948 dargelegt[10]. Das Dokument spiegelte zwar die inzwischen gewachsene Überzeugung wider, daß Stalin versuchen würde, die von den Briten akzeptierte Trennungslinie zwischen Ost und West zu überschreiten. Aber immer noch zeigte sich darin eine rein defensive Haltung der britischen Labour-Regierung, die keinen Grund dafür sah, eine ideologische Kontroverse auszufechten.

Diese implizite Anerkennung von Interessensphären entsprach jedoch nicht der vorherrschenden amerikanischen Einstellung. In einer anderen, auf die Ideale der Pilgerväter zurückgehenden, Tradition und in einem anderen Selbstverständnis wurzelnd, waren die Vereinigten Staaten seit ihrer Entstehung von ihrer moralischen Überlegenheit überzeugt. Die langjährige Abkapselung von der korrupten Alten Welt im Zeichen der Monroe-Doktrin erfolgte unter der Prämisse, daß sich allein auf diese Weise die amerikanischen Ideale von Freiheit und Demokratie gegen per-

---

[9] Martin Gilbert, Winston Churchill, Bd. VII: Road to Victory – 1941–1945, London 1986, S. 991 ff.; David Carlton, Anthony Eden, London 1981, S. 244 f.

[10] Das Bastion Paper ist bislang von der Geschichtsschreibung vernachlässigt worden. Vgl. hierzu Beatrice Heuser, Western Containment Policies in the Cold War – the Yugoslav Case, 1948–1953, London 1989, Kap. 1.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

niziöse Einflüsse aus der Alten Welt behaupten könnten. Der amerikanische Isolationismus und die Anerkennung von Interessensphären durch die USA vor dem Ersten Weltkrieg und während der Zwischenkriegszeit ließen sich in einer Epoche weltumspannender Konflikte jedoch nicht durchhalten. Wenn aber die Welt die USA gegen deren Willen in Konflikte hereinriß, dann mußte die Welt eben verändert werden – in Woodrow Wilson's berühmten Worten aus dem Ersten Weltkrieg: „Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden." Die Übernahme amerikanischer Ideale und Regierungsmethoden würde, so dachte man in Washington, eine solche Veränderung zum Guten bewirken und zu einem dauerhaften Weltfrieden führen[11].

Hinzu kam, daß der politische Wertekodex der USA auf der festen Überzeugung beruhte, daß die gesamte Menschheit – wenn ihr nur die Wahl gelassen würde – das freiheitlich-demokratische Regierungssystem westlicher Provenienz dem „Joch des Kommunismus und Totalitarismus", wie es nach dem Zweiten Weltkrieg ausgedrückt wurde[12], vorziehen würde. Den Vereinigten Staaten kam dabei in ihrer eigenen Sicht die Rolle des Bannerträgers westlicher Werte zu. Dieses amerikanische Sendungsbewußtsein war nun allerdings nicht weniger global in seinen Geltungsansprüchen als das sowjetische. Ausdrücklich wurde nämlich, wie wir sehen werden, die weltweite Durchsetzung westlicher Ideale als langfristiges Ziel amerikanischer Außenpolitik benannt.

So enthielt die amerikanische Eindämmungspolitik nach 1947 einen missionierenden, über die eigene Hemisphäre weit hinausreichenden Anspruch: Wenn der Weltfriede durch die UdSSR bedroht war, so mußte eben nicht nur alles getan werden, um deren befürchtete Expansion zu verhindern: die Sowjetunion selbst mußte geschwächt werden, indem sie aus dem Bereich, den sie bereits beherrschte, zurückgedrängt wurde[13]. Danach konnten die „befreiten" Gebiete zur Demokratie bekehrt werden. So erklärte der amerikanische Außenminister George Marshall am 17. März 1948 einigen amerikanischen Botschaftern: „[The] ultimate United States objectives toward Sov[iet] Balkan satellites – Yugoslavia, Albania, Bulgaria, Rumania and Hungary – may be summarized as [the] establishment [of] those states as democratic independent members [of the] family of nations, under conditions guaranteeing [their] people's (sic!) effective enjoyment [of] human rights and non-discrimination against US interests and interests of other peace-loving states." Der Außenminister hob hervor, daß die Amerikaner auf eine Befreiung Osteuropas von der „totalitären sowjetischen Balkan-Hegemonie" hofften, „die den Willen der demokratischen Mehrheit unterdrücke"[14]. Diese vermutete Unzufriedenheit wurde

[11] Zur Logik der Kennanschen Containment-Politik vgl. NSC 20/1 vom 18. August 1948 in: Thomas Etzold, John Gaddis (Hrsg.), Containment – Documents on American Policy and Strategy, 1945–1950, New York 1978, S. 173 ff.

[12] Frank Ninkovich, The Diplomacy of Ideas, Cambridge 1981, S. 8 ff. und S. 61 ff.

[13] Ebenda, S. 164 ff. Vgl. NSC 7 vom 30. März 1948.

[14] George Marshall an den amerikanischen Botschafter in Jugoslawien, 17. März 1948, FRUS 1948/IV, S. 312.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von der amerikanischen Regierung durch Radiosendungen der *Voice of America* geschürt[15].

Aber darauf beschränkten sich die amerikanischen Maßnahmen nicht. Ein von Truman bestätigtes *policy-paper* des *National Security Council* (NSC 7 vom 30. März 1948), das mit der Bestätigung durch den Präsidenten Gesetzescharakter erlangte, trug den Titel „The position of the United States with Respect to Soviet-Directed World Communism". Hier hieß es: „[...] the USSR is attempting to gain world domination [...] A defensive policy cannot be considered an effectual means of checking the momentum fo communist expansion and inducing the Kremlin to relinquish its aggressive designs [... Instead,] the United States has open to it the organization of a worldwide counter-offensive against Soviet-directed world communism [...] The United States should [... aim] at undermining the strength of the communist forces in the Soviet world [...], develop a vigorous and effective ideological campaign [...], develop and [...] carry out a coordinated program to support underground resistance movements in countries behind the iron curtain, including the USSR." Darüber hinaus sollten Gelder bereitgestellt werden, „um den von der Sowjetunion gelenkten Weltkommunismus zu bekämpfen"[16].

Dieses *policy-paper* ist in Verbindung zu sehen mit der Direktive NSC 10/2 vom 18. Juni 1948, mit der eine neue CIA-Abteilung für „Special Projects" geschaffen wurde. Sie bekam den Auftrag, in Friedenszeiten verdeckte Operationen zu planen und durchzuführen: „[...] ‚covert operations' are understood to be all activities [...] which are conducted or sponsored by this government against hostile foreign states or groups or in support of friendly foreign states or groups but which are so planned and conducted that any US Government responsibility for them is not evident [...] and that if uncovered the US Government can plausibly disclaim any responsibility for them. Specifically, such operations shall include [...] propaganda; economic warfare; preventive direct action, including sabotage, anti-sabotage, demolition, and evacuation measures; subversion against hostile states, including assistance to underground resistance movements, guerillas and refugee liberation groups [...]." Offene Kriegshandlungen sollten allerdings ausgeschlossen bleiben[17]. Es muß unterstrichen werden, daß, wie noch zu zeigen sein wird, diese politische Strategie während der Amtszeit Trumans formuliert und auch verschiedentlich angewandt worden ist, obwohl Eisenhower und sein Außenminister Dulles in ihrer Wahlpropaganda 1952 den Anschein erweckten, die Politik Trumans sei lediglich passiv und defensiv gewesen[18].

Die amerikanische Regierung machte sich also eine Politik zu eigen, die bewußt die Politik des sowjetischen Gegners nachahmen sollte. Der *National Security Coun-*

[15] Kovrig, Myth of Liberation, S. 80 ff.

[16] FRUS 1948/I, Teil 2, S. 546 ff., s. auch Ninkovich, Diplomacy, S. 139 ff.

[17] Etzold/Gaddis, Containment, S. 125 ff. Das Chatham House definierte Kalten Krieg als „all mischief short of war".

[18] Yurechko, From Containment, S. 134 f., S. 156 ff., S. 299 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cil sah eine „weltweite Gegenoffensive", einschließlich der „Befreiungspolitik", als einzige Möglichkeit an, die „weltweite Fünfte Kolonne" des von der Sowjetunion geführten Weltkommunismus' zu besiegen. Die Begründung lautete: „Eine defensive Politik, die versucht, überall stark zu sein, läuft das Risiko, überall schwach zu sein."[19] Dem lag die Auffassung zugrunde, daß die kommunistischen Parteien in Westeuropa unmittelbare Werkzeuge Stalins seien, mit denen dieser versuche, Länder wie Frankreich und Italien aus der „freien Welt" herauszubrechen und unter kommunistische Herrschaft zu bringen. Obendrein sahen London und Washington zu diesem Zeitpunkt im griechischen Bürgerkrieg einen von Stalin unterstützten kommunistischen Subversionsversuch eben jener Art, wie die USA sie jetzt planten[20]. Daß diese Interpretation eine Fehleinschätzung war, konnte man im Westen damals noch nicht ahnen. Die amerikanische „Befreiungspolitik" wurde von ihren Urhebern also als Vergeltung von Gleichem mit Gleichem empfunden[21].

Während die Briten in der Formulierung defensiver Maßnahmen gegen die sowjetische Bedrohung den Vereinigten Staaten vorangingen, entwickelten sie erst etliche Monate nach den USA das Konzept einer „Befreiungspolitik", die sie womöglich noch stärker als jene als Gegenoffensive verstanden. Dabei ist zu bemerken, daß die Labour-Regierung damit von Churchills Interessensphären-Pakt mit Stalin, dem *percentages agreement*, abging, und zwar ebenfalls in der Annahme, Stalin halte sich im Falle Griechenlands und auch anderswo nicht an diese Abmachung.

Am 25. November 1948 stellte Robert Hankey, einer der führenden Beamten des britischen Foreign Office, seinen Kollegen im „Russia Committee" ein Programm vor, nach dem britische Politik gegenüber „der sowjetischen [Macht-]Sphäre in Europa" nicht mehr rein defensiv bleiben, sondern, ohne allerdings in einen „heißen Krieg" umzuschlagen, offensiv werden sollte. Hankeys Vorschläge fanden allgemeine Zustimmung. Die kriegerische Stimmung des Treffens spiegelt sich in der Forderung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe Lord Tedder wider, daß, wie er sagte, „wir es uns zum Ziel setzen sollten, den Kalten Krieg innerhalb von fünf Jahren zu gewinnen (womit er den Sturz des sowjetischen Regimes meinte)".

In der Diskussion gab einer der ranghöchsten Diplomaten, *Deputy Under-Secretary of State* Sir Ivone Kirkpatrick, zu bedenken, daß Großbritanniens finanzielle Lage und auch die öffentliche Meinung es wohl ratsam machten, „jegliche Art von Offensivoperationen zunächst in einem kleinen Gebiet zu beginnen". Dabei nannte er Albanien. Wäre es nicht möglich, regte er an, hier einen Bürgerkrieg anzufangen? Er sah darin ein Gegenstück zum griechischen Bürgerkrieg, von dem man ja annahm, die Sowjetunion habe ihn entzündet und fache ihn weiterhin an. Gladwyn Jebb, der Vorsitzende des Komitees, gab zu bedenken, daß die Beobachter der Vereinten Nationen in Griechenland von solchen westlichen Operationen in Albanien gewiß hören und sie an die Öffentlichkeit bringen würden. Daraufhin kam Sir Ivone

[19] Etzold/Gaddis, Containment, S. 166.
[20] Vgl. das Bastion Paper; wie Anm. 5.
[21] Vgl. Anm. 13.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kirkpatrick auf den Gedanken, die Operation von albanischen Widerstandsgruppen durchführen zu lassen. Kirkpatricks Vorschlag wurde angenommen, und die Mitglieder des Komitees kamen überein, das Vorhaben mit den Amerikanern zu koordinieren[22].

Damit schwenkte die britische Regierung ebenfalls zur „Befreiungspolitik" über. Die gemeinsame anglo-amerikanische Operation in Albanien wurde zum bekanntesten Versuch ihrer Umsetzung. Mitte Februar 1949 gab Ernest Bevin grünes Licht für das Projekt, dessen Ziel es war, Albanien von der sowjetischen Machtsphäre abzutrennen[23]. Julian Amery, einer der drei Hauptorganisatoren dieses Unternehmens auf britischer Seite, strich dessen Vergeltungscharakter heraus: „Stalin versuchte, die pro-westliche Regierung in Athen zu stürzen, deshalb, so glaube ich, haben wir das Recht, den Versuch zu machen, die pro-sowjetische Regierung in Tirana oder sogar in Sofia zu stürzen, wenn wir das wollen."[24]

Es ist noch ungeklärt, ob die Briten die Amerikaner auf diese Idee gebracht haben oder ob diese selbst an eine solche Möglichkeit gedacht hatten. Ende März 1949 hatte der griechische Kriegsminister jedenfalls bereits von einer amerikanischen Beteiligung an einer „indirekten Operation in Albanien" Kenntnis[25]. Das früheste auffindbare amerikanische Dokument zu diesem Projekt ist das Protokoll einer Sitzung des *Policy Planning Staff* im State Department. Es trägt das Datum des 1. April 1949. Dort wurde beschlossen, Aktivitäten zu starten, um zur Etablierung eines neuen Regimes in Albanien – und, falls möglich, auch anderswo – beizutragen, das „anti-kommunistisch und deshalb pro-westlich" sein würde. Dazu sollte umfassender Gebrauch von den Flüchtlingsorganisationen gemacht werden, „representing the various free movements within the satellite countries. Assistance and, wherever possible, support should be given to elements within the captured countries which represent a weakness in the political control within the Russian orbit."[26]

Das fügte sich nahtlos in die schon zuvor von der amerikanischen Regierung formulierte „Befreiungspolitik". Jetzt war allerdings nicht mehr von der Einsetzung demokratischer Regierungen in Osteuropa die Rede, vielmehr hätten sich die USA auch mit jedem anderen antikommunistischen Regime abgefunden. Im Falle Albaniens waren die Exilanten beispielsweise bestrebt, die Monarchie wiederzuerrichten[27].

Die Pläne für Albanien wurden am 14. September 1949 zwischen Ernest Bevin und Dean Acheson in Washington besprochen[28]. Deren Umsetzung, die sich über die folgenden vier Jahre erstreckte, entwickelte sich allerdings zu einem veritablen Desaster. Die meisten der albanischen Exilanten, die mit dem Fallschirm über Alba-

[22] RC (16) 48 vom 25. November 1948; PRO, FO 371/71687.
[23] Bethell, Great Betrayal, S. 9.
[24] Ebenda, S. 38.
[25] Vgl. den Bericht des Militärattachés in Athen, 26. März 1949; Service Historique de l'Armée de Terre Château de Vincennes, Vincennes, Paris (im folgenden: SHAT), Akte „Grèce", No. 56.
[26] FRUS 1949/V, S. 12f.
[27] Bethell, Great Betrayal, S. 57, S. 183f.
[28] FRUS 1949/VI, S. 415.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nien absprangen, wurden sofort entdeckt, noch an Ort und Stelle umgebracht oder verhaftet. Dieser Fehlschlag ist zum Teil auf den Dilettantismus in der Ausführung des Planes zurückzuführen[29], zum Teil auf angloamerikanische Rivalitäten, die eine effektive Koordination oft erschwerten[30], vorwiegend aber auf die Tatsache, daß einer der vier Organisatoren der Operation der sowjetische Agent Kim Philby gewesen ist; er vertrat den britischen Geheimdienst (SIS). Philby informierte seine Kontaktleute offensichtlich genauestens über alle Bewegungen. Die Operation zog sich bis Ende 1953 hin, doch sie fand bereits von Anfang 1950 an nur noch beschränkte Unterstützung durch das britische Foreign Office und das State Department. Dort bestand die Befürchtung, den eben beendeten Bürgerkrieg in Griechenland durch Aktivitäten in Albanien erneut zu entfachen bzw. Stalin einen Vorwand für Militäraktionen gegen das benachbarte Jugoslawien zu liefern[31]. Auf die Festnahme der nach Albanien eingeschleusten Exilanten folgten dort Säuberungen und Schauprozesse, die jegliche Hoffnung auf die Etablierung von Widerstandsbewegungen auslöschten[32].

Ein Kommentar Kim Philbys beleuchtet den Grundirrtum des ganzen Projekts: Nach der Auffassung des Agenten hätte der Einsatz von Exilanten allenfalls dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn das Land vor Unzufriedenheit geradezu gebrodelt hätte. Philby wies darauf hin, daß die Albanier, die von den westlichen Geheimorganisationen in ihr Heimatland eingeschleust wurden, nirgendwo mit offenen Armen aufgenommen wurden[33]. Nun könnte man diese Bemerkung gewiß als einen besonders boshaften Kommentar ansehen, denn Philby hatte schließlich selbst maßgeblich für deren schrecklichen Empfang gesorgt. Im Kern war seine Analyse aber durchaus zutreffend. Es gab tatsächlich keinerlei Anzeichen von Bereitschaft oder gar eine manifeste Neigung zu einem Massenaufstand in Albanien[34]. Die falsche Annahme der beiden westlichen Geheimdienste war zum Teil auf das Fehlen von Informationen aus erster Hand, auf zweifelhafte Gerüchte und auf Wunschdenken zurückzuführen. Weder die Briten noch die Amerikaner hatten damals diplomatische Berichterstatter im Lande, sondern mußten sich ganz auf französische Berichte verlassen.

Andererseits war im Weltbild der Regierungen in London und Washington die Vorstellung tief verwurzelt, in Albanien herrsche lebhafte Unzufriedenheit und es existiere dort eine anti-kommunistische Fünfte Kolonne, die vielleicht sogar die Mehrheit der Bevölkerung umfasse: Man war davon überzeugt, es dränge die Bevölkerungen in Stalins Einflußbereich geradezu zu einem Aufstand. Walter Bedell Smith, zunächst amerikanischer Botschafter in Moskau und später Chef der CIA

[29] Bethell, Great Betrayal, S. 127 ff.

[30] Ebenda, S. 99. S. auch Kim Philby, My Silent War, New York 1968, S. 161.

[31] Vgl. FRUS 1950/IV, S. 365 f.

[32] Wie Anm. 29.

[33] Philby, Silent War, S. 62.

[34] In den Berichten der französischen Botschaft in Tirana gibt es keine Hinweise auf Widerstandsbewegungen; vgl. Ministère des Affaires Etrangères, Paris (im folgenden: MAE), Serien Z Europe und EU Europe.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(und damit mitverantwortlich für die „Befreiungs"-Organisationen), etwa beschrieb den Eisernen Vorhang „als einen Deich, der die schäumenden Strudel der aufgestauten Gefühle der Osteuropäer zurückhält"[35]. Bis zu einem gewissen Grad lebten die westlichen Regierungen in dem Glauben, für die meisten Menschen sei kommunistische Tyrannei schlimmer als der Tod. Es war diese Fehlperzeption, auf die Kim Philby hinwies: Nach den Verheerungen des Krieges war es wenig realistisch anzunehmen, daß eine Mehrheit der Bevölkerung, die vielfach nur das nackte Leben gerettet hatte und oftmals noch immer von Hungersnot bedroht war, darauf aus sein könnte, sich in neuerliche ungewisse Abenteuer zu stürzen.

Eine weitere Operation, über die uns Genaueres bekannt ist, hat Züge des Tragikomischen. Im Juni 1948 wurde die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus dem kommunistischen Kontrollverband, der Kominform, ausgestoßen. Das hatte eine komplizierte Vorgeschichte, die sich vereinfachend dahingehend zusammenfassen läßt, daß Tito eine nach Stalins Auffassung zu radikale Außenpolitik betrieben hatte. Tito hatte ein naives Unverständnis für die Befehle Stalins gezeigt, die Hilfe für die griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg gegen die königliche Regierung einzustellen; die Westmächte sollten nicht zu schwerwiegenden Gegenmaßnahmen provoziert werden. Stalin bestrafte den uneinsichtigen jugoslawischen Führer mit Ausschluß aus der Kominform, und zwar in der Hoffnung, daß dieser Schritt eine Palastrevolution der jugoslawischen Führung auslösen würde. Die Führungsspitze hielt jedoch weitgehend zusammen und stellte sich hinter den bestürzten Tito, der zunächst nur unaufhörlich beteuern konnte, man habe sich in Moskau geirrt, er und seine Partei hätten das reinste Gewissen[36].

Die Westmächte ihrerseits hatten diese Vorgänge nun ebenfalls gründlich mißverstanden. Von der Annahme ausgehend, Stalins Herrschaft sei für die kommunistischen Regierungen Osteuropas sogar eine noch größere Quelle des Unbehagens als politischer Einfluß der Westmächte, glaubten diese, Tito habe aus freien Stücken mit Stalin gebrochen[37]. Allgemein fehlte im Westen das Verständnis für das simple Faktum, daß die osteuropäischen Regierungen (mit Ausnahme derer in Belgrad und Tirana) ihre Stellung der Anwesenheit der Roten Armee verdankten. Ohne deren Präsenz hätten sie kaum eine Chance gehabt, sich zu etablieren. Im übrigen waren die antikommunistische Propaganda der *Voice of America* und die westliche Kritik an der Durchführung der Wahlen dort nicht dazu angetan, den osteuropäischen Regierungen die Zusammenarbeit mit dem Westen als eine Alternative zur Bindung an Moskau nahe zu bringen[38].

---

[35] Walter Bedell Smith, Mission to Moscow, 1946–1949, London 1950, S. 179.

[36] Erst ein Jahr später, aus der Notwendigkeit heraus, die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber ihrer Partei zu verstärken, entwickelte die jugoslawische Führung eine Kritik an Stalins Regime, die schließlich weit über den Vorwurf hinausging, sich in Tito getäuscht zu haben. S. Beatrice Heuser, Perceptions of the Tito-Stalin-Split, in: The South Slav Journal, X/3, Herbst 1987.

[37] Ebenda.

[38] Diese Hoffnung ist ausgesprochen in NSC 18/2 vom 17. Februar 1949; United States National Archives, Washington, D.C. (im folgenden: USNA), NSC Documents.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor dem Hintergrund ihrer Fehlinterpretationen beschlossen die Regierungen in Washington und London unmittelbar nach Bekanntwerden des Tito-Stalin-Zerwürfnisses, den jugoslawischen Staatschef gegen den sowjetischen Diktator zu unterstützen, falls dies erforderlich werden sollte. Als Alternative zu Tito konnte man sich im Westen nur eine von Stalin noch viel abhängigere Figur vorstellen. Beide Außenministerien gingen davon aus, daß etwa ein Versuch, die Regierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zu stürzen, der UdSSR nur den begehrten Vorwand für eine militärische Intervention liefern würde[39]. Darüber hinaus glaubte man, die behutsame Unterstützung Titos würde auf lange Sicht auch andere osteuropäische Regierungen dazu ermutigen, ihrerseits Stalins Herrschaft abzuschütteln. Dieses politische Konzept gegenüber Jugoslawien wurde Anfang Juli 1948 vom amerikanischen *National Security Council* angenommen und von Truman bestätigt[40]. Es bildete die Grundlage der jahrelangen Wirtschafts- und Militärhilfe der Vereinigten Staaten für Tito. Mit der prinzipiellen Bereitschaft, antistalinistische, aber nichtsdestoweniger kommunistische Regime zu unterstützen, war ein neues Element der „Befreiungspolitik" geboren. Mit diesem Schritt taten die USA zugleich aber einen Schritt fort von einer rein ideologischen Begründung amerikanischer Außenpolitik, die die Welt zur Freiheit, zur Respektierung der Menschenrechte und zum Frieden bekehren wollte.

Die Entscheidung des NSC und des amerikanischen Präsidenten, Tito zu unterstützen, hinderte die CIA nun allerdings nicht daran, ein halbes Jahr später zu versuchen, Titos Regierung zu stürzen. Die CIA begann damit, monarchistische Flüchtlinge nach Jugoslawien einzuschleusen, vorwiegend serbische Chetniki, die im Zweiten Weltkrieg einen erbitterten Bürgerkrieg gegen Titos Partisanen geführt hatten[41]. Diese Männer waren ausgerechnet in amerikanische Luftwaffenuniformen gesteckt worden, und es scheint, daß sie – ähnlich wie die unglücklichen Albanier in ihrer Heimat – sofort von der Geheimpolizei gefangengenommen und in ein Konzentrationslager verbracht worden sind. Der Transport dorthin ging über den Belgrader Hauptbahnhof, wo einige von ihnen auch als ehemalige Chetnik-Führer erkannt wurden. Diplomaten der französischen Botschaft, die davon erfuhren, fragten bei ihren verwunderten amerikanischen Kollegen an, was diese Vorgänge zu bedeuten hätten[42].

Der amerikanische Botschafter in Belgrad, Cavendish Cannon, der erst jetzt von der CIA-Operation erfuhr, war entsetzt. Ende Januar 1949 machte er dem State Department nachdrücklich deutlich, die Idee, Titos Fall könne die Bedingungen für eine repräsentativere und mehr zum Westen hin orientierte jugoslawische Regierung schaffen, solle ein für alle Mal begraben werden. Moskau würde eine Schwächung Titos vielmehr sofort dazu ausnützen, um militärisch zu intervenieren[43]. Vermutlich

[39] Vgl. die Berichte G. T. C. Campbells aus Belgrad von Juni/Juli 1948; PRO, FO 371/72579 und FO 371/72583.

[40] Vgl. FRUS 1948/IV, S. 1079 ff.

[41] Batemans Anmerkung vom 17. Februar 1949; PRO, FO 371/78715, R 2160.

[42] Militärattaché in Belgrad an das Verteidigungsministerium, 14. Januar 1949; SHAT, Yougoslavie, Relations Extérieures.

[43] FRUS 1949/V, S. 858 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus Sorge, daß seinem Appell kein Gehör geschenkt würde, informierte Cannon auch seinen britischen Kollegen von dem Vorfall; dabei hielt er mit seiner eigenen Meinung dazu nicht hinter dem Berg. So fand die Intervention Cannons ihren Weg nach London, wo bis zu Außenminister Bevin hinauf einstimmig „dieses idiotische amerikanische Benehmen" gerügt wurde, das die CIA sich leiste. Bevin schloß sich Cannon's Appell an die Washingtoner Regierung an, sofort die CIA-Operationen in Jugoslawien einzustellen[44]. Es hat den Anschein, als habe die CIA sogar ohne Wissen des *National Security Council* und des Präsidenten gehandelt[45]. Der vermutlich erste Versuch, „Befreiungspolitik" zu praktizieren, endete auf eine Art und Weise, die für diese Politik bezeichnend war.

1950 begann der Koreakrieg, der tiefgreifende Wirkung auf die westliche Perzeption der sowjetischen Bedrohung hatte. Wiederum ist nicht entscheidend, ob Stalin den Angriff Nordkoreas auf Südkorea tatsächlich befohlen oder ihn zumindest bereitwillig zugelassen hatte, sondern, daß dies im Westen allgemein angenommen wurde[46]. Der Angriff auf Südkorea erfolgte, als westliche Geheimdienste gerade eine in Zukunft erhöhte Aggressionsbereitschaft der Sowjetunion vorausgesagt hatten. Der Angriff schien diese Prognose auf das eindrucksvollste zu bestätigen[47]. Außerdem nahmen die wichtigsten Entscheidungsträger in den USA, Großbritannien und Frankreich an, der Koreakrieg sei vielleicht nicht gerade der erste Schritt zu einem Weltkrieg, aber wahrscheinlich doch der erste Schritt in einer Serie weltweiter expansionistischer Bewegungen[48]. Im Westen war man davon überzeugt, daß dieser Krieg eine neue Phase sowjetischer Außenpolitik einleite[49]. So wurden Attacken auf Finnland, die Bundesrepublik, Jugoslawien, Griechenland oder den Iran befürchtet[50].

Bekanntlich reagierten die Partner im NATO-Bündnis mit verstärkter Aufrüstung und mit der Gründung der eigentlichen nordatlantischen Militär-Organisation[51]. Pläne für die Militarisierung des Bündnisses hatten zwar schon vor dem Koreakrieg in den amerikanischen und britischen Planungsgremien existiert[52], aber es ist zwei-

---

[44] Anmerkungen von Bateman, Sargent, Roberts, sowie Telegram No. 2057 des Foreign Office nach Washington; PRO, FO 371/78715, R 2160/10345/92 G.

[45] Vgl. FRUS 1948/IV, S. 1079 ff., sowie NSC 18/2 vom 17. Februar 1949; USNA, NSC Documents.

[46] NS 1052/68 vom 1. Juli 1950: „The Soviet Union and Korea", vgl. auch den Bericht der französischen Botschaft in Moskau vom 3. Juli 1950; MAE, EU 31-9-1, Bd. 47. PRO, FO 371/86756. S. auch Dean Acheson, Present at the Creation, London 1969, S. 304; Rosemary Foot, The Wrong War, Ithaka 1985, S. 58 f. Zum Folgenden auch Heuser, Western Containment, Kap. 5.

[47] Robert Jervis, The Impact of the Korean War on the Cold War, in: Journal of Conflict Resolution XXIV/4 (Dez. 1980), S. 580.

[48] Vgl. z. B. FRUS 1950/I, S. 361.

[49] Charles Bohlen, Witness to History, 1929–1969, New York 1973, S. 292.

[50] Harry S. Truman, Memoirs, Bd. 2: Years of Trial and Hope, London 1956, S. 359; PRO, DEFE 7/743 Item 39 vom 18. Juli 1950.

[51] Robert Osgood, NATO – the Entangling Alliance, Chicago 1962, S. 68 ff.

[52] Ebenda, S. 70; Etzold/Gaddis, Containment, S. 389, S. 442; Warner Schilling, Paul Hammond, Glenn Snyder, Strategy, Politics and Defence Budgets, New York 1962, die Artikel von Schilling und Hammond; Samuel Wells, Sounding the Tocsin, NSC 68 and the Soviet Threat, in: International Security IV/2 (Herbst 1979), S. 116 ff.; John Lewis Gaddis, NSC 68 and the Problem of Ends

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

felhaft, ob sie hätten verwirklicht werden können, wenn die nötige Zustimmung zur Steigerung der Verteidigungsausgaben den Parlamenten nicht unter dem Schock des Kriegsausbruchs in Korea hätte abgerungen werden können[53]. Damals herrschte, was die Verstärkung der defensiven Maßnahmen gegen die Sowjetunion anlangte, jedenfalls Übereinstimmung bei den NATO-Partnern.

Allerdings entstanden bald Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die von den Vereinten Nationen beschlossene gemeinsame Verteidigung Südkoreas (die vom amerikanischen General MacArthur geleitet wurde) aussehen sollte und welche Risiken der Eskalation dabei in Kauf genommen werden konnten. Die Briten und die Franzosen sahen MacArthurs Strategie als unnötig provozierend gegenüber Maos junger Volksrepublik an, die auch prompt auf der Seite Nordkoreas in den Krieg eintrat[54]. Trumans öffentliche Erklärung, die USA würden dem Gebrauch der Atombombe nicht von vornherein abschwören, die in Westeuropa regelrechte Schockwellen auslöste, wurde gleichfalls als unnötig provozierend angesehen[55].

Der französische Botschafter in Moskau, Yves Chataigneau, diagnostizierte seinerseits die Angst der UdSSR vor einer feindlichen Einkreisung, einer Empfindung, der die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die NATO wohl Nahrung gegeben habe. Er hatte auch den Eindruck, Moskau fühle sich durch das Aufrüstungsprogramm der NATO direkt bedroht[56]. In London löste die riskante Fernostpolitik Trumans und MacArthurs sogar bei dem großen Architekten der amerikanischen Bindung an Europa, Ernest Bevin, und bei Premierminister Clement Attlee Überlegungen darüber aus, ob die Vereinigten Staaten etwa einen generellen Ost-West-Konflikt provozieren wollten. Beide Politiker machten sich Gedanken darüber, wie die Amerikaner wohl zu „bremsen" seien[57]. Mit dieser bemerkenswerten Entfremdung zwischen der Labour-Regierung und der Truman-Administration, deren Ostpolitik noch im Jahr zuvor beinahe identisch gewesen war, begann die entscheidende Phase des Zerfalls der *special relationship*, des besonders engen Verhältnisses zwischen Washington und London[58].

Zusätzlich zu ihrer risikoreichen Koreapolitik und zur Aufrüstung leiteten die Vereinigten Staaten nun nämlich auch eine Intensivierung ihrer „Befreiungspolitik" ein. Auch für deren Ausweitung hatte es bereits vor dem Kriegsausbruch in Korea

---

and Means, in: International Security IV/4 (1979/1980), S. 164 ff.; Kenneth Morgan, Labour in Power, 1945–1951, Oxford 1984, S. 424; Kenneth Harris, Attlee, London 1982, S. 455.

53 Wie vorige Anm.

54 S. z. B. Note de la Sous-Direction d'Europe Orientale, 31. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités, vol. 95. Ebenso das Memorandum vom 31. August 1951; EU 31-9-1, vol. 48.

55 Vgl. Bullock, Bevin, S. 791; Peter Lowe, The Origins of the Korean War, London 1986, S. 206 ff.

56 Bericht der französischen Botschaft in Moskau vom 30. März 1951; MAE, EU 31-9-1, vol. 48; s. auch den Bericht vom 22. Oktober 1951, ebenda.

57 Vgl. das Papier F 10345/2 G vom 3. Januar 1951 (PRO, FO 371/92067) und das Dokument PM/51/4 vom 12. Januar 1951 (PRO, PREM 8/1439); Michael Dockrill, The Foreign Office, Anglo-American Relations and the Korean War, in: International Affairs LXII/3 (1986), S. 459 ff.

58 Roger Morgan, The Transatlantic Relationship, in: Kenneth Twitchett (Hrsg.), Europe and the World, London 1976.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanische Pläne gegeben. Ihre Bestätigung durch Truman verdankten sie der Schockwirkung des Angriffs auf Südkorea[59]. Am 15. Januar 1951 forderten die amerikanischen Stabschefs die Regierung nicht nur zur Wiederaufrüstung auf, sondern auch zu einem „koordinierten und integrierten Kreuzzug gegen den vom Kreml beherrschten Kommunismus überall in der Welt" sowie zu einem „umfassenden Programm psychologischer Kriegsführung, einschließlich ‚special operations'". Wie wir gesehen haben, war „special operations" der gebräuchliche Euphemismus für subversive Geheimdienstoperationen. Der Ausdruck „Kreuzzug", so wurde erklärt, sei im Sinne einer „energischen und aggressiven Unternehmung zur Förderung einer Idee oder eines Anliegens" gemeint[60].

Der *National Security Council* nahm diese auch noch an anderer Stelle vorgebrachte Empfehlung als NSC 100 an, und die subversiven Maßnahmen, die aus den Jahren vor dem Koreakrieg datierten, wurden ausgeweitet. Zusätzlich zur *Voice of America* wurde im Oktober 1951 *Radio Free Europe* eröffnet. Dessen Präsident, C. D. Jackson, erklärte unverblümt, seine Station habe das Ziel, „Aufruhr in den Ländern [zu] schaffen, die unsere Sendungen empfangen". General Lucius D. Clay beschrieb die Aufgabe von *Radio Free Europa* damit, jenen Menschen „den Tag der Befreiung vorbereiten zu helfen, die hinter dem Eisernen Vorhang gefangen sind"[61]. Im Juli 1951 wurde von der amerikanischen Regierung ein Ausschuß für Psychologische Kriegsführung geschaffen, der Propaganda und andere Aktivitäten effektiver koordinieren sollte. Der *Mutual Security Act* von Mai 1951 stellte weitere amerikanische Gelder bereit, um Oppositionsgruppen im sowjetischen Machtbereich zu unterstützen. In der zweiten Jahreshälfte wurde auch jene CIA-Sektion stark ausgebaut, deren Aufgabe es war, solche Aktivitäten zu koordinieren. Im folgenden Jahr wurde das *Office for Special Operations* mit dem *Office for Policy Coordination (OPC)* verschmolzen. 1949 hatte das OPC eine Personalstärke von 302 Mitarbeitern gehabt, 1952 waren es allein in den USA 2812 Mitarbeiter, im Ausland 3142[62].

Ebenfalls mit Hilfe dieser nun bereitgestellten Gelder wurden Emigranten-Gruppen in militärischen Einheiten organisiert[63]. Die wichtigste von ihnen, die unter dem polnischen General Wladislaw Anders, nahm für sich in Anspruch, insgesamt 6.250.000 Mann hinter dem Eisernen Vorhang mobilisieren zu können; die Emigrantengruppen selbst zählten ungefähr 239000 Mann, darunter Polen, Bulgaren, Ungarn, Rumänen und Tschechen. Man ging dabei von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Koreakrieges aus, wo sich gezeigt hatte, daß aus Emigranten bestehende Kadergruppen rasch zu größeren Kampfverbänden umgeformt werden konnten, indem Flüchtlinge aus den umkämpften Gebieten integriert wurden.

---

59 Vgl. NSC 68 vom April 1950; s. Etzold/Gaddis, Containment, S. 434 f., S. 440.

60 Vgl. FRUS 1951/I, S. 63.

61 Kovrig, Myth of Liberation, S. 93 ff.

62 Vgl. US Senate, 94th Congress, 2nd session, Report No. 94–755, Supplementary Detailed Staff Reports on Foreign and Military Intelligence, Book IV, „Final Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities", von Anne Karalekas, S. 31 f.

63 Yurechko, From Containment, S. 65 f., S. 90 ff., S. 128, S. 300.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General Anders selbst hatte im Zweiten Weltkrieg polnische Emigranten auf alliierter Seite gegen die Achsenmächte ins Feld geführt. In den USA wurde nun sogar daran gedacht, die Truppen von General Anders als eine Art internationale Brigade dem NATO-Befehlshaber in Europa (SACEUR) zu unterstellen[64].

In das Jahr 1951 fielen auch die Versuche, in der Ukraine, im Baltikum und im Kaukasus Unabhängigkeitsbewegungen in Gang zu setzen, die die Sowjetunion von innen heraus aufspalten sollten. Von diesen Operationen wissen wir wenig, aber es ist sicher, daß sie gänzlich erfolglos blieben[65]. Die größte Zahl von Agenten und umstürzlerischen Gruppen wurde allerdings in Fernost eingesetzt. Deren Aktivität in den Turbulenzen des Koreakrieges bestand vorwiegend aus paramilitärischen Operationen auf dem chinesischen Festland, die bis in die Nixon-Ära hinein ihre Fortsetzung fanden[66].

Die Franzosen waren von der Ausweitung der amerikanischen „Befreiungspolitik" in den Jahren 1951/1952 wenig begeistert. Selber hatten sie wohl nie eine solche Politik entwickelt, und es ist fraglich, ob sie über die Maßnahmen der USA und Großbritanniens immer voll ins Bild gesetzt worden sind. Am 31. August 1951 äußerte die Osteuropa-Abteilung des Quai d'Orsay die Ansicht, es sei gefährlich, die Zahl der Rebellen in Osteuropa zu vergrößern: Die Rebellen „bringen unter den gegenwärtigen Umständen zu große Risiken für die, die sich zu einem Aufstand erheben würden. In diesem Sinne können die letzten Interventionen von ‚Free Europe' als unglücklich, unnütz und gefährlich angesehen werden. Auf ein versklavtes Land Traktate loszulassen, die verkünden, daß die Stunde der Befreiung nah sei, ist [...] zur gegenwärtigen Stunde eine Unehrlichkeit [...] Derzeit sind wir weder moralisch noch physisch bereit, in den kommenden Monaten den ‚Anti-Stalinistischen Kreuzzug' zu beginnen, den ‚Free Europe' zu prophezeien scheint." Die Abteilung schlug vor, die französische Regierung solle die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Gefahren lenken, denen „wir die Völker der Vasallenstaaten der Sowjetunion aussetzen, indem wir sie vorzeitig dazu aufstacheln, das Joch abzuschütteln, das auf ihnen liegt". Schließlich sei das Nordatlantik-Bündnis „auf *defensiver* Basis begründet worden, es sollte seiner Bestimmung treu bleiben"[67].

Der Leiter der Europaabteilung, François Seydoux, stimmte diesem Memorandum zu. Er befand, daß es von größter Bedeutung für die Sicherheit des NATO-Gebietes sei, daß die Bevölkerung Westeuropas den Willen habe, einem sowjetischen Angriff Widerstand entgegenzusetzen. Das würde aber nur dann der Fall sein, wenn sich diese ganz und gar mit dem identifiziere, wofür die NATO stehe, und wenn „die öffentliche Meinung [in Westeuropa] davon überzeugt sei, daß Moskau die volle Verantwortung für den Krieg trage". Seydouxs Abteilung sah durchaus, daß „die Regierung der Vereinigten Staaten [...] die Hauptverantwortung bei der

[64] Memorandum von François Seydoux vom 20. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités 95, VII.

[65] Rositzke, Americas Secret Operations, S. 335 f.; Philby, Silent War, S. 163 f. S. auch Chataigneau's Note für den Präsidenten vom 20. Januar 1953 bezüglich der Aktivitäten in der Ukraine und dem Kaukasus; Archives Nationales, Paris, Archives Bidault, 457 AP 48.

[66] Karalekas, Final Report, S. 36.

[67] Memorandum vom 31. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités 95, VIII.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bestimmung der Politik der Koalition" trage. Daraus folge aber, daß die NATO nur dann die Unterstützung der Öffentlichkeit in Westeuropa – des strategisch wichtigsten Gebietes des Bündnisses im Konfliktfall – besitze, wenn sich nicht nur die NATO in ihrer ganzen Haltung, sondern auch die Außenpolitik der USA durch ein gewisses Maß an Integrität auszeichne[68].

Es förderte das Verhältnis zwischen den Bündnispartnern also nicht, daß der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Dwight D. Eisenhower, und sein künftiger Außenminister, John Foster Dulles, die Befreiung Osteuropas zu einem Hauptpunkt ihres Wahlprogrammes machten. (Daß ihre Politik in der Sache dann wenig von der Trumans abwich, ist hier unerheblich[69].) Mitte Februar 1953 beklagte sich die Osteuropaabteilung des Quai d'Orsay jedenfalls über die amerikanische Politik: „Bis jetzt erscheint sie eher rhetorisch als real. Deswegen ist sie aber nicht weniger gefährlich. Sie hat viel stärkere Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in den atlantischen Ländern als auf jene in den Satelliten der UdSSR. Wenn sich das Zurückdrängen *[roll-back]* ohne Krieg erreichen läßt, mag es ja gut sein, aber falls das nicht so ist und man dauernd davon redet, wird es die Einheit der [nordatlantischen] Allianz zutiefst erschüttern."[70] Diese Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik gegenüber dem sowjetischen Machtbereich ist insofern beachtenswert, als sie einiges zu der französischen Kritik an der Abhängigkeit der eigenen Außenpolitik von den USA beisteuerte, die ein Jahrzehnt später zum Austritt Frankreichs aus der NATO führen sollte. Doch es waren nicht nur die Franzosen, die sich wegen der verstärkten amerikanischen „Befreiungspolitik" Sorgen machten. Der Staatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang, war im Januar 1951 ebenfalls bestrebt, „die Amerikaner von einem unklugen und gefährlichen Kurs abzubringen"[71]. Ebenso wie die Franzosen wollten die Briten jetzt alles vermeiden, was der sowjetischen Regierung den Eindruck vermitteln konnte, es stehe ein westlicher Angriff bevor. Obwohl Großbritannien im Gegensatz zu Frankreich selbst eine „Befreiungspolitik" entwickelt hatte, war London mittlerweile nicht mehr glücklich darüber; Geheimdienst-Operationen im sowjetischen Machtbereich erschienen der Regierung nun untunlich. Vielleicht markiert die Rückkehr Churchills und Edens an die Macht Ende 1951 den Wendepunkt im britischen Denken. Voraus ging ein Wandel der Einstellung im Foreign Office, wo die Konsequenzen einer so riskanten „Befreiungspolitik" zunehmend stärkere Befürchtungen auslösten[72]. Auch das trug zur Störung der Harmonie zwischen London und Washington bei.

---

[68] Papier vom 23. August 1951; MAE, EU 31-9-1, vol. 48.

[69] Yurechko, From Containment, S. 134 ff.; Michael Guhin, John Foster Dulles, New York 1972, S. 155 ff.

[70] MAE, EU 31-9-1, vol. 50, ohne Nummer, 18. Februar 1953.

[71] Memorandum F 10345/2 G vom 3. Januar 1951; PRO, FO 371/92067.

[72] Die Briten zogen sich aus der albanischen Affaire Anfang 1952 zurück, nachdem die Konservative Partei wieder an die Regierung gekommen war. Es gab für diesen Rückzug auch andere Gründe, z. B. das Mißtrauen der CIA Kim Philby gegenüber und der mangelnde Erfolg der Operation; vgl. Bethell, Great Betrayal, S. 180 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Washington bestand zu dieser Zeit die Befürchtung, die Wiederkehr Churchills und Edens könne die Restauration der Interessensphären-Politik von 1944 bedeuten. Am Vorabend des Besuches von Churchill und Eden in den USA, im Januar 1952, warnte ein Bericht des amerikanischen Vorbereitungskomitees davor, die Briten – von einem größeren Optimismus hinsichtlich der sowjetischen Absichten beseelt – könnten Übereinkünfte mit dem Sowjet-Block in der Tradition ihrer Interessensphären-Politik womöglich für wünschenswert halten. Das Komitee prophezeite, die Briten würden unter Churchill und Eden vermutlich wieder dazu neigen, den status quo in Osteuropa hinzunehmen. Sie würden sich wohl auch gegen subversive Operationen aussprechen, die die Spannungen zwischen Ost und West erhöhen oder den Kreml gar zu einem Angriffsakt provozieren könnten. Das sei in den Augen der Briten die Kehrseite einer langfristigen Schwächung der Sowjetunion durch „politische Kriegsführung"[73].

Es ist nicht klar, ob Churchill und Eden diesen Punkt während ihres Besuches zur Sprache brachten, aber das Foreign Office hegte weiterhin Sorgen wegen der amerikanischen „Befreiungspolitik". Eine Analyse des britischen Außenministeriums für Eden vom 25. August 1952, die sich mit einer Wahlrede Eisenhowers über die „Befreiung Osteuropas" befaßte, sagte klar, daß solche Äußerungen falsche Hoffnungen unter den betroffenen Völkern erweckten. Andererseits wollte das Foreign Office durchaus nicht den Anschein erwecken, Großbritannien nehme die diktatorischen Regime in Osteuropa, die so eindeutig unter Moskaus Herrschaft standen, widerspruchslos hin; das müsse die Osteuropäer allzusehr entmutigen[74]. Die Vorstellung von einem weltweiten ideologischen Kampf war nicht mehr ganz aus dem britischem Denken zu verdrängen, nachdem es dort einmal seinen Einzug gehalten hatte.

Churchill, wieder an der Regierung, steuerte seinen alten Kurs der Verhandlungspolitik. Er glaubte auch weiterhin an die Vorzüge einer direkten Aussprache mit Stalin. Es ist in Anbetracht der sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Griechenland nach 1944 nicht ganz von der Hand zu weisen, daß dies eine Form und eine Ebene der Verhandlung war, die auch von Stalin ernst genommen wurde. Doch aus dem von Churchill angestrebten Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Führer wurde nichts mehr[75]. Nach dem Tod Stalins im März 1953 schien es den Briten besonders einleuchtend zu sein, daß die Fortsetzung der „Befreiungspolitik" einer Verbesserung der Beziehungen zum noch unsicheren Nachfolgeregime in der UdSSR hinderlich sein müsse. Am 3. Juli 1953 wies der Außenminister, Lord Salisbury, das britische Kabinett auf die gefährliche Neigung der Amerikaner hin, „to interpret the situation behind the Iron Curtain as already very shaky and therefore to advocate the early liberation of the satellite countries. The last thing we want to do is to bait the Rus-

[73] Zit. bei Carlton, Eden, S. 331.

[74] Memorandum WY 1052/38 G vom 11. September 1952; PRO, FO 371/102180.

[75] Carlton, Eden, S. 331 ff.; John Young, Churchill, The Russians and the Western Alliance: the three-power conference at Bermuda, December 1953, in: English Historical Review (1986), S. 889 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sian and satellite Governments into taking measures against them [...] We must of course keep the spirit of freedom alive in Eastern Europe, but we should also counsel prudence and restraint." Daher wollte Salisbury, in Übereinstimmung mit Churchill und dem Kabinett, Dulles zu Verhandlungen mit der Sowjetunion auf höchster Ebene bewegen[76].

Dulles zeigte sich in den anschließenden Gesprächen mit Salisbury und dem französischen Außenminister Bidault verständnisvoll[77]. Das deutet auf eine vorübergehende Abschwächung der „Befreiungspolitik" auch auf Seiten der Amerikaner hin. Schon die letzten politischen Grundsatzformulierungen des *National Security Council* der Regierung Truman (beispielsweise jene vom August 1952) ließen vorübergehend einen vorsichtigen Ton im Hinblick auf gefährliche Reaktionen seitens der Sowjetunion anklingen, die durch die „Befreiungspolitik" provoziert werden könnten. NSC 141 vom Januar 1953 stoppte vorübergehend sogar den ständig wachsenden Strom der Gelder für Geheimoperationen, mit denen die Kontrolle der UdSSR über ihre Satelliten geschwächt werden sollte[78].

Für die Zeit nach dem Tod Stalins versiegen die ohnehin spärlichen Quellen zur westlichen „Befreiungspolitik" zusehends. Danach kann man Schlußfolgerungen fast nur noch indirekt ziehen und muß sich auf das Glatteis der *argumenta ex silentio* wagen. Unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt im Januar 1953 haben Eisenhower und Dulles anscheinend zeitweilig Zurückhaltung walten lassen. Beispielsweise unterstützte die amerikanische Regierung in keiner Weise die Aufstände in der DDR und in Polen, die nach dem Tode Stalins ausbrachen und die eine gewisse Stimulanz wohl auch durch die über *Radio Free Europe* ausgestrahlten westlichen Versprechungen auf Unterstützung erfahren hatten. Im Falle des Aufstandes vom 17. Juni 1953 kommt noch hinzu, daß die USA sich trotz großer Pläne und vollmundiger Rhetorik nicht wirklich mit praktischen Planungen auf den Ernstfall eines solchen Aufstandes vorbereitet hatten. Die völlige Verwirrung, mit der Washington auf den Tod Stalins reagierte, zeigt schon, wie wenig man dort in der Lage gewesen wäre, tatsächlich Hilfsleistungen irgendwelcher Art zu organisieren. Damit erfüllten sich die französischen Prophezeiungen, nach denen leere Versprechungen Widerstandsgruppen in Osteuropa leicht zum Verhängnis werden konnten[79].

Das Ende des Jahres 1953 brachte allerdings eine Wiederbelebung des amerikanischen Bekenntnisses zur „Befreiungspolitik". Wiederum hieß es – in NSC 174 –, das amerikanische Ziel sei es, den sowjetischen Einfluß in Osteuropa zu beseitigen[80]. Auch dehnten die Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit die Aktivitäten auf andere Regionen der Welt aus. So gab es beispielsweise 1954 Subversionsversuche in

[76] Papier C (53) 187 vom 3. Juli 1953; PRO, CAB 129/61. Anthony Seldon, Churchill's Indian Summer, London 1981, S. 396 ff., sowie Dokument C. C. (53) 39th vom 6. Juli 1953, Item 3; PRO, CAB 128/26.

[77] Papier C. C. (53) 44th vom 21. Juli 1953, Item 4; PRO, CAB 128/26.

[78] NSC 135/1 vom 15. August 1952, in: FRUS 1952–1954, Bd. II, S. 82 ff.

[79] Yurecho, From Containment, S. 217 ff.

[80] NSC 174 vom 11. Dezember 1953; USNA.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lateinamerika (Guatemala), die Operationen gegen die Volksrepublik China liefen vermutlich unvermindert fort[81]. Auch wurden weiterhin die Hoffnungen östlicher Unabhängigkeitsbewegungen auf Hilfe aus dem Westen wach gehalten, aber sie wurden – wie in der DDR 1953 – neuerlich enttäuscht: Die USA sahen untätig zu, als 1956 die ungarische Selbstbestimmungsbewegung von sowjetischen Panzern erdrückt wurde[82].

Man wird nicht sagen können, daß die anti-kommunistischen Operationen der USA vom Typ der „Befreiungspolitik" damit ihr Ende fanden, auch wenn wir keine klaren Anzeichen anhaltender Aktivitäten in Osteuropa haben. Die erfolglose und blamable Schweinebucht-Landung von 1961, die Invasion Kubas, war von der CIA nach dem gleichen Muster geplant worden wie die jugoslawischen und albanischen Operationen: Auch hier wurden Flüchtlinge aus dem kommunistisch regierten Land in ihre Heimat zurückgeschleust, um den vermeintlich bereits existierenden Widerstand zu organisieren, einen Aufstand anzufachen und die Regierung zu Fall zu bringen. Die sechziger Jahre sahen großangelegte paramilitärische Operationen dieser Art in Laos und Indochina. Sie wuchsen sich dort schließlich – endgültig das Feld der „covert activities" verlassend – zur Beteiligung regulärer amerikanischer Truppen am Vietnamkrieg aus. Nach Einsetzen des Tauwetters in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen seit Nixon verlagerte sich das Schwergewicht solcher Aktivitäten aus Ostasien zeitweilig nach Schwarzafrika. Etliche Projekte der USA in Lateinamerika fallen wohl noch heute in die Kategorie von „special operations" zur Bekämpfung des Kommunismus.

Im Rückbild auf die Jahre 1948 bis 1953 scheint es, als sei die „Befreiungspolitik" von falschen Voraussetzungen ausgegangen: Sie überschätzte das Ausmaß der Bereitschaft, das zu Lebzeiten Stalins in den sowjetisch kontrollierten Ländern Osteuropas in der Bevölkerung bestand, sich gegen die Herrschaft der Sowjetunion zu erheben. Nach dem Tode des „Bolschoj Vozhd" entwickelten sich tatsächlich gewisse Emanzipationsbewegungen dort. Da die USA letztlich aber zu keinem Zeitpunkt bereit waren, sich durch ernsthafte Unterstützung solcher osteuropäischer Bewegungen in eine direkte Konfrontation mit der UdSSR zu begeben und einen Weltkrieg zu riskieren, mußten sich jene Regimegegner und Rebellen, die auf die USA gezählt hatten, verraten fühlen. Subversive Aktivitäten wurden in Regionen verlagert, in denen ein direkter Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit der UdSSR nicht wahrscheinlich war. Doch es fiele schwer, sogar für jene Regionen ein Beispiel für einen amerikanischen Erfolg zu finden.

In ihrer Anwendung auf Osteuropa und dann auf Rotchina erschütterte die „Befreiungspolitik" spätestens von 1951 an den Zusammenhalt innerhalb der NATO. Das Bündnis war geboren aus einer den darin zusammengeschlossenen Staaten gemeinsamen Furcht vor einem kriegerischen Ost-West-Konflikt; durch eben dieses Verteidigungsbündnis sollte ein militärischer Zusammenstoß verhindert

[81] Karalekas, Final Report, S. 49.
[82] Kovrig, Myth of Liberation, Kap. 5.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Daher kam der Integrität der Politik der einzelnen NATO-Mitglieder gegenüber dem gemeinsamen Gegner – die unbedingt zu messen war an den Kriterien der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts sowie an den Idealen, in deren Namen die Regierungen zu handeln erklärt hatten[83] – ein entscheidender Stellenwert für den Zusammenhalt des Verteidigungspaktes zu. So populär die „Befreiungspolitik" in den USA bei den Minoritäten osteuropäischer Herkunft gewesen sein mag, so unpopulär war eine derart provokante Politik der Führungsmacht bei den NATO-Partnern. Ihr Bekenntnis zum Bündnis war freiwillig gewesen und wurzelte in der Überzeugung, daß es einen friedensbewahrenden, nicht-offensiven Grundcharakter hatte. Gewannen die europäischen Partner den Eindruck, die Vereinigten Staaten trügen unmittelbar dazu bei, das Ost-West-Verhältnis zuzuspitzen, oder deren Kurs berge die Gefahr, sogar einen Krieg zu provozieren, so mußte dies den Zusammenhalt des Bündnisses ernstlich bedrohen. Die Erhaltung der Verteidigungsallianz mit Europa ist immer der Eckstein amerikanischer Außenpolitik gewesen[84]. Mit ihrer „Befreiungspolitik" haben die Vereinigten Staaten einige Zeit lang selber kräftig daran gerüttelt.

---

[83] Ninkovich, Diplomacy, S. 168 ff. Man denke auch an die Diskrepanz zwischen dem politischen Klima der McCarthy-Ära in den USA und deren Kreuzzug für die Meinungsfreiheit in den anderen Ländern der Welt.

[84] Westeuropa wurde als strategisch wichtigstes Gebiet für die Verteidigung der USA angesehen. Vgl. NSC 7 in: Etzold/Gaddis, Containment, S. 168, worin die Stärkung Westeuropas als wichtigste aller Maßnahmen bezeichnet wurde, die die USA zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung treffen sollten.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HANSJAKOB STEHLE

BISCHOF HUDAL UND SS-FÜHRER MEYER

Ein kirchenpolitischer Friedensversuch 1942/43

Ideologische Verblendung erzeugt oft auch Blindheit für machtpolitische Opportunität. Daher war das nationalsozialistische Regime nach anfänglichen konkordatären Kompromissen auch angesichts der Kriegsnotwendigkeiten nicht fähig, einen „weltanschaulichen" Gegner wie die römisch-katholische Kirche durch taktische Zugeständnisse zu neutralisieren oder sich deren – ohnehin zwischen Widerstand und Anpassung schwankende – Überlebensstrategie zunutze zu machen. Gleichwohl gab es Ansätze dazu; sie sind, dilettantisch und halbseriös betrieben, gleichsam im Niemandsland zwischen den geistig-politischen Fronten gescheitert. So ein bislang kaum beachteter „kirchenpolitischer Friedensversuch", den 1942/43 ein römischer Bischof und ein Berliner SS-Führer, beide schillernde Figuren und kritische Anhänger des Regimes, in Gang setzen wollten[1].

Am 15. Oktober 1942 empfing Bischof Alois Hudal, der Rektor des deutsch-österreichischen Kollegs „Santa Maria dell'Anima" in Rom, einen geheimnisvollen Besucher; er stellte sich als SS-Obersturmbannführer Dr. Waldemar Meyer vor und wollte sich zunächst „in ganz unverbindlicher privater Weise über die Möglichkeiten einer Bereinigung und eventuellen Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Deutschland informieren". So stand es im Empfehlungsschreiben, das Meyer vorwies und das die Unterschrift eines alten Bekannten Bischof Hudals trug, des Herzogs Georg zu Mecklenburg. Der Herzog, der 1920 zur katholischen Kirche übergetreten war und über „gute Verbindungen zum Vatikan verfügte", lebte – nachdem 1940 sein mecklenburgisches Schloß Remplin von nationalsozialistischen Brandstiftern als „papistische Zelle ausgeräuchert" worden war – in Berlin. Hier lernte er Meyer kennen: einen wohlhabenden Geschäftsmann mit hohem SS-Rang,

[1] Die folgende Darstellung stützt sich vorwiegend auf den im Archiv des „Pontificio Istituto Teutonico di S. M. dell'Anima" in Rom befindlichen Nachlaß Bischof Alois Hudals (geb. 1885 in Graz, gest. 1963 in Rom; 1923–1952 Rektor der „Anima"); auf hinterlassene Papiere und Dokumente Waldemar Meyers (1884–1956) im Besitz von Ralf Meyer-Ohlenhof (München); auf Mitteilungen Dr. Beckers aus dem Staatsarchiv/Sigmaringen und dem Hausarchiv Hohenzollern (Personal-Akte Meyer NVA 15/169); auf Auskünfte von Dr. Carl Gregor Herzog zu Mecklenburg (Hechingen) vom 9. 12. 84 über seinen Vater Herzog Georg (geb. 1899 in Oranienburg bei St. Petersburg, gest. 1963 in Sigmaringen). Der Autor dankt den genannten Archiven und Personen, vor allem dem „Anima"-Rektor Dr. Johannes Nedbal für den Zugang zum Hudal-Nachlaß.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der gesellschaftlich in Kreisen des preußischen Hochadels, vor allem des Hauses Hohenzollern, verkehrte und auf seine „guten Beziehungen" zum Reichsführer SS Heinrich Himmler anzuspielen pflegte. Doch war Meyer nicht – wie sonst alle SS-Führer – aus der Kirche ausgetreten, sondern bekannte sich als evangelischer Christ und kritisierte die nationalsozialistische Kirchenpolitik. Meyer gab vor, daß es Kräfte in SS und Partei gebe, die eine neue grundsätzliche Verständigung mit Vatikan und katholischer Kirche anstrebten, und daß daher ein günstiger Augenblick für eine Sondierung in Rom bestehe. Das Vertrauen des Herzogs und dessen Empfehlung nach Rom gewann er schließlich auch dadurch, daß er sich als „persönlicher Freund" des Fürsten Friedrich, des Chefs der katholischen Linie des Hauses Hohenzollern (Sigmaringen), und als Teilnehmer an politischen Salongesprächen im Schloß Cäcilienhof des Kronprinzen Wilhelm ausweisen konnte.

Um einen Vermittlungsversuch in Rom einzuleiten, schien Bischof Hudal die richtige Adresse zu sein. Denn dieser österreichische Rektor der „Anima" hatte schon 1936, also vor dem „Anschluß", in einem 300 Seiten langen Buch „vom christlichen Standpunkt einen Weg zum Verständnis des Nationalsozialismus zu ebnen" versucht: Zwar sei die überspitzte Form der NS-Rassedoktrin als unchristlich abzulehnen, doch „niemand im katholischen Lager leugnet das Positive, Große und Bleibende, das in dieser Bewegung gelegen ist", schrieb Hudal[2]. Er galt seitdem als der „braune Bischof", war aber vom Vatikan nur milde, ohne Amtsenthebung, gemaßregelt worden. Unverdrossen versuchte er gleichwohl immer wieder, die nationalsozialistische Kirchenpolitik, die er stets nur dem Einfluß eines „linksradikalen" Flügels der Partei zuschrieb, zum Besseren zu „bekehren". 1941, etwa zur gleichen Zeit, als SS-Sturmbannführer Albert Hartl, ehemaliger Priester und Katholizismus-Referent im Reichssicherheitshauptamt, die „restlose Zerschlagung des gesamten Christentums" als Endziel verkündete, doch „für die weitere Dauer des Krieges" mit Rücksicht auf die Volksstimmung „grundsätzliche Maßnahmen gegen die Kirche und ihre Einrichtungen" untersagte[3], hatte Hudal ein Memorandum an Hitler gerichtet. Er plädierte darin für die Beendigung des Kirchenkampfes und bat, einen „außerordentlichen Bevollmächtigten und persönlichen Referenten des Führers" zur Aufnahme entsprechender Kontakte mit dem Vatikan zu entsenden, ja Hudal selbst unterbreitete für diese Mission eine Auswahl von fünf Personen[4]:

---

[2] Vgl. Alois Hudal, Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung, Leipzig 1937[5], S. 13, 116, 246. Hudal widmete das erste Exemplar des Buches Adolf Hitler – „dem Siegfried deutscher Hoffnung und Größe" (vgl. das Original in Hitlers Privatbibliothek, die in der Library of Congress, Washington, aufbewahrt wird). Dem Buch wurde erst nach Erscheinen, am 12. Februar 1937, vom Wiener Kardinal Innitzer das kirchliche „Imprimatur" erteilt (Hudal-Nachlaß); die Einfuhr des Buches nach Deutschland wurde beschränkt und nach dem „Anschluß" im Sommer 1938 die Verbreitung verboten.

[3] Vgl. „Vertraulicher Bericht der Kirchensachbearbeiter beim RSHA am 22. und 23. September 1941" (II B 585/41), Archiv IfZ 492/72, Fa 213).

[4] Das Memorandum ist in den Memoiren Hudals, die erst 13 Jahre nach seinem Tod erschienen (A. Hudal, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz (1976), nur fragmentarisch enthalten (S. 255–261). Die folgenden zitierten Teile (Manuskript-Seiten 411/12) hat Hudal

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„I. Major der Luftwaffe, Müller-Clemm (Hauptschriftleiter der ‚Essener Nationalzeitung', alter Parteigenosse, seit 1939 der deutschen Quirinalbotschaft zugeteilt). Erst vor wenigen Wochen hatte er auf meine Vermittlung eine lange Privataudienz beim Hl. Vater)[5]

II. Universitätsprofessor Srbick von Wien[6]

III. Generalmajor Glaise-Horstenau[7] (beide vorzügliche Kenner des süddeutschen Raums, der eine Rolle bei diesen Verhandlungen spielt)

IV. Prinz Schönburg-Hartenstein

V. Prinz Rohan, Wien.

Von allen scheint mir der Erstgenannte der beste zu sein. Dieser erste Schritt des Führers würde eine wesentliche Entspannung bedeuten, und, ich bin überzeugt, angesichts der noch immer deutschfreundlichen Haltung des Papstes in kurzer Zeit viel dazu beitragen, um die antideutsche, immer wieder aus dem Kirchenkampf gespeiste Propaganda – die sich natürlich auch untergeordneter Elemente des Vatikans bedient – im Keim zu ersticken."

Hudal konnte fast den Eindruck gewinnen, daß sein Vorschlag eine erste Wirkung gezeigt hatte, als Mitte Oktober 1942 Dr. Waldemar Meyer bei ihm in Rom erschien. Er wußte nicht, daß Hitler – so wenig er von antichristlicher Agitation nach Art seines Parteiphilosophen Alfred Rosenberg hielt – zu dieser Zeit gerne jeden, sogar den diplomatischen Kontakt mit den „Pfaffen" im Vatikan abgebrochen hätte und zu „keinerlei Entgegenkommen" bereit war, ja plante, nach Kriegsende auch das Reichskonkordat zu kündigen[8]. Hudal ahnte aber auch nicht, daß sein Besucher Meyer ohne politischen Auftrag und ohne Rückhalt bei einer konkreten „Oppositionsgruppe" war, sondern vor allem seinem eigenen Geltungsdrang folgte, den er mit einer nachrichtendienstlichen Aufgabe verband. Diese war im Empfehlungsschreiben Georg zu Mecklenburgs bewußt oder unbewußt angedeutet: „Ich wäre sehr innig dankbar, wenn Sie es für möglich halten würden, Dr. Meyer über die in Rom bestehenden Stimmungen, Auffassungen und Tendenzen zu informieren

---

herausgerissen und seinem bis 1973 verschlossenen Nachlaß im Anima-Archiv einverleibt, bevor er das Manuskript dem Verlag sandte, der es zum Teil irreführend redigiert hat. Siehe auch Franz Waser, Torso aus der Anima. Zu Bischof Hudals Memoiren, in: Theologisch-praktische Quartalsschrift Nr. 1/1978.

[5] In einem Brief an Pius XII. vom 28. Mai 1941 bat Hudal den Papst, Wolfgang Müller-Clemm zu empfangen, die Audienz jedoch geheimzuhalten (Hudal-Nachlaß). Müller-Clemm hat 1952 als Inhaber des „Pohl & Co. Verlags", München, Hudals Buch über die „Österreichische Vatikanbotschaft 1806–1918" publiziert.

[6] Heinrich Ritter von Srbik (1878–1951), großdeutsch orientierter Historiker, 1938–1945 Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien.

[7] Edmund Glaise von Horstenau (geb. 1882 Braunau/Inn, gest. 1946 im Lager Langwasser), 1941–1944 bevollmächt. deutscher General in Kroatien. Vgl. seine Memoiren, Ein General im Zwielicht. Eingeleitet und herausgegeben von Peter Broucek, Bd. 3., Wien 1988, Alois Fürst Schönburg-Hartenstein (1888–1973), ehem. österreichischer Heeresminister, Prinz Karl Anton von Rohan gab die mit dem Faschismus sympathisierende „Europäische Revue" heraus.

[8] Vgl. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche, Stuttgart 1977, S. 413–417.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und ihm auch Gelegenheit geben könnten, mit einflußreichen, solchen Gedanken zugänglichen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten." – Die Bitte um Vertraulichkeit – „um nicht Gegeneinwirkungen streng intransigenter, namentlich deutscher Kreise hervorzurufen" – schien nur darauf hinzudeuten, daß andere weniger „strenge" Kreise Meyer vorschickten.

Wer aber war dieser Waldemar Meyer? – 1884 in Lichtenberg (Brandenburg) als außerehelicher Sohn eines Prinzen Biron von Curland geboren und adoptiert von einem Arbeiter, der die Mutter Meyers heiratete, absolvierte er eine technisch-kaufmännische Lehre, dann eine Ausbildung als Automechaniker bei „Daimler-Benz" in Untertürkheim und gewann 1910 als Rennfahrer für Mercedes den „Coup de Cannes". Seit 1912 Kraftwagenmeister, dann während des ganzen Ersten Weltkrieges Chauffeur des Fürsten Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen (und daher mit hohen Hausorden dekoriert), war Meyer während der zwanziger Jahre in Süddeutschland Inhaber von Reparaturwerkstätten und Verkaufsvertretungen namhafter Autofabriken. 1923 beschaffte er sich in Berlin durch Vermittlung der österreichischen Steyr-Werke und durch Zuwendung einer hohen Spende an das katholische Studenten-Sozialwerk den Titel eines „Dr. phil. honoris causa" der Universität Innsbruck. Nachdem Meyer 1928 die Münchener Zweigniederlassung der Adler-Werke A. G. (die damals Kraftfahrzeuge produzierte) übernommen hatte, trat er im Oktober 1932 der NSDAP und der Allgemeinen SS bei – angeblich auf Anraten Jakob Goldschmidts, des jüdischen Direktors in der Frankfurter Geschäftsleitung der Adler-Werke, der sich davon einen Schutz vor Boykott bei der bevorstehenden Machtübernahme der Hitler-Partei versprach. Wegen seiner Verbindungen zu jüdischen Geschäftsleuten in Bayern, denen er 1938 die Emigration erleichterte und die sich dafür erkenntlich zeigten, wurde Meyer noch 1942 bei seinen SS-Vorgesetzten denunziert. Den Vorwurf, „judenfreundlich" zu sein, konnte er jedoch schon dadurch entkräften, daß er der SS-Führung mit einer Nebenbeschäftigung diente, die gewisse Tarnungen unumgänglich machte[9].

Schon in München und noch mehr in Berlin, wo Meyer 1938 Verkaufsdirektor der Adler-Werke wurde, wandte er sich vom Motorsport einem anderen, ebenso emsig betriebenen „Hobby" zu: „Seit 24. Juli 1933 bin ich ehrenamtlich im Nachrichtendienst (Inland und Ausland) tätig. Für diese Tätigkeit hatte ich stets Interesse und konnte auf Grund meiner vielseitigen ausländischen Verbindungen gute Erfolge erzielen", schrieb er am 29. August 1941 in einem Lebenslauf für das SS-Hauptamt.[10] Kaum einen Monat später, am 23. September 1941, wurde die Tagung der Kirchenspezialisten des Reichsicherheitshauptamtes mit der Arbeitsanweisung beendet: „Das augenblickliche Hauptgewicht auf dem kirchenpolitischen Sektor liegt bei der nachrichtendienstlichen Arbeit."[11]

---

[9] Vgl. dazu den Urteilsspruch der X. Entnazifizierungs-Spruchkammer, München, vom 4. 11. 1948 gegen den „Mitläufer" Waldemar Meyer (AZ: X.-12 302/48).

[10] Vgl. Personalakte Meyer im Document Center, Berlin.

[11] Vgl. Anm. 3.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch aber war Meyer mit einem anderen Thema beschäftigt. Seit 15. Oktober 1941 arbeitete er für ein „Sonderkommando" des (vorher im Auswärtigen Amt tätigen) SS-Sturmbannführers und Legationsrates Eberhard Freiherr von Künsberg. Die Einheit sollte in den von Hitlers Wehrmacht eroberten Gebieten wertvolle Dokumente, Bücher und Kunstwerke ausfindig machen und „sicherstellen". Aus sowjetischen Bibliotheken, Museen, Schlössern und Klöstern geraubte Beutestücke wurden mitten im Kriegswinter 1941/42 nach Berlin transportiert und in den Hallen der „Adler"-Vertretung Meyers (Hardenbergstraße 28) nicht nur gelagert und katalogisiert, sondern im März 1942 sogar ausgewählten Besuchern in einer Ausstellung gezeigt – darunter wertvollste Werke des 18./19. Jahrhunderts über Botanik aus der Bibikow-Bibliothek in Kiew[12].

Dabei schien Künsberg mit Meyer durch nicht nur geheimdienstliche Interessen verbunden zu sein. Da Meyer „geschäftlich" immer wieder in die Schweiz reiste, wo sein Schwager in Zürich einen Uhren-Großhandel betrieb, bot sich diskrete Gelegenheit, auch Nicht-Dienstliches zu erledigen. Die Schweizer Abwehr, die Meyer nach jedem Grenzübertritt „beschatten" ließ, hegte zwar Spionageverdacht[13]: „Militärisch ist er ein SS-Major in der Umgebung Hitlers (sic!) und zur Zeit in besonderer Mission beim Auswärtigen Amt", meldete die Bundespolizei. Doch Meyers Kontakte schienen vor allem kriegswichtigen technischen Einkäufen und der dazu nötigen Devisenbeschaffung zu dienen. So traf er sich, vermittelt durch seinen Schwager, auch mit dem international bekannten Finanzmakler, Goldhändler und Kunstsammler Arpad Plesch, zu dessen vielseitigen Aktivitäten in Lausanne als „S. Alberto Stiftung" auch eine Bibliothek für *Botanik* gehörte[14].

Arpad Plesch (1890–1974), jüdisch-ungarischer Herkunft, war vor Hitlers Machtergreifung aus Berlin emigriert; 1941 hatte er sich in der St. Peters-Basilika in Rom vom Päpstlichen Haushofmeister und Geheimkämmerer, Monsignore Alberto Arborio-Mella di Sant'Elia, katholisch taufen lassen; Pate war Monsignore Giovanni Montini, der spätere Papst Paul VI. Seitdem verfügte Plesch, der auch

[12] Vgl. das „Verzeichnis der Proben der vom Sonderkommando AA im Rußland-Einsatz sichergestellten Bestände, aufgestellt in der Dienststelle Hardenbergstraße, März, 1942", S. 19 Nr. 200–206 (Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Film Nr. 2885), siehe auch Anm. 14. Zu Person u. Tätigkeit Künsbergs vgl. auch IMT, Vol. VIII, S. 69 f., die „Künsberg-Papers" in den National Archives, Washington, T 178, Rolle 8 A, und die Dokumentation bei Leon Poliakov/Josef Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, Berlin 1956, S. 123 u. S. 325–28. – Angeblich ist Künsberg (geb. 1909), der zuletzt einem Panzerregiment der SS-Leibstandarte Adolf Hitler zugeteilt war, Anfang 1945 bei Budapest gefallen; seine Familie, die er 1943 in die Schweiz (Davos) gebracht hatte, ließ ihn, bevor sie 1951 nach Deutschland zurückkehrte, für tot erklären (Amtsgericht Erlangen, 31. 1. 1949).

[13] Vgl. die Schweizerische Polizeiakte Waldemar Meyers (Bestand E 4320 B 1973/17, Bd. 22, Fasz. C 2.8881) im Berner Bundesarchiv, dessen Direktor Dr. O. Gauye der Verf. dankt.

[14] Aus Pleschs botanischer Bibliothek wurden 863 Bände in drei Auktionen 1975 und 1976 von Sotheby in London für 1,16 Millionen Dollar versteigert. Darunter befanden sich alle im „Verzeichnis" der SS-Einsatzgruppe Künsberg (Vgl. Anm. 12) genannten und 1942 in Meyers Berliner Geschäftsräumen ausgestellten botanischen Titel (Vgl. „Book Auction Records", London, Vol. 72, S. 130, 145, 329, 409 u. Vol. 73, S. 99, 199, 319).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beträchtliche Spenden an die Kirche machte, über beste Beziehungen zum Vatikan. Auch Waldemar Meyer sollten sie zugute kommen; bei einer Begegnung mit Plesch im Hotel „Baur au Lac" in Zürich stellte sich Meyer als regimekritischer SS-Offizier vor, versprach Plesch, dessen Berliner Haus auf Umwegen abzukaufen[15], und erhielt ein Empfehlungsschreiben Pleschs für Monsignore Arborio-Mella in Rom[16].

So war Waldemar Meyer, als er Mitte Oktober 1942 – wahrscheinlich im Gefolge des Reichsführers SS Himmler[17] – nach Rom kam, bestens vorbereitet. Monsignore Arborio-Mella, der im Vatikan für Papst-Audienzen zuständig war, verschaffte ihm eine jener kurzen „privaten" Begegnungen mit Pius XII., von denen aus den Kriegsjahren weder Listen noch Aufzeichnungen erhalten sind. Dabei dürfte – da Meyer ohnehin keinen amtlichen Auftrag hatte und der Papst gegenüber Unbekannten noch diplomatisch-vorsichtiger war als sonst – nichts Konkretes besprochen worden sein. Die Tatsache der Audienz allein diente Meyer jedoch später in Berlin als gewichtiger Beweis für die Bedeutung von Vorschlägen, die er aus Rom mitbrachte und die in Wirklichkeit ausschließlich das Produkt des Gesprächs waren, das er mit Bischof Hudal geführt hatte. Daß Meyer eine Sondierung eigentlich nur aus eigener Initiative unternahm, wußte Hudal so wenig, wie sich Meyer vorstellen konnte, daß Hudal – ein Bischof in Rom! – ohne Absprache mit dem Vatikan einen „Kirchenpolitischen Befriedungsplan für Großdeutschland" unterbreiten konnte.

Der Text dieses „Plans", der in zwei Phasen entstand und ganz die Handschrift Hudals verrät, ist in dessen gedruckten Memoiren nicht enthalten[18]; er kann hier erstmals aus dem Manuskript im „Anima"-Archiv wiedergegeben werden (siehe die Dokumente 1 und 2 im Anhang). Das Papier präsentiert sich im ersten Teil, den Meyer im November 1942 nach Berlin mitnahm, als ein Versuch, die Nationalsozia-

---

15 Brief von Meyers Schwager Albarin an Plesch vom 29. 11. 1942 über die früher vereinbarte komplizierte Transaktion (Meyer-Nachlaß).

16 Vgl. Brief Meyers an Hudal vom 18. 9. 1946 (Hudal-Nachlaß) und Brief Arpad Pleschs an Meyer vom 17. 8. 1954 (Meyer-Nachlaß). Die geschäftlichen Transaktionen Pleschs mit deutschen Mittelsmännern, darunter NS-Funktionären, waren dem britischen Geheimdienst bekannt geworden, als die britische Marine ein Schiff aus Haiti (dessen Staatsangehörigkeit Plesch als Besitzer einer dortigen Zuckerfabrik besaß) im Atlantik kaperte und Geschäftskorrespondenz Pleschs fand. Das Material benutzte dann der britische Diversionssender „Gustav Siegfried 1", der sich als Untergrundsender einer innerdeutschen Opposition ausgab und u. a. damit tarnte, daß er Plesch als „Komplizen von Nazi-Bonzen" mit antisemitischen Beschimpfungen attackierte (Vgl. englische Übersetzung der Sendung vom 18. 10. 1943, vom US-Abhördienst des „Federal Communication Commission (FCC)" aufgezeichnet: Transcript Short Wave Broadcast 1648 101 543 G). Vgl. auch Ellie Howe, Die schwarze Propaganda, München 1983, S. 138.

17 Himmler war, besorgt über die Kriegslage, am 11. Oktober 1942 in Rom eingetroffen. Er wurde empfangen von Außenminister Graf Ciano, bei dem er sich auch nach der Haltung des Vatikans erkundigte, dem Ciano *„discrezione"* bescheinigte (Vgl. Galeazzo Ciano, Diario II, S. 205).

18 Vgl. Hudal, Römische Tagebücher, S. 262. Der Verlagslektor hat nach der 14. Zeile nicht markiert, daß der Autor von hier ab 36 Manuskriptseiten entfernt hatte. Deshalb bezieht sich der Anfang der 15. Zeile („Auch dieser Versuch ...") nicht auf Hudals Momorandum an Hitler von 1941, sondern auf die Meyer-Sondierung von 1942/43, von deren Scheitern dann die Rede ist, ohne daß ihr Inhalt zitiert wurde.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

listen von der Schädlichkeit ihrer Kirchenpolitik für ihre eigenen, auch ideologischen und propagandistischen Interessen im In- und Ausland zu überzeugen. Die Argumentation bewegt sich auf der Basis grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus und seines Regimes. Ohne die Verletzungen des Reichskonkordats seit 1933 zu erwähnen, wird als „Lösung" ausdrücklich nicht ein neuer „modus vivendi" vorgeschlagen, sondern das „nordamerikanische System" einer Trennung von Kirche und Staat. Er soll mit zwei „Staatsgrundgesetzen" eingeführt werden: das eine über die staatliche Einheitsschule, die jedoch den Religionsunterricht durch kirchen- und staatsloyale Lehrer garantiert; das zweite über eine formelle Garantie der Rechtspersönlichkeit, der Verwaltungs-Autonomie und des Grundbesitzes der Religionsgemeinschaften, wobei die Frage ihrer Finanzierung (Kirchensteuer) ebenso unbestimmt und verschwommen bleibt wie die gesamte staats- und völkerrechtliche Basis des „Plans". Der Vorschlag, das Reichskirchenministerium durch eine kirchenpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes zu ersetzen, scheint sogar Unkenntnis der bestehenden, von Polizei und Partei, aber auch vom „weltanschaulichen" Totalitätsanspruch des Regimes bestimmten kirchenpolitischen Mechanismen zu verraten.

Zweifellos war sich Bischof Hudal trotz seiner – ebenso unzweifelhaften – politischen Naivität dieser Mängel bewußt. Denn immerhin hatte er selbst drei Monate vor Meyers Besuch in Rom den Papst brieflich gebeten, angesichts der Bedrängnis der Kirche in der „Ostmark" (Österreich) dort ohne Rücksicht auf die Konkordats-Regelung drei vakante Bischofssitze zu besetzen. Am 28. Juli 1942 besuchte Hudal den Kardinalstaatssekretär Luigi Maglione, der darüber eine Aktennotiz hinterließ: „Mons. Hudal denkt, daß der Heilige Stuhl mit Vorsicht agiert, aber daß er verpflichtet sein wird, mit Festigkeit einzugreifen, um in Deutschland und den besetzten Gebieten die Kirche, die man zerstören will, zu retten."[19] So ist anzunehmen, daß Hudal den zitierten Vorschlag, den er ohne Wissen des Vatikans mit Meyer absprach und ihm nach Berlin mitgab, nur als ersten „Versuchsballon" betrachtete; Meyer hingegen diente das Papier – ebenso wie ein Portrait-Foto Hudals mit Widmung – als Legitimation seiner Rolle als Amateur-Vermittler.

Während der Wintermonate 1942/43 zeigte Meyer das vorgebliche „Vatikan"-Papier nicht nur seinen Freunden in Himmlers Umgebung; mehr Interesse fand er im Reichspropagandaministerium, wo Joseph Goebbels und seine Mitarbeiter beschäftigt waren, die Katastrophe von Stalingrad und den offensichtlichen Umschwung des Kriegsglücks zu „verarbeiten". Der Papst hatte in seiner Weihnachtsbotschaft am 24. Dezember 1942 zum erstenmal aller Welt zu verstehen gegeben, daß er wußte von den „Hunderttausenden, die ohne wirkliche eigene Schuld, manche nur wegen ihrer Nationalität oder Abstammung *(stirpe)* zum Tode oder zur

[19] Vgl. Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale (ADSS), Vol. 5, Dok. 419. Der Brief Hudals an den Papst in: Römische Tagebücher, S. 205 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fortschreitenden Verelendung bestimmt sind"[20]. War dies etwa die Vorankündigung eines offenen päpstlichen Entrüstungsschreis gegen den Massenmord an den Juden? Und konnte ein solcher Protest durch irgendein Entgegenkommen verhindert werden? Fragen dieser Art lagen nahe, obschon der deutsche Vatikanbotschafter Diego v. Bergen von einer Privataudienz am 27. Dezember 1942 berichten konnte, daß Pius XII. in längerem Gespräch zwar Zeichen von Zustimmung gab, als Bergen von der bolschewistischen Gefahr sprach, es jedoch „vermied, politische oder kirchenpolitische Fragen hineinzubeziehen"[21].

Inzwischen fühlte sich Bischof Hudal, der auf den nächsten Rombesuch Meyers wartete, durch eine merkwürdige Episode in seinen Vorstellungen bestärkt: Die Dezember-Ausgabe (1942) der von Benito Mussolini gegründeten faschistischen Monatszeitschrift „Gerarchia" veröffentlichte plötzlich einen zehnseitigen kritischen Aufsatz des Kulturphilosophen Francesco Orestano zur Kirchenpolitik des deutschen Verbündeten[22]: Man müsse sich fragen, welche Zukunft in der künftigen Ordnung Europas der christlichen Kultur zugedacht sei. Orestano beklagte das „Neuheidentum" und die „antichristlichen Programme" der nationalsozialistischen Bewegung; er lokalisierte ihre Wurzeln in einer geistesgeschichtlichen Entwicklung von Hegel über Nietzsche, Feuerbach und Marx – bei „spürbarer Teilnahme des jüdischen Elements". Es wäre aber „widersinnig, den Bolschewismus in seinen atheistischen, antichristlichen Lehren zu rehabilitieren". Europa brauche für seine „interkontinentale Mission von morgen" die christliche Idee. Auch Deutschland selbst sei von Kulturkämpfen und vom Schrei „Los von Rom!" immer nur geschwächt worden; es müsse deshalb seine germanische „*nostalgia del Urwald*" überwinden und sich im Sinne der „Pax Romana" auch mit „Gegnern von gestern" verständigen.

Geradezu überschwenglich begrüßte Hudal diesen – wie er meinte – „Signalruf" in einem Brief an Orestano vom 17. Dezember 1942[23], dem er sein geistesverwandtes Buch von 1936 über den Nationalsozialismus beilegte. Kurz darauf, im Januar 1943, ließ Hudal eine begeisterte Antwort auf Orestanos Aufsatz als Broschüre drucken[24]. Hier schrieb der Bischof: „Zu den unvergleichlichen, einmaligen Heldentaten der verbündeten Armeen an der Ostfront muß die Rückbesinnung Europas auf seine weltanschauliche Führerrolle als christliches Abendland kommen." Christentum und Nation müßten „in eine neue Synthese" gebracht werden „etwa nach Art

[20] Text in ADSS, Vol. 7, Dok. 71. Am 12. Mai 1942 war der Papst zum erstenmal über Massenmorde an Juden in Polen und der Ukraine informiert worden (vgl. ADSS, Vol. 8, Dok. 374).

[21] Telegramm Bergens Nr. 347 v. 27. 12. 1942 (AA-Archiv).

[22] „La vita religiosa nella nuova Europa" (Gerarchia Nr. 112/1942). Orestano (1873–1945) promovierte 1901 in Leipzig, wo 1910 sein Buch „Der Tugendbegriff bei Kant" mit einem Preis ausgezeichnet wurde.

[23] Kopie im Hudal-Nachlaß.

[24] A. Hudal, Europas religiöse Zukunft, „handschriftlich gedruckt und nur beim Verfasser erhältlich", 28 S. (Hudal-Nachlaß). Diese Abhandlung Hudals wurde 1943 von Professor Six mit Empfehlung an Himmler geschickt; vgl. Akten des RFSS, Pers. Stab (III), Archiv IfZ, MA 286. Eine deutsche Teilübersetzung des Orestano-Artikels ließ Hudal auch in der Februar-Ausgabe des Gemeindeblatts der „Anima" drucken („Kirchliche Mitteilungen", Nr. 4/1943).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der nordamerikanischen Staatsauffassung" – so Hudal in deutlicher Anlehnung an die Thesen seines mit Meyer ausgearbeiteten „kirchenpolitischen Friedensplans". Wenn der Bolschewismus, zu dem das „dekadente liberale, internationale Judentum aller Staaten Europas reichlich mitgeholfen" habe, einmal besiegt sei, dann werde das neue Europa – „besonders wenn man an die dem russischen Staat abgenommenen Gebiete denkt" – nur möglich und von Dauer sein, wenn es auf christlicher Grundlage „und eng verbunden mit Rom" aufgebaut werde.

Diese Schrift, gewürzt mit Zitaten aus Hitlers „Mein Kampf" und dem Parteiorgan „Völkischer Beobachter", die seine Thesen zu stützen schienen, schickte Bischof Hudal an den Jesuitenpater Robert Leiber (1887–1967), den Berater und persönlichen Sekretär Pius' XII. Eine entsprechende Antwort Leibers, die sich Hudal erhoffte, hätte auch den „Friedensplan" und die Berliner Sondierung Meyers unterstützen können. Doch schon am 10. Februar 1943 erntete Hudal eine kühle Abfuhr. In vierzehn handschriftlichen Zeilen schrieb Leiber an den „hochwürdigsten Herrn Bischof", daß er ihm zu seinem „großen Bedauern" nicht zustimmen könne: „Herr Orestano hatte die Frage gestellt, ob das nationalsozialistische Deutschland sich die Zukunft Europas christlich oder unchristlich vorstellt. Auf diese klar gestellte Frage geben die Worte und Taten der letzten zehn Jahre mit überwältigender Klarheit eine unzweideutige Antwort. Ich hoffe, Eure Exzellenz werden mir meine Offenheit nicht verübeln und verbleibe in ausgezeichneter Verehrung . . ."[25]

Als Hudal in einem Antwortschreiben[26] gleichwohl auf seinen Thesen beharrte und die antikirchliche Politik der Nationalsozialisten vor allem dem Einfluß von abgefallenen Priestern[27] und Ideologen wie Alfred Rosenberg zuschrieb, antwortete Leiber am 16. Februar 1943 ausführlich und scharf[28]:

„... Wenn wir aber ganz offen sein wollen und Fragen wie die folgenden stellen: Wer hat in Deutschland das System der staatlichen katholischen Schule, das so wunderbar arbeitete, zu Fall gebracht? Wer hat das höhere katholische Privatschulwesen umgelegt? Wer hat unsere katholischen Organisationen, die sehr gut arbeiteten (ich denke vor allem an die Jugend und die Arbeiter) aufgelöst? Wer hat in systematischer Propaganda die Kirche, ihre Einrichtungen und ihre Menschen der öffentlichen Lächerlichkeit preisgegeben, später totgeschwiegen? Wer hat gleichzeitig die Kirche selbst durch wirklich radikales Verbot ihrer Presse im öffentlichen Leben mundtot gemacht? Wer hat die katholische Kirche in Polen[29] in das namenlose

[25] Original im Hudal-Nachlaß.

[26] Eine Kopie der Antwort Hudals an Leiber fehlt im Hudal-Nachlaß, doch läßt sich der Inhalt aus Leibers zweitem Brief vom 26. 2. 43 entnehmen.

[27] Katholische Ex-Priester waren z. B. Joseph Roth, Ministerialdirigent im Reichskirchenministerium, und Albert Hartl, Katholizismus-Referent im Reichssicherheitshauptamt.

[28] Original im Hudal-Nachlaß.

[29] Im Vatikan war man zunehmend besorgt, daß „die deutsche Regierung die religiöse Verfolgung verschärft, besonders im Warthegau" (vgl. Notiz Mons. Tardinis, ADSS, Vol. 5, Dok. 488, und die ausführliche Beschwerde des Kardinalstaatssekretärs Maglione bei Reichsaußenminister von Ribbentrop am 2. März 1943, ADSS, Vol. 3, Dok. 480). Der Warthegau, Teil des besetzten Polen, sollte kirchenpolitisch „zum Exerzierplatz der nationalsozialistischen Weltanschauung" gemacht werden

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Elend gebracht, in dem sie jetzt ist? (NB. auch die katholische Kirche für die Volksdeutschen!) Wer vernichtet die katholischen Orden? Auf diese und eine Reihe vergleichbarer Fragen liegt die Antwort doch eindeutig klar vor: es ist die nationalsozialistische Partei und der in ihrem Dienst arbeitende nationalsozialistische Staat."

Nicht einmal die Beschwörung antikommunistischer Kreuzzugsromantik in Hudals Aufsatz, von der sich der Bischof – der die Furcht des Vatikans vor einem sowjetischen Vordringen in Europa kannte – Wirkungen auf den Papst versprach, überzeugte Robert Leiber. Der Sekretär Pius XII. schloß vielmehr seinen Brief vom 16. Februar 1942 auch in diesem Punkt mit einem realistischen Akzent: „Ausgerechnet der russische Staat und das russische Volk sind gezwungen, einen Krieg für die Rückgewinnung und Verteidigung des eigenen heimatlichen Bodens zu führen. Insofern können wenigstens sie von einem ‚heiligen' Krieg sprechen, vielleicht wenigstens die noch gläubigen Massen des russischen Volkes und Heeres."

Hudal jedoch, der noch in seinen 1955 abgeschlossenen Memoiren einen „tiefsten Sinn" des Krieges im „Kampf gegen das asiatische Barbarentum" zu erkennen meinte, kommentierte diese Sätze Leibers (die er nur verstümmelt wiedergab) mit der Bemerkung: „Weiter konnte man wohl nicht mehr gehen im Haß gegen Deutschland."[30] Es war dieser Mangel an Einsicht und Verstand, verbunden mit gutwilligem Übereifer, der den Bischof für eine glaubhafte kirchenpolitische Vermittlerrolle unfähig machte. Und nicht nur in den Augen des Vatikans. Auch in Berlin machte Hudals Gesprächspartner Waldemar Meyer die Erfahrung, daß die schriftlichen Vorschläge aus Rom, die er mitbrachte, auf begrenztes Interesse stießen – nicht zuletzt ihres Absenders wegen. Im Amt VI, der Auslands-Spionage-Abteilung Walter Schellenbergs im Reichssicherheitshauptamt, für die Meyer „ehrenamtlich" arbeitete, begegnete man dem Dokument, das der Amateur-Agent mitbrachte, schon deshalb mit Skepsis, weil in Hudals „Vorschlag" kein Wort von vatikanischen Gegenleistungen stand (nur mündlich übermittelte Meyer Aussichten auf eine vatikanische Friedensvermittlung bei den Westmächten). Im übrigen waren für Schellenberg in Rom zwei qualifizierte Agenten tätig: der ehemalige Benediktiner-Mönch Georg Elling, der in die deutsche Vatikanbotschaft in Rom „eingebaut" war, und der frühere Beuroner Benediktiner-Prior Hermann Keller[31]. Beide dürften ihn darüber informiert haben, wie gering Bischof Hudals Vertrauensrückhalt im Vatikan für das, was Meyer übermittelte, war[32].

(vgl. Kazimierz Smigiel, Die katholische Kirche im Wartheland, Dortmund 1984; poln. Lublin 1979).

30 Vgl. Hudal, Römische Tagebücher, S. 211; siehe auch Friedrich Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918–1938, Wien 1971, S. 187–190.

31 Über Elling vgl. Walter Schellenberg, Memoiren, Köln 1959, S. 308, u. Robert A. Graham, Il Vaticano e il Nazismo, Roma 1975, S. 109, 149, 151; über Keller (1905–1970) vgl. Josef Müller, Bis zur letzten Konsequenz, München 1975, S. 93–95, und Graham in „Civiltà Cattolica", Nr. 3033/1976, S. 231.

32 Dazu und zum folgenden verdankt der Verf. wichtige Hinweise P. Robert A. Graham (Rom); vgl. auch Grahams Aufsatz in „Civiltà Cattolica", Nr. 2984/1974 („Goebbels e il Vaticano nel 1943").

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mehr Glück hatte Meyer hingegen, als er mit Hudals Projekt bei einem seiner Bekannten im Reichspropagandaministerium vorsprach. Auf Ministerialrat Dr. Peter Gast, den persönlichen Referenten des Goebbels'schen Staatssekretärs Gutterer, machte er Eindruck: „Herr Dr. Meyer zeigte mir eine Fotografie von Bischof Hudal mit persönlicher Widmung des Bischofs, gewissermaßen als seine Legitimation. Er erklärte mir, daß Bischof Hudal der Sprecher von Kreisen des Vatikans sei, die einen gewissen Einfluß hätten. Gemeinsam mit Herrn Dr. Meyer haben wir dann die Möglichkeiten erörtert, die für eine Versöhnung mit der katholischen Kirche bestanden." Gast machte dabei keinen Hehl, wo das eigene Interesse des Propagandaministeriums an einer solchen Verständigung liegen würde: „Allerdings sollte die katholische Kirche, die insbesondere in den USA großen Einfluß hatte, eindeutig gegen den Kommunismus Stellung nehmen und alle westliche Nationen zum Kampf gegen den Kommunismus aufrufen."[33]

Dieses Gespräch ermutigte Meyer zu weiterer Aktivität. Zunächst besorgte er sich in Berlin vom Herzog zu Mecklenburg zwei weitere Empfehlungsbriefe für Rom; der eine war an den Neffen des Papstes, den Fürsten Carlo Pacelli gerichtet, der zahlreiche Ämter im Vatikan bekleidete, der andere – mit der Anrede *„mon cher Monsieur et ami"* – an einen einflußreichen Laienbeamten des Vatikans, den Päpstlichen Siegelbewahrer Alfredo Marini in der Apostolischen Kanzlei. Herzog Georg (der im Brief an Pacelli nicht zu erwähnen versäumte, daß er in seiner Hauskapelle in der Berlin-Dahlemer Nikischstraße 4 mit päpstlichem Privileg das Heilige Sakrament aufbewahren dürfe) stellte Meyer vor als „meinen großen Freund, der einen bedeutenden Vertrauensposten bei einer wichtigen deutschen Behörde bekleidet und imstande ist, Gutes für die Kirche zu tun". Im Brief an Marini versicherte der Herzog, Meyer habe sein volles Vertrauen, und er bat, Meyer „ein wenig über die verschiedenen Gruppierungen, gegenwärtigen Strömungen und verschiedenen Nuancen in und außerhalb der römischen Kurie zu informieren".

Beide Briefe, deren Fotokopien erhalten sind[34], tragen das Datum vom 25. Februar 1943. Herzog Georg, der enge Beziehungen zum Berliner päpstlichen Nuntius Cesare Orsenigo pflegte, dürfte Meyer auch zu diesem einen Kontakt vermittelt haben. Denn Orsenigo berichtete am 26. Februar 1943 nach Rom über „einige Anzeichen größerer Objektivität", die bei „nicht ganz sektiererischen, höheren Parteimitgliedern" in Kirchenfragen festzustellen seien; man beginne „die Verantwortung zu teilen" und signalisiere „die Namen der Hauptverantwortlichen für den Religionskampf"[35]. Genau solcher Argumentationsweise pflegte sich Meyer zu bedienen. Schon im Herbst 1942 hatte er versucht, mit der Nuntiatur in Berlin in Kontakt zu kommen, war aber nur mit dem jungen Nuntiatursekretär Giuseppe Di

[33] Dr. Peter Gast, Frankfurt/Main (geb. 1906) in einem Brief vom 3. April 1974 an Graham (Kopie im Archiv d. Verf.).

[34] Hudal-Nachlaß (Kopien im Bes. d. Verf.). In Hudals Römischen Tagebüchern, S. 251, ist fälschlich Hudal statt Marini als Adressat genannt.

[35] ADSS, Vol. 7, Dok. 127.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Meglio zusammengetroffen. Bei diesem hatte Meyer den Eindruck hinterlassen, ein „Doppelspiel" zu betreiben; Di Meglio betrachtete auch seit Jahren die „allzu schönfärberische" Berichts-Diplomatie seines Chefs Orsenigo kritisch und versuchte sie in Privatbriefen an den Kardinalstaatssekretär, aber auch an den Papstsekretär Robert Leiber, zu korrigieren. So hatte er Meyer schon im Herbst geraten, in Rom nicht nur mit Hudal, sondern vor allem mit Leiber zu reden[36].

Inzwischen war Di Meglio in den Vatikan zurückversetzt worden. Ob er dort, als Meyer Ende Februar 1943 wieder nach Rom kam, diesem ein Gespräch mit Leiber vermittelt hat und ob die Empfehlung Meyers an den Fürsten Pacelli und den Kanzleibeamten Marini ihm Türen zu anderen, vielleicht noch wichtigeren Gesprächspartnern öffnete, läßt sich nicht mehr feststellen. Vielleicht aber hat schon der scharfe Brief Leibers an Hudal – zwei Wochen vorher – genügt, um dem Bischof und nun auch seinem Besucher aus Berlin klarzumachen, daß der Papst – wenn überhaupt – nur unter sehr viel konkreteren und härteren „Friedensbedingungen", als sie im Oktober 1942 von Hudal und Meyer formuliert worden waren (siehe Dokument 1), zu irgendeinem politischen Entgegenkommen bereit sein würde. Bischof Hudal zumal dürfte nach Leibers Brief wenigstens geahnt haben, daß er für die Vermittlerrolle, die er spielen wollte, nicht mit einer vatikanischen Legitimation rechnen konnte, wenn er die brennendsten Punkte nicht eindeutig beim Namen nannte.

So entstand am Schreibtisch des Bischofs im Einvernehmen mit Meyer ein Neun-Punkte-Papier (siehe Dokument 2), das Hudal als „Ergänzung" des „kirchenpolitischen Befriedungsplans" vom Oktober 1942 bezeichnete. Es zählt als „wesentliche Voraussetzungen" auf: eine Amnestie für alle inhaftierten Kleriker (sogar der evangelische Pastor Martin Niemöller wird – wohl auf Anregung Meyers – nicht vergessen), Freigabe des beschlagnahmten Kircheneigentums, Beendigung der Kirchenaustritts-Propaganda und der Diskriminierung von Gläubigen im Staatsdienst, volle Freiheit für religiöse Erziehung und Besetzung vakanter Bischofssitze. Die erstaunlichste Forderung aber, die so unverblümt anklagend weder der Papst noch ein Bischof jemals in eine Protestnote geschrieben hatten, lautete: „Sofortige Sistierung [Einstellung] der Judenmorde."

Als einzige Gegenleistung erwähnte das Papier aber nur die Möglichkeit des Vatikans, Nachrichten über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion beschaffen zu können. Hudal spürte wohl, daß es für seine Stellung in Rom riskant gewesen wäre, sich ohne Vollmacht schriftlich auf weitergehende Zusagen des Vatikans festzulegen. Meyer hat deshalb dem Goebbels-Ministerium nach Berlin nur mündlich übermittelt, daß der Papst bei Erfüllung dieser Bedingungen „zum Kampf gegen den Kommunismus aufrufen" würde und zu einer Friedensvermittlung zwischen den Westmächten und Deutschland bereit wäre. Zugleich aber hütete sich Meyer, dieses zweite Papier als solches überhaupt in Berlin vorzulegen. Nur abgemildert trug er den Inhalt vor. „Mit Bestimmtheit" sei das Wort „Judenmorde"

[36] So erinnerte sich Mons. Di Meglio, Rom (geb. 1911), im Gespräch mit dem Verf. am 13. 12. 1984.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht gefallen, allenfalls sei gesagt worden, daß „die Deportation von Juden aufhören sollte", erinnerte sich später Peter Gast, der für Goebbels über die Meyer-Sondierung eine Akten-Notiz schrieb[37]. Sie enthielt auch Meyers mündliche Mitteilung, daß Bischof Hudal selbst bereit wäre, zu vertraulichen Vorverhandlungen nach Berlin zu reisen, während Meyer – so empfahl Hudal – als „Sondergesandter beim Vatikan" entsandt werden sollte[38].

Daß dahinter vor allem das Geltungsbedürfnis der beiden Unterhändler und kein vatikanischer Auftrag stand, durchschaute auch Goebbels nicht. Nachdem ihm sein engster Vertrauter, Staatssekretär Werner Naumann, die Niederschrift Peter Gasts über dessen Gespräch mit Meyer vorgelegt hatte, notierte Goebbels am 3. März 1943 in sein Tagebuch[39]:

„Ich höre durch einen Vertrauensmann, daß der Papst die Absicht hätte, mit uns ins Gespräch zu kommen. Er möchte Fäden zu uns knüpfen und wäre eventuell sogar bereit, einen seiner intimen Kardinäle (sic!) incognito nach Deutschland zu schicken. Er glaubt vermutlich, daß es uns augenblicklich so schlecht geht, daß wir ihm wesentliche Zugeständnisse machen wollten. Davon kann natürlich keine Rede sein. Im übrigen höre ich aber von verschiedensten Seiten, daß mit dem jetzt amtierenden Papst einiges zu machen wäre. Er soll, wie dieser Gewährsmann mir berichtet, eventuell auch bereit sein, eine Reihe von Bischöfen aus dem Reich zurückzuziehen und sie durch national zuverlässigere zu ersetzen."

Weder in Hudals noch in Meyers Nachlaß findet sich irgendein Hinweis, daß sie ein derartiges päpstliches Zugeständnis in Aussicht gestellt haben – auch wenn nicht auszuschließen ist, daß Meyer, um sich und seine Mitteilungen für Goebbels interessant zu machen, derlei ins Spiel brachte. In Wirklichkeit hatte sich gerade in diesen Tagen die Spannung zwischen dem Vatikan und Berlin verschärft: Das Auswärtige Amt verweigerte die Annahme einer „gesalzenen Beschwerde über die kirchlichen Zustände, besonders im Warthegau"[40], die der Vatikan am 2. März 1943 durch Nuntius Orsenigo überreichen ließ. Orsenigo berichtete am 3. März und der Berliner Bischof Graf von Preysing am 6. März nach Rom über „eine neue Welle von Judendeportationen" aus der Reichshauptstadt[41]. Ein – so notierte Goebbels am 8. März – „außerordentlich frecher Hirtenbrief" der niederländischen Bischöfe, der mutigsten in Hitlers Herrschaftsbereich, hatte am 21. Februar gegen die „Verfolgung und Hinrichtung jüdischer Mitbürger" unter Berufung auf die päpstliche Weihnachtsbotschaft protestiert[42]. „Wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit noch einmal versuchen, für die vielen Unglücklichen-Unschuldigen einzutreten?" beschwor

---

[37] So Gast im Brief vom 3. 4. 1974.

[38] Vgl. Nachkriegs-Briefe Meyers an Hudal in dessen Nachlaß.

[39] Vgl. Joseph Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942–43, hrsg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 246; dazu Elke Fröhlich, Joseph Goebbels und sein Tagebuch in: VfZ 35 (1987), S. 503 f.

[40] Vgl. Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 352, u. ADSS, Vol. 3, Dok. 480.

[41] Vgl. ADSS, Vol. 9, Dok. 74 u. 82.

[42] Vgl. Pinchas Lapide, Rom und die Juden, Freiburg 1967, S. 172; die Weihnachtsbotschaft Pius XII. s. ADSS, Vol. 7, Dok. 71.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Berliner Bischof am 6. März den Papst, der zwar die deutschen Bischöfe zu „mutvollem Eintreten für Recht und Menschlichkeit" aufforderte, sich selbst jedoch Zurückhaltung auferlegte, um – wie er meinte – Schlimmeres zu vermeiden (*„ad maiora mala vitanda"*)[43].

Diese unverkennbare, später so umstrittene ängstliche Vorsicht Pius' XII. war es, die nun der Hudal-Meyer-Aktion in den Augen von Goebbels einen Schimmer von Glaubwürdigkeit verlieh. Und dies um so mehr als Goebbels meinte, „der Papst müsse ein besonderes Interesse daran haben, daß Deutschland diesen Krieg gegenüber dem Osten nicht verliert"[44]. So kam es, daß Goebbels schon eine Woche nach Meyers Besuch bei Ministerialrat Gast eine Reise in Hitlers Hauptquartier benutzte, um „dem Führer ... von dem vortastenden Fühler des Papstes" zu berichten. Als Ergebnis notierte er am 9. März: „Er [Hitler] billigt durchaus meine Taktik, jetzt in der Kirchenfrage etwas kurz zu treten." Hieß das praktisch aber auch, auf die Hudal-Meyer-Sondierung einzugehen? Goebbels nannte nur zwei Beispiele solcher Taktik: seine Bereitschaft, noch einige christliche Verlage übrig zu lassen, und seinen Besuch in der am 2. März durch Bomben zerstörten katholischen Hedwigskirche in Berlin, deren Pfarrer er zusicherte, einen Saal für Gottesdienste zur Verfügung zu stellen. „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft", spöttelte er darüber im Tagebuch[45].

Von einem kirchenpolitischen Friedensplan war keine Rede. Zwar wartete Waldemar Meyer in Berlin auf ein entsprechendes Zeichen und sah sich schon als „Sondergesandten": Er sei bereits aufgefordert worden, sich zur Reise in Hitlers Hauptquartier „bereitzuhalten", auch sei er schon beauftragt gewesen, Hudal „nach Berlin einzuladen und eine Flug-Passage auszufolgen", so schrieb Meyer später dem Bischof[46]; dies sei vereitelt worden, weil Meyer „von Rom aus denunziert" worden sei und Goebbels „den Mut verloren" habe, nachdem Martin Bormann, der „böse Geist Hitlers", gegen das Verständigungsprojekt intrigiert habe.

Auch Peter Gast erinnerte sich, daß ihm Goebbels' Büro-Direktor Naumann „eines Tages mitteilte, die Angelegenheit sei von Reichsleiter Bormann torpediert worden"[47]. Dazu aber dürften Bormann mehr seine Rivalitäts- und Mißtrauenskomplexe gegen Himmler und Goebbels als seine Kirchenfeindlichkeit bewogen haben; denn diese war 1943 auch bei ihm durch taktische Überlegungen, verbunden mit privaten Vorbereitungen für das Kriegsende, gemildert[48]. Am 1. April 1943 hatte

---

43 ADSS, Vol. 9, Dok. 82, Vol. 2, Dok. 105.

44 Dr. Werner Naumann (Lüdenscheid) in einem Brief vom 16. Mai 1974. – Pius XII. sagte am 7. März 1943 zum ungarischen Präsidenten Kallai, der ähnlich argumentiert hatte: „Die Verurteilung des Bolschewismus könnte man öffentlich nicht erneuern, ohne zugleich von der Verfolgung zu sprechen, die vom Nazismus in Gang gesetzt ist" (ADSS, Vol. 7, Dok. 137).

45 Goebbels, Tagebücher, S. 260 u. 245.

46 Meyer an Hudal, 23. 5. 1954 (Hudal-Nachlaß).

47 Brief vom 3. 4. 74.

48 Martin Bormann (geb. 1900) begann 1943/44 die Übersiedlung seiner Familie nach Südtirol vorzubereiten (wo sie nach 1945 lebte und wo ein Sohn Bormanns katholischer Priester wurde). Behilflich war dabei ein hoher italienischer Polizeibeamter (1943–1952 Besitzer von Schloß Prösels bei Völs),

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bormann seinen 34jährigen Kirchenreferenten in der Parteikanzlei, Dr. Ludwig Wemmer[49], in die deutsche Vatikanbotschaft als Diplomaten, sogar im Rang eines Gesandten, „eingebaut". Nicht nur um ihn mit dem dort schon für Schellenberg arbeitenden SS-Agenten und Ex-Priester Elling konkurrieren zu lassen und nicht so sehr als Kontrolleur des neuen deutschen Vatikanbotschafters, des bisherigen Staatssekretärs im AA Ernst von Weizsäcker, der drei Tage vorher – am 27. März – von seiner Versetzung nach Rom erfahren hatte[50], sondern um diskrete, bis heute nicht ganz durchschaubare Zeichen gegenüber dem Vatikan zu setzen.

„Keinen kleinen Finger an die Kurie für etwaige Friedensaktionen", so lautete das Arbeitsmotto für den Vatikan, das Weizsäcker vom Reichsaußenminister Ribbentrop mitgegeben wurde[51]. Um so emsiger war im Stillen Bormanns Vertrauter Wemmer am Werk, um den Vatikan nicht nur zu besänftigen, sondern als Zuflucht für den Fall einer deutschen Niederlage zu erhalten (die nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli und der alliierten Landung in Salerno am 9. September 1943 auch im Süden näherrückte). Botschafter von Weizsäcker war erstaunt, wie „bezaubert" sich Wemmer nach einer Audienz bei Pius XII. äußerte[52]. Am 15. September erfuhr der Papst durch einen Privatbrief des Jesuitenpaters Tacchi Venturi, daß Bestrebungen, Rom zur „Offenen Stadt" zu erklären, also nicht zu verteidigen, „von Seiner Exzellenz dem Gesandten Ludwig Wemmer unterstützt werden, der einen nicht geringen Rückhalt bei der Reichsregierung besitzt"[53]. Bormann ließ durch seinen Mann in Rom auch Gerüchte und Besorgnisse über eine mögliche Entführung des Papstes nach Deutschland zerstreuen[54], und Wemmer pflegte engen Kontakt mit Bischof

---

eine dem Vatikan nahestehende Baronin G. und der Militärgeistliche Pater Theodor Schmitz. Seit 1943 stand Bormann unter dem Einfluß einer Freundin und Sekretärin, die mit dem sowjetischen Geheimdienst verbunden war und zur „Roten Kapelle" gehörte (Information von Dr. N. aus dem Zentralen Partei-Archiv der SED, Berlin, sowie Mitteilungen an den Verf. von Dr. Sch. und Dr. U. in Bozen). Vgl. auch eine Tagebuch-Eintragung von Goebbels vom 28. März 1945: „Bormann ... hat insbesondere in der Frage der Radikalisierung unseres Krieges nicht das gehalten, was ich mir eigentlich von ihm versprochen hatte." Joseph Goebbels, Tagebücher 1945, Hamburg 1977, S. 412. In Bormanns Umgebung wunderte man sich, daß geheime Informationen an die Sowjets gelangt zu sein schienen, so erinnert sich Dr. Wemmer (im Gespräch mit d. Verf. am 10. 3. 1988), der darauf auch den von Reinhard Gehlen (Der Dienst, München 1973, S. 39) geäußerten „falschen Verdacht" zurückführt, Bormann selbst sei sowjetischer Agent gewesen.

49 Vgl. Weizsäcker, Erinnerungen, S. 367, und E. F. Moellhausen, La Carta Perdente. Memorie Diplomatiche, Roma 1948, S. 154. Wemmer wurde am 5. 6. 1944 nach der alliierten Besetzung Roms von den Amerikanern außerhalb des Vatikans verhaftet, doch nicht in die Vatikanbotschaft zurückgeschickt, sondern in Taormina und Syrakus (Sizilien), dann in einem Pariser Hotel interniert, im Mai 1945 von der US-Air-Force in einer Sondermaschine nach Augsburg geflogen und entlassen (Mitteilung Wemmers an d. Verf.; vgl. ADSS, Vol. 11, Dok. 301).

50 Vgl. Weizsäcker-Papiere 1939–1945, hrsg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt/Main 1975, S. 334 f.

51 Vgl. Weizsäcker-Papiere, S. 337; dazu auch H. Stehle, Deutsche Friedensführer bei den Westmächten im Februar/März 1945, in: VfZ 30 (1982), S. 538 ff.

52 Vgl. Weizsäcker-Papiere, S. 353.

53 Vgl. ADSS, Vol. 7, Dok. 403.

54 Vgl. Graham, Il Vaticano, S. 89–110, 151.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hudal, der ihm mildernden Einfluß auf Kriegsgerichtsurteile gegen Partisanen bescheinigte, ja Hudal hat diesen Bormann-Vertrauten schließlich als einen – wenn auch unzulänglichen – Ersatzmann für den ausbleibenden „Sondergesandten" Waldemar Meyer betrachtet[55]. Als Hudal am 16. Oktober 1943 auf Veranlassung des Papst-Neffen Carlo Pacelli den deutschen Stadtkommandanten, General Stahel, aufforderte, gegen die Verhaftung der Juden von Rom einzuschreiten, da „der Papst sonst öffentlich dagegen Stellung nehmen wird", versäumte er nicht den Hinweis, daß „in nicht zu ferner Zeit das Reich gewiß den Vatikan für bestimmte Aufträge benützen dürfte – ich weiß, daß bereits im März getastet wurde"[56].

Gemeint war die inzwischen versandete „Mission" Waldemar Meyers. Dieser selbst geriet in Berlin in Schwierigkeiten, als im Herbst 1943 der Herzog zu Mecklenburg, der ihn an den Vatikan empfohlen hatte, verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert wurde. „Man warf mir Konspiration mit der Kirche, Defaitismus, Verkehr mit der Hocharistokratie und anderen reaktionären Kreisen und auch Judenfreundlichkeit vor", so schrieb Meyer nach Kriegsende an Hudal[57], doch sei erst Ende 1944 ein Verfahren gegen ihn eingeleitet und von Freunden bis zum Mai 1945 verschleppt worden. Dokumentarisch belegbar ist, daß Meyer am 1. Juli 1943 vom SS-Sonderkommando Künsberg formal zur SS-Auslands-Spionage (RSHA Abt. VI) überwechselte und schon zwei Tage später in der Schweiz war, wo er nach Erledigung kleiner Agenten-Aufträge[58] am 13. Juli im Hause des Barons Buxhoevden von Liechtenstein dem Deutsch-Amerikaner Gero von Schulze-Gaevernitz begegnete[59], dem engsten Mitarbeiter von Allen W. Dulles, der seit 1942 in Bern als Europa-Chef des amerikanischen Geheimdienstes (OSS) residierte. Meyer besaß dafür wieder ein Empfehlungsschreiben eines seiner aristokratischen Duz-Freunde, diesmal des Prinzen Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst[60]. Daß es bei Meyers Doppelspiel noch immer sowohl um Kirchenpolitik wie um Privatgeschäfte ging, könnte aus dem Auftauchen Arpad Pleschs geschlossen

---

55 Hudal, Römische Tagebücher, S. 214, 151. „Sie kommen spät!", sagte Hudal, als Wemmer ihn besuchte (Mitteilung Wemmers im Gespräch mit dem Verf. am 30. 3. 1988).

56 Zu Hudals Intervention, den verschiedenen Fassungen seines Briefs (Original im Nachlaß), dem Verhalten Pius XII. und des Botschafters von Weizsäcker vgl. ADSS, Vol. 9, Dok. 368–373, 382 u. 383; auch Hudal, Römische Tagebücher, S. 215.

57 Meyer an Hudal, 18. September 1946.

58 Im Warenhaus „Jelmoli" in Zürich kontaktierte Meyer eine Verkäuferin, deren Ehemann im KZ Dachau inhaftiert war (vgl. Polizeiakte im Schweizerischen Bundesarchiv).

59 Vgl. Brief Meyers an Schulze-Gaevernitz vom 10. 11. 1946 (Meyer-Nachlaß).

60 Der Prinz (1897–1968), der – wie Schulze-Gaevernitz – Staatsangehöriger der USA war, schrieb am 10. Juni 1943 an Meyer: „Ich lege ein Empfehlungsschreiben an Schulze-Gaevernitz bei ... [Arpad] Plesch und Charlie Buxhoevden kennen ihn beide ganz gut. Ich hoffe, daß Du viel Erfolg hast. Du hattest mir einmal versprochen, in Berlin im [SS-]Hauptamt nachzufragen, warum mein damaliger Wiedereinbürgerungsantrag abgewiesen wurde ... Mit Heil Hitler stets Dein aufrichtig ergebener Chlodwig Hohenlohe" (Original im Meyer-Nachlaß). Der Prinz hatte in Palm Beach 1927 die Amerikanerin Mabel Taylor geheiratet und diese Ehe am 1. Februar 1943 durch Beschluß der bischöflichen Konsistorien in München und Augsburg für nichtig erklären lassen (Vgl. Genealogisches Handbuch der fürstlichen Häuser, Limburg 1987, Bd. XIII, S. 230).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Nach zwei weiteren Schweiz-Reisen wurde jedoch über Meyer am 30. Mai 1944 eine Einreisesperre verhängt[61]; kurz darauf wurde er in die Abteilung VIII (Waffenamt) des SS-Führungshauptamtes in Berlin versetzt, wo sich der Sechzigjährige nur noch mit Fahrzeugtechnik – seinem eigentlichen Beruf – beschäftigen sollte.

Bei Bischof Hudal in Rom ließ Meyer erst nach Kriegsende wieder von sich hören, als er – im August 1946 aus einem britischen Internierungslager entlassen – in München Fuß zu fassen versuchte und eines Zeugen für seine „Ent-Nazifizierung"[62] bedurfte. „Seit meinen Besuchen in Rom trage ich mich mit dem Gedanken eines Übertritts zur katholischen Kirche aus vollster Überzeugung", schrieb er am 18. September 1946 an Hudal, der ihm – mit Dienstsiegel des „Anima"-Kollegs – wahrheitswidrig bestätigte, „daß Herr Dr. Waldemar Meyer, München, in meinem Auftrag ehrenamtlich die Niederschrift besorgt über Vorgänge von geschichtlicher Bedeutung (Friedensvermittlung), die den Gegenstand wiederholter Aussprachen in Rom bildeten. Das ganze Material wird in der vatikanischen Druckerei, sobald es vollendet ist, verarbeitet und mit einem Kommentar offizieller Stellen versehen."[63]

Politische Gemeinsamkeiten zwischen Hudal und Meyer (Enttäuschung über den Nationalsozialismus, antikommunistische und antisemitische Akzente) spiegeln sich in einem gelegentlichen Briefwechsel, der auch fortgesetzt wurde, als Meyer 1951 nach Santiago de Chile auswanderte. Wie schon in München, wo seine Versuche bis zum Angebot (über Hudal) einer „Mustersendung von Rosenkränzen für das Heilige Jahr 1950" gingen, blieb er auch in Chile geschäftlich erfolglos; ebenso als er seine frühere Nebenbeschäftigung wieder aufnehmen wollte und sich 1953 einem alten Bekannten im Bundesinnenministerium als Informanten anbot[64]. Meyer wollte nach Deutschland zurück. Seine briefliche Ankündigung, sich nach der Landung in Genua für einige Wochen bei Hudal in Rom niederzulassen, um diesem bei der Niederschrift seiner Memoiren behilflich zu sein, wurde nicht verwirklicht. Schwer krank kehrte er im Frühjahr 1956 nach München zurück, wo er Monate später im 72. Lebensjahr starb.

Inzwischen hatte sich Bischof Alois Hudal „blutenden Herzens von der Ideologie eines christlichen Nationalsozialismus gelöst"; dabei seien seine „letzten kirchenpolitischen Vermittlungsversuche zur Damaskusstunde seiner politischen Haltung" geworden, meinte er in seinen Erinnerungen[65]. Mit 550 Schutzbriefen, die er für

---

[61] Brief Nr. 81 436 der Eidgenössischen Fremdenpolizei (Meyer-Nachlaß). Die Grenzsperre wurde noch 1951 neu bestätigt (vgl. Polizeiakte im Schweizerischen Bundesarchiv).

[62] Vgl. Spruchkammer-Urteil (wie Anm. 9).

[63] Vgl. „Bestätigung" Hudals vom 24.12. 1947 mit handschriftlichem Zusatz: „Auch meinerseits wärmstens befürwortet. München, 3. III. 48. Neuhäusler, Weihbischof" (im Meyer-Nachlaß). – Eine Konversion zur Kath. Kirche Meyers erfolgte nicht.

[64] Vgl. Antwortbrief des Ministerialrats Egidi vom 20. Juli 1953 an Meyer in dessen Nachlaß. (Hans Egidi, geb. 1890, war 1934–1938 Regierungspräsident von Erfurt, 1938–1945 im Reichs-Rechnungshof in Berlin, 1950–1955 Leiter der Abt. VI Öffentl. Sicherheit im Bundesinnenministerium).

[65] Hudal, Römische Tagebücher, S. 19–20.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klöster und kirchliche Einrichtungen dank seiner guten Beziehungen zu deutschen Dienststellen 1943 beschafft hatte, konnten sich dort zahlreiche Juden verstecken und überleben – einige wohl auch in Hudals „Anima"-Kolleg[66]. Bald nach dem Einmarsch der Alliierten in Rom wandte er sich von der Kanzel gegen „die drei großen Irrlehren – Nationalismus, totalen Staatskult und Rassenlehre"[67]. In seinen Memoiren rühmte sich Hudal aber auch, nach 1945 „nicht wenige sogenannte Kriegsverbrecher ... mit falschen Ausweispapieren ihren Peinigern durch die Flucht in glücklichere Länder entrissen zu haben"[68]. Deshalb mehrmals vom Vatikan verwarnt, wurde Hudal 1952 seines Postens als „Anima"-Rektor enthoben. Bis zu seinem Tod, 1963, lebte er in Grottaferrata bei Rom, wo er nach Wegen suchte, seiner Verbitterung Ausdruck zu geben. Nicht Waldemar Meyer verhalf ihm dazu, dafür jedoch der Schriftsteller Rolf Hochhuth, der den Bischof 1959 aufsuchte und von Hudal für Thema und Tendenz seines umstrittenen Dramas „Der Stellvertreter" wesentliche Hinweise erhielt[69]. Schließlich versuchte Hudal das Manuskript seiner Erinnerungen zum Instrument seiner posthumen Rechtfertigung, aber auch Vergeltung zu machen. Der katholische Historiker Ludwig Volk S.J. hat diese Memoiren als Dokument einer hartnäckigen Wirklichkeitsverweigerung und erschreckenden Unbelehrbarkeit bezeichnet[70].

In diesem Sinne waren Bischof Hudals und Waldemar Meyers „kirchenpolitische Befriedungsversuche" Ausdruck persönlicher Illusionen und Ambitionen, aber auch typische Früchte eines Bodens, auf dem sich ein totalitärer Staat ohne politische, geschweige denn moralische Raison bewegte und auf dem eine Kirche zwar im Rahmen ihrer pastoral-politischen Raison handelte, doch ohne eine totale moralische Konfrontation zu riskieren.

Anhang

Dokument 1

(Original im Nachlaß Bischof Alois Hudals im Archiv des „Pontificio Istituto S. Maria dell'Anima" als unveröffentlichter Teil des Memoiren-Manuskriptes S. 411–422)

Ein kirchenpolitischer Befriedungsplan für Großdeutschland.

November 1942

Die Neuordnung der religiösen Verhältnisse ist aus innen- und außenpolitischen Gründen sehr dringend und kann unmöglich auf die Nachkriegszeit verschoben werden.

---

66 Vgl. ADSS, Vol. 9, Dok. 518.

67 Vgl. Hudals Weihnachtspredigt 1943 in der Kirche „Santa Maria dell'Anima" (Hudal-Archiv).

68 Hudal, Römische Tagebücher, S. 21. Vgl. H. Stehle, Pässe vom Papst?, Dossier in: „Die Zeit", Nr. 19/1984, sowie Josef Lenzenweger, Sancta Maria dell' Anima, Wien 1959, S. 135/136.

69 So Hochhuth im Gespräch mit dem Verf. am 24. September 1986 in Rom.

70 „Rheinischer Merkur", Nr. 46/1976; vgl. auch H. Stehle, Des braunen Bischofs Abschied, in: „Die Zeit" v. 24. 12. 1976.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1.) *Vom Reich gesehen.*

Die vielen Kirchenverträge für die katholische und protestantische Kirche, die heute bestehen als das Ergebnis früherer opportunistischer Parteikämpfe und einer Verquikkung von Politik und Religion, schaden der inneren Einheit des großdeutschen Staates, da diesen Verträgen jede einheitliche nationale und politische Idee gänzlich fehlt. Sie waren oft, wie im Falle von Bayern, Baden, Ostmark, nichts anderes als ein Versuch, die Länder geistig von einander abzuspalten und den Partikularismus zu stützen. Im Zeitalter eines national einheitlich denkenden Volkes entspricht ein solches Vielerlei von Kirchenverträgen nicht mehr den staatlichen Bedürfnissen, sondern ist eine Belastung für Kirchen und Staat. Dazu kommt die bedauerliche Tatsache, daß heute die kirchenpolitische Lage in den Gauen von Großdeutschland sehr durcheinander gekommen ist, da jeder Gauleiter sich als allein verantwortliche Stelle in nicht wenigen kirchlichen Dingen betrachtet und seine Entscheidungen ohne Rücksicht auf die Nachwirkungen im Ausland fällt. So ist, um nur ein Gebiet herauszunehmen, in Bayern Religionsunterricht an unteren und mittleren Schulen, in der Ostmark [Österreich] nur teilweise; im Sudetenland ist die Lage ganz verschieden, oft nach Gemeinden. Nicht minder ähnlich liegen die Dinge im Altreich und zwar betrifft das die katholische und protestantische Kirche in gleicher Weise. Dazu kommt, daß in verschiedenen Gauen unter den Staatsangestellten und Arbeitern eine direkte Hetzpropaganda getrieben wird zum Abfall vom Christentum mit der Drohung, sonst den Posten zu verlieren. Solche Zustände wirken sich sehr schädlich aus in der Heimat und unter den Frontsoldaten. Ungezählte leiden unter diesem Gewissenskonflikt und fragen sich: Wozu das Schlagwort vom Kreuzzug gegen die bolschewistische Gottlosigkeit, wenn wir im eigenen Lande nicht fähig oder willens sind, in der religiösen Frage zu einer Lösung zu kommen, die die Freiheit des persönlichen Gewissens wahrt, aber andererseits auf die völlig geänderten Verhältnisse Rücksicht nimmt? In der geschickten Form, die religiöse Frage modern zu ordnen, entscheidet sich zweifellos auch vieles von der geistigen Zukunft Großdeutschlands, besonders wenn der Krieg noch länger dauern sollte, und vom deutschen Volk das Letzte herausgeholt werden muß, was es an Widerstandskraft, Opferfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit noch besitzt.

2.) *Vom Ausland gesehen.*

Es ist ganz überflüssig, hier ausführen zu wollen, wie ungeheuer der religiöse Kampf im Reich, der in keiner Weise den Gedankengängen im Buch „Mein Kampf" entspricht, den außenpolitischen Interessen Deutschlands geschadet hat. Man müßte verblendet, dumm und ignorant sein, um nicht jene geschlossene Phalanx zu sehen, die heute in gewissen Staaten aus emigrierten Juden und wegen ihrer religiösen Gefühle verletzter Menschen gebildet wird und die das Dritte Reich leidenschaftlich bekämpft. Die Radiosendungen Englands und der Vereinigten Staaten leben viel mehr vom Religionskampf in Deutschland als etwa von politischen und sozialen Fragen und Problemen. Alles konzentriert sich gegen diese Sache. Klosteraufhebungen, Verhaftungen der Geistlichen, geheime Erlasse staatlicher Stellen (Papstaudienzen der Soldaten), deutsche Hirtenbriefe und bischöfliche Predigten, die nur durch den Religionskampf ausgelöst werden, liefern das Material für die geschickt aufgemachte reichsfeindliche Propaganda des Auslandes. Am schlimmsten wirkt sich das aus in Italien und Spanien, wo deshalb nicht wenige Menschen unter der Psychose der Nachrichten über religiöse Kämpfe im politischen Bündnis mit Deutsch-

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land geradezu eine Gefahr für die eigene katholische Religion erblickten, denn nirgendwo hört oder liest man etwas vom religiösen Leben im Reich, was günstig wäre. Unter den schlechten Nachrichten, die immer wieder aus Deutschland kommen, leidet der geistige Einfluß des Fascismus auf das italienische Volk, das zu 90 Prozent engstens mit dem Katholizismus verbunden ist und jeden Angriff auf diese Religion als einen solchen gegen die Seele der eigenen Nation betrachtet. In den nächsten Monaten wird die moralische Widerstandskraft in Italien auf eine harte Probe gestellt werden. Eine vernünftige Linie der Religionspolitik in Deutschland bedeutet deshalb eine Stärkung der Bündnissicherheit, in gewisser Hinsicht geradezu eine für Deutschland gewonnene Schlacht, denn auf die Dauer kann keine Regierung bestehen, wenn sie nicht die Seele des Volkes für sich hat. Die Amerikaner nehmen ihre Freunde im Kampf gegen Deutschland von allen Seiten her (Moskau, französische Verräter, Vatikanisches Radio). Alles ist ihnen willkommen, was der eigenen Politik dienen kann. Aufgabe einer klugen Staatspolitik muß es darum auch in Deutschland sein, alle positiven Kräfte – und dazu gehört erfahrungsgemäß die Religion – den großen Zielen der Staatspolitik einzuordnen, denn heute geht es nicht um die Zukunft des NS, sondern um Sein oder Nichtsein der ganzen deutschen Nation.

Lösung.

Ein neues Reichskonkordat kommt vor dem Friedensschluß nicht in Betracht. Der Vatikan will, solange der Krieg dauert, sicher keine Änderungen, um nicht die späteren Friedensverhandlungen zu präjudizieren. Ein eigentliches Konkordat ist übrigens vom Standpunkt des Reiches gar nicht empfehlenswert, da der Vatikan in zwei wichtigen Fragen niemals Zugeständnisse macht: Konfessionelle Schule und freie Ernennung der Bischöfe durch die Kurie. In diesen beiden Dingen kann aber auch das Reich nicht nachgeben, da ein „limes confessionalis" im Laufe weniger Jahre die großdeutsche Reichsidee ganz von selbst zerstören würde. Der Partikularismus ist ohnedies, wie Nietzsche trefflich sagte, ein Nationallaster der Deutschen, natürlich um so mehr, wenn Schule und Jugenderziehung abermals beitragen würden, zwischen den Stämmen eine geistig-kulturelle Grenze zu ziehen. Was mit dem Blute von Hunderttausenden deutscher Soldaten erkämpft worden ist – Großdeutschland – darf durch nichts mehr ausgehöhlt oder zerstört werden. Das ist das große Vermächtnis dieser Zeit. Der politischen und nationalen Einheitsidee Großdeutschland muß alles, was im Reich lebt, dienen und sich unterordnen, sonst sind unsere Soldaten für nichts gefallen. Ein Reichskonkordat würde übrigens zu den zahlreichen bereits bestehenden Schwierigkeiten nur noch neue dazubringen, da bekanntlich die Artikel solcher Verträge immer sehr elastisch sind und allen möglichen Erklärungsversuchen Raum lassen. Ebenso wenig kommt etwa ein sogenannter Modus vivendi in Betracht, denn ein solcher würde sofort von den Reichsfeinden als ein Canossagang Berlins erklärt werden. Es muß deshalb, wenn man ehrlich vorwärtskommen will, ein dicker Strich hinter die Vergangenheit gezogen und ein ganz neuer Weg mutig bestritten werden, indem man teilweise das nordamerikanische System zur Grundlage der kirchenpolitischen Neuordnung in Deutschland für alle Religionsbekenntnisse macht und zwar durch eine wohlwollende Trennung von Staat und Religionsgenossenschaften in der Form, die Cavour in die klassische Formel geprägt hat: Freie Kirche im freien Staat.

Der Weg dazu ist denkbar einfach und zwar verlangt er nur die Veröffentlichung von

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwei Staatsgrundgesetzen, die ohne jede vorausgehende Fühlungsnahme mit Protestanten oder Katholiken via facti als Fait accompli möglichst bald bekannt gemacht werden müßten. In diesen beiden Gesetzen müßten gerade jene Schwierigkeiten und strittigen Fragen schon im Vorhinein entfernt werden, die bisher die Hauptursache der Reibungen und Konflikte zwischen Staat und Religionsgenossenschaften gewesen sind. Beide Gesetze müssen ferner bei allen späteren Verhandlungen eine unverrückbare, kompromißlose Grundlage sein, die für alle Religionsgenossenschaften ausnahmslos ihre Geltung hat.

A.) *Staatsgrundgesetz über die deutsche Einheitsschule in Deutschland.*

§ 1. In ganz Großdeutschland wird mit ... 1943 als einziger Schultyp die Einheitsschule eingeführt.

§ 2. An allen unteren und mittleren Schulen wird im Ausmaß von wöchentlich 2 Stunden Religionsunterricht erteilt. Die Besorgung desselben ist Sache der betreffenden Religionsgesellschaften. Als Religionslehrer dürfen nur deutsche Staatsbürger angestellt werden, die politisch einwandfrei sind und vor der Übernahme ihres Amtes den Treueid auf Großdeutschland abgelegt haben. Über die Teilnahme der Schulkinder entscheiden die Eltern bzw. deren gesetzliche Vertreter.

Bemerkung: Die Veröffentlichung eines solchen Gesetzes bereitet gar keine Schwierigkeit, da heute bereits mehr als 90 Prozent aller Privatschulen im Reich aufgehoben sind und zwar auch in Ländern mit gegenteiligen Konkordatsvereinbarungen. Es ist also nur die gesetzliche Bestätigung dessen, was tatsächlich schon vorhanden ist. Indem aber die Erteilung des Religionsunterrichtes gesetzlich in die Einheitsschule einbezogen ist, ist vielmehr ein Fortschritt gemacht gegenüber der jetzigen Rechtsunklarheit und der dadurch bedingten Verschiedenheit in den Ländern und Gauen.

B.) *Staatsgrundgesetz über das Rechtsverhältnis von Staat und Religionsgesellschaften in Großdeutschland.*

§ 1. Die vom Staate bisher anerkannten Religionsgesellschaften und Kirchen behalten ihre Rechtspersönlichkeit und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle Staatsbürger geltenden Gesetze.

§ 2. Der Genuß bürgerlicher und politischer Rechte ist unabhängig vom Religionsbekenntnis. Jedem Staatsbürger ist die Freiheit der religiösen Überzeugung und die Ausübung seines Bekenntnisses gewährleistet.

§ 3. Die vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften bleiben im Besitz der vor 1939 von denselben rechtskräftig erworbenen oder vom Staat in Pacht genommenen Gebäude für Zwecke der Verwaltung (Kurien, Bischöfliche Residenzen), der Priesterseminare und Konvikte, der für kranke und pensionierte Priester und Kleriker von den Religionsgesellschaften gestifteten Anstalten und ferner der mit kirchlichen Stiftungen verbundenen Baulichkeiten und Grundstücke. Soweit dieselben Verwaltungsgebäude und Seminarbaulichkeiten noch nicht besitzen, haben sie das Recht zum Ankauf geeigneter Objekte.

§ 4. Die Ernennung von definitiven und provisorischen Vorstehern von Religionsgesellschaften und Kirchen kann nur erfolgen, wenn dieselben von der zuständigen staatlichen Behörde als politisch einwandfrei anerkannt worden sind. Vor der Amtsübernahme haben dieselben den Treueid auf Großdeutschland abzulegen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

§ 5. Ordensgenossenschaften des katholischen und protestantischen Bekenntnisses bleiben im Besitz ihrer vor 1939 erworbenen Gebäude und Grundstücke, wenn dieselben karitativen Zwecken dienen (Spitäler, Altersheime usw.), der Heranbildung von deutschen Missionaren im Ausland oder deutschen Auslandsseelsorgern, ferner wenn Ordensgenossenschaften eine wesentliche Notwendigkeit für die Seelsorge sind. Die Zusammenstellung des betreffenden Verzeichnisses und die Unterbreitung desselben an das Reichskirchenministerium zur Überprüfung ist Sache der in § 8 genannten Kommissionen.

§ 6. Zum Zwecke einer friedlichen Abgrenzung der staatlichen und religiösen Belange wird in Großdeutschland die Trennung von Staat und Religionsgesellschaften in wohlwollender Form im Sinne der Autonomie der inneren Verwaltung durchgeführt.

§ 7. Kirchen und kirchliche Gebäude, die als Nationaldenkmäler erklärt werden, genießen den besonderen Schutz des Staates und wird deren Erhaltung durch Staatsbeiträge gefördert.

§ 8. Um die in § 6 festgelegte grundsätzliche Neuordnung auf die einzelnen Religionsgesellschaften anzuwenden, die im Reich die Rechtspersönlichkeit besitzen, wird für jede derselben vom Reichskirchenministerium eine viergliedrige Kommission eingesetzt, die im Einvernehmen mit ihren zuständigen kirchlichen Oberbehörden ihre Organisation besonders auch hinsichtlich der Finanzierung ordnet. Das Ergebnis wird dem Reichskirchenministerium unterbreitet.

§ 9. Um allen Religionsgesellschaften den Übergang zur autonomen Selbstverwaltung zu erleichtern, werden die bisherigen Staatszuschüsse für Kultuszwecke auf die Dauer von 2 Jahren weiter bezahlt.

§ 10. Mit dem Jahr 1944 wird das Reichskirchenministerium aufgehoben; seine Agenden werden, soweit sie nicht durch die Neuordnung zum ausschließlichen Gebiet der autonomen Verwaltung der Religionsgesellschaften gehören, von der neuzuerrichtenden kirchenpolitischen Sektion im Auswärtigen Amt übernommen (Überprüfung der politischen Haltung bei Ernennung von Vorstehern der Religionsgesellschaften, Eidablegung derselben, Anerkennung neuer und Aufhebung bestehender Religionsgesellschaften bei staatsfeindlicher Haltung usw.).

Schlußbemerkung: Der im Vorausgehenden angegebene Weg ist der einzig mögliche konstruktive religiöse Befriedungsplan, der auch außenpolitisch die besten Auswirkungen haben wird. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in den kommenden Jahrzehnten, wenn der nationale Gedanke nicht untergehen soll, das kirchenpolitische Programm nur die in wohlwollender Form der Autonomie durchgeführte Trennung der Religion und des Staates sein kann mit einer Staatskontrolle in den beiden entscheidenden Fragen der Schule und politischen einwandfreien Haltung der Vorsteher. Durch diese beiden Staatsgrundgesetze, die für alle Staatsbürger Geltung haben, wird ein wichtiges Gebiet ein für allemal geordnet. Überdies wird innerhalb des Staates ein modernes jus commune für die Religionsgesellschaften ausnahmslos geschaffen. Ein Protest gegen diese zwei Gesetze kann nur theoretische Bedeutung haben, da die Vorteile der Neuordnung bei einer objektiven Beurteilung unbestreitbar sind gegenüber der jetzigen verworrenen Rechtslage, die man am besten mit einem verfahrenen Karren vergleichen kann.

Der reichsfeindlichen Propaganda (vgl. die Charta atlantica) wird hinsichtlich der

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Religion jede Grundlage genommen[71]. Ein Jahr der Befriedung würde herrschen, weil die betreffenden Kommissionen durch ihre Arbeiten und Beratungen reichlich in Anspruch genommen werden und jede strittige Angelegenheit sozusagen hinter 4 Wänden, ohne das Hereinziehen der Öffentlichkeit ruhig beraten werden kann. An die Spitze des Reichskirchenministeriums gehört allerdings ein genial veranlagter, weitblickender Mensch, der die ganze Materie bereits beherrscht und deshalb auch über den Religionsgesellschaften stehen kann[72].

Die diplomatische Vertretung beim Vatikan ebenso wie jene des Hl. Stuhles in Berlin wird in keiner Weise tangiert.

Dokument 2

(Original im Nachlaß Bischof Alois Hudals als unveröffentlichter Teil des Memoiren-Manuskriptes S. 422–425)

Wesentliche Voraussetzungen des kirchenpolitischen Befriedungsplans.

März 1943

I.) Änderung in der Haltung der deutschen Presse gegenüber Religion und Kirche. Bisher wurde alles einfach totgeschwiegen, als ob es sich um eine quantité negligable handle. Das hat in Rom sehr verletzt. Eine gute erste Gelegenheit, diese Haltung zu ändern, wäre zum Beispiel ein kurzer Bericht über Papst Pius XII. und die Kriegsgefangenen, über das *„ufficio informativo"* des Vatikans, das tatsächlich bereits schöne Erfolge aufzuweisen hat und zwar auch dort, wo das Rote Kreuz nichts erfahren konnte. Der Vatikan hat unter dem katholischen Klerus in Moskau Vertrauensleute, die auch wegen der zahlreichen in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen auf Umwegen manches erreichen könnten; so schwierig dies auch ist, allein es wäre ein Einschalten des Vatikans, das dieser sicher durch eine Gegenleistung gegenüber Deutschland erwidern würde (sic!).

II.) Anläßlich des 10. Jahrestages der Machtübernahme wäre Gelegenheit gegeben zu einer großzügigen Amnestie für Bischöfe, Geistliche und Ordensleute, die sich propter fidem [wegen des Glaubens] in Gefängnissen oder Konzentrationslagern befinden. Dasselbe wäre für Niemöller zu machen und für Laien, die propter fidem bereits seit 1938 eingesperrt sind (also Zeitbegrenzung!).

III.) Sofortige Beseitigung der für die Verwaltung der Kirchen- und Klostergüter eingesetzten Kommissäre (eine gute Begründung hierfür ist auch ihre militärische Einberufung), Übergabe der Verwaltung an die von den zuständigen Kirchenbehörden ernannten Personen bis eine endgültige Regelung über das gesamte geistliche Vermögen mit dem Hl. Stuhl erfolgt.

IV.) Sofortige Sistierung der Judenmorde, die dem Reich im Ausland ungeheuer schaden; menschenwürdige Behandlung der Juden; Verwendung derselben für vernünftige Arbeiten im Interesse des Reiches.

---

[71] Die Atlantik-Charta vom 12. August 1941 enthielt keinen direkten Hinweis auf die Religionsfreiheit.

[72] Das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, 1935 entstanden, war seit dem Tode Hanns Kerrls (14. 12. 1941) ohne Minister.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V.) Veröffentlichung eines Staatsgesetzes über die Einführung der obligatorischen deutschen Einheitsschule mit obligatorischer Erteilung des Religionsunterrichtes durch die von den zuständigen Kirchenbehörden ernannten Personen, wobei die Eltern oder deren gesetzmäßige Vertreter frei über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht entscheiden können.

VI.) Eine strikte Weisung seitens des Personalamtes des Braunen Hauses und der Gestapo, daß die Propaganda zum Kirchenaustritt sofort eingestellt werden muß (dieselbe besorgen bisher getarnte Kommunisten in Fabriken und Ämtern!), ferner die ausdrückliche Anordnung, daß niemand wegen Ausübung der Religion von der Beförderung im Staatsdienst ausgeschlossen werden darf. Ungezählte Fälle traurigster Art liegen in Rom in den Akten!

VII.) Durch eine entsprechende Weisung an die Vatikanbotschaft es ermöglichen, daß die im Reich und Böhmen vakanten Bistümer möglichst bald besetzt werden können. Wenn gleichzeitig zum Beispiel 5 oder 6 deutsche und tschechische Bischöfe vom Papst ernannt würden, so wäre dies eine für die Beurteilung des Reiches im Ausland äußerst wichtige Sache!

VIII.) Eine gründliche Änderung in der Jugenderziehung: Ehrfurcht vor der Religion und volle Freiheit, wenn Jungens sich zur Teilnahme am Gottesdienst oder Religionsunterricht melden. Die diesbezüglichen in Rom liegenden Berichte sind erschütternd und lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß von gewissenlosen Elementen innerhalb der [Hitler-]Jugendführung eine zielbewußte Vorbereitung der deutschen Jugend zur Bolschewisierung erstrebt wird. Ein einziges Wort von oben und diese Sache hätte sofort ein Ende!

IX.) Über die deutsche Botschaft dem Vatikan vorschlagen, daß zur Ordnung der kirchlichen Fragen im Osten ein Legatus Pontificius mit dem Sitz in Prag ernannt werde; dadurch würde eine kluge Basis auch für das Reich geschaffen, um andere wichtige Fragen über den Papst an bestimmte Stellen zu bringen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANS-JÜRGEN SCHRÖDER

DIE ANFANGSJAHRE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Eine amerikanische Bilanz 1954

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrer Gründung Kernstück der amerikanischen Europapolitik. Diese für Washington zentrale Bedeutung Westdeutschlands hatte sich bereits kurz nach der militärischen Niederlage abgezeichnet. Vor allem ökonomische Sachzwänge und die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes hatten die amerikanischen Führungsspitzen von Politik und Wirtschaft spätestens 1947 davon überzeugt, daß es zu einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung Westdeutschlands aus amerikanischer Perspektive eine Alternative nicht gab. Es lag auf der Linie dieses Kalküls, daß Westdeutschland von Anfang an integraler Bestandteil des European Recovery Program war. Die Einbeziehung des westdeutschen Wirtschaftspotentials in den Marshallplan wurde in Washington zunächst als unabdingbare Voraussetzung für eine dauerhafte Rekonstruktion Europas und der Weltwirtschaft betrachtet. Hinzu kamen politische Dimensionen. So hat die wirtschaftliche Stabilisierung Westdeutschlands die Voraussetzung auch für eine politische Stabilisierung geschaffen und damit eine Immunisierung Westdeutschlands vor sowjetischen Einflüssen einleiten und den Demokratisierungsprozeß konsolidieren können. Die mit dem Marshallplan intendierte und zum großen Teil auch in Gang gesetzte westeuropäische Integration hat überdies die außenpolitische Orientierung maßgeblich beeinflußt, denn auf diese Weise wurde die Außenpolitik der Bundesrepublik bereits in ihrer Gründungsphase auf den Westen „eingepolt". Mit der Erweiterung des westdeutschen Handlungsspielraums wurde dann die Sicherheit vor Deutschland ein weiteres wichtiges Motiv für eine dauerhafte Westorientierung der Bundesrepublik[1].

[1] Vgl. z. B. Manfred Knapp, Deutschland und der Marshallplan. Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 19–43; ders., Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: ders. (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration. Studien zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1947–1952), Frankfurt/Main 1984, S. 13–94; Werner Link, Der Marshallplan und Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/80 (13. Dezember 1980), S. 3–18; ders., Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949, Berlin

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts dieser deutschlandpolitischen Prämissen kann es nicht überraschen, daß Washington vor allem diejenigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik stützte, die in außenpolitischer Hinsicht die Anlehnung an die westlichen Alliierten suchten und sich innenpolitisch an amerikanischen Demokratievorstellungen orientierten, was aus der Sicht der USA die Stabilisierung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems einschloß.

Die im September 1949 gebildete Bundesregierung und namentlich Bundeskanzler Adenauer erwiesen sich für die amerikanische Deutschland- und Europapolitik, ja für die Außenpolitik der USA insgesamt, als Idealtypus: Die außenpolitische Konzeption Adenauers war ganz darauf abgestellt, durch enge Anlehnung an die westliche Führungsmacht und in konsequenter Frontstellung zur Sowjetunion den deutschen Wiederaufstieg schrittweise zu realisieren[2]. Auch unter dem Aspekt der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik erschien Adenauer als Glücksfall. Zwar wurde sein autokratischer Führungsstil wiederholt kritisch kommentiert, ohne jedoch die demokratische Integrität Adenauers anzuzweifeln. Überdies wurden solche Kommentare mit dem Hinweis verknüpft, daß ein derartiger Führungsstil dem „deutschen Wesen" am ehesten entspreche, jedenfalls in der schwierigen Phase der Wiederherstellung demokratischer Rahmenbedingungen nach zwölf Jahren Diktatur in Deutschland. Die starke innenpolitische Stellung Adenauers wurde bereits in den ersten Berichten der Hohen Kommission pointiert herausgehoben. So wurde etwa bereits im Dezember 1949 von dem Politischen Berater des amerikanischen Hohen Kommissars die These vertreten[3], daß jede Analyse der westdeutschen Politik die Person des Bundeskanzlers zum Ausgangspunkt machen müsse. In der Studie hieß es:

"Trends in the developing German government are so dependent upon the dominant personality of the Chancellor that any study must commence from this point. Dr. Adenauer is the master of his cabinet and, through its members, of the ministries and of the coalition factions in the Bundestag. He is a man of marked determination and perseverance and of remarkable political skill. He has brought with him into his new office the qualities which caused him as Lord Mayor of Cologne to be called the 'Iron Oberbürgermeister'. Dr. Adenauer is a realist; he knows what he wants, and he has the courage, the skill, and the leadership to get it. His realism is especially noticeable in his foreign policy – his acceptance of the fact that Germany has lost the war and is a conquered country, that it is free to act only as the Allies permit

1984, S. 7–23; Hans-Jürgen Schröder, Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/87 (2. Mai 1987), S. 3–17, mit jeweils weiteren Literaturangaben.

[2] Vgl. Hans-Jürgen Schröder, Kanzler der Alliierten? Die Bedeutung der USA für die Außenpolitik Adenauers, in: Joseph Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 118–145; zur Frühphase Werner Bührer, Auftakt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 529–556.

[3] Office of the Political Adviser of the United States High Commission an State Department, 8. Dezember 1949 (Prospects of Democratic Development of the German Federal Government), in: National Archives, Washington D. C., Record Group 59 (zitiert NA, RG 59), 862.00/12–849.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

it to act, that increased freedom is dependent upon the good will of the Allies, and that above all the immediate future of Germany depends upon good relations with France. His stand against German rearmament at this time appeals not only to the French and British need for security assurances from Germany, but also to the German people, who have no desire whatsoever for an Army and a new military adventure. He is strong enough and courageous enough to implement this policy in the face of bitter criticism from his parliamentary opposition and the possible underlying hostility of the German people. On the economic and social side, there is no doubt that Dr. Adenauer's sympathies lie with industry and that he believes in a free economy, but he is too shrewed a politician not to make considerable concessions to organized labor in order to guarantee its continued support. Many of his concessions will be opposed by his own coalition supporters, the FDP and DP, but he will nevertheless be able to push them through.

On the political side, with which this report is particularly concerned, Dr. Adenauer is in no sense a totalitarian. He will fight the return of a totalitarian system as vigorously as would the Occupation Powers themselves. He is not a dictator in the technical sense of the term. But neither has he any real sympathy for popular government, nor for democracy in practice as we understand it. He is the product of German officialdom with its belief in the authority of the state over the people and in the professional civil servant as the representative of the state; in the superiority of the trained professional civil servant as against the untrained legislator; and in the right of the government (the state) to take action which it considers to be in the best interests of the German people, unhampered by reference to public opinion [...]

The Chancellor was elected by the smallest mathematical majority possible under the Basic Law. This, together with the failure to appreciate the peculiar constitutional provisions cited above, have led many observers to the conclusion that the position of the government is uncertain. Nothing can be farther from the fact. There is no conceivable combination in the Bundestag which can upset the present government."

Die sich in den folgenden Jahren immer stärker ausprägende Dominanz Adenauers hat ihn schließlich in amerikanischen Lagebeurteilungen der Bonner Politik unentbehrlich gemacht. Das ergab sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß zumindest in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein möglicher Nachfolger nicht in Sicht war. Die Frage nach einem solchen potentiellen Nachfolger war angesichts des nicht gerade jugendlichen Alters des deutschen Bundeskanzlers in Washington auch wiederholt gestellt, jedoch zu Beginn der fünfziger Jahre nicht zu Ende gedacht worden, weil zu Bundeskanzler Adenauer eine Alternative in Washington nicht erkennbar war. Nicht zuletzt der Mangel an personellen Alternativen erklärt die zentrale Bedeutung Adenauers im Kalkül der Eisenhower-Administration, die dem Kanzler im Bundestagswahlkampf des Jahres 1953 massive Wahlhilfe leistete. Bereits die Regie für Adenauers Amerikareise im April 1953 macht dies deutlich[4].

[4] Belege in: Foreign Relations of the United States, 1952–1954, Vol. VII, Germany and Austria, Washington 1986, Part 1, S. 416 ff.; vgl. Memorandum Williams vom 19. September 1952 (Some Thoughts re Chancellor Adenauer), in: NA, RG 59, 762A.13/9–1952.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts dieser Situation überrascht es nicht, daß in den Berichten der Hohen Kommission allen erkennbaren und potentiellen Veränderungen in der politischen Konstellation der Bundesrepublik, die die Position des Kanzlers in irgendeiner Weise tangieren konnten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Ungeachtet gelegentlicher transatlantischer Irritationen, die sich aus deutschen Neutralisierungsängsten einerseits und andererseits aus dem amerikanischen Rapallo-Trauma ergaben, zieht sich die insgesamt positive Einschätzung Adenauers wie ein roter Faden durch die in den amerikanischen Akten dokumentierten Diskussionen innerhalb der amerikanischen Regierung. So heißt es etwa Anfang 1959 in einem zusammenfassenden Bericht der amerikanischen Botschaft in Bonn über die wichtigsten Entwicklungen in der Bundesrepublik: „The broad elements of stability in the Federal Republic described in similar surveys in past years [...] remained constant in 1958. The leadership and policies of Adenauer continued to dominate and were again endorsed in major elections."[5]

Zu den besten Analysen der Rolle Adenauers in der deutschen Innen- und Außenpolitik gehört der im folgenden abgedruckte Bericht vom Juli 1954. Der Verfasser, Edward Tudor Lampson, Jahrgang 1912, promovierte 1939 an der Harvard Universität mit einer Arbeit über „The Royal Prerogative in England, 1485–1603". Nach Lehrtätigkeiten am Trinity College und am Southwestern College trat er 1942 in den Dienst des State Department. Nach Auslandserfahrungen in Ankara (Second Secretary) und Düsseldorf (Political Officer) wurde er im November 1952 an die Amerikanische Hohe Kommission nach Bonn versetzt, wo er am 4. Juli 1954 die Leitung der für deutsche Innenpolitik zuständigen Abteilung (Division of German Internal Affairs) übernahm. Am 5. Mai 1955 wurde er Erster Sekretär an der jetzt in den Rang einer Botschaft erhobenen amerikanischen Mission in Bonn. Seit August 1955 widmete er sich überwiegend Aufgaben in der Zentrale in Washington.

In der Deutschlandabteilung des State Department fand der Bericht eine über die Routinebehandlung hinausgehende Beachtung, weil es Lampson verstanden hatte, allgemeine Betrachtungen mit einer Detailanalyse zu verknüpfen. Eine leicht (um die drei Abschnitte 1. Federalism, 2. The CDU and the Trade Unions und 3. The Information Ministry in Teil F) gekürzte Fassung wurde daher als Grundlage für „briefing papers" über Westdeutschland zu den Akten genommen[6]. Dort trug sie die Überschrift „The Role of the Chancellor in West German Political Developments".

---

[5] Amerikanische Botschaft Bonn an State Department, 2. Februar 1959 (The Main Trends in 1958 and the German Scene at the Turn of the Year), in: NA, RG 59, 762A.00/2-259.

[6] Vgl. Memorandum Williams vom 5. August 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/7-1254: „Here is a very useful effort by Lampson. I think he does very well in giving the broad scale treatment to the West German political scene and that there is, at the same time, enough of detail and specific example to keep the casual reader from thinking he is reading just ‚general' statements. Aside from the fact that you will all be interested in many of the items discussed, I think it will be valuable to keep the despatch in mind as a desirable base for briefing papers that may be required of us and for quick instruction of officers who come to see us for a day or two before proceeding to Germany on assignment [...] I will shortly get a warm commendation for Brother Lampson."

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

Some Observations on West German Political Developments
(The Role of the Chancellor in West German Political Developments)
U.S. HICOG, Bonn to The Department of State,
Washington Despatch No. 82, July 12, 1954[7]

I. *Introduction*

At the end of this week will adjourn the first session of the Bundestag in which Chancellor Adenauer controls through his coalition more than two-thirds of the seats. Simultaneously, because of events occurring outside of Germany the whole question of the success of the Chancellor's policy of western integration is hanging in the balance. Most observers of the German scene agree that its success or failure within the immediate future will exercise a profound influence upon the course of western German development. At such a time, it may be useful to reflect upon some of the outstanding characteristics of the German political scene as it has evolved in the first five years of the Federal Republic's existence.

The executive branch of the German government under the skillful and forceful leadership of Chancellor Adenauer has overshadowed the legislature. Major policies and legislative programs initiated by the Government have with few exceptions been accepted by the parliament without significant change. Thus any review of the German political system should properly begin with a consideration of the Office of the Chancellor and of his administrative apparatus.

II. *The Federal Chancellor*

The West German chancellor enjoys a greater degree of practical independence from parliamentary control than is the case in other European democracies where a premier can be removed if a parliamentary majority disavows him in a vote of confidence. The German constitution was purposely drawn with a view to preventing the recurrent cabinet crises which have done so much to destroy the effectiveness of French and Italian democratic government. Thus the German Basic Law provides that the chancellor cannot be removed from office until the Bundestag has selected his successor by a majority vote. Under the conditions obtaining in German politics during the term of the first Bundestag, it proved a practical impossibility to muster a majority in favor of any parliamentary leader who was not the head of the CDU party. Thus, despite the fact that he was chosen as chancellor by a majority of one, Adenauer found himself from 1949 to 1953 as firmly

[7] Der Bericht mit der Klassifizierung „confidential" befindet sich in: NA, RG 59, 762A.00/7–1254. Vor dem Postabgang am 16. Juli 1954 wurde der Abschnitt IV.A.2. noch um den Hinweis auf den Bericht Nr. 114 vom 15. Juli 1954 ergänzt, vgl. unten, Anm. 15. Die Kommentierung beschränkt sich auf den Nachweis der von Lampson zitierten Quellen; das gilt insbesondere für die in den Akten des State Department aufgefundenen Berichte der Hohen Kommission.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seated in his office as a president of the United States*. The 243 seats which the CDU/CSU party now commands** in the Bundestag as a result of the September 6 elections has further increased the strength of the Chancellor's hold on his office. Moreover, because the members of the cabinet are appointed and dismissed by the federal president on the proposal of the chancellor, there is no practical method by which the Bundestag can force the resignation of individual cabinet members against the chancellor's will unless the latter himself is removed.

The result of this system of choosing and replacing a chancellor has been to give great practical power to his office. Moreover, this constitutional power is enhanced by German traditions and attitudes which favor the development of a strong executive. Although the German legislature under the constitution has wide powers, it is the chancellor, his cabinet and the executive branch of the government he directs which provide direction and drive to the German governmental machinery.

A. *Influence of Adenauer*

Working from the vantage point of this strong office, Adenauer has been able to exert a decisive influence upon the development of the Federal Republic up to the present. Time and again he has shown his qualities of courage, skill, realism, and leadership. The fixity with which he has followed his major objectives has contributed greatly to the coherence of government policy and to the development of the self-confidence of the administration. His strength of character as well as his remarkable success have commanded respect in a country whose political heroes have been characterized by their iron wills.

The Chancellor has influenced the character of the administration in numerous ways. At times, particularly in the areas which he considers of primary importance, his policy has had a personal quality. For example, during the preliminary planning for the Berlin Conference, it was the official position of the German Government to support a plan for the administration of Germany after all-German elections*** which was widely attacked throughout the German press, opposed by the leaders of the CDU/CSU party, resisted by a number of Cabinet ministers, including the Minister for all-German Affairs, and criticized by German Foreign Office experts on the USSR. The official position was that of the Chancellor and a small number of his close advisers. Another indication of his influence is the lack of direction which is apparent when Adenauer is out of the country.

---

* In this connection, it is interesting to note that up to the present the German constitution is developing along lines reminiscent of the American presidential system. For example, in 1953 the Bundestag elections had more of the characteristics of an American presidential election than of a European parliamentary one. It was chiefly a contest between Ollenhauer and Adenauer. (But this competition between contenders for the office of chancellor as the outstanding feature of the election may be a temporary phenomenon in German political life since after the dominating personality of Adenauer disappears from the German political scene, it seems likely that German politics will return to more normal multi-party patterns.)

** Up to mid-June the party had an absolute majority of 244 but at that time, Deputy Kather left the CDU party and joined the BHE faction, because he held that the CDU/CSU was not doing anough for refugee groups.

*** This plan called for the simultaneous operation of an all-German Constituent Assembly, and East German and West German Governments.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(This situation is enhanced by the fact that Adenauer has kept in his own hands the portfolios of chancellor and minister for foreign affairs.) An example was the hesitancy with which the German Government handled certain difficult foreign policy questions during the three-week period when Adenauer was on a trip to Greece and Turkey*.

B. *The Chancellory*

As is so often the case with strong executives, the personal quality of the Chancellor's government also expresses itself in the role of his "kitchen cabinet". There has been a tendency in the Federal Republic for the small number of men who have the Chancellor's ear to exercise a great influence in the shaping of major political decisions. Their influence is derived from access rather than authority. The symbol of this development is the importance of the Office of the Federal Chancellory. In observing the power of such men as Globke and Blankenhorn, one is reminded of the role of Hopkins and Corcoran in the administration of F. D. Roosevelt.

It is a source of weakness in this relatively unseasoned democracy that this small influential group has shown no sign of a desire to widen the basis of participation. This tendency has reduced chances for training a new generation of competent administrators and of drawing into the area of responsibility a widening circle of capable and interested citizens.

Another expression of the personal side of the Adenauer administration has been the Chancellor's tendency to keep his colleagues in the dark on major questions of policy, particularly foreign policy. His coalition partners, especially the CSU party, and even leaders of the CDU Bundestag fraction, frequently complain that they are neither consulted nor informed. Likewise, he made no attempt effectively to bring the opposition into the planning of foreign policy despite numerous meetings between SPD leaders and himself.

C. *The Wuermeling Ministry*

It is difficult to assess accurately what role the Chancellor plays in the current increase of clerical influence in German political life. This development is typified by the activities and objectives of Minister of Family Affairs, Wuermeling. The continuation in office for over five years of a predominantly Catholic party has naturally begun to have some effect upon the character of the government. The clearest expression of that influence is this newly created Ministry which exercises certain functions in the supervision of morals.

Such tendencies up to the present have been limited by criticism of the German public, the pressure of Protestants within the CDU (it should be noted, however, that some Protestants approve of the activities of the Wuermeling Ministry) and presumably the common sense of the Chancellor. Numerous Germans, particularly among anti-clerical circles, look with foreboding at such developments and warn that a government so strongly Catholic in orientation is, under clerical influence, taking on with disquieting speed the characteristics of the Salazar government in Portugal. They prophesy that Western Germany will shortly be an authoritarian regime strongly under church influence strictly controlling the morals, if not the faith, of the population. Such forecasts seem exaggerated when one considers the strength of protestantism, anti-clericalism and materialism in Germany.

* The Saar issue and the question of the amendment of the German Constitution.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

D. *The Chancellor's Outlook*

The experience of recent years has given no reason to revise an estimate made of the Chancellor in 1949. In the light of recent events, it still seems fair to say that he "has no deep sympathy for popular government in the American sense nor for democracy in practice as we unterstand it. He is the product of German officialdom with its belief in the authority of the state over the people and in the professional civil servant as against the untrained legislator; and in the right of the government (the state) to take action which it considers to be in the best interests of the German people unhampered by reference to public opinion."[8]

In short, Adenauer is the product of the conservative tradition of the German Civil Service and of the philosophy of the German Rechtsstaat. In his outlook today, as in his opposition to Nazism from 1933 to 1945, he represents the best elements of this tradition. Given the political inexperience of the German people, one can make out a strong case for the thesis that Adenauer's enlightened pro-European leadership combined with his respect for law and civilized values provide the best guidance for the German people which can be expected under present circumstances.

Although Adenauer's influence on the development of German institutions was strong in the period 1949–1953, the smashing victory of September 1953 – unprecedented in German parliamentary history – has greatly increased it. Control of the lower house, where his party had up to June, 1954, 59% of the seats (and his coalition more than ⅔), gives Adenauer unusually broad powers. With this two-thirds majority, combined with two-thirds of the votes in the Bundesrat in coalition hands, the coalition can amend the German Basic Law except in respect to basic civil liberties (Articles 1–20) and federal-Laender relationships. In view of this situation, it is of value to estimate what are the practical limits of the Chancellor's power.

E. *Factors Limiting the Chancellor's Power*

The first limit is set by Adenauer's personal awareness that the success of his major policies requires moderation. Despite his autocratic cast of mind, there are many indications that Adenauer clearly understands the nature of his present position. His policy of European integration will oblige him to take into consideration public opinion outside of Germany. This public opinion is highly sensitive to the fear of the return of German absolutism. Soviet propaganda and British, French and U.S. Germanophobes constantly bring this danger before the peoples of Europe and of the United States.

Both in private conversation and in public utterances Adenauer has clearly indicated his awareness that if Germany is to succeed in playing an important role in a United Europe, it must not overreach itself. This moderation has been reflected, for example, in the behavior of the German delegation to the CSC which, although it fought hard against a tax decision which worked to Germany's disadvantage, accepted its defeat with a good grace which can best be explained in terms of strong government directives. It has

[8] Office of the Political Adviser of the United States High Commission an State Department, 8. Dezember 1949 (Prospects of Democratic Development of the German Federal Government), in: NA, RG 59, 862.00/12–849. Der hier gekürzt wiedergegebene Abschnitt ist in der Vorbemerkung (Text zu Anm. 3) vollständig zitiert.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also been revealed in the way in which the Chancellor handled last fall's crisis over the formation of an information ministry. It has again exhibited itself in the caution with which the Federal Chancery is handling the question of the wearing of German military decorations, and the proposal of an FDP Bundestag deputy that a Bundestag delegation should make a trip to Russia.

Secondly, the nature of the Chancellor's own party imposes certain limitations. German political parties are generally highly disciplined and party lines are seldom broken, but the CDU/CSU is not a normal European political party; it is a loose conglomeration of interest groups. There are certain issues which might split the CDU and make it impossible for the Chancellor to maintain his parliamentary majority. The presence of the labor wing, for example, puts a definite limit upon the extent to which the Chancellor would be able to put through anti-labor legislation. Adenauer's past record itself is an indication that he clearly recognizes the importance of satisfying labor's responsible demands and the necessity of winning labor support for major government policies. For example, it was he who put through the first and most sweeping "codetermination" law. That act made it possible for him to win at least tacit support of the labor unions for the Schuman Plan even against the most vociferous opposition of the SPD.

It is significant that the Chancellor has chosen a labor leader to handle defense questions. It is axiomatic that it would be difficult to build up German military contingents if trade unions and industrial labor in general lined themselves up strongly against such a development. Furthermore, given the present intensity of feeling created by allusions to "Prussian militarism", it would be greatly to Germany's advantage to enter a European defense community in a position in which it could represent the new German army as one developed under the liberal leadership of a man like Blank.

The fact that approximately 40 percent of CDU/CSU deputies are Protestants places another limitation upon the Chancellor's freedom of action in matters which touch upon denominational issues.

F. *Illustrative Issues Since September 1953*

Several events following the elections have born out the view that there are numerous forces which tend to hold the present German government to a moderate course, in addition to the basic fact that the Chancellor and his associates are moderate and reasonable men. Directly after the elections, moves were made which suggested that the Government might use its victory to increase its control over the *Laender*, the trade unions, and the information media. However, in each case the Government modified its initial line of action. These developments are discussed briefly below.

1. *Federalism*

The issue of the distribution of powers between the central government and the Laender became of primary importance to the Chancellor because of the constitutional issue involved in the defense treaties. During the constitutional debate of December and January, 1952–1953, there were indications that the government attempted to bring down one or more of the Laender governments in order to increase the pro-Adenauer group in the Upper House. In these maneuvers, the Chancellor was unsuccessful and the attempt at least temporarily reduced his popularity. Following the September elections several changes in Laender Governments to the advantage of the CDU/CSU occurred.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

On October 7, a new government, with the CDU in possession of a majority of the cabinet seats, was formed in Baden-Wuerttemberg. In this case, however, no clear-cut constitutional issue was at stake because the CDU, which was the largest party in Baden-Wuerttemberg before the September election, had not even been represented in the previous government. There was, therefore, a good case to be made for the formation of a new government in Baden-Wuerttemberg.

The local election held in Hamburg on November 1 brought in a new state legislature with a narrow pro-Government majority and has assured a two-thirds majority on the Bundesrat for Adenauer. Despite certain SPD charges, there is no evidence of improper pressure exerted from Bonn to influence the outcome of the Hamburg election.

In the case of Lower Saxony, however, the issue between federalism and centralism was clearly drawn. The Land government was a reasonable one in which the majority parties were properly represented. It was not the intention of the Basic Law that properly constituted Land governments should be forced out every time a federal election occurred if they were not similar in political orientation to the central government. However, there were indications that certain officials in the Chancellor's office seriously considered means of forcing the SPD-dominated government to fall by inducing the BHE members of the Lower Saxony coalition to cast a vote of no-confidence in a government of which they were members. The BHE refused to do this, and the plan failed. If it had succeeded, it would have been a serious infringement of federal principles.

Past experience indicates that this is not a question upon which the Chancellor has scruples. The strongest limiting factor in such matters is the Bavarian CSU, which is strongly committed to federal principles because it wishes to preserve as much self-government for Bavaria as possible.

2. *The CDU and the Trade Unions*

The election results were barely in before rumors began to circulate charging that the CDU/CSU was planning to use its newly-won power to "gleichschalten" the trade unions (i.e. to "integrate" them). The *New York Times*[9] carried an article suggesting that the Minister of Labor would hold a top union job and would direct the government domination of the trade unions along the model of a corporative state. Such rumors, although stirring up opinion abroad, proved groundless. But shortly thereafter Catholic labor leaders precipitated a crisis in the West German labor movement. On September 17, a joint committee consisting of representatives of the CDU/CSU Social Committees, the party's labor wing, and Catholic and Evangelical employee associations sent the German Federation of Labor (DGB) an eight-point program avowedly aimed at ensuring future DGB neutrality in the political sphere* by providing greater Christian (i.e. pro-CDU) representation and influence on the governing bodies of the DGB and its member unions. It also proposed a basic revision of DGB social and economic policy in the light of the current political situation.

These demands were firmly rejected by the highest DGB policy-making body, the Executive Council, but the DGB Chairman, Walter Freitag, arranged for conversations between himself and the two prominent Catholic labor leaders Kaiser and Arnold.

* During the campaign, the DGB had widely distributed a pamphlet favorable to the SPD.

[9] Vgl. New York Times vom 18. September 1953.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Although the issue, if pressed to the limit, might have resulted in splitting apart the SPD and CDU elements now combined in a single labor organisation, Catholic hotheads found it advisable to withdraw from their extreme position. Although no evidence is available to indicate whether Adenauer played a role in this affair behind the scenes, moderates won out so that the CDU victory was not used to bring the trade unions under CDU party domination.

In his statement of government policy, Chancellor Adenauer's remarks on the trade unions were brief and restrained. The Government urgently desired the unions to pursue an "independent and positive course in the interest of labor and the entire people". The Government was "far from wanting to interfere with the independence of the unions" but expected in return that the unions would respect "non-partisanship and tolerance as fundamental principles of their existence"[10].

It is interesting that German public opinion was critical of the CDU moves. Influential German journals, including the conservative *Deutsche Zeitung* and *Industrie Kurier,* normally critical of the DGB, condemned attempts of a political party to enfore its demands in the labor movement on the basis of a victory in political elections. While considering some reform in the trade unions necessary, they believed that changes should come democratically from within the trade union membership. Properly speaking, such changes as the CDU demanded can only be put through at a general assembly scheduled to meet in October, 1954[11].

3. *The Information Ministry*

In connection with the ability of the administration to impose its will on the Bundestag the history of the Information Ministry is revealing. Immediately after the election, State Secretary Lenz, top assistant to the Chancellor in domestic political affairs, advocated the creation of a Super-Information Ministry to combine in one cabinet ministry all the information-disseminating agencies as well as the agencies engaged in collecting information for government use. There is no doubt that the public relations work of the German Government could be improved, and a coordination of various scattered agencies concerned with public relations and propaganda activities might be useful in many ways.

Despite these advantages, many observers were deeply disturbed when news of this plan was publicized. There was concern in many quarters that the scheme, if realized, would mean the almost complete throttling of the independent press and radio. The Chancellor's irritation at the behavior of the press on various occasions was known, and it was commonly believed he would not be averse to some measure of press control. Furthermore, the combination of information collection and dissemination had ugly connotations. It raised fears that German organizing genius, if united with pre-1945 habits of thought and a suspected feeling on the Government's part that an election victory entitled it to mould public opinion along lines useful to the implementation of its policies, might run away with such a project.

In the first days after revelations about the Information Ministry which appeared in the sensational weekly *Der Spiegel* there was remarkably little comment in the press[12]. Preliminary caution may have been due to fear that the plan would really be imple-

[10] Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 18 (1953/54), S. 14.

[11] Vgl. Deutsche Zeitung vom 19. September 1953; Industriekurier vom 24. September 1953.

[12] Der Spiegel vom 23. September 1953, S. 5 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mented with dire results for any papers who criticized it. If German papers were at first quiet, the foreign press pointed out all the possibilities of such a Ministry with gusto, and public opinion abroad reacted violently. Moreover, in German liberal circles there was strong opposition.

After a preliminary period of silence, an almost solid negative front in the West German press formed against the plan*. By Friday September 24 the Federal Press Conference, an association of German journalists accredited to Bonn, with an almost unanimous vote adopted a resolution appealing to the Federal Government and the Bundestag to oppose the formation of an Information Ministry. Later in the same day certain critical Allied views became known. In the evening, the Government issued a release that Chancellor Adenauer had from the very beginning taken a negative position on the creation of a Federal Information Ministry. Later, in response to a query from Lenz, Adenauer personally stated that he had carefully considered the proposals for the creation of such a Ministry. There were a number of things to be said in favor of the plan and also a number of reasons against it. He had decided that the unfavorable aspects outweighed the advantages and that the creation of such a Ministry would therefore not be advisable. As a consequence of these developments Lenz resigned.

By June 14, possibly because he was afraid of popular reactions to the course of foreign affairs (see below) and felt the need for a stronger control over government propaganda, the Chancellor resurrected the idea of putting Lenz in charge of propaganda in a new form – a Coordinating Committee for News Releases of the Federal Government, to be headed by his former State Secretary. The announcement of this plan "evoked a storm of criticism. The press almost unanimously warmed up its objections of last fall, when a similar proposal was advanced that this would result in press control and eventual establishment of a Propaganda Ministry. Resistance to this development extended to all parties. The SPD waged the most virulent attack and alluded to great dangers menacing the freedom of press and opinion in West Germany. The FDP announced its refusal to cooperate in the committee, objecting that it was an improper combination of the legislative and executive branches of the Government." (Bonn despatch 3254, June 18, 1954)[13]. The DP also objected to the plan and critical voices were raised from the CDU's left wing. Three weeks later the Chancellor withdrew his plan. It is significant that in this second defeat of this scheme the foreign press and diplomatic opinion did not play an important role.

Simultaneous with the Lenz episode the Chancellor received a bad press because former Minister President of Baden-Wuerttemberg, Reinhold Maier, charged that the Chancellor was using unconfirmed reports prepared by the Office for the Protection of the Constitution (an office for the collection of information on activities endangering

* Several defensive editorials appeared in the Chancellor's organs, the *Koelnische Rundschau* and the *General Anzeiger*, while the CDU press service *DUD* carried a sharp statement on the resolutions of the Bonn correspondents charging them with creating an "unfavorable effect on the favorable impression created by the election results" and charging them with party partisanship[14].

[13] In den Akten des State Department nicht aufgefunden.

[14] Vgl. Kölnische Rundschau vom 26. September 1953; General Anzeiger vom 24. September 1953; Deutschland-Union-Dienst, 25. September 1953.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

democratic government in Germany) to damage the reputation of his political opponents.

The story of the relationship of the Government with the press has been told in considerable detail because the behavior of the German Government in this affair is revealing. It illustrates that public opinion, in particular foreign public opinion, exercises a certain restraining influence upon the present German Government, but that it does not necessarily deflect it from trying at a later time to gain its objectives in another way.

G. *Success as a Factor in Adenauer's Power*

An important factor in the strength of the Chancellor's control has been the success of his policy. In the economic field Germany has prospered brilliantly during his administration. In the foreign policy field the transformation in West Germany's international position and the degree to which her good name has been restored, taken in the perspective of history, is no less striking. However, the test by which Germans measure success in this second field is whether the Chancellor has kept his promises to win back Germany's sovereignty and her power to defend herself, and to advance Western European integration so as to open up to Germans new avenues for development. The promises of 1952 when the EDC and Bonn Conventions were signed are still unfulfilled.

It was partly the magnetism generated by his record of success which enabled Adenauer with compelling clarity and common sense to make Germans accept the power relations of the new world and to close their ears to the "siren calls" of unity through neutralism. But if this enlightened realism begins to appear impractical, the spell will be broken. The apparatus of control, the party machinery, the parliamentary majority, the faction organization and the civil service will remain, but the power of leadership will wither.

There are already signs that this is beginning to happen. The Chancellor had won his smashing victory in the September elections on the basis of a "three-legged" program – prosperity, reunification (which he could fight for better than the SPD), and western integration. The first leg, prosperity, is still firm. The second, reunification, is loose. Berlin showed there is no realistic chance of success on this score for the immediate future. The Chancellor can say "I told you so. We should not discuss unity until EDC is a going concern. One can only talk with the USSR successfully from a position of strength." But Berlin revealed the Chancellor's inability to produce unity now. This failure has awakened old doubts as to the depth of his interest in the East. He has countered by the argument that the road to unity leads through German participation in western defense. Thus, he is forced to brace the second leg of his policy by binding it to the third leg – western integration. If this also is unsuccessful, the entire platform upon which the Chancellor has based his reputation will become unstable.

H. *The Halt of Progress in Foreign Affairs*

As a result of the standstill in the western integration movement, there are already signs of growing impatience, disillusion, and incipient anti-Americanism, not only in the SPD opposition, but even in circles which have previously been staunch supporters of major U.S. policy objectives in Germany. Indications of this trend are the great difficulty the

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chancellor had in maintaining CDU and coalition support for a Saar settlement along the lines of the van Naters Plan and the growing interest in the renewal of direct West German-Russian diplomatic relations. Another indication is the current vulture-like optimism of SPD leaders.

The Chancellor personally is gravely concerned over these developments. He has said privately on several occasions recently that he would be in serious political difficulties if no progress were made in the restoration of German sovereignty and the development of western defense plans by the fall.

It is hard to foresee exactly what the results will be if EDC fails and no acceptable substitute is found for it. It is possible that the Chancellor will yield to pressure and, trimming his sails to new winds, abandon the program for integration. In view of his character, background, and commitments, it seems more likely that he will continue to fight for his pro-western program even against mounting odds.

In any event, the continued stagnation of the pro-western policy would certainly result in a drastic reorientation of German thinking. It may be anticipated that a prolonged isolation of Germany, through refusal to accept her into EDC or NATO, will gravely weaken pro-European forces throughout the country. In such a situation, the temptation will be great to make a virtue of necessity and to turn demilitarization imposed by the West into an argument that neutralization should be used to buy unity. Such a situation would make Germany much more susceptible to Russian lures on reunification than they were at Berlin. The Russians sense this opportunity, and at the present time there are signs that Moscow is planning to call a conference on German unity in the fall.

The stagnation of the policy of western integration will greatly strengthen the influence of German nationalists who are already recalling the Bismarck policy and the Rapallo policy of exploiting Germany's position between Russia and the West to play off one against the other for what they take to be Germany's advantage.

In such circumstances, Germany may be tempted (Herr Pfleiderer and others are already tempted) to strengthen political and economic ties with the East – possibly even to the point of direct German-Soviet collaboration.

Because of these foregoing considerations, therefore, it is imperative, if the Chancellor is to maintain his strong control over German affairs, that he justifies his foreign policy by concrete results, i.e. by regaining German sovereignty, by bringing West Germany into a western defense system and by opening outlets for the expression of German energies.

I. *The Succession*

The present operation of the German administration depends to an undesirably great extent upon one man. The Chancellor, despite his age, has apparently made no serious attempt to choose and train a suitable successor. His stature has dwarfed his associates, and there is no obvious successor although several able men such as Schaeffer or Ehlers are mentioned as possible candidates. The nature of the Chancellor's successor will play a vital role in determining the future of the German government.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. *The Civil Service*

The character of the Chancellor, the traditions of the country, and the structure, powers, and practices of the legislature have combined to make the executive branch of the government the dominant one. The permanent element in the executive branch is the German civil service. Despite efforts at reform on the part of the occupation authorities, the federal *Beamtenschaft* has succeeded in reconstituting itself along traditional lines.

A. *The Federal Civil Service Law*

In June, 1953, the Bundestag enacted a new Federal Civil Service Law with a broad majority against the votes of the Communists and with a few abstentions on the part of the SPD. By the enactment of this law, the traditional forces in Germany succeeded in establishing the legal basic for the desired restoration of the German civil service, which they view as a body of impartial, objective, uncorruptible, efficient and loyal servants of the state. Dr. Kleindinst (CSU), the chairman of the Civil Service Committee of the Bundestag, was certainly sincere when he stated that he was not defending group interests of the civil servants, but solely the interests of the state and, thus, of the public at large. What he had in mind was the establishment of such conditions of civil service as to attract to the public service the best candidates available and to make them officials whose interests are, and have to be, so tightly knit with those of the state that they will not pursue anything but the clear interests of the state. In these circles it is believed that this law and its strict implementation will help reduce all kinds of political influence on the civil servants, including existing partisan domination in some agencies or areas.

The enactment of the Federal Civil Service Law put an end to Allied reform endeavors. If the Federal Government contends that most of the Allied demands have more or less been complied with by the new law, such compliance must be recognized as being only superficial. With regard to spirit, the Allied demands for civil service reform were simply disregarded or neglected. In some cases, such as the principle of free and equal access to the public service, it seems that neither side ever understood what the other side actually meant. In other cases, the Federal Government intentionally and successfully perverted the character of the Allied proposals. For example, in the case of a proposal for an impartial personnel committee, the committee of outsiders originally envisaged by the Allies was made into an advisory board composed of top ministerial officials and representatives of civil service organizations taking care of their group interests.

B. *Characteristics of the Civil Service*

Likewise, the development of the personnel administration of the federal civil service since 1949 has resulted in a gradual but almost complete return to the *status quo ante* and thus toward traditional authority rather than in the more democratic direction that had been the aim of U.S. policy.

The vast majority of government employees belong to the old German career civil service, either as *„Beamte"* (officials) or *„Angestellte"* (contract employees). Many of the top-level officials, (e.g. state secretaries), are career civil servants and as such they favor the system of coming up through the ranks. As a result, "lateral entries" are very rare,

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

though officially possible, and new blood has not been and probably will not be injected by this means.

On the levels below state secretary, a large proportion of the names read like a roster of officials of the old Reich ministries. To be sure, many of these people are "technicians" or experts who have no political proclivities, but they are steeped in the old civil service tradition, which includes serving implicitly the regime in power and maintaining their own distinct position as a class. Up to a point, of course, this attitude is desirable insofar as it represents an element of stability, but it also carries with it the danger of unquestioning support of unscrupulous regimes, and in view of German traditions it increases the authoritarian cast of the government.

Thus, after four years of federal government, it appears that the German civil service, aided by factors like the Reinstatement Act of 1951 and the German Civil Service Act of 1953, has very nearly returned to its traditional character. Conscientious, generally efficient, non-political career people, its members are aware of their special position and are prepared to defend it against individual outsiders and against the "inferior" public.

IV. *The Legislature*

In the first five years of government the authority and prestige of the executive have overshadowed the legislature. Because of Adenauer's ability to dominate his coalition, major policy has been decided by the administration and this policy has been enacted without significant modification.

A. *The Bundestag*

As pointed out above, one reason for this has been the structure of parliamentary representation. Since the direct method of asserting parliamentary control over the executive is the removal of the Chancellor, the unlikelihood of this happening is perhaps the single most important fact of current German constitutional development. A consideration of this situation leads directly to a discussion of the present political composition of the Bundestag.

1. *The Coalition Parties*

The government coalition is composed of four parties.

a. *The CDU/CSU*

The CDU/CSU is the first party in German parliamentary history to win a majority of the seats (244) in the Bundestag in a free election. However, this very large party is afflicted with more internal divisions than any other. The CSU delegates from Bavaria, who number 52, are opposed to centralist tendencies and are very conscious of their special position. Although they support the government on economic and foreign policy questions they are jealous of their prerogatives. Their insistence on "fair representation" in the cabinet caused the Chancellor a great deal of trouble in forming a government after the September election. The labor wing of the combined CDU/CSU faction in the Bundestag represents about 20 percent and the Protestant wing about 40 percent of the

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

total. Thus it seems clear that the Chancellor cannot press hard for a policy which would be injurious to labor interests, federalist principles or Protestant interests without running the risk of splitting his party. He will be able presumably, however, to carry the entire party along the moderately conservative and pro-European line which he has favored on the ground that it was this policy which was so successful in the election campaign, provided the French make it possible for him to do so.

b. *The Free Democratic Party*

The FDP suffered great losses in the last election and now have only 47 seats in the Bundestag. Party leaders found that their support of the Chancellor from 1949–1953 contributed to the increase of the latter's stature and presumably strengthened his party at their own expense. Therefore, it seems probable that in the future the FDP will attempt to follow an increasingly independent line and be much more critical than in the past. This has already been shown in the attack of the Chancellor's Saar policy by FDP Chairman Dehler and other leading FDP deputies, their discussion of the advisability of increasing contact with Moscow, and their attacks on CDU/CSU cultural policies.

c. *The Deutsche Partei*

Both sections of this party are still firmly tied to the government through Minister Hellwege who represents the moderately conservative element and Minister Seebohm, the leader of the nationalist wing. As a result of the September 6th elections the DP has shrunk to insignificant size with only 15 seats in the Bundestag and its only chances of playing a role in governmental affairs is as a member of the coalition. Since, in general, it favors the Chancellor's foreign policy and domestic policies, it will probably continue to support him staunchly.

d. *The Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten*

The Refugee Party (BHE) has emerged as the fifth strongest party* in the Bundestag with 27 (now 28) seats. It holds two portfolios in the new Cabinet. It seems likely that the Chancellor can count on its support in return for these positions in the Cabinet if he endorses a program favorable to the resettlement of refugees and assistance to the war damaged. The presence of the BHE will be a definite limitation on the ability of the government to curtail the payment of relief benefits. Its leadership in the past has played an opportunistic role.

2. *The Opposition*

The exclusion of the Communist Party and the parties of the extreme right from the Bundestag has left the SPD as the only parliamentary opposition party with 151 seats. Its electoral campaign, which appeared to many independent German voters to be obstructionist, cost it its chances of increasing its size in the Bundestag. At present, it is not clear whether the party will succeed in reorienting itself and adopting a more constructive program. It seems probable that the party will continue its opposition to government policy in all possible ways but unless the coalition breaks apart it will control less than one-third of the votes in the Bundestag. Gestures of rapprochement between the FDP and SPD have, up to the present, been unproductive because the deep cleavages in outlook and

* If the CDU and CSU are considered as separate parties.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

platform have made it impossible for the two parties to work together except for the purpose of harassing the Chancellor on isolated issues. (For a discussion of SPD policy, see Bonn despatch No. 114 of July 15, 1954.)[15]

3. *Effects of the September Landslide*

As pointed out in Bonn despatch 3004 of May 13, 1954[16], "the fact that the Adenauer coalition now has more than a ⅔ majority has considerably weakened coalition unity. The SPD is no longer a real menace and the spirit of uniting against a strong political enemy is absent." Furthermore, "the Chancellor's power to enforce coalition discipline is restricted by the necessity to avoid the appearance of political monopoly and one-party rule and by his desire to avoid a crisis which might lead to a realignment of political forces along religious lines – the Catholics in government and the Protestants in opposition". (The FDP and BHE are overwhelmingly Protestant; approximately 40 percent of the CDU deputies are Protestant.)

4. *Denominational Issues*

"The problem which poses the greatest domestic threat to coalition solidarity is the religious issue. There is always a possibility that Catholic and Protestant components of the CDU/CSU will fall out and break up the party. There have been increasing indications of religious tension in the CDU. The main reason for this appears to be increasing pressure from the Catholic Church since the CDU election success to realize some of its more important long-range social aims, and the inevitable Protestant reaction to these efforts. This has become more apparent in issues like the establishment of a Family Ministry, headed by Dr. Wuermeling, an aggressive Catholic layman; religious favoritism in civil service personnel policy; representation of Catholics and Protestants on the federal cabinet, equality of the sexes and parents' rights in education for their children (connected with the parochial school issue). The religious tension within the CDU arising from these problems has been heightened by the strongly partisan attitude of many prominent Protestant and Catholic leaders outside the Bundestag. This tension can be observed in the cooling relations between the Chancellor and Bundestag President Ehlers as well as between other (Protestant and Catholic) lay leaders in the CDU. The SPD and FDP have not been slow to take advantage of the situation to attempt to exacerbate Catholic-Protestant relations. Both parties continually warn the Protestant element of the CDU that the party is in danger of being completely taken over by clericalism. Part of the difficulty arises from the differing Catholic and Protestant attitudes toward involvement in politics, since the German Protestant churches are still largely committed to a hands-off policy where politics are concerned, whereas Catholic social theory supports personal involvement. That the party has taken the issue seriously is shown by the fact that it has recently established a CDU committee on inter-church matters, with both Ehlers and Wuermeling as members. Though these religious problems within the CDU are serious and create increasing political difficulty for the Chancellor, it is not believed that they will result in an open breach in the party as long as Chancellor Adenauer is politically active. Even if the Chancellor should die suddenly, it is reasonable to expect that the Adenauer legend and the party's past success as a party will hold the religious

[15] SPD Foreign Policy on the Eve of the Party Convention, in: NA, RG 59, 762A.00/7–1554.

[16] The New Federal Legislature, in: NA, RG 59, 762A.2/5–1354.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

factions in the CDU together for at least a couple of years. As the situation now appears, the only situation likely to lead to serious chances of division within the CDU would be insistence by extremist Catholic elements in the CDU on a successor to Adenauer in his offices as Chancellor and party leader who was unacceptable to the Protestant elements. This possibility now seems remote."[17]

This brief survey indicates that, although it would theoretically be possible for a split to occur in the CDU leading to the formation of a new government it seems highly unlikely under present circumstances.

5. *The Chancellor's Control of the Bundestag*

The importance of maintaining parliamentary support not only of the several coalition parties but of the several factions within the coalition parties themselves has been a governing consideration in the formation of the first and second Adenauer cabinets. Thus portfolios in the second cabinet were given to both Seebohm, leader of the nationalist wing of the Deutsche Partei and to Hellwege, leader of the moderate wing. Absence of top leaders of the liberal and right wings of the FDP (Dehler, Middelhauve, and Euler are excluded) leaves that party freer to take an independent line. The CDU/CSU ministers likewise had to be selected to give proper consideration to the wings of the party – with labor represented by former labor leaders Storch, Kaiser and Blank, the Protestants represented by Schroeder, Erhard, Balke and Tillmanns, and the CSU by Schaeffer and Strauss*.

The Chancellor's policy of placing in his Cabinet the leaders not only of his coalition parties but also of each important group within them has helped him in putting through most of his major legislative programs. However, some legislation was considerably redrafted because of opposition in the Bundestag. Conspicuous examples were the *Lastenausgleich* Law, and the Electoral Law. The former was thoroughly reworked in committee. The original CDU draft of the latter was rewritten under the pressure of the smaller parties in the coalition.

6. *The Role of the Factions*

Five years of experience in the Bundestag have tended to strengthen the role of the faction or party caucus in the parliament. Individual deputies still have no effective method of expressing their personal views except inside faction meetings. Entire parliamentary groups vote customarily as a block on major issues, and the party positions are worked out in faction meetings. There have been only four or five cases in which a deputy has transferred from one party faction to another. In these cases the deputies involved, with two exceptions**, were members of very small parties.

Only as a member of a faction can a deputy exert any significant influence. Membership on committees is dependent thereon, and it is chiefly in committee meetings that legislation is redrafted.

The result of the new electoral law has been to increase the control of all the parties

* Balke and Erhard are both Franconians, although Erhard was elected in Baden-Wuerttemberg.

** Stegner resigned from the FDP faction and sits as an independent because he was disciplined by the FDP; Kather left the CDU in June to join the BHE faction.

[17] Ebenda.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

except the CDU over its members. This law provided that (except in unusual circumstances) half of the total number of deputies are elected according to proportional representation from Land lists, i.e., from party lists prepared by party headquarters. This means that such deputies in the Bundestag owe their position directly to the party hierarchy rather than to the voters. This system clearly strengthens the control of the party bureaucracy and partly explains the strength of party discipline. It is interesting that the CDU has considerably more directly-elected deputies (172 out of 244) than the other parties, (SPD 45 out of 151, FDP 14 out of 47, BHE 0, DP 10 out of 15). This may mean that the party discipline in the Chancellor's party may prove to be less stringent than in the case of the other parties. (However, this has not proved to be the case up to the present.) The practice of selecting so many deputies from party lists may in part explain the weakness of the relationship between the deputy and his constituents.

7. Voting Procedures

Bundestag procedure provides for three kinds of votes (1) the secret ballot, (2) the vote by hand, and (3) a division in the British sense of the word. It has been the tendency in the Bundestag to depend more and more on votes in which the individual vote of the deputy is not made a matter of record. It is interesting that this was first introduced in the hope that it would persuade party members to vote against their faction without having to pay the penalty for it. In point of fact, this has not proved to be the case. However, this practice weakens the accountability of a member to his constituency. It should be noted, nevertheless, that in cases of legislation of the highest importance (for example, approval of the Schuman Plan, and the ratification of the Bonn and Paris Conventions) voting was taken by name.

In general it is true that members of the Bundestag do not feel a strong sense of obligation to their constituents. However, this can be somewhat exaggerated. For example, Bundestag members have been under pressure from their constituents to settle such questions as the release of prisoners of war and have been anxious to prove that they have been active in this question. Likewise, the present Minister of Housing, Dr. Preusker, for example, is anxious to initiate a building program which will relieve the pressure on housing in his district, Wiesbaden, where the United States Army is occupying a large number of houses. Such pressures exist and Bundestag members are clearly aware of them but nevertheless the direct relationship between member and constituent is certainly much weaker than is the case in the United States.

Despite the practical predominance of the executive branch, the legislative still has very strong independent powers if it wishes to exert them. It has the power of the purse and the power to introduce legislation. However, most legislation in Germany, including tax legislation, is prepared by the government as draft government bills. In this connection, it should be pointed out that the increasing technicalities of governmental problems have resulted in a similar development, although on a lesser scale, in the United States. This suggests that if such a trend is developing even in the United States where legislative dominance is so strong a tradition, the pressures of modern governmental problems in Germany may result in the atrophy of the legislature.

To protect itself the Bundestag will have to build up its own experts and be in a position to write important legislation itself or at least to criticize government legislation along constructive lines. It must be in a position to be able to talk back to government

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

experts on their own level. Bundestag committees do a great deal of work but do not have technical supporting staffs. The Bundestag committees as presently constituted are not able to compete in skill and experience with the experts of the Civil Service.

B. *The Bundesrat*

The Bundesrat has not played as important a role in German legislation as the Lower House. It has, however, acted as an effective protector of the federal principle and has on several occasions caused the Federal Finance Minister to reduce the size of the contributions which the government proposed the Laender should make to meet federal expenses. During the first Bundestag the problem of being able to count on a majority in the Upper House for the Bonn and Paris Conventions was a major problem for Chancellor Adenauer. The Hamburg election of November 1, however, gave the coalition parties a two-thirds majority in the Upper House. This meant that the Chancellor could count on its full support in matters of major policy, particularly foreign policy. The Landtag elections occurring in 1954 in four of the Laender may, however, change the composition of the Bundesrat.

The first of these elections, which took place in North Rhine-Westphalia on June 27, has already created political difficulties. The previous coalition parties, CDU and Zentrum, failed by two votes to win a majority in the Landtag. This leaves the CDU party with the unpleasant choice of forming a CDU-FDP coalition along the pattern of the federal coalition – a possibility highly unpalatable to the left-wing CDU Minister President Arnold because of the strength of the influence of active Nazis in this branch of the FDP – or joining in a coalition with the SPD which might later create difficulties concerning the North Rhine-Westphalia vote in the Bundesrat, or forming a minority government with the agreement of the FDP and SPD parties – a solution which would result in a weak government in the largest and most powerful *Land* in West Germany.

V. *The Federal Constitutional Court*

A basic part of the plan for the new German government worked out in 1948–49 by the Parliamentary Council and approved by the three High Commissioners was the creation of a Federal Constitutional Court. This was conceived as an important element in the development of German constitutional government. It would fall outside the scope of this paper to examine in any detail the history of this court. It is pertinent to note, however, that being a novelty in German constitutional law, the Court has not achieved in the few years of its existence a prestige strong enough to prevent the Government from attempting to override the opposition of the Court to major administration policy. The story of the court's involvement in the issue of the constitutionality of the Contractual Agreements and the EDC Treaty illustrates this situation.

A. *The Federal Constitutional Court Law*

The Basic Law makes provision for a court to decide on the constitutionality of federal legislation. In 1951 the Bundestag enacted a law which established a Federal Constitu-

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tional Court composed of 24 judges who normally sit in two panels or "Senates" of 12 judges each. Except in three types of cases in which the two panels sit together in combined session, each Senate has its own specially assigned field of competency. The Federal Constitutional Court Law also provided for a complicated method of selecting the judges. Half of the judges of each Senate are elected by the Bundesrat and half by the Bundestag. The judges elected by the Bundestag must be confirmed by a ¾ majority in a special committee of twelve Bundestag members who are themselves chosen by the Lower House on the basis of proportional representation of the parties. The President of the Court and his deputy are to be selected by the Bundestag and Bundesrat respectively.

The unusual structure of the court and the method of selecting the judges were the results of compromises between the government and the SPD. These features were to play an important role in the later history of the court. The method of selection gave rise to rumors and suspicions that judges were political appointees and their decisions in burning political issues would be made on the basis of political affiliation. Although the history of the court does not bear out this charge, the rumor circulated that the First Senate contained a majority of judges who would decide cases in favor of the SPD whereas the Second Senate had a CDU-majority. This being a widely held belief, the division of the court into two panels was an invitation to a lawyer handling a case for a political party to try to maneuver his case into that section of the court where he thought he had the best chances of success.

B. *The Court and the EDC Treaty*

The issue of the constitutionality of the Contractual Agreements and the EDC Treaty brought the Federal Constitutional Court into the center of a major political fight. The fact that prior to the September 1953 elections the SPD had more than ⅓ of the seats in the Bundestag meant that the party could block the coming into force of these treaties if the Constitutional Court ruled them unconstitutional. In the spring of 1952 the SPD filed with the court a suit questioning the validity of the treaties framed so as to come within the jurisdiction of the First Senate.

In December 1952, the Chancellor apparently became alarmed that the First Senate would rule against the government and he initiated a series of complicated maneuvers which involved a request by the Federal President for a so-called advisory opinion (a request later withdrawn) in an attempt to have the case decided either in the full plenum or in the Second Chamber. In fact, the court delayed action and in the end, on the basis of ⅔ majorities which he controlled in both houses as a result of the September election, Adenauer was able to have the Constitution amended.

The hesitancy of the Court to act and the spectacle of the government and the opposition trying to jockey the case from one section of the Court to the other severely injured the prestige of the Court. Although the public was confused by the agile maneuverings, which were too complicated for anyone except an expert to follow, persons who follow political affairs were left with the feeling that both the Federal Presidency and the Constitutional Court had been subject to very rough handling and that the Chancellor would not have hesitated to apply the severest pressure to the Court if it was necessary to save the Contractual Convention and the EDC Treaties from annulment. Fortunately the September elections provided another way out.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

On the whole, however, the decisions of the Court which have been characterized by sound reasoning, have gained a high reputation among lawyers in Germany. An illustration of the independence shown by the Court and its statesmanlike action is the decision handed down in the suit brought by a member of former Reich officials to challenge the constitutionality of federal law denying pension rights to former Reich officials. In the face of considerable opposition the Court ruled that the political collapse of the German Government in 1945 also resulted in terminating legal rights acquired by former officials in their service with the Third Reich Government.

VI. *Success of Allied Reforms*

The features of government discussed above are marked by a strongly indigenous character. Of the programs for the reorientation of Germany initiated by the Allied Powers after the war, the most successful portions have been those for which there were precedents in German history. The federal principle, which in allied planning was viewed as an important check upon dangerous concentration of political power, was written into the Basic Law and has found stout German defenders, particularly among the CSU party, church leaders and the Hanseatic cities of Bremen and Hamburg. There are, of course, many precedents for federalism in German history. On the contrary, as we have seen above, the attempt to reform the German Civil Service ended in failure. Likewise attempts profoundly to alter the organization, and methodology of the German educational system so as to mould them, for example, along American lines were largely unavailing. The purely American attempt to introduce free competition into German handicrafts and skilled trades (Gewerbefreiheit) was defeated last year when the Bundestag passed a law reintroducing restrictions in these economic fields similar to those which were in force before 1945. The deconcentration of German iron and steel and certain other industries under the provisions of Allied Control Law 27 is almost complete but the enactment of an anti-trust law has not yet taken place. There is some support in German circles for a stringent cartel law, the leading figure among whom is of course Economics Minister Erhard but German heavy industry is strongly opposed to legislation in this field along the lines of the American anti-trust laws. Enactment of a cartel law is on the agenda of the present Bundestag, but it is not anticipated that a law will be passed in this session.

Perhaps it is not surprising that defeat and a short occupation failed to transform western Germany into an American, British and French democracy. The tenacity of national characteristics is one of the strongest forces in history. In particular, changes introduced under an occupation are likely to be impermanent. Such an occupation, especially if following an unconditional surrender, creates a climate unfavorable for the remoulding of national patterns unless a policy of ruthless force is applied, such as transformed Bohemia from a predominantly Protestant into a predominantly Catholic country in the 17th Century.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VII. *Dangers of Totalitarianism*

The development of the German constitution in the past five years has been towards a moderate authoritarian government in which the executive is the dominant branch of the Government. Such development towards highly centralized government as has taken place is potentially alarming because it might result in placing the apparatus of state power at the disposal of a small number of men who are opposed to American objectives; an obedient bureaucracy*, a docile population and an ineffectual parliament might make it possible for another dictator to rise again to power. At time of writing there is no "clear and present danger" and the requisite decrees of obedience, docility and ineffectualness are potential rather than actual.

The dangers implicit, then, in the recent German development lie in the possibility that the centralization of power will facilitate the re-emergence of dictatorship. The dangers were discussed at some length in Bonn despatch No. 3559 entitled "The Radical Right"[18]. In the following paragraphs some of the points made in that report which are relevant to the present discussion will be recapitulated**.

Many of the elements which made possible the rise of extremism in Germany are still present. The psychological insecurity of defeat, although reduced still exists, as does the possibility that in time of "normalcy" it will be difficult to find effective outlets for the restlessness and dynamism of the Germans. The longings and frustrations of the middle classes which provided a large part of the motive power of Nazism have not been eliminated.

A. *Possible Difficulties*

In the economic sphere it may be difficult to continue the rate of progress which has characterized the post-war years and which has given a satisfactory outlet for German energies. The striking rate of economic advance since 1948 has been due largely to the low level from which reconstruction commenced. In view of the highly complicated and sensitive structure of the European economy, it will require wisdom and technical skill on the part of the Germans and the West to assure the continuation of an "aggregate demand" sufficient to maintain the present rate of German economic development. It is generally agreed that any severe economic crisis in Germany would greatly increase the influence of the extremists.

Likewise in the political sphere the goal of German unity will call for great patience,

* That a civil service should be obedient is not to be wondered at. It is the nature of the institution to be obedient. Since the days of the French religious wars, when French officials claimed the right to act in their official capacities against a tyrant, the tide has run in the opposite direction. In judging the German civil service then it is only fair to remember that the weight of modern practice and theory in all civilized countries moulds a bureaucracy into an obedient instrument in the hands of the executive. Since the Seventeenth Century there have been no instances of bureaucracy *as such* resisting an established government.

** The following paragraphs are taken from parts of the despatch under reference subject to some condensation and modification.

[18] The Radical Right, in: NA, RG 59, 762A.00/5–1253.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the virtue which the Germans most lack. Up to the present the German government has functioned well but there are occasional signs of stress and strain in the constitutional system which point up the difficulty of assessing its durability without greater experience and perspective. It is still questionable whether the constitution, especially the parliamentary legislative process, has succeeded in establishing itself as a form of government to which the Germans at large are emotionally attached. The present constitution contains a number of innovations, notably the constitutional courts, which under certain circumstances the Germans might denounce as reflections of alien influence.

Similarly, the political party system may not prove as stable as it appears to be on the basis of our short experience. Many German observers are worried about the apparent inability of the two most thoroughly democratic parties – SPD and CDU – to work together for the furtherance of basic national interests. Evidences of a willingness to cripple essential national policy for the sake of political advantage and a reluctance to sacrifice secondary objectives for the sake of fruitful compromise have created doubts in some minds which will facilitate extremists' attempts to discredit democracy.

Also significant shifts may occur within the parties. An important factor which must have an influence on internal German politics will be the establishment of an army in Western Germany. Irrespective of what individual soldiers or individual commanders may think, the emergence of an entirely new power factor in society must have an influence beyond itself even though it is under international control and is scrupulous in maintaining neutrality in German domestic politics.

At present the discrediting of the extreme leftist position which results from collaboration of the German Communist Party (KPD) with the Soviet Union has strengthened moderate forces within the SPD. However, the prospect of years of barren opposition, fears of the reestablishment of a German army, and economic and social discontent possibly arising in future hard times might at a later date reverse the present direction of the party and swing it far to the left. Any radicalization of German socialism under the SPD or an offshot of the SPD would presumably result in a radicalization of the right and possibly the emergence of a situation similar to that which existed immediately preceding the Nazi accession to power. While under current conditions, given the present temper of SPD leadership, such a radicalization of the non-Communist left is not likely, its possibility under a different set of circumstances cannot be ruled out.

B. *Other Possibilities*

At present no potential Hitler or Rosa Luxemburg seems to have arisen on the political horizon. But, if the leadership of the extremist groups seems unimpressive, we must not overlook the fact that the leadership potential in the ranks of the moderates is also problematical. A further unknown factor which might contribute to later political instability is the future character of the Nazi generation (age group 30–45) which must assume leadership with the passing of the elder statesmen.

A repetition of the Nazi phenomenon would necessitate mass support for a radical rightist leader. Such a development would be unlikely to occur except if a large part of the population were discontented and turned to rightist demogogues for leadership. Factors militating in favor of extreme rightism would be mass unemployment, a deterioration in the standard of living, and political frustration. All of these factors are also highly

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

favorable for the development of the extreme left. Thus, granted the existence of discontented masses, the further question arises whether the rightists can develop a program which can compete successfully with that of the extreme left. This type of competition may well inject into a radical right movement with a mass following an element of revolutionary dynamism with a strongly leftist coloration.

Finally the future of the radical right in Germany will be influenced by external factors. Under present power relations, Germany has ceased to be a world power and to the extent that this is so the course of her history will be shaped by outside forces. A decision on the part of the United States to play a less influential role in Europe or a change in Russian policy might at a later time increase the importance of Germany in the balance of world power but under present circumstances radical rightist leaders would have less chance for cheap but flashy triumphs that was the case in the isolationist period of the 1930's.

At present, infiltration is more likely than an open march to power. Nazism and with it political demagoguery are still unpopular. The results of the investigations of the Naumann group, tenuous and unsuitable for prosecution though they were, clearly showed that leading unregenerate ex-Nazis were aiming at the infiltration of the conservative parties such as the FDP as a first step in gaining control of the Government. The younger (now middle aged) Nazis like Naumann were not "alter Kaempfer" but of the "first fruits" of the Nazi system; they have manipulated the Nazi power apparatus but had not seized it. As products and, during the Nazi period beneficiaries, of the managerial revolution, their forte is manipulation of political instruments.

C. *Dangers of Nazi Penetration of Conservative Parties*

As pointed out in Bonn despatch No.3169 of June 10, 1954, "The more notable role played by rightists on the German scene during the past year, however, has been not so much by subversive groups as by former Nazis who have not attained positions of prominence under the present government. It is admittedly somewhat disconcerting to find three federal ministers (Oberlaender, Kraft and Preusker) who were not only party members but also belonged to the SA or the SS. Oberlaender has been singled out for special criticism, even by the CDU, because of the fact that he has been staffing his Refugee Ministry with a number of individuals whose pasts are even shadier than his own (including a former Nazi propaganda speaker and recipient of the party's golden badge). This is not to imply that the presence of these men in the cabinet represents any real threat to the government. It will be recalled that Oberlaender and Kraft owe their appointments entirely to the fact that the Chancellor was anxious to have a two-thirds majority in the parliament, and it was their party, the BHE, that tipped the scales. However, the very fact that they were accepted at all does represent a change in the climate of German opinion, since it would have been unthinkable to suggest men with such records for cabinet posts in the first Bundestag."[19]

Although there are a few Nazi party officials in high offices there is no indication whatsoever at present that such men have yet gained a dangerous influence. But one of the ominous potentialities of the developments which would seem likely to follow the

[19] Recent Rightist Developments in Germany, ebenda, 762A.00/6–1054.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stagnation of the Chancellor's policy of western integration (outlined above) would that it will presumably create conditions in Germany favorable to the increase of influence and power of such individuals.

D. *Resistance to Nazi Ideas*

The last election shows that the appeal of extremists when last measured, was on the wane. Furthermore, against their influence one must set the uncalculable yet nevertheless real potential force of Germans who knew Nazism firsthand and do not want to see that political mistake repeated. Firsthand experience may have strengthened the fibre of many German anti-Nazis. The number of antibodies which the German body politic built up as a result of the disease of Nazism cannot be measured. However, there certainly are those who can be counted on to counteract radical tendencies in the future as they have up to the present.

In this connection, however, it should be noted that there is a strong tendency in German society to bury a deep feeling of guilt about the crimes and failures of Nazism by a total disclaimer of responsibility – a sort of amnesia about this chapter in German history. This was recently indicated in a recent announcement by the Ministry of the Interior that soldiers in the Condor Legion in the Spanish Civil War would be given pensions for their service in Spain. Yet at the same time – an indication of the curious ambivalence which is characteristic of Germany today – the Federal Government will celebrate the July 20 plot against Hitler and President Heuss will deliver the main speech.

VIII. *Other Considerations*

In reflecting on the future of Germany there are certain general considerations worth mentioning briefly.

The Junkers have been eliminated as a strongly organized class with vested interests. The Russian occupation has deprived them completely of their property and has scattered them – those who escaped – throughout the length and breadth of Western Germany where they still have certain connections and a certain influence, but where most of them lead a threadbare existence. The basis of their influence, their Eastern estates, has been swept away. There is little likelihood of their playing again the dubious role they played in the 20's and 30's.

Secondly, the position of the German military leaders, at least for the present, is still unclear. The German general staff still exists as a class and the creation of German troops will advance their influence and prestige among the German population. The German army successfully exonerated themselves for German defeat by shifting blame on to Hitler's shoulders. But the role of the general staff in the Hitler period was an ignoble one and it is difficult to estimate to what extent, if any, some of the former luster has worn off. This period prior to the creation of German troops, presumably represents a low point in the influence and reputation of the German military.

Thirdly, there seems to be some reason to hope that the new German Republic will awaken a deeper sense of allegiance from the German people than that evoked by the Weimar Republic.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

The political scientist Ferrero has viewed as the greatest weakness in European affairs since 1789 the disappearance of "legitimacy" as a principle of government. Artificial as was the Hohenzollern Empire, yet when the Empire and the petty German princes were swept away many of their subjects felt that government consecrated by age and tradition had disappeared. Von Papen in his MEMOIRS expressed the view of his class when he wrote:

"The world which I had known and loved belonged to the past. All values which it had realized and for which we had served, fought and bled, had become worthless. The empire and the Prussian monarchy, which we considered imperishable had given place to a shadowy republic."[20]

These sentiments found echoes among far wider circles of society – soldiers, civil servants, conservative people of all walks of life.

The newly created Weimar Republic could not awaken a deep devotion among large segments of the population, to whom the ancient regime, which was overthrown not as a result of a domestic revolution but of a military defeat, symbolized legitimacy. The situation today is somewhat different. After the intoxication of Nazism most Germans have drawn aloof from politics but it is important to note that no other symbols compete seriously with the Federal Republic for their loyalty. With the discrediting of Nazism the ground has been swept bare. It still remains to be seen whether the new government will awaken a new loyalty. The overwhelming endorsement of Adenauer was an encouraging sign. If the Federal Republic succeeds in developing into a "legitimate" government it may create a sense of patriotism to replace the extreme nationalism which the previous German government has created to take the place of the genuine article.

Lastly, the drastic currency revaluation of 1948, combined with the reorganization of German industry and political life caused by the Allied policies of deconcentration, decartelization and denazification resulted in a general shaking up of German society more drastic than occurred in the other European countries. This has given contemporary Germany a certain fluidity which it would not otherwise have known and produced in its business leaders in particular, a more adaptable and modern viewpoint than is the case in France or Italy. Under reasonably stable conditions this greater social flexibility may exert a healthy influence in German life.

IX. *Conclusion*

The previous pages touched upon some of the outstanding features of the evolution of German politics in the first five years of the Federal Republic. They have depicted a system in which the average citizen limits the exercise of his constitutional rights to approving or disapproving the federal government in four-year elections, in which the majority is generally apathetic to political issues, and in which the elected members of the Bundestag do not form the dynamic element in the government though they have the authority to check misrule if they choose to exercise their prerogatives. This has resulted in executive domination. Under favorable circumstances this system represents as promising a development as seems consistent with German history and traditions. Up to the present it

[20] Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 116.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

has proved remarkably responsible, restrained, and patient in handling its internal problems and in dealing with other nations. In recent elections the voters have rejected the extremist parties overwhelmingly. The Federal Republic today is the only major European country in which the government can command a sizeable parliamentary majority for western integration and defense. Despite these encouraging signs, however, moderate pro-Western leaders in the Federal Republic are deeply concerned at any signs of stagnation or retrogression in the process of knitting Germany into the Atlantic community because they view such an association as essential to the nurturing of the shallowly rooted democratic forces in Western Germany.

Edward T. Lampson
Chief
Internal German Affairs Division
Office of Political Affairs

Edgar R. Rosen

Königreich des Südens
– Italien 1943/44 –

»Königreich des Südens« schließt eine Lücke in den Darstellungen des italienischen Zeitgeschehens im Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte des italienisch-alliierten Waffenstillstands, vom September 1943 leitet über zu der »Flucht« der italienischen Königsfamilie, zusammen mit Ministerpräsident Badoglio und den Spitzen der militärischen Hierarchie, aus dem von der Wehrmacht bedrohten Rom. Die Flucht endete im bereits von deutschen Truppen geräumten und noch nicht von der alliierten Invasion erreichten Brindisi. Die provinzielle Hafenstadt wurde damit zum Zentrum des wenige Provinzen umfassenden »Regno del Sud«, das bis kurz vor der Einnahme Roms durch die Alliierten im Juni 1944 bestand. Die Darstellung schildert die aus der Entstehung dieses seltsamen Staatswesens herrührende politische Problematik, die italienischen Entscheidungsträger, Viktor Emanuel III. und Badoglio, wie die die Entwicklung von außen her bestimmenden Persönlichkeiten, Churchill, Roosevelt, Eisenhower, Eden, Macmillan und Stalin. Die Bedeutung der hier erhellten Vorgänge berührte weit über Süditalien hinaus zentrale Bereiche damaliger und künftiger Weltpolitik.

1988, Format 16,5×24 cm, 109 Seiten.
DM 24,– ISBN 3-88452-250-7

Verlag Erich Goltze
Postfach 1944 – 3400 Göttingen

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

HELMUT HEIBER ZUM 65. GEBURTSTAG

Nach 34jähriger Tätigkeit schied Helmut Heiber Ende Februar 1989 aus dem Institut für Zeitgeschichte aus. Er war eine der tragenden Persönlichkeiten und einer der produktivsten Wissenschaftler des Instituts.

Am 22. Februar 1924 in Leipzig geboren und bei Kriegsende junger Offizier, studierte Helmut Heiber nach seiner Entlassung aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft in den frühen fünfziger Jahren an der Freien Universität Berlin Geschichte und Zeitungswissenschaft und war einige Zeit lang journalistisch tätig. Im April 1954 trat er in das fünf Jahre zuvor gegründete Institut für Zeitgeschichte ein, das damals in zwei Etagen eines Mietshauses in der Münchener Reitmorstraße mit einem kleinen Mitarbeiterstab unter Leitung von Paul Kluke eine noch sehr bescheidene Existenz führte. Neben Thilo Vogelsang, Anton Hoch und Hans Buchheim wurde Helmut Heiber in diesen Anfangsjahren zu einem Promoter der Sammlungs- und Forschungsaktivität des jungen Instituts.

Die von den Siegermächten beschlagnahmten Akten der NS-Zeit waren damals noch nicht zugänglich, aber Zehntausende von Dokumenten, die bei den Nürnberger Prozessen in den Jahren 1945 bis 1948 vorgelegt worden waren, bildeten als Nürnberger Dokumente für die noch in den Kinderschuhen steckende Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik ungefähr ein Jahrzehnt lang die Hauptquellengrundlage. Das Institut erwarb damals Kopien von dem gesamten Bestand, und Helmut Heiber war es, der diese Dokumentenmassen in mühevoller Arbeit auf höchst differenzierte Weise erschloß; daraus wurde der große Institutskatalog zu den Nürnberger Dokumenten. Helmut Heiber hat damit für die frühe wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Dritten Reich eine ganz wesentliche Grundlage geschaffen, die den Ruf des Instituts als „Mekka der Zeitgeschichtsforschung" mitbegründete. Durch die Verzeichnung der Nürnberger Dokumente erwarb sich Helmut Heiber ein stupendes Grundwissen über fast alle Bereiche nationalsozialistischer Politik und ihrer führenden Figuren. Unter denen, die durch solche archivische Grundlagenarbeit im Institut zu profunden Kennern der NS-Geschichte wurden, war er der eminenteste, der verläßlichste Ansprechpartner, wenn es um Auskünfte zu Sach- und Personenfragen der NS-Zeit ging.

In der folgenden Zeit, als das Institut in der Möhlstraße ein eigenes Haus beziehen konnte (1956), sich konsolidierte und seinen Mitarbeiterstab erweiterte, war Helmut Heiber unter der Leitung von Paul Kluke, ab 1959 von Helmut Krausnick, der wohl produktivste Forscher und jahrelang auch einer der fünf Stellvertreter des Direktors, die diesen turnusmäßig in der Leitung der Institutsgeschäfte unterstützten. In den fünfziger und sechziger Jahren verfaßte Helmut Heiber zahlreiche Auf-

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sätze und Beiträge zu den verschiedensten Problemen nationalsozialistischer Politik[1], meist für die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Vor allem aber erarbeitete er in diesen Jahren grundlegende Editionen und Darstellungen: Den Anfang machten 1962 die umfangreichen, von Heiber glänzend kommentierten Protokoll-Fragmente von Hitlers militärischen Lagebesprechungen im Führerhauptquartier, die 1963 auch in einer Auszugsveröffentlichung bei der Deutschen Buchgemeinschaft und bald danach in einer französischen und italienischen Ausgabe erschienen[2].

Das zweite große Unternehmen, das Helmut Heiber dann mehrere Jahre lang beschäftigte und wohl als sein wissenschaftliches Hauptwerk betrachtet werden kann, war das fast 1300 Seiten starke Buch über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands", das 1966 herauskam – ein weit über das im Titel formulierte Thema hinausgehendes, umfassendes Kompendium über die Lage der Geschichtswissenschaft und das Verhalten ihrer Repräsentanten und Organe in der NS-Zeit. Mit seiner eindringlichen Schilderung der Rolle der Historiker im Dritten Reich mußte das Werk in der Zunft sofort Furore machen, doch hielt das Buch, mit dem Heiber ein so heißes Eisen angepackt hatte, der Kritik stand und ist bis heute ein unverzichtbares Grundlagenwerk deutscher Zeitgeschichtswissenschaft geblieben.

In dieser Zeit erwies sich Helmut Heiber auch als der geschickteste Befrager von Zeitzeugen des Dritten Reiches. Dank seiner gründlichen Vorbereitung solcher Interviews, die noch heute methodisch vorbildlich sind, war er gegen falsche oder stilisierte Auskünfte gefeit. Schon vor seinem großen Buch über die deutsche Geschichtswissenschaft in der NS-Zeit hatte Helmut Heiber 1961 mit der Edition

---

[1] Der Katalog der IfZ-Bibliothek verzeichnet allein für die Jahre 1955 bis 1966 zwölf Aufsätze und Gutachten von Helmut Heiber:
- Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Elias, in: VfZ 3 (1955), S. 275–296.
- Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VfZ 4 (1956), S. 67–92.
- Der Fall Grünspan, in: VfZ 5 (1957), S. 134–172.
- Der Generalplan Ost, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325.
- Der Wirtschaftsplan Ost, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 279 ff.
- Die Ausweisung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Oktober 1938, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 90 ff.
- Josef Goebbels und seine Redakteure. Einige Bemerkungen zu einer neuen Biographie, in: VfZ 9 (1961), S. 66–75.
- Der Tod des Zaren Boris, in: VfZ 9 (1961), S. 384–416.
- Die deutsche Beeinflussung der Rassepolitik des faschistischen Italien bis 1943, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1966, S. 80 ff.
- Stand der Partisanenbewegung Ende September 1941, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1966, S. 292–301.
- Liberale und nationale Geschichtsschreibung, in: Universitätstag 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966.
- Widerstand der Intellektuellen. Werner Finck und die „Katakombe", in: Der Monat 18 (1966), Nr. 209, S. 35–45.

[2] Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962, 971 S.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Fragmenten der handschriftlichen Goebbels-Tagebücher aus den Jahren 1925/26 die neubegründete Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte eröffnet[3]. Noch mehr als in seiner knappen Hitler-Biographie aus dem Jahre 1960[4] erwies sich Helmut Heiber in seiner 1962 vorgelegten Goebbels-Biographie[5] als ein Meister kritisch-biographischer Forschung und Darstellung. Das mehrfach übersetzte Werk ist bis heute unübertroffen, unerreicht von den nachfolgenden Goebbels-Studien.

Helmut Heiber verfügt wie kaum ein anderer Autor der deutschen Zeitgeschichtsforschung über zwei sich in der Regel ausschließende Fähigkeiten: die bewundernswerte Konzentration auf gründliches Quellenstudium und akribische Faktenrekonstruktion auf der einen, die kreative Lust zu gut lesbarer, episodenreicher und aus ironischer Distanz geschöpfter Darstellung auf der anderen Seite. Seinem flüssigen, lockeren und mit köstlichen Einfällen bereicherten Stil ist die Mühsal der vorangegangenen peniblen Recherche nicht mehr anzumerken. Diese doppelte Begabung hat Helmut Heiber auch zu einem großen Erfolgsautor wissenschaftlich fundierter Zeitgeschichtsschreibung werden lassen. Sein wohl erfolgreichstes Buch war 1966 eine Geschichte der Weimarer Republik in der von ihm und mir herausgegebenen „dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts", die bisher nicht weniger als 18 Auflagen mit annähernd 200 000 Exemplaren erreichte.

Mit dem Umzug des Instituts in das neue große Haus in der Leonrodstraße Anfang 1972 und meinem Amtsantritt im gleichen Jahr änderte sich für Helmut Heiber offensichtlich vieles. Einer der Gründe dafür war wohl die personelle Ausweitung des Instituts, das Ende der beinahe intimen, durch enge persönliche Beziehungen und ständiges Gespräch geprägten, so „beherzten" Möhlstraßenzeit. Vermutlich trug dazu aber auch die Planungsversessenheit und Betriebsamkeit bei, die der neue Direktor in dem modern ausgestatteten Institutsneubau entfaltete. All das ließ in Helmut Heiber, so vermute ich, das Gefühl entstehen, in dieser Art von „Betrieb" nicht mehr ganz zu Hause zu sein. Seine zunehmende Zurückgezogenheit führte – ich erlaube mir diese persönliche Bemerkung – auch zu einer wohl von uns beiden im Innern schmerzlich empfundenen Verfremdung unserer Beziehungen. Hinzu kam eine Entscheidung, die ich später sehr bereut habe. Wenige Jahre nach dem Umzug in das neue Haus beauftragte ich Helmut Heiber mit der Leitung eines großen Projekts, dessen Ziel es war, aus den staatlichen und parteiamtlichen Empfänger-Überlieferungen in den Archiven der Bundesrepublik und Österreichs die bei Kriegsende vernichteten Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP zu rekonstruieren. Dieses auf viele Jahre angelegte, anspruchsvolle Großprojekt, in dessen Verlauf schließlich eine Sammlung von rund 300 000 Aktenkopien entstand, erforderte Durchhaltevermögen und selbstlosen Einsatz nicht nur bei unzähligen Archivbesu-

[3] Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart o. J. (1961).

[4] Helmut Heiber, Adolf Hitler. Eine Biographie, Berlin 1960, 159 S.

[5] Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, 433 S.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen, sondern auch bei der Regestierung der gesammelten Dokumente und der Erarbeitung eines mehrteiligen, außerordentlich umfangreichen Registers. Meine Vorstellung dabei war es gewesen, Helmut Heiber lediglich mit der wissenschaftlichen Aufsicht über das von anderen Mitarbeitern durchzuführende Vorhaben zu betrauen. Aber die schwierigen methodischen Probleme führten nach und nach dazu, daß er selbst zum ersten und eigentlichen Projektbearbeiter wurde und dieses Projekt ihn schließlich völlig in Beschlag nahm.

„Talentverschwendung" nannte der Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, in guter Kenntnis und hoher Wertschätzung der Fähigkeiten von Helmut Heiber diesen Kärrner-Einsatz – zu Recht. In extremem Pflichtbewußtsein dem Institut und der Aufgabe gegenüber hat Helmut Heiber diese Bürde unter weitgehendem Verzicht auf anderweitige Forschungs- und Publikationstätigkeit getragen. Das erste, 1984 veröffentlichte Teilergebnis des Projekts besteht aus zwei umfangreichen Regestenbänden, einem nicht minder dickleibigen Registerband sowie drei Mikrofiche-Bänden mit ungefähr 100000 Blatt Akten. (Der zweite, abschließende Teil steht inzwischen kurz vor der Veröffentlichung.) Als ein großes „Lesebuch" zur Geschichte der nationalsozialistischen Zeit hat Helmut Heiber die stattlichen Regestenbände bezeichnet, und seine von konventionellen Normen abweichende, sehr differenzierte Verzeichnung der Dokumenten-Inhalte unterstreicht diesen Charakter. Ohne Frage ist das Werk ein fundamentales Kompendium zu den Aktivitäten der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der zahlreichen staatlichen Stellen, auf die die Partei-Kanzlei Einfluß nahm.

Die jahrelange Arbeit in diesem Projekt hat die Kontinuität von Helmut Heibers eigener Forschung lange unterbrochen. Erst seit 1984 konnte er sich wieder einem Vorhaben widmen, für das er schon in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine enorme Menge von Dokumenten aus Archiven der Bundesrepublik, der DDR und Österreichs zusammengetragen hatte: einer großen Darstellung der nationalsozialistischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Pünktlich zu seinem Ausscheiden aus dem Institut hat er ein umfangreiches Manuskript fertiggestellt, das die frühen Stadien der NS-Hochschulpolitik in der Endphase der Weimarer und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Zeit umfaßt.

Helmut Heiber war in seiner Arbeit für das Institut und insbesondere in seiner Beschäftigung mit der NS-Zeit ein Rigorist, der sich der unverfälschten Wahrheit verpflichtet fühlt. Von dieser Position her wurde er auch zu einem scharfen Kritiker aller billigen Moralisierung und Monumentalisierung negativer oder positiver Verhaltensweisen in der NS-Zeit. Er suchte stets die Wirklichkeit dieser Zeit in ihrer Gebrochenheit so authentisch wie möglich zur Sprache zu bringen. Historisches Verständnis war und ist seine große wissenschaftliche Tugend. Helmut Heiber hat sich um die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik in höchstem Maße verdient gemacht.

Martin Broszat

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

INTERNATIONALES SYMPOSION „DER NATIONALSOZIALISTISCHE KRIEG"

Auf Einladung der Stadt Pforzheim bereitet das Institut für Zeitgeschichte zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs ein internationales Symposion vor. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die vom 12. bis 15. September 1989 in Pforzheim stattfinden wird, sollen die spezifisch nationalsozialistischen Elemente der deutschen Kriegführung und Kriegspolitik stehen. Die Konferenz kann insofern als eine Ergänzung der internationalen Tagung zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs angesehen werden, die auf Anregung des Präsidenten des Deutschen Bundestages von der Historischen Kommission Berlin und dem IfZ vorbereitet wird und vom 21. bis 23. August im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfinden soll.

Ein besonderes Augenmerk der Pforzheimer Konferenz wird der Darstellung und vergleichenden Analyse der verschiedenen Formen deutscher Besatzungsherrschaft in Europa gelten. Die Veranstaltung wird am Abend des 12. September durch einen öffentlichen Vortrag eröffnet, der in das Konferenzthema „Der nationalsozialistische Krieg" einführt. Die beiden nächsten Tage sind den im engeren Sinne wissenschaftlichen Erörterungen vorbehalten, zu denen Gelehrte aus zahlreichen europäischen Ländern, insbesondere auch aus Osteuropa, und den USA geladen wurden. Die Themen der insgesamt vier Sektionen lauten: 1. Kriegsbejahung – ein deutsches Phänomen? 2. Der Krieg als Instrument nationalsozialistischer Weltanschauungspolitik. 3. Deutsche Besatzungsherrschaft zwischen Hegemonialpolitik, Ausbeutung und Germanisierung. 4. Die Bedeutung des besetzten und verbündeten Europa für die deutsche Kriegführung.

Am Abend des 14. September beschäftigt sich ein weiterer öffentlicher Vortrag mit dem Thema: „Der totale Krieg und die Deutschen". Den Abschluß des Symposions bildet am Vormittag des 15. September eine international besetzte Podiumsdiskussion unter dem Titel „Der Zweite Weltkrieg. Erfahrung und Bewußtsein".

Tagungsprogramm, Anmeldekarten zum Besuch der Sektionen und Hotelinformationen sind auf Anfrage erhältlich über die Stadtinformation Pforzheim, Marktplatz 1, 7530 Pforzheim (Stichwort: Symposion Zweiter Weltkrieg).

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GRÜNDUNG DES „DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN KOMITEES FÜR DIE ERFORSCHUNG DER DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN GESCHICHTE IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT"

In der Tagungsstätte Kloster Banz bei Bamberg hat sich im Verlauf eines dreitägigen Symposiums über „Französische Einflüsse in Deutschland 1871–1939" am 11. Oktober 1988 das „Deutsch-französische Komitee für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert" konstituiert. Damit soll einem in den vergangenen Jahren in Fachkreisen häufiger artikulierten Bedürfnis nach einer besseren Koordination der Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen und der Geschichte des jeweils anderen Landes, je für sich oder im Vergleich, im 19. und 20. Jahrhundert entsprochen werden. Der Gründungsakt in Banz wurde vorbereitet von einem Aktionsausschuß, der anläßlich einer ersten Beratung von 17 französischen und deutschen Fachkollegen gebildet worden war, die sich auf Initiative des Straßburger Historikers Raymond Poidevin am 5. und 6. Februar 1987 im Centre d'Etudes Germaniques de Strasbourg zusammengefunden hatten. Dem vorbereitenden Ausschuß, der 1987 und 1988 mehrfach in Augsburg, Stuttgart, Straßburg und Saarbrücken zusammengetreten ist, gehörten an die Professoren Raymond Poidevin (Strasbourg) und Josef Becker (Augsburg) als Vorsitzende, sowie Jacques Bariéty (Paris IV), Rainer Hudemann (Saarbrücken), Franz Knipping (Tübingen) und Jean-Marie Valentin (Paris IV).

Die in Kloster Banz mit Förderung der Robert-Bosch-Stiftung, des Centre National de la Recherche Scientifique und der Mission Historique Française en Allemagne zusammengekommenen 46 deutschen und französischen Fachkollegen repräsentierten das gemeinsame Arbeitsgebiet und die verschiedenen Forschungsansätze in der ganzen Breite. Diese Breite wurde beispielhaft sichtbar in den vier Vorträgen zum Kolloquiums-Thema und den sich anschließenden wissenschaftlichen Aussprachen. Hartmut Kaelble (Berlin) öffnete die sozialhistorische Perspektive mit einem Vortrag über „Der vergessene Nachbar im Westen? Gesellschaftsvergleich und das Bild von der französischen Gesellschaft in Deutschland 1891–1914". Horst Möller (Erlangen) sprach über „Frankreich in der deutschen Kultur der 1920er Jahre". Jean-Pierre Daviet (Lille) griff mit seinem Vortrag über „La compagnie Saint-Gobain en Allemagne" eine wirtschaftshistorische Fragestellung auf. Pierre Jardin (Paris) behandelte unter dem Thema „La politique rhénane de Paul Tirard" eine politisch-diplomatische Dimension des französischen Einflusses in Deutschland.

Das neue Komitee versteht sich als organisatorischer Rahmen vor allem zur Förderung des Austausches von Informationen über laufende oder im Entstehen begriffene Projekte und Einzelarbeiten, zur Entwicklung bzw. zum Ausbau der deutsch-französischen Kooperationsmöglichkeiten (etwa in Form gemeinsamer Forschungsprogramme und deutsch-französischer Forschergruppen) und zur Vertretung der gemeinsamen Anliegen der Mitglieder gegenüber Öffentlichkeit, Behörden und

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institutionen der Forschungsförderung. Das Komitee will in seiner Zielsetzung im wesentlichen „binational" im Sinne grenzüberschreitender Zusammenarbeit deutscher und französischer Fachkollegen wirken, nicht nur als formales Dach über zwei für sich arbeitenden nationalen Spezialistengruppen. Fachkollegen aus Drittländern sind als korrespondierende Mitglieder willkommen. Die abgeschlossene Promotion soll in der Regel die Voraussetzung für die Mitgliedschaft bilden. Im Hinblick auf die das Arbeitsgebiet des Komitees berührenden Nachbarorganisationen der Politik- und Sozialwissenschaftler und der deutschen Romanisten und französischen Germanisten soll als Kriterium für die Mitgliedschaft die wissenschaftliche Arbeit mit den Methoden des Historikers gelten.

Die Versammlung in Kloster Banz beriet in einer ersten Lesung über den Entwurf einer Satzung des Komitees und wählte für die Dauer von zwei Jahren einen geschäftsführenden Vorstand. Ihm gehören an die Professoren Klaus-Jürgen Müller (Hamburg) als Präsident, Georges-Henri Soutou (Paris IV) als Generalsekretär und stellvertretender Präsident, sowie Jacques Bariéty (Paris IV), Louis Dupeux (Strasbourg), Rainer Hudemann (Saarbrücken) und Franz Knipping (Tübingen). Der Vorstand soll die geordnete Arbeit des Komitees in informierendem, koordinierendem, initiierendem und repräsentierendem Sinne auf den Weg bringen und insbesondere die Formalitäten der Mitgliedschaft regeln, die definitive Satzung erarbeiten und die für die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Bulletins erforderlichen Schritte unternehmen. Der Vorstand wird über seine Tätigkeit der nächsten allgemeinen Mitgliederversammlung Bericht erstatten, die im Zusammenhang mit einem größeren deutsch-französischen Kolloquium im Herbst 1990 voraussichtlich in Royaumont bei Paris stattfinden wird.

Die drei deutschen Mitglieder des Vorstands stehen für weitere Informationen zur Verfügung und nehmen Beitrittswünsche entgegen.

Für die deutsche Sektion:

Prof. Dr. K.-J. Müller
Professur für Neuere Geschichte,
Universität der Bundeswehr und der Universität Hamburg
Postfach 70 08 22
2000 Hamburg 70

Prof. Dr. R. Hudemann
Fachrichtung 5.4. Geschichte,
Universität des Saarlandes
6600 Saarbrücken 11

Prof. Dr. F. Knipping
Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen
Wilhelmstr. 36
7400 Tübingen

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Günter Plum

1931 – 1989

Wir trauern um unseren Freund und Kollegen

Institut für Zeitgeschichte

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Constantin Goschler, Christoph Buchheim, Werner Bührer, The Schuman Plan as an Instrument of French Steel Policy. On the Historic Impact of a Misconception

It was an important French aim in the post-war period to shift the main center of European iron and steel production from the Ruhr to Lorraine. From the beginning, the French also felt that the former dominance of the Ruhr could be traced to artificial advantages as for example discriminatory prices of coal and that, in fact, Lorraine had definite natural advantages over the Ruhr area. The Schuman Plan was designed to abolish those artificial advantages thereby creating a situation in which Lorraine could be stronger than the Ruhr. In the second part of the article the validity of this French concept is questioned, because it is based on a comparison of costs excluding the transport charges of steel from producer to consumer. If these are included, however, the Ruhr industry was generally to be favoured over the French. The mistaken view of Lorraine's competitive capacity prevailed during the negotiations about the European Coal and Steel Community. At the time of the ratification of the treaty, important French officials were still convinced that they had achieved a basis for successful competition between the French and German steel industries.

Ursula Büttner, Alternatives to Brüning's Deflationary Policy. A Contribution to the Debate on Economic Constraints of Government Towards the End of the Weimar Era

There has been lively controversy on the financial policies of Reichskanzler Heinrich Brüning (1930–1932). In this discussion one question has often been neglected: whether there had been a chance to find sufficient political and social support for a Keynesian policy of deficit spending. The author of this article proves that not only a number of outstanding scholars and journalists, but also most of the important organisations of blue- and white-collar workers and civil servants came to recognise the disastrous effects of deflation in the late summer of 1931 and began to elaborate programmes for an alternative financial policy. Even among the great organisations of trade and industry, the demand for a more expansive money and credit supply policy became popular, and there were longsighted businessmen who pleaded for Keynesian methods of fighting the depression. The German government was not forced to keep to its course because there was no support for alternative decisions, but did so for political reasons.

John E. Farquharson, Aid to the Enemy. The British Decision on Relief Supplies for German Civilians 1944/45

The original assumption by the wartime British government was that relief supplies for German civilians woud be needed only during the period of hostilities, so that

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

"disease and unrest" would not disrupt military operations. The Americans followed a similar policy. However, the picture slowly began to change by early 1944, as the future British Zone was not self-sufficient in food. Moreover, the U.S.S.R. might not send any supplies westwards from East Germany, on which the Ruhr had partly depended before the war. Population transfers would entail an increased number of people to feed in the Zone. Gradually, committees of the War Cabinet were forced into the reluctant decision that relief must be given to German civilians even *after* the end of the war. Despite Churchill's clear disapproval the government was obliged to make a public commitment to this effect by March 1945. Among the factors impelling it to this new course was the question of Reparations; these would be impossible to collect if Germans were not properly nourished. It was also feared that the sight of starving civilians would adversely affect the discipline and morale of the British occupation forces. Thus the seeds of future conflict between Britain and the U.S.S.R. were sown by the decision to import food at the British taxpayers' expense.

Beatrice Heuser, Subversive Operations as an Instrument of Western "Roll-back" Policy 1948–1952

In the decade following World War II, the Americans and the British interpreted Stalin's policies as a global threat to Western democracy in both a political and a military sense. In response, the Western powers developed the policy of "Containment", often (and mistakenly) interpreted as a trip-wire policy designed only to stop Soviet/Communist power from spreading any further. In fact Western aims went beyond that: The London and Washington governments wanted to undermine Soviet control of Eastern Europe by encouraging anti-Communist or nationalist resistance movements. This took the form of radiobroadcasts and propaganda, but also of subversive activities, including attempts to incite civil war by training anti-Communist exiles from East European countries, and smuggling them into their native countries to start an armed uprising. These operations were singularly unsuccessful, as were attempts to persuade Communist governments in the satellite countries to break with Moscow, as in the case of the Tito-Stalin split. Besides that, these efforts posed a serious threat to the coherency of the newly created North Atlantic Treaty Organisation.

Hansjakob Stehle, Bishop Hudal, Vatican, and SS-Obersturmbannführer Meyer, Berlin. Peace Feelers 1942/43

In 1942/43 the Austrian bishop in the Vatican, Alois Hudal, and Obersturmbannführer Waldemar Meyer of the SS Secret Service in Berlin prepared two memoranda proposing a kind of conciliation agreement between the Catholic Church and the National Socialist regime. The developments leading to the production of these papers together with the actual memoranda and details of the outcome of this strange affair are documented here. Meyer and Hudal, both critical sympathizers of the regime, shared the opinion that it must be in the regime's own interests to end its

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

quarrel with the church and engage it as an ally against the Communists. The "negotiators" deceived one another as to the extent of the backing each enjoyed in Berlin and the Vatican respectively. With this ambitious move they hoped to win the very support they lacked. It was a gamble which benefited both from the absence of any *raison politique* in that totalitarian state, as well as from the Church's reticence to risk a head-on confrontation with a regime so lacking in any moral standards.

Hans-Jürgen Schröder, The Early Years of the Federal Republic of Germany. An American Assessment 1954

After World War II Germany again became the cornerstone of United States policy towards Europe. This is particularly evident in Washington's Marshall Plan strategy: The Federal Republic's western integration and its domestic stability were essentials of U.S. policy. In this context Chancellor Konrad Adenauer was of vital importance for both the Truman and the Eisenhower administrations. This is extensively documented in the American records. One of the best evaluations of Adenauer's role in West German political development was given in U.S. HICOG despatch no. 82 of July 12, 1954, which is printed here in full length. The author, Edward T. Lampson, a Harvard history graduate, leaves no doubt about the Chancellor's autocratic style and his lack of sympathy for popular government in the American sense. But Lampson makes out a strong case for the thesis that – given the "political inexperience of the German people" – Adenauer's "enlightened pro-European leadership" combined with his "respect for law and civilized values" was the best guidance possible for the German people.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte